

ÖZKD

Österreichische Zeitschrift für
Kunst und Denkmalpflege

LXXIV • 2020 • Heft 1/2

The ESPON Study – Results for Austria

Denkmal, Gesellschaft und Identität – ICOMOS und
seine Mission

Die Bedeutung von historischen Gebäuden in der
Bevölkerung

Ôu mi estas monumento? – Am I a monument?

Approaches to Mass Finds from World War II

ESPON'S TARGETED ANALYSIS STUDY
“The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource“
DENKMALSCHUTZ IM ÖFFENTLICHEN DISKURS
Engagement – Vermittlung – Werte
MAKING CHOICES
Selection and Evaluation in Archaeological Heritage Management



TITELBILD:
Dürnstein mit Donau, Niederösterreich

Foto: BDA, Irene Dworak
Umschlaggestaltung: Bundesdenkmalamt, Johannes Thaler, Paul Mahringer

Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege

LXXIV · 2020 · HEFT 1/2

VERLAG BERGER · HORN/WIEN

Die „ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR KUNST UND DENKMALPFLEGE“

erscheint in der Nachfolge der „Mittheilungen der k. k. Central-Commission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale“ (Band I / 1856 – Band XIX / 1874), der „Mittheilungen der k. k. Central-Commission zur Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale“, Neue Folge (Band I / 1875 – Band XXVIII / 1902), der „Mittheilungen der k. k. Central-Commission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale“, III. Folge (Band I/1902 – Band IX/1910), der „Mitteilungen der k. k. Zentral-Kommission für Denkmalpflege“, III. Folge (Band X / 1911 – Band XVI / 1918), der „Mitteilungen des Staatsdenkmalamtes“ (Band I / 1919, der ganzen Folge Band 63), der „Mitteilungen des Bundesdenkmalamtes“ (Band II / 1924, der ganzen Folge Band 64–68), der „Zeitschrift für Denkmalpflege“ (Band I / 1926/27 – Band III / 1928/29), der Zeitschrift „Die Denkmalpflege: Zeitschrift für Denkmalpflege und Heimatschutz“ (Band IV / 1930 – Band VII / 1933), der Zeitschrift „Deutsche Kunst und Denkmalpflege“ (Band VIII / 1934 – Band XVI / 1944), der Zeitschrift „Österreichische Zeitschrift für Denkmalpflege“ (Band I / 1947 – Band V / 1951) und erscheint ab dem Jahrgang 1952 (Band VI) unter dem Titel „Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege“.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Bundesdenkmalamt, PAUL MAHRINGER

Verantwortliche Redaktion: Johannes THALER

Satz und Layout: Martin Spiegelhofer, Berger-Crossmedia

Hersteller: Druckerei Berger, Horn

ISSN: 0029-9626

Inhalt

BEITRÄGE

- 5 *Paul Mahringer*
Vorwort

Teil 1: ESPON's Targeted Analysis Study on "The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators"

- 9 *Christin Krohn*
Economic Research in the Heritage Sector in Norway
- 12 *Christine Vanhoutte*
The Flanders Heritage Satellite Account. A Strategic Instrument for Policy
- 19 *Paul Mahringer*
The ESPON Study "*The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators*" – Results for Austria

Teil 2: Denkmalschutz im öffentlichen Diskurs. Engagement – Vermittlung – Werte

- 31 *Martin Böhm*
Österreichische Gesellschaft der Denkmalfreunde – PR und Pressure Group für den Denkmalschutz
- 33 *Gerbert Frodl*
Der Denkmalbeirat
- 35 *Markus Landerer*
Initiative Denkmalschutz – Kulturgutrettung durch permanentes Aufzeigen von Verlusten und Gefährdungen?
- 43 *Imma Walderdorff*
Die Bedeutung von historischen Gebäuden in der Bevölkerung
- 49 *Caroline Jäger-Klein*
Denkmal, Gesellschaft und Identität – ICOMOS und seine Mission
- 57 *Axel Hubmann*
Die österreichische Moderne bewusst machen – an konkrete Bauten erinnern und dokumentieren:
DOCOMOMO Austria
- 59 *Karl Langer*
Die österreichische Moderne bewusst machen – an konkrete Bauten erinnern und dokumentieren:
Zwei Fallbeispiele
- 63 *Barbara Kainrath / Stefan Traxler*
Der Verein ArchaeoPublica und das neuentdeckte Limeskastell Stein

- 69 *Karl Wiesauer*
Tiroler Kunstkataster – Facetten eines regionalen Kulturgüterinventars
- 75 *Frank Seehausen*
Bürgerportal und Ehrenamt – Möglichkeiten zur Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in der Bayerischen Denkmalpflege
- 81 *Kirsten Angermann*
Erforschen – Vermitteln – Erhalten. Die Universität als Partner der Denkmalpflege

Teil 3: Making Choices: Selection and Evaluation in Archaeological Heritage Management

- 89 *Bernhard Hebert / Eva Steigberger*
Einleitung / Preface
- 96 *Paul Mahringer*
Making Choices or How to Protect Austrian Most Important Monuments
- 100 *Bernhard Hebert*
Çu mi estas monumento?
- 105 *Adrian Olivier*
Socialising Heritage: Polity and Praxis
- 119 *Barney Sloane*
Broadening Understanding of the Public Benefits of Development-led Archaeology
- 123 *Ulf Ickerodt*
Echtheit, Authentizität und Authentifizieren: Denkmalschutz zwischen Boden- und Datenarchiv. Ein Beitrag zum archäologischen Entscheidungsmanagement
- 135 *Thomas Roland*
Making Choices – Making Strategies. National Strategies in Denmark
- 139 *Jan Mařík*
Making Choices in Czech Archaeology
- 146 *Hannes Flück / Franziska Mohr / Thomas Reitmaier*
Over a 1000 Mountains and through 150 Valleys – Making Choices for the Future in GIS of the Archaeological Records of the Canton of Grisons, Switzerland
- 158 *Gerald Fuchs / Jörg Fürnholzer*
Approaches to Mass Finds from World War II. Decision Making instead of Cherry Picking
- 163 ENGLISCHE KURZFASSUNGEN DER BEITRÄGE (ENGLISH ABSTRACTS)
- 167 MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DIESES HEFTES
- 170 ABBILDUNGSNACHWEIS

Vorwort

Das folgende Heft stellt die Verschriftlichung dreier unterschiedlicher Fachgespräche des Bundesdenkmalamts dar, die im Jahr 2019 stattgefunden haben. Es zeigt damit letztlich auch die Vielfaltigkeit der Aktivitäten auf, denen sich das Bundesdenkmalamt widmet. Mit den in dieser Doppelnummer vertretenen zahlreichen englischsprachigen Beiträgen wird auch die Internationalität der Denkmalpflegediskurse deutlich. Da die Redaktion davon ausgeht, dass die englischsprachigen Beiträge den meisten Leserinnen und Lesern zugänglich sind, finden sich am Ende des Heftes lediglich für die deutschsprachigen Beiträge Abstracts.

Die drei Themenblöcke sind im Inhaltsverzeichnis durch entsprechende Zwischenüberschriften gekennzeichnet. Den Anfang des Heftes macht das Fachgespräch „ESPON’s Targeted Analysis Study on ‘The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators’“, welches am 30. Oktober 2019 im Ahnensaal des Bundesdenkmalamts durchgeführt wurde. Dabei wurde die von ESPON in Auftrag gegebene internationale Studie präsentiert, die sich der Frage der Auswirkungen des materiellen kulturellen Erbes bzw. der Baudenkmalpflege auf die Wirtschaft stellte. Dazu wurden die Jahre 2013 bis 2017 in elf europäischen Ländern bzw. Regionen (Brüssel, Flandern, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei und Slowenien) beleuchtet und die Auswirkungen in den Bereichen Archäologie, Architektur, Museen/Bibliotheken/Archiven, Tourismus, Bauwirtschaft, Immobilienmarkt und Versicherungswesen betrachtet. Christin Krohn beleuchtet in ihrem Beitrag die Erforschung der wirtschaftlichen Auswirkung der Denkmalpflege in Norwegen und Christine Vanhoutte präsentiert den flämischen Denkmalpflege Satellite-Account als Argumentationsgrundlage für die Politik. Im Beitrag von Paul Mahringer werden schließlich die Resultate der ESPON-Studie für Österreich zusammengefasst. Sowohl die ESPON-Studie als auch das vom Bundesdenkmalamt erstellte Fact-Sheet für Österreich sind im Internet frei abrufbar (siehe: <https://www.espon.eu/cultural-heritage> bzw. <https://bda.gv.at/espon-studie/>).

Der zweite Block des Heftes, welcher den deutschsprachigen Teil der Doppelnummer darstellt, ist dem Fachgespräch „Denkmalschutz im öffentlichen Diskurs. Engagement – Vermittlung – Werte“ gewidmet, welches am 27. Juni 2019 in der Kartause Mauerbach stattfand. Der Abteilung für Inventarisierung und Denkmalforschung des Bundesdenkmalamtes war es dabei ein besonders Anliegen, eine Auswahl an anderen Institutionen in Österreich einzuladen, die sich abseits der amtlichen Denkmalpflege für den Denkmalschutz einsetzen. Oftmals sind sie wichtige Vermittler von Denkmalwerten an die Gesellschaft und breite Öffentlichkeit. In der Vergangenheit schwankten deren Positionen zwischen Kritik und Unterstützung der amtlichen Denkmalpflege. So sollen in der vorliegenden Doppelnummer auch durchaus kritische Stimmen zu Wort kommen dürfen. Das Bundesdenkmalamt hat besonders in den letzten Jahren die Bedeutung von nichtamtlichen Institutionen, die sich für die Erhaltung des materiellen kulturellen Erbes Österreichs einsetzen, erkannt und sieht sie als Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe. So ist auch die Veröffentlichung deren unterschiedlichen Positionen ein Symbol der Wertschätzung für sie. Neben Bürgerinitiativen und nationalen sowie internationalen Vereinigungen kommen auch die Universitäten und am Beispiel Tirol die Kulturabteilung eines Bundeslandes zu Wort und am Beispiel von Bayern soll gezeigt werden, wie die Kolleginnen und Kollegen der Denkmalpflege im Nachbarland mit nichtamtlichen Institutionen umgehen.

Der letzte Teil des Heftes ist schließlich dem Fachgespräch „Making Choices: Selection and Evaluation in Archaeological Heritage Management“ gewidmet, welches von der Abteilung für Archäologie des Bundesdenkmalamtes am 22. August 2019 in der Kartause Mauerbach abgehalten wurde. Dem Themenblock ist eine Einleitung von Bernhard Hebert und Eva Steigberger vorangestellt, in der das Konzept des Fachgesprächs sowie eine kurze Zusammenfassung der einzelnen Beiträge enthalten sind. Bernhard Hebert und Eva Steigberger gilt der Dank für die Zurverfügungstellung und Vorredaktion der Manuskripte.

Paul Mahringer

ESPON's Targeted Analysis Study on “The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators”

Präsentation der Forschungsergebnisse am 30. Oktober 2019,
Abteilung für Inventarisierung und Denkmalforschung des Bundesdenkmalamtes



Economic Research in the Heritage Sector in Norway

INTRODUCTION

On October 30 2019, the Austrian Bundesdenkmalamt organized a meeting in Vienna to present the results of the ESPON Targeted Analysis Study “The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators” to the Austrian press and stakeholders. When asked to shed light on this study, The Norwegian Directorate of Cultural Heritage approach was to take a step back and shed light on how this study is a part of a bigger puzzle relating to the total economic value of the heritage sector. When we started this work in Norway, we used offset in the ecosystem service frameset to map out the value of this sector.

This article is a written version, with some adjustments, of the presentation of our approach to this topic over the last three years and of our progress on this work in Norway, as given in Vienna in October 2019.

ECOSYSTEM SERVICES AND TOTAL ECONOMIC VALUE

The ecosystem service method is a way of thinking of a smaller or bigger area to make it simpler to map out the activities that take place in this area, just as would be done in nature. The total economic value is a way of mapping out an ecosystem of the Material Cultural Heritage (MCH)

If an offset is taken in a historic town, economic activities will take place in cafes and restaurants, the refurbishment of homes and other buildings, tourist activities like guiding, the selling and buying of buildings, to mention but a few examples. To measure the total economic value of this, economists also use the framework described below to structure the different ways of use. This helps us to measure the value of the activities.

The left part of this table is the easiest part to measure. **Direct use** is often measured by how much extra we pay to live in a historic building, or to live near a monument. To measure this, we use what is called a hedonic pricing model which compares the prices of buildings where the only difference is that one is listed and one is not. On the basis of this data for the last ten years in Norway, it is

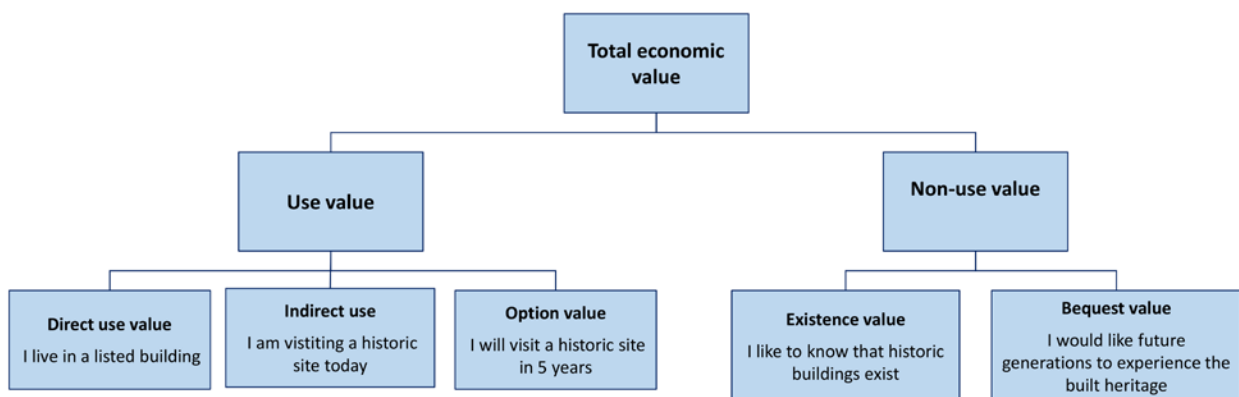


Fig. 1

apparent that the value of listed apartments and houses in Oslo was 2.5% higher than that of other apartments and houses, and in other parts of Norway we found that the difference was as much as 14 %. We find the same tendencies in similar studies throughout Europe. These findings are surprising as the price would be expected to be lower than that in other buildings and apartments, because it is reasonable to assume that governmental restrictions on these buildings make the cost of maintenance higher than for other buildings.

Indirect use is for instance when tourists visit a historic environment for vacation. A calculation is made of how much tourists spend on going to that environment, for example on train tickets. Then we add how much they spend on food, hotels and activities like a guided tour. The sum of all these activities is the indirect use. Another example could be the use of historic buildings in films, computer games and apps or advertising. It is more difficult to measure the value of this. In Norway we have used the travel cost method to measure the impact of this tourism in several small historic towns. In order to count tourists, we have counted sim-cards that appear in the environment during the tourist season, all in compliance with the GDPR and other legislation concerning privacy etc. We also use survey data and ask about the purpose of the stay (to visit historic buildings, explore nature, etc.), to estimate the share of tourism due to MCH. We determined that the presence of tourists for MCH reasons employs between 20 % and 50 % of the working stock in these towns. This means that historic tourists are a cornerstone of the economy in these environments, and that if this were taken away it would take away an important part of the economy, as proven by the corona outbreak in spring 2020.

The optional value is the willingness to pay for something that you are not using now, but would like to visit or live in at some time in the future. This is harder to measure in monetary terms, and the answers we get from these studies are more uncertain than from those described above. One way to measure this is to look at how much funding heritage organizations receive from public funding, as we can assume that it expresses what the public wants to pay through the politicians they elected.

A second way to measure this is to use a survey to ask people what they are willing to pay. These kinds of surveys sound easy to conduct but are hard to set up in a way that will result in consistent answers. The reason for this is that people are willing to lie a little about how much they would pay because they know they will not actually have to pay, and hope that, if they lie, the government will increase the budget for this sector. In

order to check for such lies in the study, it is necessary to use control questions. In Norway, a bigger research project is being conducted on cultural landscapes using the willingness-to-pay approach. Cultural landscapes are interesting because they are often in conflict with roads and railways.

FRAMEWORK AND FINDINGS

Before the taskforce was awarded the ESPON project, Norway did a test of the scope of the project to see what kind of data was available and how much progress could be made in calculating a satellite account. We mainly used the type of data that is used to calculate indirect use, as described in the Total Economic Value framework above. The model we developed was refined in the ESPON project, but surprisingly the findings were close to and consistent with what was found in the Norwegian test. The Norwegian test was quality-assured by the consultants used by the Ministry of Finance in Norway for its analyses.

The analytical framework used in the ESPON study is shown in Fig. 2.

The findings in the ESPON study show that MCH is not a small contributor to the Norwegian economy.

The result from the two studies are shown in the next table.

	The Norwegian test mill. €	Espon mill. €	Diff Δ
FTE	2544	1887	-657
Turnover	4580	112 06	66 26
GVA mill. €	1780	1711	-68

Table 1

CONCLUSION

A first study like the ESPON study will always be an iterative process because not all the data that is ideally needed is available, and the quality of data can vary. As a result, either part of the calculation will have to be omitted or estimates made. The second time the same study is conducted, these problems will not arise. It will also provide a good picture of how this part of the economy is performing as a result of other external factors, such as the Corona pandemic. If this study is repeated many years later it will most likely be incorporated as a useful tool for the heritage organizations, in dialogue with other

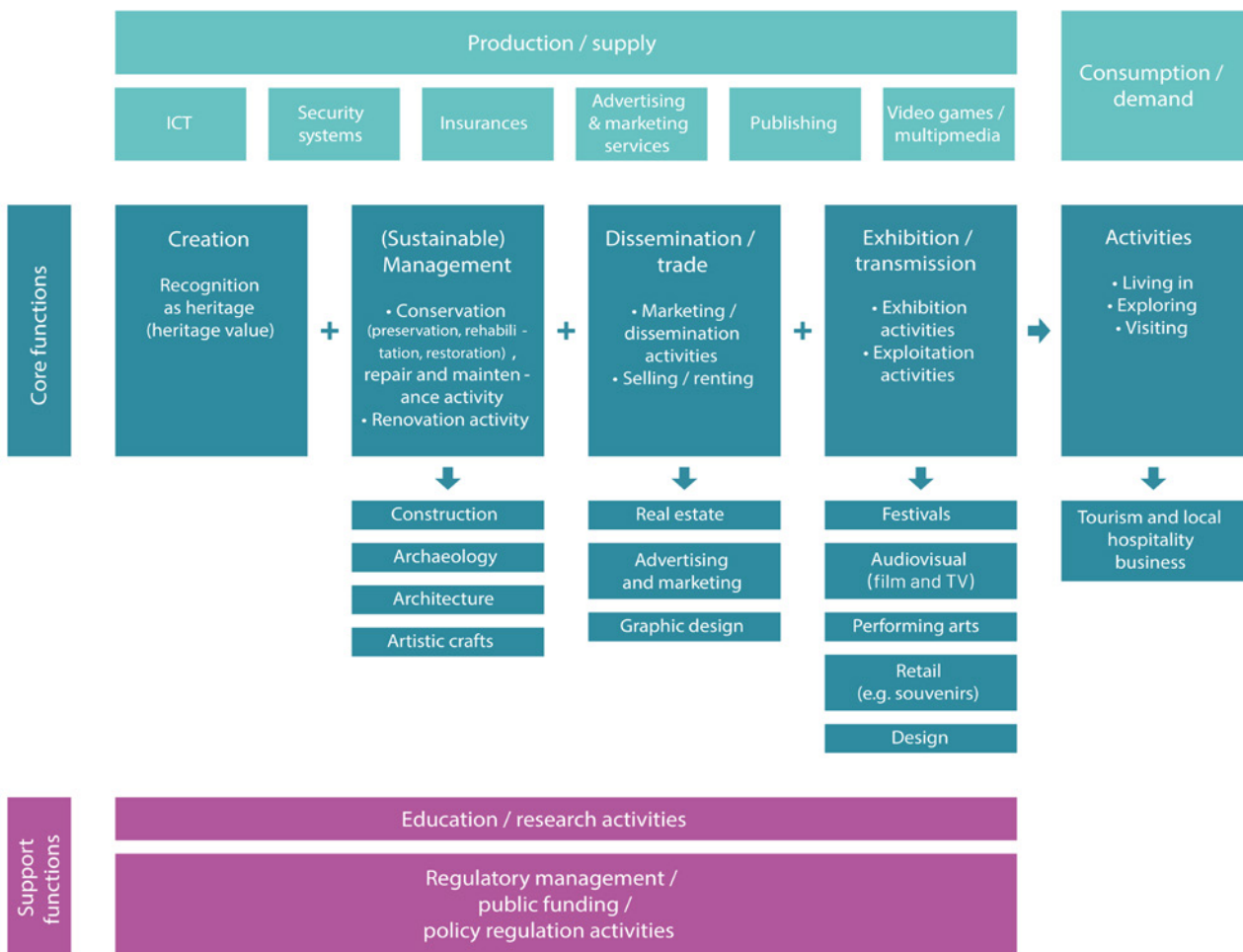


Fig. 2

parts of the public sector and as a benchmark for the work in the material cultural heritage sector.

But before this stage is reached there are a few things that need to be worked on. There is no NACE code for archaeology, which means that there is no insight into the number and cost of archaeological surveys each year, neither in the various countries nor in Europe. A tool like this would be helpful, not only for a satellite account, but also in an economic recession so that countries could use archaeology as a tool to get the economy going again, as a counter cyclic tool.

There is no common definition throughout Europe on material cultural heritage. For studies like this and for other kinds of pan-European studies, it would be helpful if there was a common definition of MCH.

This study has shown that the material cultural heritage plays a major part in national economies throughout Europe, and the costs incurred by government are, at least in Norway, small compared to the return on this investment.

The Flanders Heritage Satellite Account. A Strategic Instrument for Policy

INTRODUCTION

On October 30 2019, the Austrian Bundesdenkmalamt organized a meeting in Vienna to present the results of the ESPON Targeted Analysis Study “The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators” to the Austrian press and stakeholders. When asked to comment on the ESPON results for Flanders, the Flanders Heritage Agency decided instead to reflect on the bigger framework for economic indicators and to present its conceptual framework for a Heritage Satellite Account (HSA), because we believe this instrument is potentially very useful on a strategic level and should be regarded as the logical go-to after the ESPON study.

This article is the written version of the Flanders Heritage Agency’s presentation at the October 2019 meeting in Vienna.

Since 2005 the Flanders Heritage Agency has been commissioning and executing studies on the economic impact of immovable cultural heritage with The Council of Europe Framework Convention on the Value of Cultural Heritage for Society, better known as FARO. In 2011, a study was conducted on the socio-economic return of the immovable heritage (policy) in Flanders, which was the first to identify economic sectors in which heritage had an impact and to offer a calculation method and numbers for some economic impact indicators. In the following years (2014/2015/2016), we collected data according to the method presented in the 2011 study. In 2017, we commissioned a hedonic pricing analysis showing that the heritage characteristics of dwellings and their environment have an impact on residential market prices. After several years of data collection and research, we decided to revise the 2011 framework because the method set out was no longer deemed fit. First, we wanted to map the cultural heritage ‘sector’ more thoroughly and to identify all possible economic activities that could be

linked to cultural heritage, rather than cherry-picking the most important ones. Second, we wanted to get a clearer picture of the actors in this field and link them to the economic activities identified. Third, we wanted to make the methodology more fine-grained and to propose an instrument that could be used as a strategic tool for management and policy development. And fourth, we wanted to develop a framework fit for international comparison, which meant adapting to international standards for national accounting practices. This revision resulted in a conceptual framework of a Heritage Satellite Account for Flanders.

WHAT IS A SATELLITE ACCOUNT?

A satellite account is best described as a set of macro-economic statistics that float around the core accounts of the System of National Accounts (SNA), but that are not part of them because they highlight other things than usual aspects of the economy.¹ The SNA is the bookkeeping system for describing, analyzing and evaluating the performance of an economy. Satellite accounts are regarded as an addition to the main accounts and are becoming more and more popular because they allow economic data to be gathered on upcoming phenomena (e.g. the environment) and new industries (e.g. creative industries, tourism²). They also facilitate comparison between countries because they are grafted onto existing concepts and statistics which have been internationally established.³

1 *Jozef Pacolet / Joris Vanormelingen*, Onderzoek naar een satellietrekening voor cultuur, [online] 2016, <https://www.vlaanderen.be/nl/publicaties/detail/onderzoek-naar-een-satellietrekening-voor-cultuur-1>, (9.1.2019).

2 *Douglas C. Frechtling*, The Tourism Satellite Account: A Primer, *Annals of Tourism Research* 37.1, 2010, pp. 136–153.

3 *François Lequiller / Derek Blades*, Understanding National Accounts, [online] 2014, www.oecd.org/sdd/UNA-2014.pdf

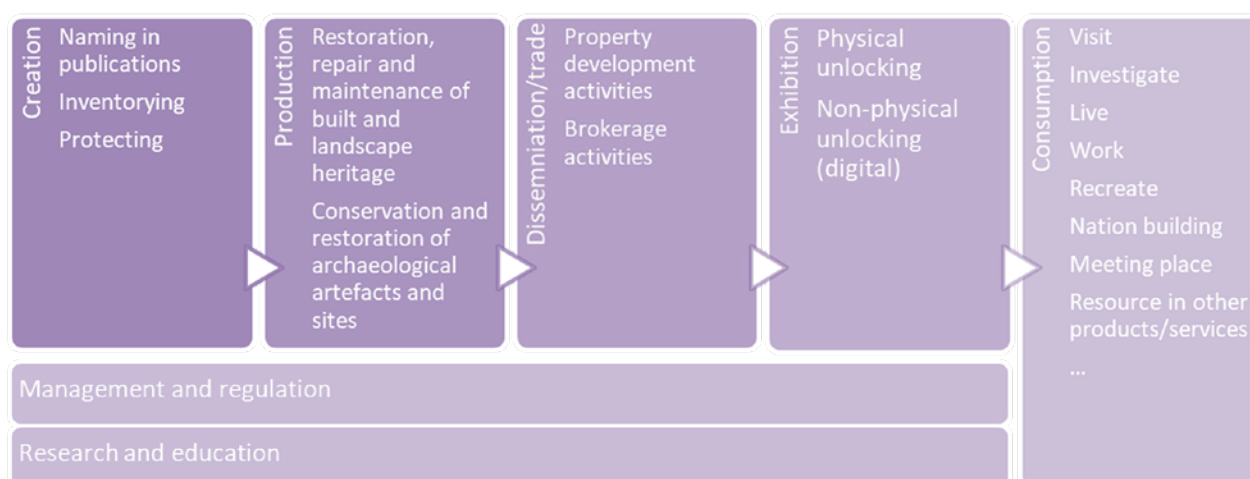


Fig. 1: Heritage-related economic activities structured in a value chain model

PAST EXPERIENCES

Attempts to draft satellite accounts for heritage are scarce. Heritage is usually included in the satellite accounts for culture and creative industries because it is considered to be a cultural product.⁴ However, the heritage sector experiences this approach as too much of a straitjacket because non-cultural activities and natural heritage are excluded from the scope. Cultural satellite accounts artificially narrow down our view on the economic significance of heritage. In addition, measurements in the satellite accounts for culture are often quite crude since percentages are taken of the economic worth of existing industries. At some point, we need to choose to go beyond the pragmatism of continuously recycling existing data and to invest in new and more accurate and reliable figures, and also to make a sector specific classification of activities.

CONCEPTUAL FRAMEWORK FOR A HERITAGE SATELLITE ACCOUNT

In the study “The direct economic impact of immovable heritage in Flanders: Satellite Account Immoveable Heritage Flanders. Conceptual framework 2018”,⁵ the Flanders Heritage Agency presents a conceptual model of

(9.1.2019).

⁴ Lydia Deloumeaux, Current challenges in cultural statistics: a focus on heritage, in: Handbook on the Economics of Cultural Heritage, pp. 187–206.

⁵ Christine Vanhoutte, De directe economische impact van onroerend erfgoed in Vlaanderen: Satellietrekening onroerend erfgoed Vlaanderen. Conceptueel raamwerk 2018, Onderzoeksrapporten agentschap Onroerend Erfgoed 108, [online] 2019,

a Satellite Account for (immovable) Heritage. The model follows the value chain approach to identify and organize *economic activities* linked to the preservation, management, development and consumption of immovable heritage (see Fig. 1). This allows for a holistic demarcation of the heritage industry from the creation of heritage to its consumption.

The conceptual framework also identifies the *actors* in Flanders that are involved in these activities and classifies them according to ownership and legal structure in either government, non-profit, profit or private persons. As an exception, the managers of heritage were given a separate category. This actor-activity approach resulted in tables which show at a glance who is doing what in Flanders, and the distribution of activities among the different classes of actors. Table 1 provides a summary overview of these tables.

A third building block of a satellite account, alongside the *activities* and *actors*, are the *indicators* measuring the economic significance of the sector’s activities. Typical are indicators on production, consumption and employment, supplemented with figures on numbers of actors, capital formation and intermediary consumption. Studies on the economic impact of heritage typically contain indicators on the value added created by the profit companies and the global expenditure of government. Even though relevant in their own right, these indicators are insufficient to understand the value created by all actors and the financial flows in the sector. Therefore, a Heritage Satellite Account should at least contain the following indicators/tables.

<https://oar.onroenderfgoed.be/publicaties/OAOE/108/OAOE108-001.pdf> (29.5.2020).

Table 1: Actor-activity table

	Creation	Production	Dissemination/trade	Exhibition	Management/regulation	Research/education
1. Government	x	x	x	x	x	x
2. Non-profit	x	x		x	x	x
3. Profit	x	x	x	x	x	x
4. Private persons	x	x		x	x	x
(5. Managers)		x		x	x	

A supply table

The most important tables in the SNA are the supply and use tables. These provide information on the (value of) the production and consumption of goods and services. In this satellite account, we are primarily interested in the value of production, how much is produced and by whom. For instance, the government is the producer of regulation activities and owner-managers are producers of management activities. Each of these activities has an economic worth, expressed in terms of GVA or output. These indicators are calculated differently depending on the market character of the products or services (see Table 2). For instance, the output of the government is calculated as total costs (=expenses) while added value is equal to wage cost.

Table 3 shows a model for a supply table with the activities in the rows and the actors in the columns. There are 5 types of actors: government (U₁), non-profit (U₂), profit (U₃), private persons (U₄) and foreign countries (U₅). Managers are integrated in U₁-U₄. The codification of activities and actors can be found in the appendix. For the sake of completeness and in conformity with the SNA we add foreign actors to the list of actors, but we do nothing further with it for pragmatic reasons. This column could contain the value of restoration and renovation works done in Flanders by foreign building contractors.

The composition of Table 3 is different from a classical supply table in the SNA. In a classical table, products (CPA) are plotted against activities/industries (NACE). Because the NACE/CPA classification is ill-adapted to the heritage setting, we made our own classification of

Table 2: Types of output per type of actor and calculation of GVA and output (source: INR, 2013⁶)

		U ₁	U ₂	U ₃	U ₄
		Government	Non-profit	Profit	Private persons
		Non-market producer	Non-market producer	Market producer	Non-market producer
Non-market output	Output for use by others	X	X		
	Output for own final use	x	x	x	X
Market output	Output for sale at market prices	x	x	X	x
Indicators	GVA	Wages	Turnover -IC	Turnover -IC	Hourly wage × hours spent
	Output	Costs	Turnover	Turnover	

⁶ Instituut voor de Nationale Rekeningen 2013.

Table 3: Supply table (U=actors, A=activities)

	U₁	U₂	U₃	U₄	U₅	
	Government	Non-profit	Profit	Private persons	Foreign countries	
A1.Creation						Total activity 1
A2.Production			x			Total activity 2
A3.Distribution&trade						Total activity 3
A4.Exhibition						Total activity 4
A5.Management®ulation						Total activity 5
A6.Research&education						Total activity 6
	Total government	Total nonprofit	Total profit	Total private persons		

Table 4: Financing of the activities (A=activities, F=financiers)

	F₁	F₂	F₃	F₄	F₅	F₆
	Government	Non-profit	Profit	Private persons	Insurance	Foreign countries
A1 Creation						
A2 Production	x			x		
A3 Distribution/trade						
A4 Exhibition						
A5 Management/regulation						
A6 Research/education						

Table 5: Financing of actors (U=actors, F=financiers): examples of money flows

	F₁	F₂	F₃	F₄	F₅	F₆
	Government	Non-profit	Profit	Private persons	Insurance	Foreign countries
U₁ Government	Financing of own activities					
U₂ Non-profit	Financing non-profit activities		Donations	Donations		
U₃ Profit				Restoration works paid by owners		
U₄ Private persons	Subsidies for restoration works				Payment of the amount of the damage	
U₅ Foreign countries						

Table 6: Indicators on labour by type of actor

	Number of ...			Number of ...		
	employees	self-employed persons	volunteers	employee-hours	self-employed person-hours	volunteer-hours
Government	x			x		
Non-profit	x			x		
Profit	x	x	x	x	x	x
Private persons			x			x

x Crosses are entered where indicators apply. For instance, the number of self-employed persons cannot be calculated for government institutions.

products/services, in this study called activities. We also took a different approach to the classification of entities/organizations/production units. We do not use a functional classification according to NACE but a simpler one according to ownership and legal structure (government, non-profit, profit, private persons). This classification is more appropriate for daily practice and is more recognizable to people in the field.

There are interesting insights to be derived from a complete supply table. How much is the economic worth of one set of activities against another set, or how much is the government contributing compared with the profit sector and/or the non-profit sector. This table allows the user to understand the economic weight of both activities and actors, and allows for comparison between them.

Financing tables

A satellite account should also contain information on the financing of activities and actors. Financing tables disclose who is spending money on what and whom, so that financing streams in the sector become visible. In Tables 4 and 5 we compare actors and activities to financiers. The financiers classification is the same as for the actors, except for insurance organizations, which are entered as a financier.

The left cross in Table 4 could be the amount of money spent by government on restoration and maintenance, the right cross the amount of money spent by private owners.

Table 5 presents some examples of possible money transfers between financiers and actors. For instance, government finances its own activities, but also the activities of some non-profit organizations. Private persons donate to non-profit. Insurance pays owner-managers for damage to heritage. Knowing where the money comes from and where it goes to in the heritage sector is important information in policy decisions. Knowledge of this type could be used in the examination of the affordability of

existing and new financing models for heritage, and also in the examination of the proportional distribution of the burdens and benefits of heritage.

Labour

Most satellite accounts focus on employment as an economic gauge. A sector with high levels of employment is generally given greater weight in economic terms. By employment we mean paid labour, not just as an employee but also as an independent person. However, it might also be worthwhile to assess how much labour is being done in a sector on an unpaid basis, especially in a sector in which volunteering is an essential part of human activity. Together with paid labour, this gives an idea of the total time invested in a sector and the relative importance of heritage-related activities in the overall activities of people. We believe this approach will result in a much fairer assessment of the economic importance of heritage. Indicators on the number of people working in the sector and their manhours (see Table 6) can add to an understanding of for example the degree of the sector's dependence on unpaid labour and of the possibility of changing proportions if that would generate a larger societal benefit. Making volunteering visible also helps in the recognition of the efforts of so many people.

Capital stock

The SNA also records data on the capital stock of a country or region. Capital is the entirety of the production factors in an economy with which goods and services are produced, such as human capital, natural capital, physical capital but also cultural capital. Since Throsby (1999) culture has also been considered a capital factor because it is instrumental for economic development and

a decrease will lead to a decline in economic growth.⁷ Moreover, some expressions of culture including cultural heritage are unique and non-reproducible, which makes them all the more valuable for economic development. Cultural heritage is thus considered part of the capital stock of an economy. Capital stock accounts represent these stocks, both in physical and monetary units.

stock t_1 = stock t_0 + increase in stock – decrease in stock (numbers and total surface area of protected objects)

They can be used to manage the stock more effectively and efficiently. For instance, they could be used in long-range plans for restoration and maintenance at sector level, or in efforts to perform inventory management based on societal benefits.

Consumption

The economic impact is not only realized on the supply side but also on the demand side. The consumption or use of heritage leaves traces in the economy too. There are direct effects such as the revenues and employment generated in sectors that use heritage as a resource as well indirect effects such as the impact heritage has on conditions that influence the economy (e.g. through aesthetics of the environment). This framework focuses on direct effects only. As a first stage, data could be gathered on (1) the value added and employment of heritage related tourism, (2) the value added and employment generated by heritage in the audiovisual sector, (3) the value added and employment linked to the production of food and fibre in cultural landscapes and (4) the impact of living and working in or in the neighbourhood of heritage on real estate prices.

CONCLUSION

The ESPON study “The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators” is the first serious attempt to streamline the measurement of economic indicators in the heritage field on a European scale. The study is important because it shows the economic impact of heritage in a number of European countries/regions in a relatively comparable way. It also tried to find common ground in defining cultural heritage, which proved a considerable challenge. This exercise will prove useful

⁷ David Throsby, Cultural Capital, Journal of Cultural Economics 23.1/2, pp.3–12.

for benchmarking purposes across countries and also for contrasting the economic relevance of heritage with other life domains.

However, as shown by the conceptual framework presented above for a Heritage Satellite Account and explained in the recommendations of the ESPON study, much more can be done. We might consider the adoption of a **European Heritage Satellite Account**. The use of an instrument like this would bring many benefits to the sector. First, it is a way to institutionalize data intelligence and so to bring a long-term perspective into data gathering. Second, it is a way to find a common language in data collection across Europe, which will improve data comparability between countries and regions. Third, as it is complementary to the SNA, it will be much easier to compare data with other sectors and life domains. And fourth, it can be a powerful strategic tool for policy. A Heritage Satellite Account is not only about showing that heritage is economically relevant, it is also about understanding an entire sector: Who is doing what? Who is paying? Who is gaining? And who is working? It can be used to compare the efforts between institutional sectors (government, non-profit, profit, private persons) and to see where value is created in the value chain and who is gaining most versus who is paying most. Seeing that tourism earns a lot of money by means of heritage, one can wonder whether this sector should contribute more to the maintenance of monuments.

APPENDIX

Table 7: Codified list of activities in the immovable heritage sector

Code	Activity
A1	Creation
A1.1	Research
A1.2	Naming in publications
A1.3	Protecting
A1.4	Inventorying
A2	Production
A2.1	Restoration and maintenance (built heritage)
A2.2	Repair and maintenance (landscape heritage)
A2.3	Conservation and restoration (archaeological heritage)
A3	Dissemination/trade
A3.1	Property development activities
A3.2	Brokerage activities
A3.3	Other
A4	Exhibition

Code	Activity
A4.1	Physical unlocking
A4.2	Non-physical unlocking
A5	Management/regulation
A5.1	Regulation and subsidizing
A5.2	Administrative, social, economic, legal and fiscal advice/network platform/financing/protection of interests
A5.3	Management
A6	Research/education
A6.1	Research
A6.2	Education
A6.3	Training

Table 8: Codified list of actors, in the sense of executors

Code	Actor
U1	Government
U1.1	Flemish
U1.2	Provincial
U1.3	Local
U2	Non-profit
U3	Profit
U4	Private persons
U5	Foreign countries

Table 9: Codified list of financiers

Code	Financier
F1	Government
F1.1	Flemish
F1.2	Provincial
F1.3	Local
F2	Non-profit
F3	Profit
F4	Private persons
F5	Insurance
F6	Foreign countries

The ESPON Study “*The Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators*” – Results for Austria

RECENT STUDIES ABOUT MATERIAL CULTURAL HERITAGE (MCH) IN AUSTRIA

In Austria we have had almost no studies concerning the impact of Material Cultural Heritage (MCH) or Heritage Care on economy or society. Only one recent national study (Karmasin) and a study from the European Commission including Austria (Special Eurobarometer 466) have been dedicated to this topic.¹

The Special Eurobarometer 466 Report about Cultural Heritage (CH) was commissioned by the Directorate-General for Education, Youth, Sport and Culture of the European Commission in 2017 in anticipation of the European Year of Cultural Heritage 2018.² It serves to give an impression of how people in Europe receive CH and what significance it has for them.

84 percent of the respondents think that CH is personally important to them (versus 68 percent of Austrians), 84 percent think it is important for their local community (79 percent of Austrians agree) and 91 percent think that it is important for their country (92 percent of Austrians agree). 80 percent of the Europeans

and as many Austrians think that CH is important for the European Union.³

82 percent of the respondents agree they feel pride in an historic monument or site, work of art or tradition from their region or country (73 percent of Austrians),⁴ 61 percent of the respondents have visited a historical monument or site within the last 12 months (64 percent Austrians)⁵ and 60 percent of the respondents say they live close to historical monuments or sites (77 percent of Austrians).⁶

Although the Austrians think that CH has a high value for their country, they are not as much personally proud of their heritage as the average Europeans. But they visit historic monuments and sites more often, and more of them claim to live close to them than the European average.

A recent study commissioned by the “Denkmalwerkstatt” and conducted by Karmasin 2018 about historic buildings shows that 92 percent of the respondents appreciate pictures of historic buildings shown to them very much or much, and 86 percent think that the preservation of such buildings is important or very important for Austria and their whole population.⁷ Thus although personal engagement could be stronger – as Eurobarometer

1 See: Paul Mahringer, Der Denkmalwert. Ergebnisse aktueller Studien und was wir immer schon ein bisschen vermutet haben, in: Denkmal heute, 2/2018, pp. 54–57.

2 Special Eurobarometer 466. Report. Cultural Heritage, September-October 2017. The report can be downloaded from the website of the European Commission (<https://ec.europa.eu/>) and is also available in German and with a fact sheet for Austria at: <https://www.kulturerbejahr2018.at/de/mehr/downloads> (3.4.2020).

3 Special Eurobarometer (cit. note 1), pp. 21–25.

4 Ibidem, pp. 29–34.

5 Ibidem, p. 48–56.

6 Ibidem, p. 6–8.

7 For the Karmasin study see: Walderdorff’s article in this journal.

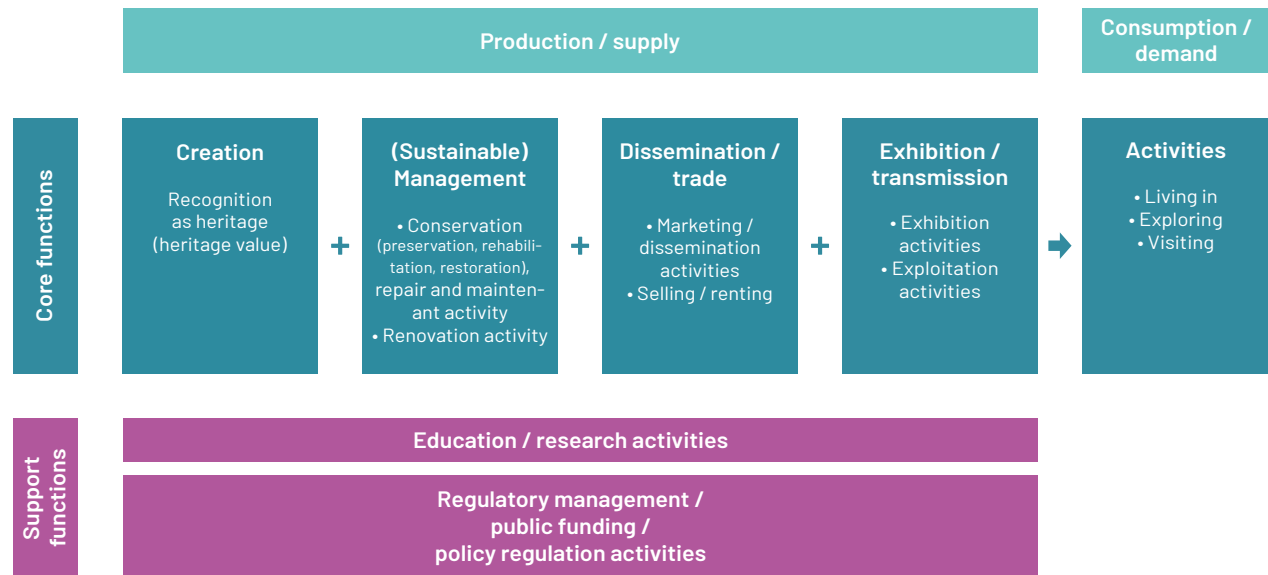


Fig. 1

showed – the awareness for the value of historic buildings and therefore MCH is surprisingly high.

THE TASKFORCE ON ECONOMY AND STATISTICS AND THE ESPON I PROJECT

The European Heritage Heads Forum (EHHF), an informal, professional and expert network for national heritage heads of the countries of the European Union, the European Economic Area and the member-states of the Council of Europe, maintains two standing committees, the European Heritage Legal Forum and the Task Force on Economy and Statistics.⁸ The Task Force was established at the annual meeting in Potsdam in 2012 “to create a common methodology for collecting economic data of cultural heritage”. One of the main aims of the Task Force is to formulate indicators on the economic contribution of MCH at the European level in order to give answers to the need of evidence-based policy making in Europe and its countries.

In 2016 the nine members of the Taskforce (Austria, Belgium-Flanders, Belgium-Brussels, the Netherlands, Norway, Romania, Slovakia, Slovenia, and Sweden) together with the European Council of Spatial Planners (ECTP-CEU), applied for research financed by ESPON. ESPON is co-financed by the European Regional Development Fund. With its projects and studies it aims to

inspire policy making with comparable, systematic and reliable territorial evidence. The projects range from regional economy to society and culture, environmental challenges to rural development.⁹

The research project by the name “*Cultural Heritage as a strategic territorial development resource: mapping impacts through a set of common European socio-economic indicators*” was awarded with 214.600 € and conducted by VVA Consulting and KEA European Affairs. It ran from April 2018 to July 2019.¹⁰

The project was accompanied by the Task Force members closely. One of the first challenges was to find an “operational definition of MCH” that is valid for and applicable to all European countries/regions:

“Objects of immovable (e.g. archaeological sites, cultural landscapes, etc.) and movable (e.g. paintings, books, etc.) nature recognised as having heritage value in each country/region according to three types of recognition:

1. Listed [...] as having heritage value and legally protected [...]
2. Listed [...] as having heritage value but not legally protected;
3. Historical building stock.”¹¹

⁹ www.espon.eu (4.5.2020).

¹⁰ All documents of the study can be downloaded at: <https://www.espon.eu/cultural-heritage> (4.5.2020).

¹¹ Material Cultural Heritage as a Strategic Territorial Development Resource: Mapping Impacts Through a Set of Common European Socio-economic Indicators. Targeted Analysis. Final Report 27/09/2019, p. 7. Online: see ibidem.

⁸ See: <https://www.ehhf.eu/economic-taskforce> (4.5.2020).

Total number of MCH objects, 2016

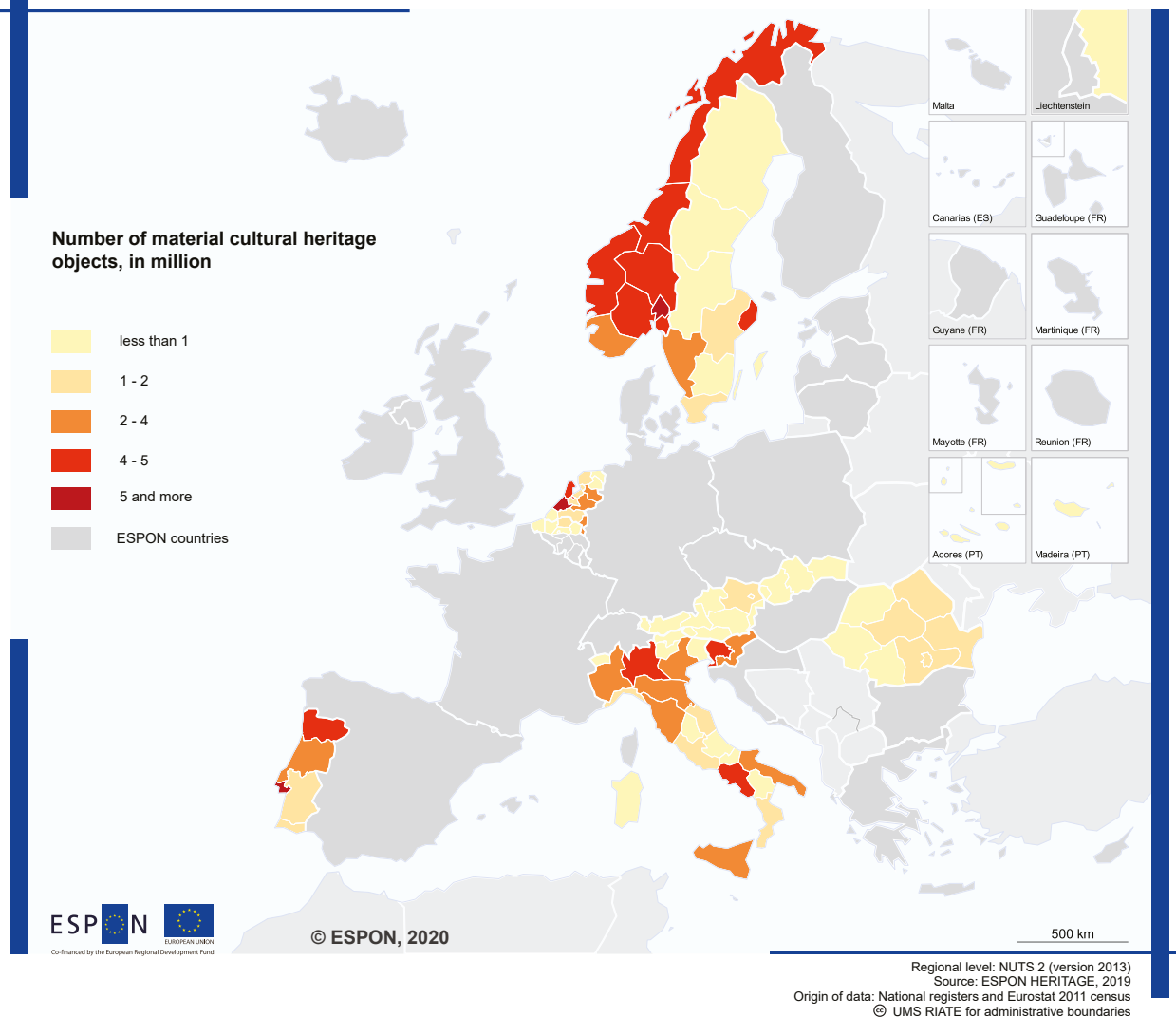


Fig. 2

For the first two points, national and regional lists were used – in the case of Austria, the list of protected immovable monuments edited on an annual basis. For the last one, the number of “pre-1919 dwellings” available at EUROSTAT was used.

Especially with the pre-1919 dwellings, a way was found to get a better comparability between regions and countries while the methods of listing MCH and the question what can and should be listed differs from country to country.¹²

¹² Ibidem, p. 8: “To avoid double-counting listed and protected buildings are not included in the equation. The reason for this is that listed- and protected buildings are mainly built before 1919, and pre-1919 dwellings are also included in the equation, this last category also includes listed- and protected buildings. Therefore, pre-1919 dwellings are considered while the listed and protected

Beside the question of the operational definition of MCH, the next question was what method to use in order to show the effects of MCH on economy, and identify the most relevant economic sectors to these concerns. The value chain method was adopted as the theoretical underpinnings for this purpose (Fig. 1).¹³ The value chain according to Botkin and Matthews is “a sequence of activities during which value is added to a new product or service as it makes its way from invention to final distribution”¹⁴.

buildings are left out to avoid double counting. This also means listed and protected buildings dated after 1919 are also left out, but these are not that many and are better left out than ending up in a double-counting error.”

¹³ Ibidem, p. 10.

¹⁴ (Botkin and Matthews, 1992, p. 26), cit. after ibidem, p. 9.

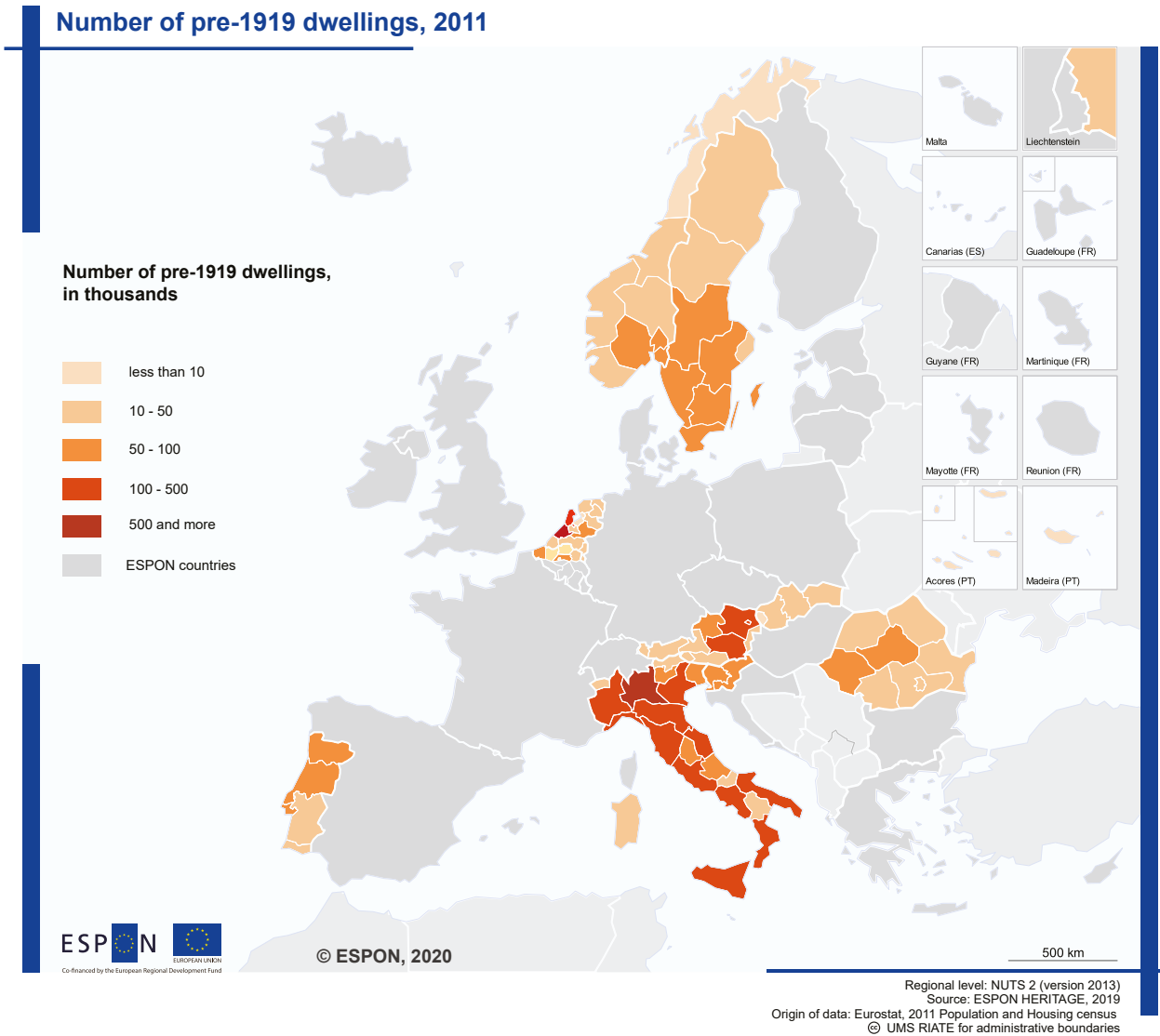


Fig. 3

According to this approach the following sectors and activities were recognized and selected as core functions: Archaeology, Architecture, Museums, libraries and archives activities, Tourism, Construction and Real Estate. The following sectors and activities were taken in account in this study as ancillary goods and services: Information and Communications Technologies (ICT) and Insurance.¹⁵

As economic indicators Employment (in FTE), Turnover and Gross Value Added (GVA) were chosen. In addition, the study takes a look at volunteering and expenditure on MCH by the public sector.¹⁶

¹⁵ Ibidem, p. 12.
¹⁶ Ibidem, p. 13.

MAIN OUTPUTS OF ESPON I

Afer data collection and analysis, key findings emerged and recommendations could be made.

The study observed the economic impact in the 11 participating countries/regions including, Italy and Portugal, over a period of four years from 2013 to 2016. The results are comparable, the method repeatable, and the documentation allowing for other countries and regions to join and repeat the study.

The main findings for these 11 countries/regions for the year 2016 where placed at the beginning of the study:

- *Employment: 549,003 Full Time Equivalent;*
- *Turnover: EUR 83,985.4 million;*
- *Gross Value Added: EUR 32,445.6 million;*
- *Value of volunteering: EUR 171.2 million; and*

Number of leisure tourists, 2016

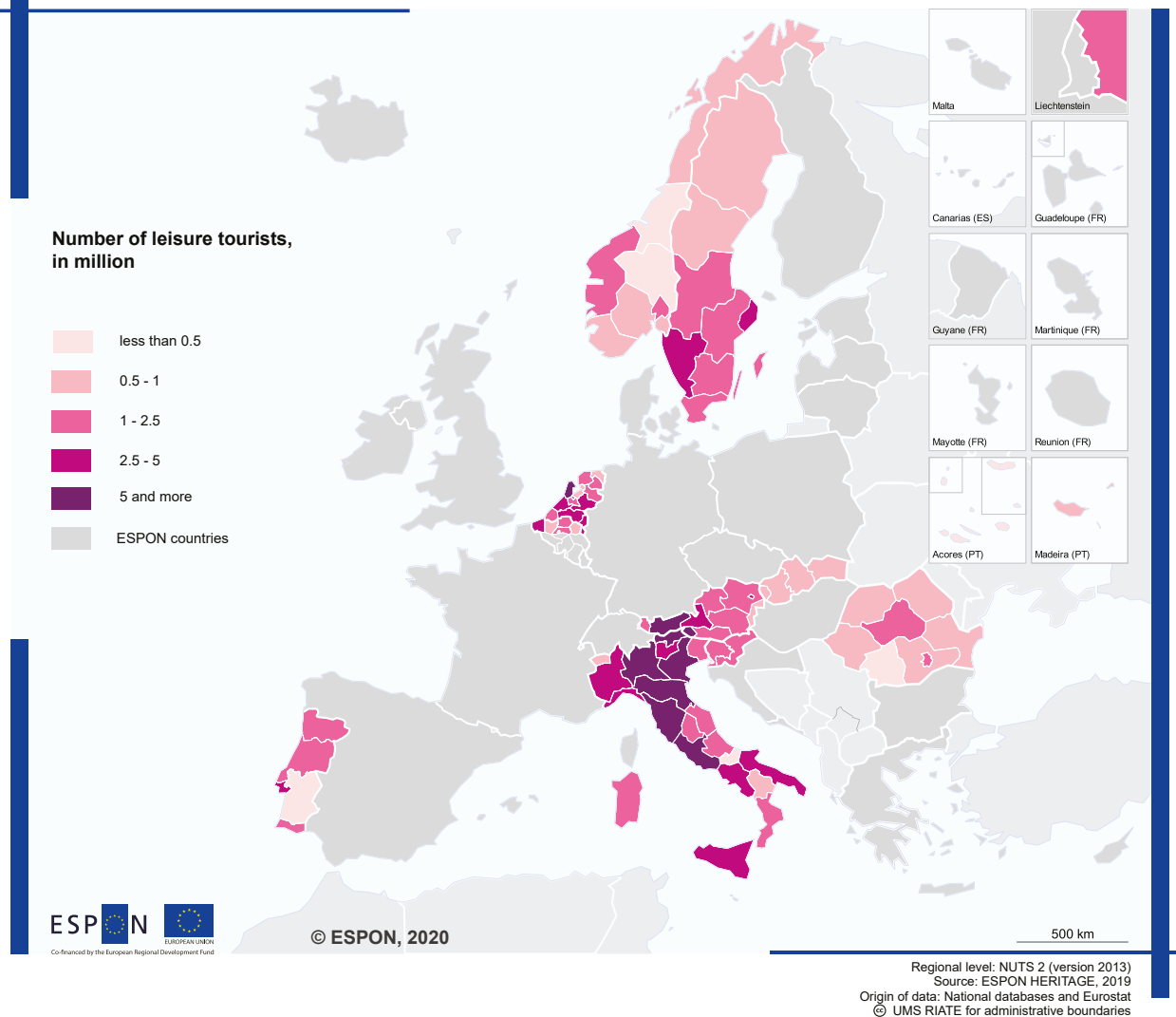


Fig. 4

– *Public expenditure in the heritage sector: EUR 447.9 million.*¹⁷

They were set in relation to other sectors of economy:
“Comparing the impact of Material Cultural Heritage to the wider economy:

- *Employment: 2.1% of the total business economy except financial and insurance activities and 5.0% of the total services economy (NACE codes H-N and S95), similar to the contribution made by the entire subsectors of support activities for transportation, cleaning activities or private security activities;*
- *Turnover: 1.0% of the total business economy except financial and insurance activities and 4.0% of the total services economy (NACE codes H-N and S95), similar to*

¹⁷ Ibidem, p. xi.

the contribution made by the entire subsectors of support activities for transport, legal and accounting activities or wired telecommunication activities;

- *GVA: 1.6% of the total business economy except financial and insurance activities and 3.4% of the total services economy (NACE codes H-N and S95), similar to the contribution made by the entire subsectors of activities of head offices, engineering activities and related technical consultancy or business and other management consultancy activities.”*¹⁸

Before looking at the results in further detail, it is interesting to note two maps which were created by the study. One shows the total number of MCH objects by region in 2016 (Fig. 2), the other the number of pre-1919

¹⁸ Ibidem.

Number of leisure tourists per MCH object, 2016

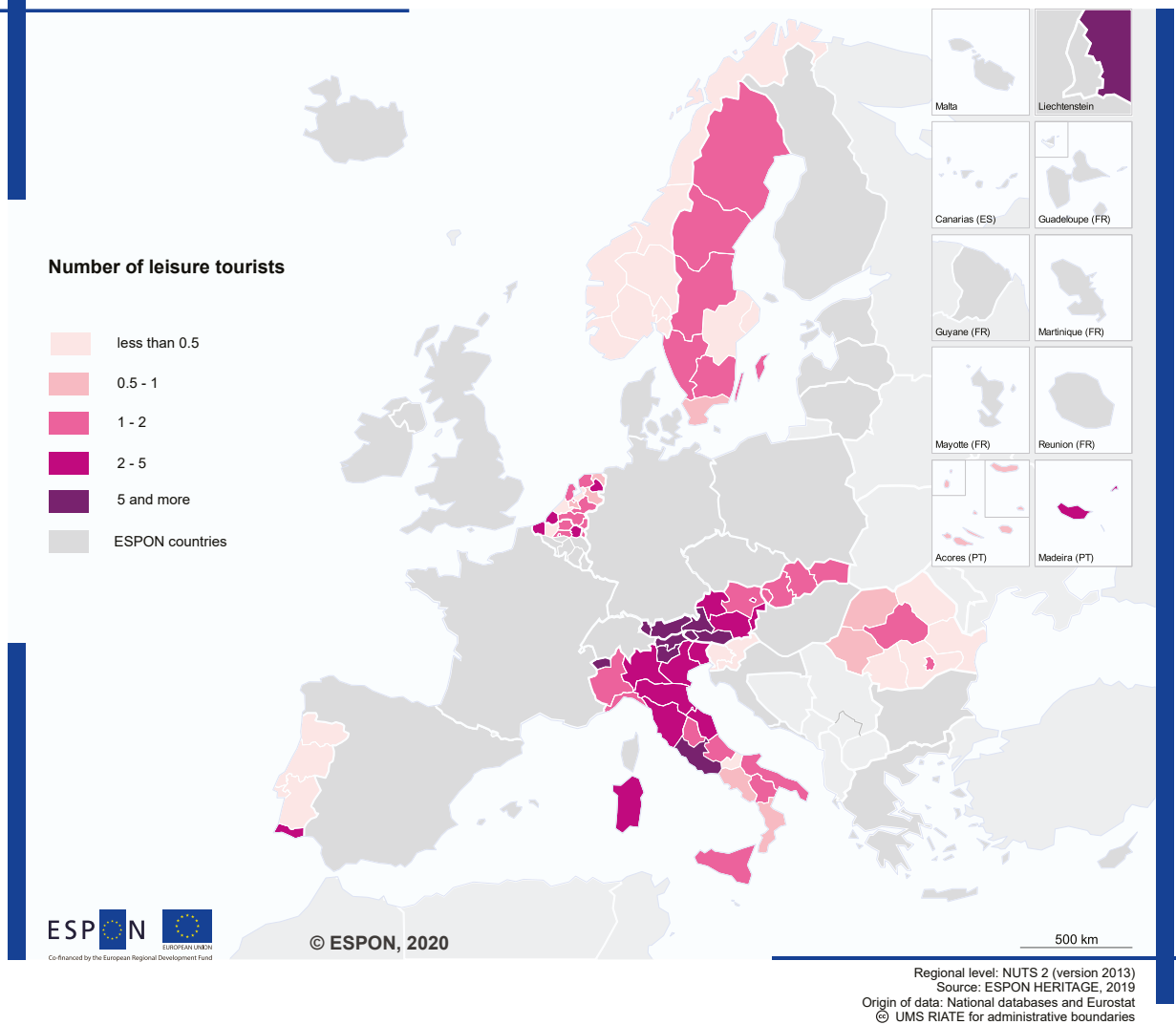


Fig. 5

dwelling (Fig. 3). In both cases, it is particularly interesting to compare Italy with Austria. For Austria, the amount of protected MCH and pre-1919 dwellings is much higher in the East than in the West of the country. There are two other interesting maps: one showing the number of leisure tourists in the selected countries/regions (Fig. 4), and the other, the number of leisure tourists per MCH object in 2016 (Fig. 5), which shows a strong emphasis on the West of Austria. This also leads to the question of cultural landscape which was – at least for Austria – not considered in this study. The reason for this is that Austria – at least, as far as the Federal Monuments Authority Austria – does not have the legal tools to protect historic cultural landscape.¹⁹

¹⁹ See Paul Mahringer’s other article in this journal.

There is one other very important figure showing the various impacts on each sector/activity observed in this study (Fig. 6). There it can be observed that two sectors are the most relevant in terms of their economic impact: tourism which covers almost three quarters of the study, and the construction industry covering over one quarter.

For the presentation of the study in Vienna on October 30th 2019 a small fact sheet about the study with the results for 2016 was put together (Fig. 7),²⁰ demonstrating that the relations between the impacts on the various sectors/activities are also valid for Austria. It is interesting to note that also a relatively small sector like archaeology had an estimated turnover of 45.9 million Euro in 2017. If you look at the numbers in closer detail and compare

²⁰ <https://bda.gv.at/espon-studie/> (4.5.2020).

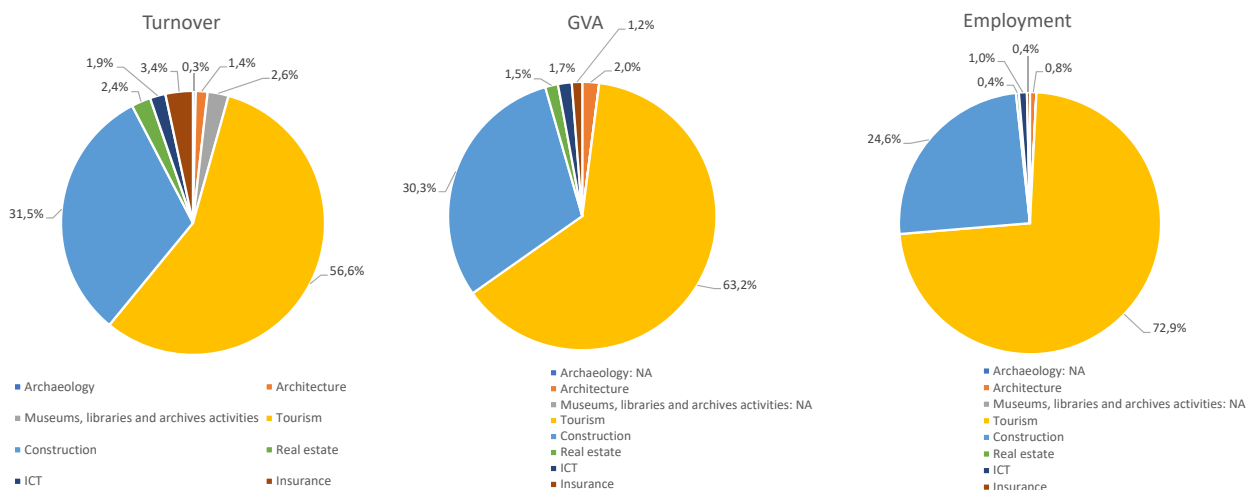


Fig. 6: Share of the impacts of each sector/activity in total impact of MCH in stakeholder countries/regions, 2016
 Source: elaboration of the service provider (2019) based on national databases and Eurostat

Gemeinsames Ergebnis der Studie für die 11 Länder/Regionen für das Jahr 2016

	Beschäftigte/ Vollzeitäquivalente	%	Umsatz in Millionen	%	Bruttowertschöpfung in Millionen	%
Archäologie	10.502		291,80	0,3 %		
Architektur	4.344	0,8%	1.210,00	1,4 %	658,10	2,0%
Museen/ Bibliotheken/Archive	169.600		2.155,80	2,6%		
Tourismus	400.142	72,9%	47.510,80	56,6%	20.507,80	63,2%
Bauwirtschaft	135.050	24,6%	26.413,60	31,5%	9.835,40	30,3%
Immobilienmarkt	1.989	0,4%	1.977,80	2,4%	500,80	1,5%
IT	5.385	1,0%	1.599,30	1,9%	537,90	1,7%
Versicherung	2.093	0,4%	2.826,30	3,4%	405,60	1,2%
gesamt	729.105		83.985,40		32.446,60	

Ergebnis der Studie für Österreich für das Jahr 2016

	Beschäftigte/ Vollzeitäquivalente	%	Umsatz in Millionen	%	Bruttowertschöpfung in Millionen	%
Archäologie	960	0,8%	55,00	0,4%		
Architektur	1.408	1,1%	306,20	2,1%	159,00	2,5%
Museen/ Bibliotheken/Archive	9.300	7,6%	346,00	2,3%		
Tourismus	81.011	66,2%	8.154,90	55,0%	4.051,90	64,8%
Bauwirtschaft	27.754	22,7%	4.115,00	27,8%	1.742,20	27,9%
Immobilienmarkt	227	0,2%	259,80	1,8%	99,50	1,6%
IT	838	0,7%	907,30	6,1%	84,30	1,3%
Versicherung	859	0,7%	675,30	4,5%	117,60	1,9%
gesamt	122.357		14.820,00		6.254,50	

Fig. 7

Fig 8: Estimated employment (FTE) in stakeholder countries/regions and share of the total architecture sector that can be attributed to MCH

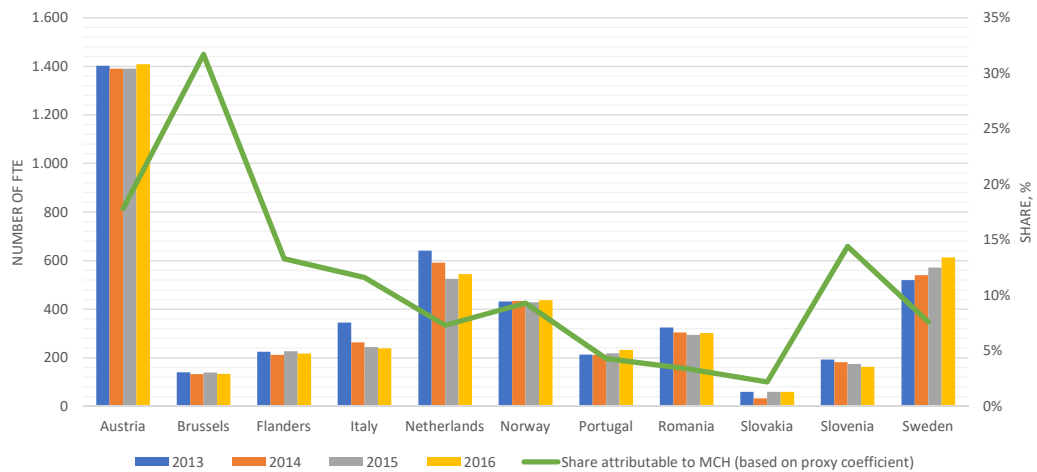
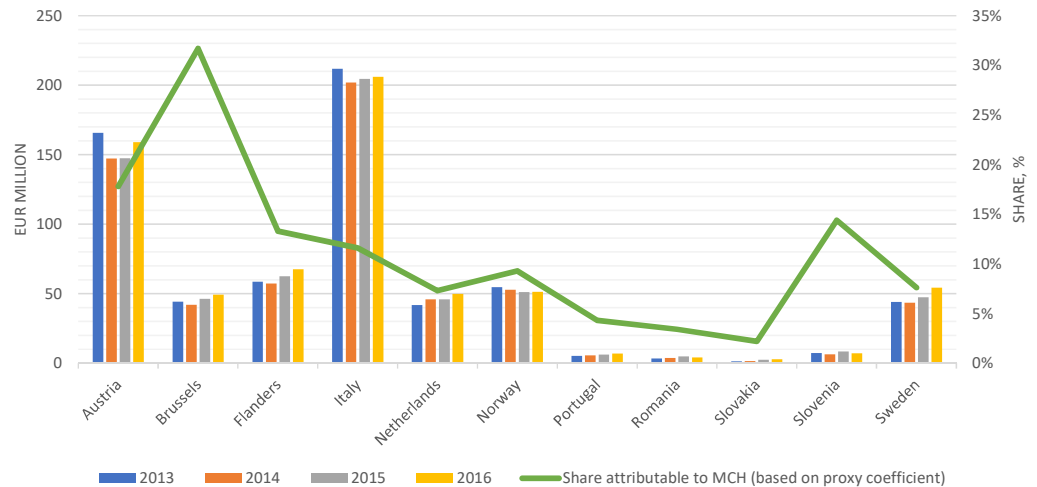


Fig. 9: Estimated GVA (EUR million) and share of the total architecture sector that can be attributed to MCH



the participating countries/regions, it is also interesting to note that at 70.5 million the turnover is the highest in the Netherlands and that Austria's turnover is, compared to Italy (63.4 million), quite high.

In the sector of architecture, employment in Austria is, according to the study, the highest and GVA and turnover are almost on a level with Italy (Fig. 8, 9). Almost 10,000 (9,300) people are employed in libraries, archives, museums, and similar institutions. From the smaller sectors/activities, the insurance sector is also noteworthy. Austria leads in terms of employment, followed by Italy. GVA and turnover are again higher in Italy than in Austria.

The most relevant sectors are the construction sector and tourism (Fig. 10, 11). In the former Italy boasts the highest figures, followed by Austria. Interestingly, according to the study, in 2014 Austria higher employment in the tourism sector than Italy. The Netherlands and Sweden are also very strong in turnover and GVA for leisure tourism.

EVALUATION OF ESPON I

Beside these interesting results, the study also showed limitations due to the lack of available data. Not all statistic data was available at the NUTS 3 level and there is no data on archaeology at the European level (Eurostat). These data were only available to the DISCO project which was carried out in 2014. A lack of comparable statistics at the European level could significantly hamper the repeatability of the study, one of the main goals of the project.

Despite this deficiency, the study gives first hints at the economic importance of MCH, showing shares in the total particular sector/activity for all 11 regions/countries together. It does not show, however, how they differ in each country and how impacts on the economy of each countries/regions economy vary. For example: the share of employment, GVA, and turnover generated by MCH is about 30 percent of the total leisure tourism sector for these 11 regions/countries. The turnover for Austria from

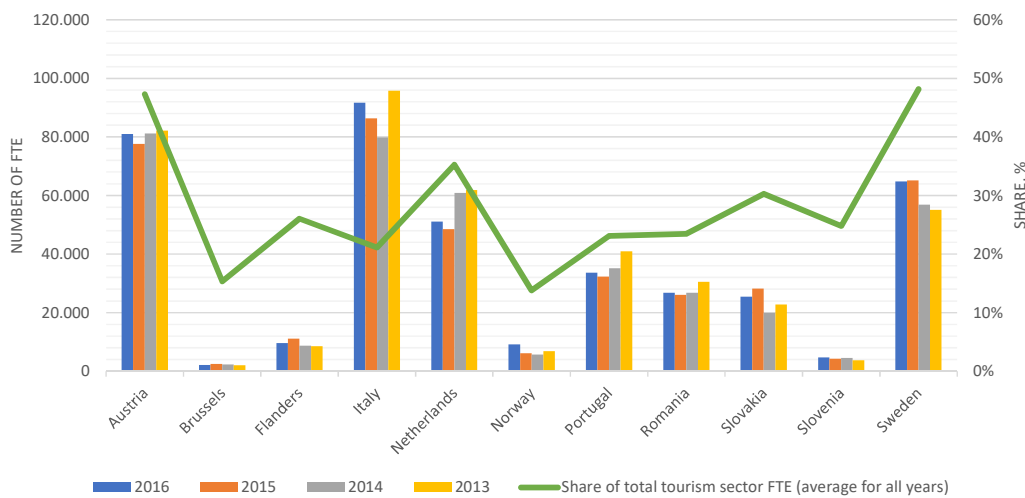


Fig. 10: Estimated employment (FTE) due to leisure tourism and share of total tourism sector FTE

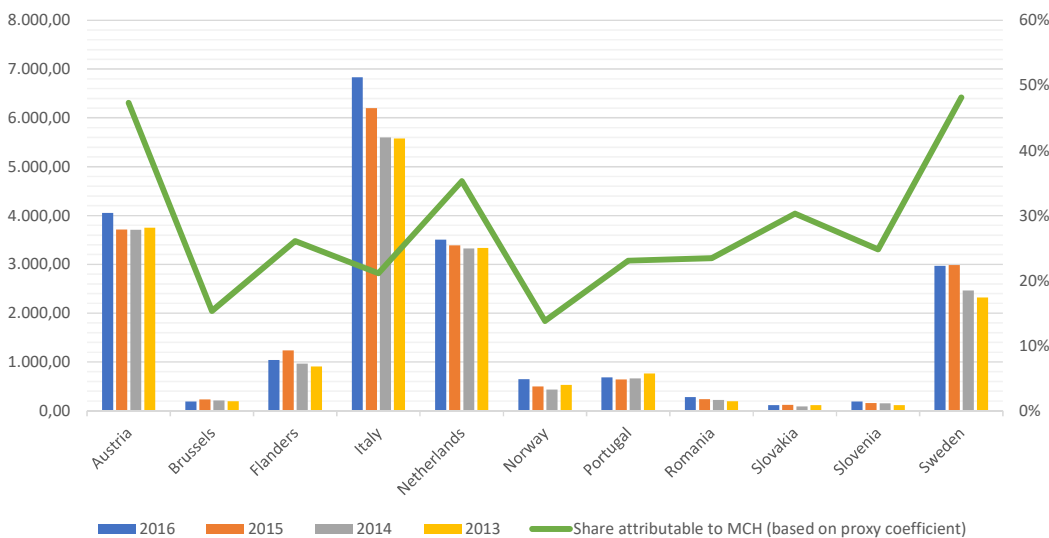


Fig. 11: Estimated GVA (EUR million) due to leisure tourism

2013 to 2017 is at 49,7 to 45,2 percent much higher than average.²¹ The same is valid for GVA and employment.²²

The experts from the stakeholder countries spent a significant amount of time in developing this study together with the service provider. With these figures, they can potentially aid regional, national and European policy makers to make decisions on relevant questions. Yet in order to inform decision makers objectively and to state the real economic importance of MCH, it is important to interpret these figures in the right light by putting them in relation to the whole regional or national economy or specific economic sectors and to develop a story that can be told and easily understood.

ESPON II PROJECT

At its annual meeting in Luxemburg in 2018, the Economic Task Force was authorized by the Heads to further investigate not only the economic impact of material cultural heritage but also other indicators such as societal benefits (e.g. quality of life). Around at the same time, ESPON decided to commission a new study entitled “ESPON Cultural Heritage as a Source of Societal Well-being in European Regions”. This new research project is funded with 739.275 € and starts in 2020. The project will be carried out by the Istituto per la ricerca sociale and will last for two years.²³ It could be another opportunity for the Taskforce to engage in a new project. This pan-European study could help to gain a more holistic view on the impact of Cultural Heritage on economy and society.

²¹ Scientific annex, p. 58.

²² Ibidem, p. 59–60.

²³ <https://www.espon.eu/HERIWELL> (3.6.2020)

Denkmalschutz im öffentlichen Diskurs. Engagement – Vermittlung – Werte

Beiträge des Fachgesprächs der Abteilung für Inventarisierung und Denkmalforschung
des Bundesdenkmalamtes am 27. Juni 2019



Österreichische Gesellschaft der Denkmalfreunde – PR und Pressure Group für den Denkmalschutz

Vor 30 Jahren wurde – zurückgehend auf eine Initiative von Bundespräsident Kirchschräger von Dr. Wolfgang Schallenberg, der noch heute Ehrenpräsident ist, die Österreichische Gesellschaft der Denkmalfreunde ins Leben gerufen.

Ziel war und ist es, die Erhaltung von Denkmälern zu fördern und zu unterstützen. Rund 30 Objekte konnten in dieser Zeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt durch Spenden und Mitgliedsbeiträgen der Denkmalfreunde restauriert werden.

Ein wesentliches Medium für die Verbreitung dieser Gedanken ist auch das Magazin Denkmal heute, das sich an eine breite kulturell interessierte Öffentlichkeit wendet und dazu beitragen soll, das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Restaurierungen und Revitalisierungsvorhaben von Baudenkmalen in der Öffentlichkeit stärker zu verankern. Herausgeber ist die Österreichische Gesellschaft der Denkmalfreunde, thematisch bespielt wird es vom Bundesdenkmalamt.

Vom Bundesdenkmalamt werden dem Freundesverein jährlich eine Auswahl an zu restaurierenden Kunstwerken und Baudenkmalen vorgeschlagen, eine Grundvoraussetzung für ein Engagement der Gesellschaft ist dabei die öffentliche Zugänglichkeit der Denkmäler. Weitere Kriterien für eine Auswahl sind neben der Dringlichkeit einer Restaurierung auch die österreichweite Verteilung und eine Aufteilung nach der Entstehungszeit der Objekte.

Bei über 100.000 in Österreich verzeichneten Baudenkmalen ist diese Unterstützung allerdings nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Deshalb ist es umso wichtiger, das Problem an der Wurzel zu erfassen und die gesetzliche Situation zu hinterfragen, die für den Eigentümer eines Denkmals vor allem Verpflichtungen, Einschränkungen und Belastungen vorsieht und damit in der allgemeinen Wahrnehmung

Eigentum an einem Baudenkmal in erster Linie mit Nachteilen in Verbindung bringt.

Ziel muss es daher sein, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Erhaltung und Sanierung von denkmalgeschützten Objekten zu verbessern.

Dabei wäre es zunächst wesentlich, einen *Lastenausgleich* zu schaffen. Bisher ist beispielsweise eine steuerliche Geltendmachung von Belastungen aufgrund von Sanierungen oder Erhaltungsarbeiten im Wege der Absetzbarkeit nicht möglich, und zwar entgegen dem ursprünglichen Vorhaben des Gesetzgebers, das jedoch bis jetzt nicht realisiert wurde.

Es wäre wichtig, einen Paradigmenwechsel herbeizuführen: Eine Unterschützstellung sollte in Zukunft, aufgrund eines Überwiegens von Vorteilen gegenüber sich ergebenden Nachteilen, positiv wahrgenommen werden und der Anreiz zur Erhaltung historischer Gebäude, aufgrund des daran bestehenden öffentlichen Interesses, etwa durch steuerliche Vorteile für den Eigentümer, gesteigert werden. So wird beispielsweise in Italien für gelistete Gebäude ein gesenkter Grundsteuersatz veranschlagt.

Weiters besteht derzeit eine Flut an *Baunormen* im Zivilrecht, Öffentlichem Recht und Strafrecht, die für Private schwer zu überblicken sind. Umbauten von historischen Gebäuden werden so zu schier unüberwindlichen Hürden, was zu der Forderung führt, dass in diesen Fällen manche Baunormen nicht oder in anderer Form als bei Neubauten zur Anwendung kommen sollen. Denkmalschutz sollte daher in diesem Bereich eine Prioritätsstellung gegenüber den Baunormen zukommen.

Dies ist auch ein wesentliches Anliegen der Initiative DENKmal.KULTUR, einem Zusammenschluss von Organisationen und Verbänden mit dem gemeinsamen Ziel der Erhaltung des kulturellen Erbes, das dann auch in das von der Initiative erarbeitete Forderungspapier Eingang gefunden hat.

Eine weitere Forderung besteht in einem verbesserten *Umgebungsschutz* für Baudenkmäler.

Als Beispiel für die Schwächen des Gesetzes in diesem Bereich ist hier die Karlskirche zu nennen, die deutlich zeigt, dass in Bezug auf eine bessere gesetzliche Verankerung des Umgebungsschutzes noch ein langer Weg zu gehen ist. Dem Denkmalschutz wird hier keine Position

ingeräumt – undenkbar in anderen Ländern. Freistellungsgebiete könnten hier einen Ausgleich zwischen Kulturgut und geltender Raumordnung schaffen. Dem Denkmal eine größere Raumwirkung zuzugestehen, ist auch ein wesentlicher Punkt für die Frage nach der Öffentlichkeitswirksamkeit des Denkmalschutzes.

Der Denkmalbeirat

„Am 12. Februar 1981 konstituierte sich in Anwesenheit des Bundesministers (sic) für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. h. c. Hertha Firnberg, in den Amtsräumen des Bundesdenkmalamts in der Wiener Hofburg der mit der Novelle 1978 zum geltenden Denkmalschutzgesetz geschaffene ‚Denkmalbeirat‘ unter seinem vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung bestellten Vorsitzenden, o. Univ. Prof. Architekt Dr. Roland Rainer, ...“¹ (Anm.1). An welche Art der Tätigkeit des Denkmalbeirats im Rahmen des österreichischen Denkmalschutzes man dabei dachte ist im § 15 des Denkmalschutzgesetzes festgehalten: „Der Denkmalbeirat ist ein Gremium zur Beratung des Bundesdenkmalamtes [...] bei der Lösung von Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege“. Dieser Kernaussage folgen Bestimmungen und sogenannte „Kann – Bestimmungen“ zur Zusammensetzung und zu den Aufgaben dieses Gremiums, ergänzend dazu regelt eine Durchführungsbestimmung verschiedene Details.²

So weit das Gesetz und das von ihm gesetzte Ziel. Als derzeitiger Vorsitzender und langjähriges Mitglied des Denkmalbeirats habe ich in Ergänzung zu den obigen trockenen Ausführungen einige Anmerkungen zu machen. Ein wesentliches Kriterium der erfolgreichen Arbeit des Denkmalbeirats in den vergangenen Jahrzehnten ist die unbestrittene, hohe Kompetenz jedes einzelnen Mitglieds des Gremiums. Nicht umsonst hat der Gesetzgeber weise gefordert, nicht nur Mitglieder jener Fachgruppen in das Gremium des Beirats zu berufen, welche die zentrale Kompetenz der Denkmalpflege bilden, sondern auch Repräsentanten verschiedener geisteswissenschaftlicher, technischer, juridischer und wirtschaftlicher Disziplinen. Dieses System bewährt sich bis heute, denn die unabhängigen und völlig neutralen Fachleute sind das starke Rückgrat des Denkmalbeirats.

Wie funktioniert der Beirat, wann und wie wird er aktiv? Der Vorsitzende kann nicht von sich aus ein

Verfahren in Bewegung setzen. Er ist das Bindeglied zwischen dem Präsidium des Bundesdenkmalamts und den einzelnen ständigen Mitgliedern des Gremiums. Ein zentraler Punkt im Arbeitsablauf des Denkmalbeirats ist die vom Gesetz vorgegebene Tatsache, dass nur der Präsident/die Präsidentin des Bundesdenkmalamts den Denkmalbeirat darum ersuchen kann, sich eines „Falles“ anzunehmen. Einem solchen Ersuchen geht nicht selten ein seit längerer Zeit Denkmalpfleger, Gutachter und Juristen beschäftigendes Verfahren voraus, das trotz allen Aufwands zu keinem befriedigenden oder zu gar keinem Ergebnis geführt hat. In solchen Fällen wird der Denkmalbeirat in seiner beratenden Funktion aktiv. Die Ergebnisse seiner in den – meist aus drei Mitgliedern bestehenden – Kommissionen jeweils vor Ort geführten Beratungen oder zu speziellen genau definierten Problemen erstellten Einzelgutachten dienen dem Bundesdenkmalamt als von neutraler Seite gegebene Entscheidungshilfen. Von großem Wert erweist sich die Arbeit der kompetenten Mitglieder des Denkmalbeirats im Zusammenhang mit jenen Verfahren, die vor dem Bundesverwaltungsgericht landen. Diese Verfahren betreffen in erster Linie in Aussicht gestellte Unterschutzstellungen bzw. darauf erfolgte Einsprüche. Aus welchen Gründen auch immer geplante Zerstörungen von denkmalgeschützten Objekten müssen – wie es das Denkmalschutzgesetz vorschreibt – auf dem Weg über das Präsidium des Amts vom Denkmalbeirat zwingend behandelt werden (§ 5 Abs. 5 DMSG). Eine derartige Vorgangsweise muss wohl auch im Fall von Anträgen auf Entlassung von Objekten aus dem Denkmalschutz gewählt werden.

Der Beirat wird nicht nach außen tätig. Er ist ein Instrument, das dazu geschaffen wurde, zur Unterstützung des Bundesdenkmalamts tätig zu werden. Die in einem Protokoll festgehaltenen Ergebnisse der Beratungen der vom Vorsitzenden zu einem bestimmten Fall berufenen (meist drei) Mitglieder einer Kommission sind nur für den internen Gebrauch des Amts oder/und des jeweilig zuständigen Ministeriums bestimmt, ebenso die vom Präsidium auf dem Weg über den Vorsitzenden beauftragten Gutachten. Der Denkmalbeirat tritt nicht in den Medien auf, er äußert sich auch nicht öffentlich zu

¹ Erwin Thalhammer, Der Denkmalbeirat. Bemerkungen zu Auftrag und Organisation, in: ÖZKD, 35. Jg. 1981, S. 1.

² Denkmalschutzgesetz in der Fassung vom 19. August 1999, BGBl. I Nr. 170/1999.– 572. Verordnung der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur über den Denkmalbeirat, BGBl. II Nr. 572/2003.

bestimmen, die Öffentlichkeit bewegenden Themen. Dies ist ein wichtiger Punkt, denn der Denkmalbeirat kann nicht die Verantwortung an sich ziehen, die dem Bundesdenkmalamt zukommt. Die öfter an einzelne Mitglieder des Beirats oder an dessen Vorsitzenden herangetragenen Anfragen oder Aufforderungen, in dieser oder jener Angelegenheit des Denkmalschutzes „etwas zu tun“, medial einzugreifen, beruhen eben auf einem Missverständnis. Erwin Thalhammer, damals Präsident des Bundesdenkmalamts, hob in seinem oben zitierten Artikel hervor,³ dass der Denkmalbeirat bereits einen Vorläufer gehabt habe, nämlich den sogenannten „Denkmalrat“ (nach einem Erlass des Ministers für Kultur und Unterricht vom 2. August 1911). Dieser Denkmalrat sollte als Berater und „Erstatter“ von Gutachten tätig sein und er konnte „ein Tätigwerden der Zentralkommission in von ihm genannten Fällen provozieren.“ Derartiges ist im aktuellen Denkmalschutzgesetz nicht vorgesehen, auch aus dem Wortlaut der „Rechtsvorschrift“ (BGBl. II Nr. 572/2003) nicht heraus zu interpretieren. Wohl aber hat der Denkmalbeirat, dessen ständige Mitglieder sich einmal im Jahr im Plenum zur Berichterstattung und Diskussion versammeln, die Möglichkeit, seinem Jahresbericht einen „Wahrnehmungsbericht“ anzuschließen. Dieser gibt Gelegenheit, „zu grundsätzlichen Fragen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege“ Stellung zu nehmen, wahrgenommene Mängel aufzuzeigen, Empfehlungen zu Veränderungen oder Verbesserungen abzugeben (BGBl. II, Nr. 572/2003, § 13, Abs. 2). Wie der Jahresbericht selbst sind diese kritischen Stellungnahmen für einen neben dem Präsidium des Bundesdenkmalamts nur um wenige Institutionen erweiterten internen Gebrauch bestimmt, sie werden nach außen hin nicht wahrgenommen. Der Jahresbericht enthält eine Beschreibung der im abgelaufenen Jahr durch den Denkmalbeirat bearbeiteten Fälle, ebenso enthält er einen oder mehrere Wahrnehmungsberichte. Allerdings kann der Denkmalbeirat durchaus die Notwendigkeit sehen, sich zu mehr als einem Problem des Denkmalschutzes zu äußern, auch wenn – wie gesagt – die Wirksamkeit der Botschaft nach außen sehr begrenzt ist. Immer wieder taucht die Frage auf, ob nicht der

Denkmalbeirat sich direkt in den Medien äußern sollte, indem er etwa seine Wahrnehmungsberichte, die ja Fragen von meist allgemeinem Interesse behandeln, öffentlich macht. Ich selbst stehe diesem Ansinnen skeptisch gegenüber, da das Was und Wie einer Veröffentlichung dem Bundesdenkmalamt vorbehalten bleiben muss. Der Denkmalbeirat ist als Institution nicht selbständig, bearbeitet die an ihn herangetragenen Fälle jedoch völlig unabhängig. Dass die vom Gremium des Beirats erörterten Problemfälle zusammen mit Lösungsvorschlägen einem größeren Kreis zugänglich gemacht gehören, steht jedoch außer Frage. Die jeweilige Entscheidung, wie das geschehen könnte, müsste wohl eine alleinige Angelegenheit des Präsidiums sein. In den letzten Jahren hat der Denkmalbeirat öfter im Rahmen des quasi internen Mediums „Wahrnehmungsbericht“ zur Gefährdung von geschützten Einzeldenkmälern Stellung bezogen, zu Angriffen auf das Stadtbild, zu grundsätzlichen Fragen im Umgang mit dem Denkmalschutz. Stellungnahmen zum Wiener Heumarktprojekt, zum Umgang mit dem Geburtshaus Hitlers in Braunau, dem Botanischen Garten – Arboretum Schönbrunn waren ebenso darunter wie etwa ein Papier, welches als Ergebnis von Überlegungen einer Arbeitsgruppe Vorschläge „zur steuerlichen Erleichterung für Investitionen zur Erhaltung denkmalgeschützter Gebäude“ formuliert (seit vielen Jahren weist der Denkmalbeirat – und nicht nur dieser – immer wieder auf die Notwendigkeit einer entsprechenden Regelung hin).

Der Denkmalbeirat wartet also bis er gefragt wird und nicht selten wird er gefragt, wenn die Felle bereits Anstalten machen, davon zu schwimmen. Lässt sich das ändern? Die Motivation seiner ständigen Mitglieder, zur Effektivität des Denkmalschutzes in Österreich beizutragen, die Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu fördern, ist groß. Sollte man sich nicht an den oben erwähnten Erlass aus dem Jahr 1911 erinnern, der dem damaligen Denkmalrat die Möglichkeit eröffnete, von sich aus gegenüber der Zentralkommission aktiv zu werden? Jedenfalls könnte der Beirat, wenn er früher als bisher eingeschaltet würde, auch als Vermittler zur Entschärfung oder gar Lösung vertrackter Situationen auftreten.

³ Siehe Anm. 1.

Initiative Denkmalschutz – Kultur- gutrettung durch permanentes Aufzeigen von Verlusten und Gefährdungen?

Der Verein Initiative Denkmalschutz wurde 2008 gegründet und setzt sich für den Erhalt gefährdeter Kulturgüter in Österreich ein. Zuvor agierten wir als kleine, lose Gruppe unter dem Namen „Netzwerk Denkmalschutz“¹ und kooperierten mit dem Schauspieler und Altstadtschützer Herbert Fux (1927–2007) in seinen letzten sieben Lebensjahren. Er hatte als Ex-Politiker und Prominenter tiefgehende Einblicke in Politik und einflussreiche Kreise und damit einen unglaublichen Erfahrungsschatz und beste Kontakte zu den Medien. Sein Tod 2007 war Anlass unsere Gruppe als Verein einzutragen, um in seinem Sinne weiter aktiv zu bleiben. Ich persönlich bin seit mittlerweile 20 Jahren in Bürgerinitiativen aktiv (ab 1999 in der Bürgerinitiative „Rettet den Kaipalast“ in der Wiener Innenstadt; abgerissen 2001); seit 2000 aktiv im Verein zur Rettung von Gustav Klimts letztem Atelier in Wien-Hietzing (mittlerweile saniert und unter Denkmalschutz), und nach dem Großbrand 2001 gründete ich die Bürgerinitiative zur Rettung der Sofiensäle in Wien-Landstraße. Dieser gesammelte Erfahrungsschatz bildet eine sehr wichtige Grundlage für die Arbeit in unserem Verein.

ZU MEINER PERSÖNLICHEN MOTIVATION

Schon in meiner frühesten Jugend interessierte ich mich für historische Gebäude, zunächst für Burgruinen, später für alle vom Verfall und Abriss bedrohten Bau- und Denkmäler. Als Jugendliche fühlte ich mich zunächst ohnmächtig gegenüber den vielen Abrissmeldungen in meinem Heimatbundesland Salzburg. Erst durch mein

Engagement im Kulturgüterschutz kann ich emotional die Abrisse besser verkraften, weil ich weiß, ich habe es nicht untätig hingenommen, sondern ich habe mich für die Rettung der Kulturgüter eingesetzt: Der Rest ist höhere Gewalt.

ZUR POLITIK

Alle meine gewonnenen Erfahrungen im Denkmalschutz zeigten mir eines bzw. wird mir immer mehr der Eindruck vermittelt: Die verantwortlichen Politiker setzen sich gerade so viel für den Denkmalschutz ein, dass der Bevölkerung erfolgreich das Gefühl vermittelt wird, man kümmere sich gut um den Denkmalschutz. Dies wird auch immer wieder in Umfragen erhoben, wie zum Beispiel in einer FESSEL-GfK-Umfrage aus 2003. Man sieht zunächst die hohe Zustimmung in der Bevölkerung für den Denkmalschutz,² und dann die Umfrage über den Zustand der Denkmäler, die mehrheitlich als in Ordnung befunden wird, sodass politisch kein Handlungsbedarf zu bestehen scheint.³ Wir leben immer stärker in einer Welt der PR-Politik, frei nach dem Motto: „Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht“. Solange die breite Bevölkerung im Denkmalschutz keine negative Entwicklung wahrnimmt, wird sich auch nicht viel ändern. Aus diesem Grund sehen wir unsere Hauptaufgabe im Verein, den Fokus auf Missstände, Fehler, Versäumnisse und negative Entwicklungen zu legen. Es geht uns dabei nicht darum, alles schlecht zu reden, was

¹ „Netzwerk Denkmalschutz Österreich“ wurde 1999–2008 von Markus Landerer und Claus Süss insbesondere als Internet-Plattform betrieben. Des Weiteren wurden Vorträge gehalten und vereinzelt Presseaussendungen veröffentlicht.

² Die Frage lautete: „Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach Denkmalschutz?“ Antwort: sehr wichtig 29%, eher wichtig 58%, eher unwichtig 10%, ganz unwichtig 1%, keine Angabe 2%.

³ Die Frage lautete: „In welchem Zustand sind Ihrer Meinung nach Denkmäler in Österreich?“ Antwort: zum Großteil in gutem Zustand 52%, ganz verschieden 42%, zum Großteil von Verfall bedroht 5%, keine Angabe 2%.



Abb. 1: Kai-Palast, Ignaz Reiser, 1911/12, Franz Josefs-Kai 47, 1010 Wien

auch keinesfalls zutreffend wäre, doch nur mit dieser Fokussierung sehen wir eine Chance, Verbesserungen im Denkmal- und Kulturgüterschutz zu erreichen. Schon 1994 hat der Rechnungshof dem Bundesdenkmalamt empfohlen, eine „Rote Liste der gefährdeten Baudenkmäler“ im Sinne einer stärkeren Öffentlichkeitswirkung zu führen,⁴ doch wurde diese bis heute nicht erstellt, vermutlich genau aus den oben genannten Gründen.

Unsere Kernaufgabe besteht darin, genaue Analysen anzustellen, immer die Frage des „Warum“ zu stellen. „Wie“ kann bzw. konnte es zur Kulturvernichtung oder -verunstaltung kommen und was sind die Ursachen dafür. Und wir wollen in Folge Verbesserungsvorschläge machen. Die Ursachen verorten wir zumeist im Feld der Politik, der Behörden und der Gesetzgebung. Dieses Wissenssubstrat versuchen wir an Medien und Politiker weiterzugeben. Kaum ein Journalist oder Politiker hat noch ausreichend Zeit, sich in diese Materie vertiefend einzuarbeiten oder umfassend zu recherchieren, daher versuchen wir unser Wissen möglichst „mundgerecht“ aufzubereiten. Wir ‚briefen‘ somit auch die Journalisten, die richtigen Fragen an die Politik und die Behörden zu stellen. Dabei sehen wir als eines der Haupthindernisse für unsere Tätigkeit das sogenannte Amtsgeheimnis (fehlendes „Informationsfreiheitsgesetz“) und den oft großen Unwillen, unserem Verein substanzielle Informationen

⁴ Vgl. Rechnungshof (Hg.), Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes – Verwaltungsjahr 1992, Wien 1994, S. 30, Gefährdete Denkmäler, Punkt 17.2.

zu liefern – wir strengten deswegen sogar einmal erfolgreich den Gang zum Verwaltungsgerichtshof an. Ohne diese Informationen werden wir jedoch allzu rasch als „Querulanten“ abgestempelt und mit Bemerkungen wie „Die haben ja keine Ahnung“ bedacht. Ich möchte daher vier wesentliche Punkte herausarbeiten:

- Fakten statt öffentliches Schauspiel! Forderung nach Transparenz und Parteistellung in Behördenverfahren mit öffentlichem Interesse (Beispiel Kai-Palast)
- Politische Nebelwerfer aufdecken – Das gezielte Stiften von Verwirrung auflösen (Beispiele Heumarkt-Hochhausprojekt, Hitler-Geburtshaus)
- Die systemischen Schwächen der zuständigen Behörden und Gesetze aufzeigen und Verbesserungen einfordern (Beispiele Ressourcenmangel, politischer Druck, unzureichende Gesetze)
- Proaktiv handeln und die wenigen uns zustehenden Rechte wahrnehmen, wie zum Beispiel Abgabe von Stellungnahmen zu Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen (Beispiel Hopf-Haus)

FAKTEN STATT ÖFFENTLICHES SCHAUSPIEL! FORDERUNG NACH TRANSPARENZ (BEISPIEL KAI-PALAST)

Eine weithin verbreitete Taktik scheint es zu sein, der Bevölkerung statt Fakten eine Art von „Schauspiel“ bzw. Inszenierung zu präsentieren. Ob fehlende Fassadenputzteile den schlechten Zustand eines Gebäudes



Abb. 2: Visualisierung Heumarkt-Hochhausprojekt, Blick vom Oberen Belvedere Wien

demonstrieren sollen, oder ein aufgestelltes Baugerüst, um die vermeintliche Gefährdung der Passanten durch herabfallende Gebäudeteile besser vor Augen zu führen, wichtig bleibt, die Gutachten, die zu solchen Annahmen führen, unter Verschluss zu halten. So geschah es auch bei meiner ersten Bürgerinitiative „Rettet den Kai-Palast“ vor fast 20 Jahren (Abb. 1). Heute befindet sich das Bürohaus „k47“ an dieser Stelle. Hierbei handelte es sich um einen Gutachterstreit. Der Eigentümer des Kai-Palastes am Franz Josefs-Kai 47 in der Wiener Innenstadt hatte schon öffentlich versprochen, das von uns eingeforderte Gutachten offenzulegen,⁵ doch als unsere Initiative vom Eigentümer eingeladen wurde, Einsicht in das Gutachten zu nehmen, wurde uns die volle Einsicht verwehrt, man wollte uns nur Auszüge daraus präsentieren. Später kam es dann zum „Schauspiel“: Nach Beginn der Abbrucharbeiten 2001 stürzte ein Gebäudeteil ein, der sogleich als „Beweis“ für den schlechten Bauzustand erhalten musste. Der Eigentümer nach dem Vorfall in einer Presseaussendung: *„Der partielle Deckendurchbruch im Kaipalast bestätigt auf dramatische Weise alle Gutachten, die im Laufe des Verfahrens um die Abbruchbewilligung*

die technische Abbruchreife des Gebäudes nachgewiesen haben.“⁶

POLITISCHE NEBELWERFER AUFDECKEN – GEZIELTE VERWIRRUNGEN UND FALSCHBEHAUPTUNGEN ENTLARVEN:

Beim aktuellen **Heumarkt-Hochhausprojekt** (Abb. 2), das das UNESCO-Weltkulturerbe-Prädikat „Historisches Zentrum von Wien“ gefährdet, wurden mehrfach (gezielt?) Falschinformationen seitens der verantwortlichen Politiker gestreut. Wir deckten dies in einer Presseaussendung im April 2017 auf: „[1.] *das bestehende Hotel InterCont ‚unterhalb der baurechtlich zulässigen Höhe von maximal 51 Metern liegt‘ (Christoph Chorherr, Wiener Zeitung, 25.3., von Maria Vassilakou am 29.3. in Ö1-Radio ‚Klartext‘ wiederholt). Hier verwechseln sie die Widmung ‚Höhe über Wiener Null‘ (+ 51 m) mit der ‚zulässigen Gebäudehöhe‘ (ca. 39 m). Weitere Falschaussagen: [2] Vassilakou: das Heumarkt-Areal liege nicht innerhalb der Welterbe Kernzone (Gemeinderat 24.5.2016). [3] Chorherr: Uminterpretation der Kriterien für die Zuerkennung des Welterbe-Status von ‚Interchange‘ (Austausch) zu*

⁵ APA-OTS-Presseaussendung 16.11.2000: *„Zürich Kosmos Versicherungen AG: keine Einwände gegen Veröffentlichung des Gutachtens“*, siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20001116_OTS0338 (22.6.2019).

⁶ APA-OTS-Presseaussendung 6.4.2001: *„Kai-Palast: Stellungnahme der Eigentümerin Zürich Kosmos Versicherungen“*, siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20010406_OTS_0219 (22.6.2019).



Abb. 3: Hitler Geburtshaus in Braunau, Oberösterreich, Salzburger Vorstadt 15

„Change“ Wandel (*Die Presse*, 9.2.). [4] Vassilakou imaginierte, dass die UNESCO eine Gebäudehöhe von „rund 70 m für diesen [Heumarkt-]Standort“ akzeptieren könnte, obwohl gegenteilige UNESCO/ICOMOS-Beschlüsse vorlagen (vergleiche Gemeinderatssitzung 25.3.2015).“⁷ Weiters wurde und wird permanent die Chimäre vom Verhandeln mit der UNESCO verbreitet, obwohl spätestens seit 2012/13 jedem klar sein müsste, dass die entsprechenden UNESCO/ICOMOS-Beschlüsse dem widersprechen. Auch hier sahen wir es als unsere Aufgabe an, diese Beschlüsse transparent und in einer mundgerechten Zusammenfassung der Öffentlichkeit und den Medien zu präsentieren (Zusammenfassung der UNESCO-Beschlüsse und ICOMOS Berichte zum Heumarkt-Hochhausprojekt beim Wiener Eislaufverein 2012–2017).⁸

⁷ APA-OTS-Presseaussendung 3.4.2017: „Heumarkt: Maria Vassilakou und nicht ICOMOS betreibt Fehlinformation zum das Weltkulturerbe gefährdenden Hochhausprojekt Eislaufverein. Initiative Denkmalschutz: Duo Vassilakou/Chorherr liefert Falschinformationen! Gezielte Absicht um Öffentlichkeit und die eigene Parteibasis während laufender Urabstimmung zu verwirren?“ siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170403_OTS0010 (22.6.2019).

⁸ UNESCO-Beschlüsse und ICOMOS Berichte zu Wien: Heumarkt-Hochhausprojekt / Hotel InterContinental 2012–2017, zusammengestellt vom Verein Initiative Denkmalschutz, siehe: <http://www.idms.at/unesco/unesco-heumarkt.pdf>. Dieser Linkverweis wurde erstellt für die APA-OTS-Presseaussendung 26.3.2018: „UNESCO-Welterbe Wien: Ohne Reduktion des Heumarkt-Hochhausprojekts zielsicher zur Aberkennung. Initiative

Auch bei der Enteignung des **Hitler Geburtshauses** in Braunau – Teil des denkmalgeschützten Altstadtensembles „Salzburger Vorstadt“ (Abb. 3) – spielte man ein falsches Spiel mit der Öffentlichkeit. Hier wurde verschwiegen, dass mit dem Enteignungsgesetz quasi auch der Denkmalschutz aufgehoben wird. Wir konnten dies 2016 in zwei Presseaussendungen aufdecken.⁹ Innenminister Wolfgang Sobotka sprach zwar immer davon, dass er persönlich für einen Abriss wäre, sagte aber nie dazu, dass sein Gesetzesentwurf zur Enteignung dies erst ermöglichen würde. Und auch die damalige Präsidentin des Bundesdenkmalamtes war sich nicht der Tragweite bewusst und äußerte dazu öffentlich, dass ein Abriss aktuell sicher nicht gehen wird, doch gestand sie gleichzeitig ein, den Gesetzesentwurf nicht zu kennen.¹⁰

„Denkmalschutz zeigt die Fakten“, siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180326_OTS0021 (22.6.2019).

⁹ APA-OTS-Presseaussendung 12.7.2016: „Hitler Geburtshaus: Aufhebung des Denkmalschutzes durch die Hintertür? Initiative Denkmalschutz kritisiert Enteignungsgesetz“, siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160712_OTS0014 (22.6.2019) sowie APA-OTS-Presseaussendung 19.9.2016: „Hitler Geburtshaus: Hohe Politik täuscht Öffentlichkeit! Enteignung als Vorwand für Zerstörung? Initiative Denkmalschutz fordert Erhalt! Nun ist es ausgesprochen: „Vollständige Beseitigung“ des denkmalgeschützten Adolf Hitler Geburtshauses soll durch geplantes „Enteignungsgesetz“ ermöglicht werden!“, siehe: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160919_OTS0008 (22.6.2019).

¹⁰ Aussage auf Grundlage eines APA-Interviews, vgl. u. a. Kurier 13.6.2016: „Hitler-Haus abreißen? So einfach geht's nicht. Präsidentin des Bundesdenkmalamtes sieht Probleme.“, siehe:



Abb. 4: Gartlmühle in Gresten, Bezirk Scheibbs, Niederösterreich

Und auch wenn man den Gesetzesentwurf während der öffentlichen Begutachtungsfrist damals studiert hatte, konnte man die ganze Tragweite nur erahnen.¹¹ Erst für den Nationalratsbeschluss wurde gerade diese Textpassage zur potenziellen Zerstörung konkretisiert.

DIE SYSTEMISCHEN SCHWÄCHEN DER ZUSTÄNDIGEN BEHÖRDEN UND GESETZE AUFZEIGEN UND VERBESSERUNGEN EINFORDERN:

Enormer **Ressourcenmangel** im Bundesdenkmalamt: Nötige Unterschutzstellungen sind kaum abzuarbeiten, man ist mit der Liste an Verdachtsobjekten so weit im Rückstand, dass es noch viele Jahrzehnte brauchen könnte, um auf den aktuellen Stand zu kommen.¹² So

<https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/braunau-hitler-haus-abreißen-so-einfach-geht-s-nicht/204.225.540> (22.6.2019).

¹¹ Die öffentliche Begutachtung des „Bundesgesetzes über die Enteignung der Liegenschaft Salzburger Vorstadt Nr. 15, Braunau am Inn“ lief vom 30.5. bis 24.6.2016.

¹² Vgl. dazu Rechnungshof (Hg.), „Bericht des Rechnungshofes – Bundesdenkmalamt, Reihe BUND 2017/23, Wien 2017, S. 34 zur „Personalausstattung des Regionalbereichs“, Punkt 10.1. (2): „Setzt man die Anzahl der Denkmale, deren Schutzwürdigkeit noch zu prüfen war, in Relation zur Personalausstattung der Abteilungen des Regionalbereichs, zeigte sich, dass in Vorarlberg eine Beschäftigte bzw. ein Beschäftigter 127 Denkmale, in Oberösterreich hingegen 1.220 Denkmale zu prüfen hatte. Ausgehend von

steht bis heute nicht einmal das berühmte Südbahnhotel am Semmering unter Denkmalschutz (ein Verfahren läuft jedoch).¹³

Politischer Druck: Ein besonders tragisches Beispiel für politische Interventionen, zumindest einzigartig in der fehlenden Transparenz dafür, ist die Denkmalschutzaufhebung des Seebahnhofs Gmunden in Oberösterreich. Hier intervenierten alle Parteien, die im Behördenverfahren Parteistellung hatten, für den Abriss, nämlich der Bürgermeister sowie der Landeshauptmann. Des Weiteren intervenierten nachweislich ein Landesrat, ein Nationalratsabgeordneter und die Wirtschaftskammer für den Abriss und schließlich wurde der damalige Präsident des Bundesdenkmalamtes ins Ministerbüro vorgeladen. Daraufhin kam es laut Volksanwaltschaft zu einem Meinungsumschwung im Bundesdenkmalamt, der sachlich nicht nachvollziehbar war. Es wurde aus Sicht der Volksanwaltschaft ein Bescheid mit gravierender Verletzung von Verfahrensvorschriften erlassen, der inhaltlich unrichtig sowie aktenwidrig war. Doch aufgrund der fehlenden Parteistellung anderer Akteure erlangte der

den im Jahr 2014 in ganz Österreich erfolgten 176 Unterschutzstellungen lag die Dauer, bis alle Denkmale auf deren Schutzwürdigkeit überprüft wären, zwischen 58 Jahren in Vorarlberg und 554 Jahren in Oberösterreich.“, siehe: https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Bund_Bundesdenkmalamt_2017_23_1.pdf (20.10.2019).

¹³ Vgl. Denkmalverzeichnis des Bundesdenkmalamtes: <https://bda.gv.at/denkmalverzeichnis>.



Abb. 5: Gründerzeithaus Mariahilfer Gürtel 33, 1150 Wien

Bescheid trotz „inhaltlicher Rechtswidrigkeit“ Rechtskraft, da ihn niemand beeinspruchen konnte. Wir zeigten diesen Fall in unserer Zeitschrift „Denkma[i]l“ Nr. 8/2011 auf¹⁴ und fordern seit langem Parteistellung für NGOs in Denkmalschutzverfahren, zumal diese Anliegen ja auch im öffentlichen Interesse gelegen sind. Ähnlich tragische Fälle der letzten Jahre – wenn auch ohne Missstandsfeststellungen durch die Volksanwaltschaft – waren die Zerstörung des Kaufhaus Tyrol in Innsbruck (nach politischen Interventionen des damaligen Bundeskanzlers, der danach für den betreffenden Immobilienentwickler arbeitete)¹⁵ und die Zerstörung der Linzer Eisenbahnbrücke. Ein Umstand, der die Anzahl von derart juristisch problematischen Bescheiden nicht minimiert, liegt wohl auch in der fünfjährigen Befristung der Funktionsperiode des Präsidenten des Bundesdenkmalamtes (diese Regelung gibt es erst seit den 1990er Jahren). Die Politik ist sowohl Dienstgeber als auch Intervenierer – ein klassischer Interessenskonflikt.

Unzureichende Gesetze: Neben der Tragik um die schlechte Gesetzeslage betreffend historischer Gartenanlagen – wegen eines unsäglichen Erkenntnisses des

Verfassungsgerichtshofes gab es von 1964 bis 2000 keinen Denkmalschutz, und auch aktuell gibt es wegen der komplizierten Verfassungsreparatur viel weniger geschützte Gärten als früher – haben wir das Hauptproblem der fehlenden Ratifikation des Europarat-Übereinkommens zum Schutz des architektonischen Erbes, der sogenannten „Konvention von Granada“ (1985). Das heißt, es gibt im österreichischen Denkmalschutzgesetz keine Erhaltungspflicht für Baudenkmäler, sondern nur ein Verbot der (aktiven) Zerstörung. Österreich ist somit eines der letzten Mitgliedsstaaten der 47 Europarats-Mitglieder, das bisher darauf verzichtet hat (neben Albanien, Island, Monaco und San Marino).¹⁶ So können unter den Augen des Denkmalamtes historische Denkmäler rechtmäßig und ohne Konsequenzen verfallen, wie das traurige Beispiel Gartlmühle in Gresten (NÖ) zeigt (Abb. 4). Das Gebäude stand seit 1966 unter Denkmalschutz, doch verfiel es zusehends. Nach Einsturz des Daches wurde es zur Ruine, 2008 erfolgte schließlich eine Teilaufhebung des Denkmalschutzes und 2012 eine fast vollständige Zerstörung. Wir behandeln die Mühle in unserem neuen Buch „Österreichs gefährdetes Kulturerbe“¹⁷ und the-

¹⁴ Markus Landerer, „Die Zerstörung des Seebahnhofs Gmunden in Oberösterreich – Chronologie eines Politskandales“, in: Zeitschrift „Denkma[i]l“ Nr. 8/2011 der Initiative Denkmalschutz, S. 15–19, siehe: http://www.initiative-denkmalschutz.at/denkmail/Denkmail_Nr_08_web.pdf (23.6.2019) sowie Volksanwaltschaft (Hg.), Bericht der Volksanwaltschaft an den Nationalrat und an den Bundesrat 2008, Wien 2009, S. 314 ff., Punkt 3.10.1.7.: „Die denkmalrechtliche Bewilligung der Zerstörung des Seebahnhofs Gmunden als Misstand in der Verwaltung“, siehe: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/III/III_00063/imfname_159777.pdf (20.10.2019).

¹⁵ Vgl. Tiroler Tageszeitung vom 27.4.2007.

¹⁶ Europarat – Details zum Vertrag-Nr.121 *Übereinkommen zum Schutz des architektonischen Erbes Europas*, siehe: <https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/121> (23.6.2019).

¹⁷ Gerhard Hertenberger, Die Gartlmühle in Gresten – Ein denkmalgeschütztes Bauwerk wird zerstört, in: Wolfgang Burghart / Gerhard Hertenberger, Österreichs gefährdetes Kulturerbe (Hg. Initiative Denkmalschutz), Wien 2018, S. 154 f.– Vgl. auch YouTube-Video „Gartlmühle – Ein Wahrzeichen verblasst“ (4.1.2011), siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=XDMBfazFL6I&ct=379s> (22.6.2019).



Abb. 6: Hopf-Haus, 1905/06,
Donaufelder Straße 241, 1220 Wien

matisierten diesen Denkmalschutzskandal mehrfach in Presseaussendungen.

PROAKTIV HANDELN UND DIE WENIGEN UNS ZUSTEHENDEN RECHTE WAHRNEHMEN, WIE ZUM BEISPIEL DIE ABGABE VON STELLUNGNAHMEN ZU ÄNDERUNGEN VON FLÄCHENWIDMUNGS- UND BEBAUUNGSPLÄNEN (BEISPIEL HOPF-HAUS)

Eines der wenigen „Rechte“ für Bürger ist das Einreichen von Petitionen, also von „Bittgesuchen“, die dann vom Wiener Gemeinderatsausschuss politisch behandelt werden müssen, wie aktuell jene zu den historischen AKH-Klinikgebäuden in Wien.¹⁸

Seit Anbeginn des Bestehens unseres Vereins haben wir Stellungnahmen zu Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, insbesondere in Wien, abgegeben. So gut wie keine Stellungnahme hat jedoch im Gemeinderat Berücksichtigung gefunden. Parallel dazu haben wir Kontakt mit der Bezirkspolitik aufgenommen, da wir wissen, dass deren Bezirksstimmungen viel größeren Einfluss auf den Beschluss im Gemeinderat haben. Hier konnten wir bescheidene Erfolge erzielen und Bezirkspolitiker überzeugen, mehr Schutzzonen einzufordern. Letztes Jahr schließlich kam die große Bauordnungsnovelle, die nun auch Altbauten außerhalb von Schutzzonen schützt. Knapp vor Inkrafttreten

wurden jedoch noch viele Gebäude abgerissen (Abb. 5). Aus dem Magistrat vernehmen wir „off records“, dass wir mit unserem permanenten Einsatz einen wesentlichen Beitrag zur politischen Durchsetzung dieser längst überfälligen Gesetzesnovelle geleistet haben, offiziell werden wir das aber nie hören.

Zunächst noch als Beispiel von Aufzeigen und Analysieren der Ursachen im Zusammenhang mit Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen: der Abriss des Hopf-Hauses vor fünf Jahren im 22. Wiener Gemeindebezirk (Donaufelder Straße 241; Abb. 6). Ein Auszug aus unserer Presseaussendung 2014: *„Das einstöckige Hopf-Haus in Wien-Kagran, ein wunderschönes Beispiel für den ‚Baumeister-Jugendstil‘ in Transdanubien, soll abgerissen werden und einem sechsgeschoßigen Wohnungsneubau weichen. [...] Falls die Demonstration morgen, Samstag ‚Gegen den Abriss des Hopf-Hauses‘ [...] den geplanten Abriss nicht mehr verhindern kann, sind die Verantwortlichen schnell ausgemacht: Es war wieder einmal die Untätigkeit sowohl der Wiener Stadtregierung als auch der Bezirksvertretung Donaustadt. Diese beiden Institutionen haben es nämlich verabsäumt, sich zeitgerecht für den Schutz der historisch wertvollen Häuserzeile [...] einzusetzen. 2004/05 wäre der richtige Zeitpunkt dafür gewesen. Damals wurde der aktuell gültige Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im Gemeinderat beschlossen [...]. Und der Bezirk Donaustadt hat in seiner Stellungnahme zum Planentwurf, die wesentlichen Einfluss auf den Beschluss im Gemeinderat hat, keinen Wunsch im Sinne der Erhaltung geäußert [...]: Es wurde weder eine Schutzzone noch eine niedrigere Bauhöhenwidmung vorgeschlagen, beides wesentliche Instrumente, die den Erhalt gesichert und den Anreiz zum Abriss und Neubau vermieden hätten. Spätestens seit 1996 war die*

¹⁸ Die Petition *„Rettet die historischen AKH-Kliniken!“* (eingebracht am 11.4.2019) auf der Petitionsplattform der Stadt Wien, siehe: <https://www.wien.gv.at/petition/online/PetitionDetail.aspx?PetID=8a784dc0ba3943d0940a1243066d789b> (22.6.2019).



Abb. 7: Kulturerbe-Demonstration 2014 vor dem Parlament in Wien

Erhaltenswürdigkeit bekannt! Damals hat die Stadt Wien im Rahmen ihres Schutzzonenmodells Gebiete definiert, die ‚mit hoher Wahrscheinlichkeit‘ als schutzzonenwürdig eingestuft werden konnten, darunter waren auch die betroffenen Häuser. Geschehen ist leider – wie man sieht – nichts. (...). Es ist unglaublich, wenn Parteien bzw. Politiker in der entscheidenden Phase der Umwidmung alle Bemühungen zum Schutz des Wiener Stadtbildes unterlassen, und sich danach als Retter historischer Bausubstanz versuchen. Initiative Denkmalschutz fordert endlich Taten statt leerer Worte.“¹⁹

Der Abriss des Hopf-Hauses hat auch auf einer Doppelseite im Wochenmagazin „News“ seinen Niederschlag gefunden.²⁰ Vor fünf Jahren haben wir mit vielen anderen

Initiativen eine große Kulturerbe-Demonstration (Abb. 7) am Ring abgehalten, woraufhin das Wochenmagazin „News“ kurz darauf eine Titelgeschichte zum Thema gefährdete Kulturgüter gebracht hat.²¹ Der Journalist sagte uns damals, nur mit dieser großen Demonstration habe er die Redaktion überzeugen können, eine Coverstory zu diesem Thema zu bringen.

Am Schluss möchte ich noch auf unsere Kanäle auf Facebook²² und Twitter²³ hinweisen. Insbesondere auf Facebook sind wir sehr aktiv und informieren ein- bis dreimal täglich. Unsere Facebook-Postings werden zunehmend auch von Medien als Anlass genommen, Themen in ihren Zeitungen aufzugreifen.

¹⁹ Presseaussendung Initiative Denkmalschutz 4.4.2014: „Verliert die Donaustadt ihr historisches Erscheinungsbild? Hopf-Haus: Anlässlich der Demo am 5.4.2014 gegen Abriss“, siehe: www.initiative-denkmalschutz.at (23.6.2019).

²⁰ News, 30.10.2014, Nr. 44, Titelstory: „Ein Land zerstört seine Geschichte. In keinem EU-Staat werden so viele historische Häuser abgerissen wie in Österreich. Die Rote Liste der gefährdeten Bauten.“

²¹ Ebenda.

²² <https://www.facebook.com/initiative.denkmalschutz>.

²³ <https://twitter.com/iDenkmalschutz>.

Die Bedeutung von historischen Gebäuden in der Bevölkerung.

Eine qualitative, semiotische, quantitative und kulturwissenschaftliche Analyse von Karmasin Behavioral Insights im Auftrag der Denkmalwerkstatt im Holzingerhaus/Krems

EINFÜHREND ZUR DENKMALWERKSTATT

Der Ansatz: „Wo andere schreien oder jammern, versuchen wir Lösungen zu finden!“ ist Leitmotiv unserer Tätigkeit. Die Denkmalwerkstatt ist ein gemeinsames Projekt von Dr. Georg Spiegelfeld-Schneeberg und Dr. Imma Walderdorff und beschäftigt sich mit folgenden Themen:

- Inventarisierung beweglichen Kulturguts
- kunsthistorische/historische Aufarbeitung von unbeweglichen und beweglichen Gütern
- unabhängige und unverbindliche Beratung bei Sanierungs- und Restaurierungsvorhaben in allen Fragen von Denkmalrelevanz
- Übernahme von Kommunikation zwischen dem Denkmalverantwortlichen und den zuständigen Behörden, im Besonderen des Bundesdenkmalamts oder den zuständigen Landesbehörden
- eine Beratung im Sinne und Interesse des Bundesdenkmals und deren Eigentümern.

Dies haben wir bei zahlreichen Projekten, von der Begleitung einer Restaurierung einer bedeutenden historischen Fassade, Nutzungskonzepten bis zu einem unter Denkmalschutz stehenden Bauernhofensemble im Lungau, bewiesen, sowie auch bei der umfassenden Restaurierung unseres Bürositzes in der Steiner Landstraße Nr. 90 in Krems/Stein, dem Holzingerhaus, die mit der Verleihung der „Goldenen Kelle des Landes Niederösterreich“ 2019 einen Abschluss gefunden hat.

Ein großes Anliegen unsererseits ist es, einerseits den Verantwortlichen die Scheu vor dem Partner Bundesdenkmalamt zu mindern, andererseits auch Projekte im Sinne sanfter Restaurierung zu entwickeln und dadurch Einsparung von Kosten zu schaffen. Denn nicht jeder Bezirk in Österreich braucht ein Schlosshotel samt angebautem Neubau und billige Hilfsarbeiter müssen nicht günstiger kommen, als ausgebildete Fachkräfte. Auf der anderen Seite versuchen wir durch Lobbying politisch „Werbung“ für die Denkmalpflege zu machen.

ZUR AUSGANGSLAGE

Österreich als Kulturnation ist durch seine Baudenkmäler geprägt. Das baukulturelle Erbe besteht u. a. aus Klöstern, Burgen, Schlössern, Kirchen, Stadtmauern, Bürgerhäusern, aber vor allem sind es die Kleindenkmäler wie historische Bauernhöfe, Marterl, Kapellen und Bildstöcke, die unsere Kulturlandschaft prägen. In Österreich stehen etwa 37.000 Denkmäler unter Schutz, davon gehört ein Drittel dem Staat, ein Drittel der Kirche und das letzte Drittel ist in Privatbesitz. Diese werden mit großen Kosten- und/oder Personalaufwand instandgehalten, gepflegt und saniert. **Aber:** Denkmalgeschützte Gebäude sind keine Neubauten! Und diverse Bauvorschriften können nicht auf historische Gebäude umgelegt werden.

Um einmal vom oft zitierten Stieggeländer wegzukommen, sei hier ein anderes Beispiel gebracht: Stichwort

Schneenasen. Ein Zitat aus einer Aktennotiz des BDA, wo „die unreflektiert normgerecht gesetzten Schneenasen“ erwähnt sind, es wurden – der Norm entsprechend – einfach zu viele montiert.¹ Allerdings hatten wir auf einer anderen Baustelle die Diskussion mit dem Dachdecker, der die berechtigte Frage stellte, wer im Falle des Falles die Verantwortung trägt. Daher setzen wir uns durch Lobbying auch ein, dass diverse ÖNORMEN nicht auf denkmalgeschützte Objekte eins zu eins angewandt werden sollen.

Die Denkmalwerkstatt im Holzingerhaus fordert gemeinsam mit dem Verein historische Gebäude Österreich und der Initiative Denkmalkultur, wo auch die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) und der Verein Klösterreich vertreten sind, folgende Punkte:

- eine Verbesserung der rechtlichen, administrativen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Denkmale und deren Eigentümer
- einen Lastenausgleich für die höheren Kosten der laufenden Erhaltung und Sanierung von Denkmalen (Stopp der tendenziellen Entwertung durch Denkmalschutz)
- und eine Verdoppelung der Sanierungsrate (Gegenfinanzierung durch vermehrte Handwerkerleistungen und damit verbundenes Steueraufkommen).

Eine von der BIG, vom Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich (IWS), dem Verein Historische Gebäude Österreich (AHHA) und der Burghauptmannschaft bei Andreas Kovar in Auftrag gegebene Studie „Bessere rechtliche Rahmenbedingungen für Baudenkmäler“ schlägt folgende Maßnahmen vor (ein Auszug):²

- Anpassung und Vereinheitlichung von Bauordnungen, Bautechnikverordnungen, sowie eine Berücksichtigung im Haftungsrecht
- „One-Stop-Shop“ für alle Behördenkontakte, Wahrnehmung des Bundesdenkmalamts als Dienstleister
- steuerliche Anerkennung statt Bestrafung, darunter die Rücknahme der Liebhabereivermutungen im Bereich denkmalgeschützter Objekte
- Vollausschreibung vom Mietrecht
- Verbesserung der Abschreibungen
- Sonderausgaben für denkmalrelevante Maßnahmen ohne Begrenzung im privaten Bereich

¹ Aktenvermerk: GZ: BDA-28532 obj./0001-KTN/2019, 9150 Bleiburg, Mag. Gorazd Živković, 12.2.2019.

² Hier die vollständige Forderungsliste: <http://www.denkmalpflege.at/index.php/320-bericht-bessere-rechtliche-rahmenbedingungen-fuer-baudenkmaler> (11.5.2020).– Die neueste Studie von Andreas Kovar&Parter: <http://www.denkmalpflege.at/images/Articles/NEWS/SanierungsbedarfRegelungenBaudenkmaler.pdf> (2.10.2019).

- Befreiung von Umsatzsteuer bei Investitionen
- Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe
- Befreiung von Anschlussgebühren für Wasser und Kanal (speziell in Niederösterreich ein Thema)
- Befreiung von der Grundsteuer
- Befreiung von Grundverkehrssteuern aller Art
- zugeschnittene Wohnbauförderungsrichtlinien.

Um diese geforderten Punkte zu „untermauern“ beziehungsweise den Wert eines Denkmals zu sehen hat die Denkmalwerkstatt im Juni 2018 eine Studie von Dr. Helene Karmasin, Karmasin Behavioral Insights, erstellen lassen, wie die durchschnittliche Bevölkerung in Österreich zu historischen Bauten steht. Bis dahin gab es eine einzige Studie von 1993 für das Land Oberösterreich.³ Diese zeigte, dass damals 75% der Bevölkerung der Erhalt von historischen Gebäuden wichtig ist. Unser Ansatz war es zu eruieren, wie die Bevölkerung generell zu historischen Gebäuden im Jahr 2018 steht.

Es wurden hierfür 502 online Interviews, 25 Tiefeninterviews und 5 Besitzer von bedeutenden historischen Gebäuden geführt. Den Teilnehmer der Studie wurden Fotos von historischen Gebäuden vorgelegt (Abb. 1).

DIE EINSTELLUNG ZU HISTORISCHEN GEBÄUDEN

Vorweggenommen: Das Ergebnis war überraschend (Abb. 2)! Aber, und das hat leider die Studie auch gezeigt, man möchte diese nicht selbst besitzen, wenn man mit dem Bundesdenkmalamt in Berührung kommt. 97% meinen, dass eine Region von historischen Gebäuden profitiert, zum Beispiel durch den Tourismus.

In einem Gespräch gab ORF Moderator Tarek Leitner, der sich bekanntlich gegen die Verschandelung von Österreich einsetzt, Folgendes zu bedenken: Wenn es heißt die Gegend oder Region „hat was davon“, im Sinne von „lohnt es sich“ – muss man das kritisch betrachten, da es sehr materialistisch gedacht ist. Das Problem ist nämlich, wenn Nützlichkeit die Schönheit hinterfragt, wenn also das historische Gebäude nichts abwirft, dann wäre wegreißen wieder legitim. Und das ist der Punkt, ein anderes Kriterium heranzuziehen, ein Beispiel wäre die „lebenswerte Umgebung“ – und nachzufragen, ob ich mich wohlfühle. Auch davon habe ich etwas. Die Kulturlandschaft braucht kein Produkt zu werden.

Wie bereits eingangs erwähnt, handelt es sich bei der Mehrheit von historischen Gebäuden um Bürgerhäuser,

³ Ohne Autor, Denkmalpflege im Trend, Verein Denkmalpflege in Oberösterreich, Linz, o.J. [1993].

Vorlage: Bilder von historischen Gebäuden



Abb. 1: Die in der Studie vorgelegten historischen Gebäude

Bauernhöfe, Altstadthäuser, aber natürlich auch Burgen, Schlösser, etc. Allerdings ist zu bedenken, dass von den über ca. 12.000 privaten Denkmälern österreichweit lediglich noch ca. 200 Schlösser von den „ursprünglichen“ Familien bewohnt werden. Die restlichen sind bereits Veranstaltungszentren, Gemeindeämter, Musikschulen, Firmensitze etc. Gründe dafür sind, dass oft die wirtschaftlichen Hintergründe, wie Industriebeteiligungen oder aktuell Forstbesitze, weggebrochen sind. Zudem kommt, dass die Erhaltung – meist großer Kubaturen – kostenintensiv ist. Die 200 noch bewohnten Schlösser sind ein zu vernachlässigender Prozentsatz und auch in den wenigsten Fällen vom Abriss bedroht, ebenso die meisten Kirchen. Es geht vielmehr um die zahlreichen Kleindenkmäler wie Vierkanthöfe, Mühlen, Pfarrhöfe oder Altstadthäuser, die teilweise nicht unter Denkmalschutz stehen und die Besitzer es auch nicht wollen oder jetzt ansuchen, aus dem Denkmalschutz entlassen zu werden, da man „Angst“ vor zu großen Auflagen hat oder die Gebäude einfach nur abreißen will.

So steht – um ein tagesaktuelles Thema zu nehmen – der Pfarrhof von Kefermarkt zum Abriss bereit. Er wurde aus dem Denkmalschutz entlassen und soll einem

Neubau weichen, in dem man multimedial den Besuchern die „Wiege der österreichischen Denkmalpflege mit einem Adalbert Stifter Zentrum“ präsentieren will. Das war der Stand im Juni 2019 beim Vortrag in Mauerbach, mittlerweile ist trotz zahlreicher Interventionen der Pfarrhof Ende August 2019 geschleift worden.⁴

Würde man hier durch Steuererleichterungen oder Lastenausgleich dem Besitzer etwas bieten können, könnten zahlreiche Abbrüche verhindert werden. Nehmen wir als anschauliches und etwas überspitztes Beispiel den barocken Pfarrhof am Land, der längst nicht mehr bewohnt oder genutzt wird: Vorher stand er – heute würde man sagen „idyllisch“ – inmitten von landwirtschaftlichen Flächen. Hinter dem Haus gehört der Acker dem Landwirt, vor dem Haus der Kirche oder dem Kloster, dann kommt der Bürgermeister und sagt: „Wir brauchen Bauland!“ In Zeiten, wo oft Landwirte am Rande

⁴ Bericht der Diözese Linz: <https://pfarre-kefermarkt.dioezese-linz.at/2019/08/abschied-abbruch-platz-fuer-neues/> (11.5.2020). – Kritischer Bericht von Imma Walderdorff im Newsletter der Vereinigung historischer Häuser Österreichs: <https://ahha.at/herbst-newsletter-2019/#6-Pfarrhof> (2.10.2019).

86% der ÖsterreicherInnen meinen, dass der Erhalt solcher Gebäude für Österreich und die Gesamtheit seiner Bevölkerung (sehr/eher) wichtig ist

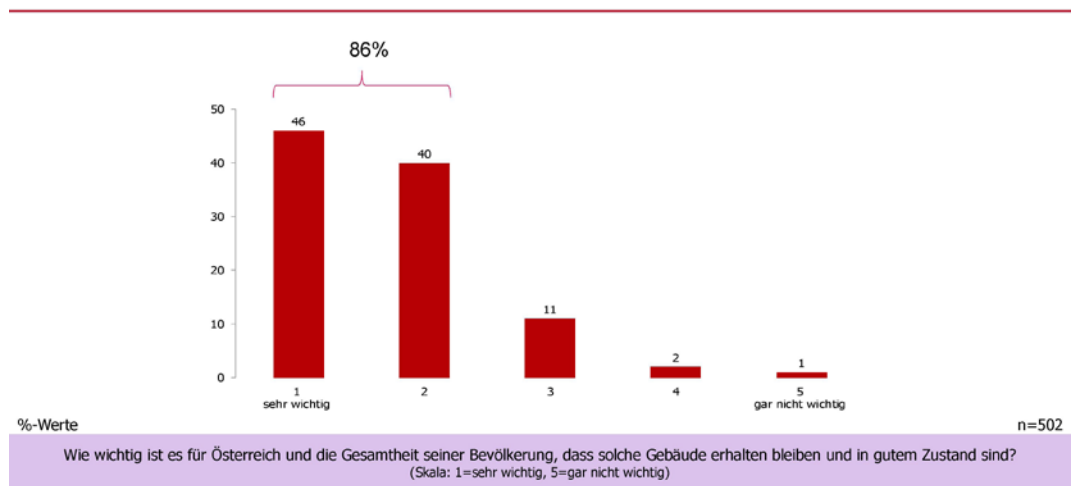


Abb. 2: 86% halten es für wichtig historische Gebäude zu erhalten



Definition einer schönen Landschaft

Wunderbare Anblicke und eine Natur voll von vielfältigem Leben

Abb. 3: Definition von „schöner Landschaft“

der Existenz stehen, ist es auch nicht verwunderlich, dass sie ihre Flächen verkaufen. Dann drängt die Neubausiedlung an die Rückseite. Jahre später kommt der nächste Bürgermeister wieder und meint, man bräuchte auch den Acker vor dem Haus für „Betreutes Wohnen“, dagegen will und kann sich auch die Kirche nicht stellen. Und plötzlich steht der unter Denkmalschutz stehende Pfarrhof eingeklemmt zwischen Neubauten. Dann will ihn niemand mehr und er verfällt, weil in dieser Umgebung auch keiner mehr wohnen will.

Alleine das Stift Kremsmünster in Oberösterreich räumt jährlich mindestens einen Pfarrhof, und lässt ihn leer stehen. Wenn aber am Ende einer Jungfamilie der

Erhalt eines historischen Bürgerhauses in der Altstadt, oder eben des barocken Pfarrhofs am Land, billiger kommt als das Fertigteilhaus in der Neubausiedlung, dann werden die Innenstädte wieder belebt und der Bodenverbrauch reduziert sich. Und damit erhalten sich die historischen Orts- und Stadtzentren, sowie die Kulturlandschaft im ländlichen Raum – gerade sie sind es ja, die Österreich als Kulturlandschaft auszeichnen. Verfallen sie, so geht etwas Wertvolles unwiederbringlich verloren – ähnlich wie beim Aussterben von Tier- und Pflanzenarten die Artenvielfalt. Alleine eine Altholzsammelfirma



Abb. 4:
Betonarbeiten für
den Grundablass
(Rückhaltebecken
Krems-Au)

Österreich soll vor allem rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen verbessern, um diese Gebäude zu erhalten

Karmasin
Behavioural Insights
Verhalten steuern

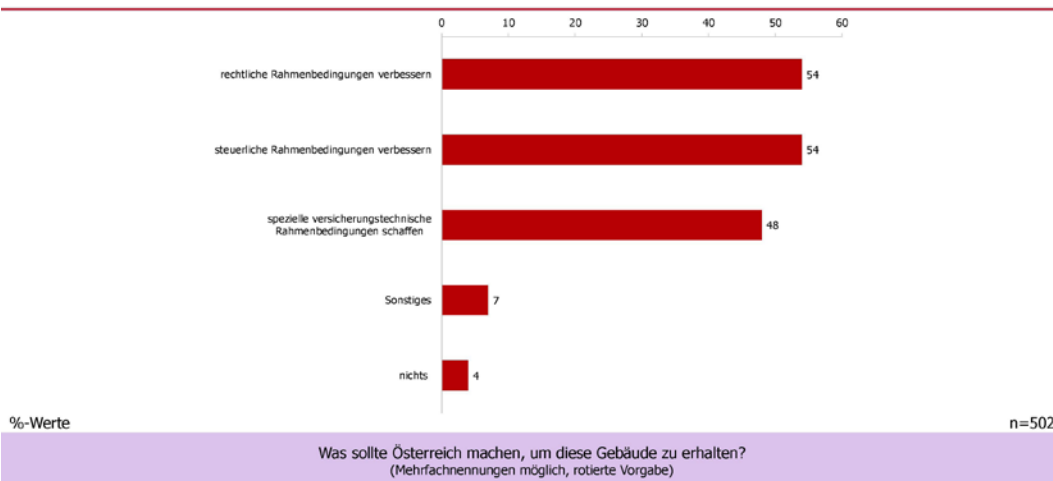


Abb. 5: Verbesserung
von rechtlichen
und steuerlichen
Rahmenbedingungen

in Oberösterreich reißt im Schnitt zwei denkmalwürdige Holzhäuser oder Heustadln pro Woche ab.⁵

Die Denkmalwerkstatt arbeitet eng mit dem landwirtschaftlichen Betrieb von Maximilian Hardegg,

dem Gut Hardegg, zusammen, da uns der Erhalt der Kultur- und Naturlandschaft wichtig ist und es gerade in diesem Bereich zahlreiche Überschneidungen gibt. Bei einer Studie von Helene Karmasin „Behavioural Insights zur Biodiversität und Artenvielfalt“ zeigt sich, dass die „schönen Orte“ bereits an dritter Stelle bei der Frage zur Definition von schöner Landschaft stehen (Abb. 3).

⁵ Hinweis von DI Peter Mensdorff-Pouilly, Stand September 2019.

Der Siedlungsraum braucht härtere und engere Grenzen. Denn natürliche Grenzen gibt es nicht mehr (Sumpf, Wald, Gebirge), man kann überall bauen (ins Hochwasser- oder Lawinengebiet), da es technisch möglich ist. Die Folge ist, man macht noch mehr Eingriffe, wie Hochwasserbauten, Rückhaltebecken, Lawinenverbauungen, Lärmschutzwände, etc. Wir gehen in solch vermeintlich gefährliche Gebiete doppelt hinein: Zuerst mit den gewollten Bauten, dann mit der Infrastruktur, die einen vor der Gefahr schützen soll. Und, man geht aus einem einmal verbauten Gebiet nicht mehr raus, selbst, wenn die ursprüngliche Funktion nicht mehr gegeben ist. Zahlreiche leerstehende Hochregallager entlang der Autobahnen beweisen dies (Abb. 4).

Die von der Denkmalwerkstatt in Auftrag gegebene Studie besagt auch, dass historische Gebäude eine Landschaft oder einen Ort singular und besonders machen, sie geben ihm ein Gesicht. Erstaunlich ist bei der Studie auch, dass es gerade junge Leute sind, denen der Erhalt historischer Gebäude wichtig ist. Der Grund dürfte darin liegen, dass seit Mitte der 1990er Jahre die Entstehung

von Gewerbegebieten oder Hochregallagern entlang von Autobahnen rapide zugenommen hat, während zeitgleich in den Städten ganze Straßenzüge von Gebäuden der Jahrhundertwende abgerissen wurden. Das fällt offensichtlich vor allem jungen Leuten auf. Die Studie zeigt auch, dass man sich bewusst ist, dass Österreich mit diesen Gebäuden über einen großen Schatz verfügt – sie sind es, die Österreichs Landschaften und Orte reizvoll machen, die Touristen anziehen, aber die auch für Einheimische eine Quelle des Stolzes darstellen. Sie bilden gleichzeitig ein Zeichen für eine Mentalität von Österreich, die das Land einzigartig macht: der Erhalt von Vielfalt, Wertschätzung von Sorgfalt, Individualität und Schönheit.

NUR: Es muss der politische Wille kommen mit steuerlichen Anreizen (54%) und/oder rechtlichen Rahmenbedingungen (54%) die Besitzer von historischen Gebäuden zu unterstützen. Denn die Studie zeigt auch, dass dies von einer breiten Bevölkerung mitgetragen wird (Abb. 5).

Denkmal, Gesellschaft und Identität – ICOMOS und seine Mission

Steht es tatsächlich so schlecht um Denkmalschutz und Denkmalpflege in Österreich, wie das aktuelle Stimmungsbild suggeriert? Das „Historische Zentrum von Wien“ steht seit 2017 auf der Roten Liste des gefährdeten Welterbes¹ der Menschheit der UNESCO. Es steht selbstverschuldet auf dieser Liste, durch langjährige Ignoranz der konsequenten und deutlichen Warnungen² der UNESCO und ihres Beratergremiums ICOMOS seitens der allein dafür verantwortlichen Stadt Wien. Dieselbe Stadt Wien beherbergte im Februar 2019 die OWHC-Konferenz³ unter dem Motto, Denkmalschutz und Welterbestatus würden die notwendigen Investitionen und damit die zukünftige Entwicklung insbesondere von „dynamischen“ Großstädten verhindern. Die im Zuge dieser Konferenz unterzeichnete „Vienna Declaration on the Preservation, Development and Management of World Heritage in Dynamic Cities“ enthält jedoch nichts von der oben getätigten Ansage, denn ganz viele andere Städte mit einem hohen Anteil an historischer Bausubstanz haben längst erkannt, dass eine gezielte Politik und Administration zugunsten des kulturellen Erbes eine nachhaltige Entwicklung dieser Städte in hohem Ausmaße fördert, und keinesfalls behindert. Für Österreich insgesamt kann konstatiert werden, dass dort, wo Politik und Administration in der sinnvollen Förderung des Erhalts des gebauten Kulturerbes versagen, starke Bürgerbewegungen dieses Engagement vehement

einfordern. Sie tun dies teils sehr professionell, teils aber auch, um unterschiedliche Partikularinteressen gegen sinnvolle und notwendige Adaptierungen von historischen Objekten und Ensembles zu deren zukünftigem Unterhalt höchst aggressiv durchzusetzen. Die letzte Feststellung zur aktuellen Lage von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Österreich betrifft die [Anm.: die Anzahl an Einsprüchen bzw. Beschwerden ist in Wahrheit konstant niedrig bei 10%, allerdings wurden in der damaligen Instanz dem Bundesministerium die Fälle wohl aus Personalmangel sehr langsam abgearbeitet, so dass das Ministerium 2014 die Altlast von 200 (!) Verfahren an das BVwG weiterleitete und die sich dann mit einer Flut abzuarbeitender Verfahren, die zum Teil bis zu 20 Jahren (!) zurücklagen konfrontiert sahen] große Anzahl an – zum Teil Jahre zurückliegenden – Beeinspruchungen, mittlerweile heißen diese Beschwerden, der Unterschutzstellungsbescheide des Bundesdenkmalamtes (BDA), vor dem [Anm.: höchste Instanz wäre der Verwaltungs- und der Verfassungsgerichtshof, da kommt es selten zu Befassungen. Die zweite und damit normale Instanz ist das BVwG vormals war dies eben das Ministerium] Bundesverwaltungsgericht (BVwG), das diese Altfälle nun fast gänzlich aufgearbeitet hat. Als Gerichtssachverständige für solche Fälle konstatiert die Autorin, dass zumeist nicht mangelnder Stolz oder mangelnder Wille zu Erhalt und Pflege des historischen Ensembles oder Objektes ausschlaggebend für die Einsprüche sind, sondern eine hohe Unzufriedenheit mit der Behandlung der Besitzer durch die Amtsvertreter, zumindest in der Vergangenheit. Besitzer von historischen Objekten, die sich über Jahrhunderte um deren Pflege und Erhalt mit ihrem Privatvermögen kümmerten, wurden während des Unterschutzstellungsverfahrens nicht als Partner auf Augenhöhe behandelt. Andere wurden weder über das Wesen des „öffentlichen Interesses“⁴ an ihrem Besitz auf-

¹ Informationen auf Deutsch zur Roten Liste des gefährdeten Welterbes unter https://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Liste_des_gef%C3%A4hrdeten_Welterbes (3.6.2020).

² Unter <https://whc.unesco.org/en/decisions/7043> (3.6.2020) findet sich die Decision: 41 COM 7B.42 Historic Centre of Vienna (Austria) (C 1033) einschließlich Begründung und aller Warnungen im vollen Wortlaut auf Englisch.

³ OWHC steht als Akronym für „Organisation of World Heritage Cities“ und agiert unter Patronanz der UNESCO. Allerdings sind in dieser 1993 gegründeten Organisation nicht nur Städte mit UNESCO Welterbezonen zusammengeschlossen, sondern generell 300 Städte mit einem hohen Anteil an historischer Bausubstanz.

⁴ §1.(1) Die in diesem Bundesgesetz enthaltenen Bestimmungen finden auf von Menschen geschaffene unbewegliche und beweg-

geklärt, noch welche Rechte und Pflichten konkret damit verbunden sind. So glauben ganz viele, dass sie an einem unter Schutz gestellten Objekt keinerlei Veränderungen mehr vornehmen dürfen.

DENKMALSCHUTZ UND DENKMALPFLEGE IN ÖSTERREICH – VOM VORBILD ZUM NACHZÜGLER?

Was ist also passiert in einem Land, das zweifellos zu den Ländern gehört, die aus der Tradition heraus als vorbildhaftes Land des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angesehen werden? Österreich hat immerhin seit 1850 eine institutionalisierte Denkmalpflege aufzuweisen. Seit 1873 existiert eine öffentliche finanzielle Unterstützung für Restaurierungen. Zwischen 1903 und 1916 wird zweifellos eine bis heute höchst fortschrittliche und aktuelle Theorie der Denkmalpflege durch Alois Riegl und Max Dvořák ausformuliert. Der „Katechismus der Denkmalpflege“ von Dvořák deckt bereits den Gedanken des zu bewahrenden Ensembles ab. Die junge Republik gibt sich 1923 ein bis heute geltendes Denkmalschutzgesetz, und für das 1975 abgehaltene „Europäische Jahr des Kulturerbes“ spielt Österreich eine wesentliche und sehr aktive Rolle in der Vorbereitung. Dann aber verliert Österreich seine Vorreiterrolle. Es ratifiziert erst 1993 und damit unglaublich spät für ein Land mit einem so klaren Bekenntnis zu Kultur die UNESCO Welterbekonvention von 1972. Das Denkmalschutzgesetz wird im Wesentlichen nur 1999 substantiell verändert, obwohl sich in den internationalen Empfehlungen und Richtlinien von ICOMOS und der UNESCO im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gewaltige inhaltliche Umbrüche in Denkmalschutz und Denkmalpflege abzeichnen. In der Erstellung derselben auf internationaler Ebene sind immer wieder österreichische Positionen und österreichische Akteure nicht unwesentlich beteiligt.⁵ Aber die Rückverankerung dieses auf internationaler Ebene erfolgten Erkenntniszugewinnes in der nationalen Gesetzgebung und Umsetzung bleibt aus.

liche Gegenstände (...) von geschichtlicher, künstlerischer oder sonstiger kultureller Bedeutung („Denkmale“) Anwendung, wenn ihre Erhaltung dieser Bedeutung wegen im öffentlichen Interesse gelegen ist. Entnommen dem DMSG in der aktuellen Fassung, verlaubar mit BGBl I Nr.92/2013: https://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht_konsolidiert:Gesamte_Rechtsvorschrift_für_Denkmalschutzgesetz,_Fassung_vom_31.10.2019 (31.10.2019).

⁵ Vergleiche dazu ausführlich: *Caroline Jäger-Klein*, Welterbestädte weiterbauen? Ja, aber wie, in: ISG-Forum (Hg.), 20 Jahre Weltkulturerbe, Graz 2019, S. 60–87.

Bereits Artikel 1 der Charta von Venedig aus dem Jahre 1964 definiert das Denkmal sehr viel breiter, als es die „letzte, umfassende Novellierung“⁶ des österreichischen Denkmalschutzgesetzes (DMSG) 35 Jahre später zustande bringt. Die Charta von Venedig definiert das Denkmal folgendermaßen: „Der Denkmalbegriff umfasst sowohl das einzelne Denkmal als auch das städtische oder ländliche Ensemble (Denkmalbereich), das von einer ihm eigentümlichen Kultur, einer bezeichnenden Entwicklung oder einem historischen Ereignis Zeugnis ablegt. Er bezieht sich nicht nur auf große künstlerische Schöpfungen, sondern auch auf bescheidene Werke, die im Laufe der Zeit eine kulturelle Bedeutung bekommen haben.“⁷ Das österreichische DMSG spricht hingegen nach wie vor nur von „Gegenständen“ oder „Gruppen von unbeweglichen Gegenständen (Ensembles)“, und bei letzteren nur im Zusammenhang von „Schloss-, Hof- oder Hausanlagen“ von damit „einbezogenen Freiflächen“, die gemäß Gesetz zu schützen sind⁸. Es ignoriert damit vollkommen, was rund um ein Einzeldenkmal oder Ensemble vor sich geht, und unter Umständen und zuletzt sehr häufig auch in den historischen europäischen Stadtzentren zur Entwertung des physisch erhaltenen Denkmals beiträgt, beispielsweise die Errichtung eines 75 Meter hohen Hochhauses am Heumarkt in Wien, unmittelbar neben maximal fünfgeschossigen, gründerzeitlichen Gebäuden in der Wiener Ringstraßenzone, Kernzone des UNESCO Welterbes. Genau um einer diesbezüglichen Entwertung des Flächendenkmals vorzubeugen, veranlasste die UNESCO unter Beratung mit ICOMOS 2017 die Versetzung der Welterbestätte „Historisches Zentrum von Wien“ auf die Rote Liste des gefährdeten Welterbes. Die Charta von Venedig hingegen hat bereits im Jahre 1964 sehr weise festgehalten: „Artikel 6. Zur Erhaltung eines Denkmals gehört die Bewahrung eines seinem Maßstab entsprechenden Rahmens.“⁹ Wo spiegelt sich diese Bestimmung zur Erhaltung der Fassung, des Rahmens, eines Denkmals (Abb. 1) in der österreichischen Gesetzgebung wieder? Es gibt

⁶ *Werner Fürnsinn*, Kommentar zum Denkmalschutzrecht, Wien-Graz 2002, S. 41: „Mit BGBl. I Nr. 170/1999, ausgegeben am 19.8.1999, wurde das Denkmalschutzgesetz 1923 umfassend novelliert.“

⁷ Die Textfassung in Deutsch wurde dem Band MONUMENTA I entnommen: ICOMOS Deutschland, ICOMOS Luxemburg, ICOMOS Österreich, ICOMOS Schweiz (Hg.), Internationale Grundsätze und Richtlinien der Denkmalpflege. Principes et Directives Internationaux pour la Conservation. International Principles and Guidelines of Conservation, München 2010, S. 41.

⁸ Vgl. dazu §1(3) des DMSG in der aktuellen Fassung, verlaubar mit BGBl I Nr.92/2013: https://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht_konsolidiert:Gesamte_Rechtsvorschrift_für_Denkmalschutzgesetz,_Fassung_vom_31.10.2019 (31.10.2019).

⁹ Monumenta I (zit. Anm. 7), S. 49.



Abb. 1: Maßstab des Rahmens, Fassung des Bestandes? Graz, Eisernes Haus und Kunsthaus Graz

einen Paragraphen im DMSG, der unter der Überschrift „Umgebungsschutz“ signalisiert, dass es dergleichen geben könnte, aber er lautet wie folgt: „§7(1) Zur Vermeidung der Gefährdung und Beeinträchtigung des Bestandes oder Erscheinungsbildes von unbeweglichen Denkmälern durch Veränderungen in ihrer Umgebung (zB durch Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Aufschriften und dergleichen) hat die Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag des Bundesdenkmalamtes oder – bei Gefahr im Verzug – von Amts wegen Verbote zu erlassen.“¹⁰ Dergleichen gewichtige Maßnahmen verhindern nur leider nicht, dass neben dem Denkmal mit oder ohne Reklameschild das Hochhaus entsteht.

BUNDESDENKMALAMT, DENKMALRECHT UND GESELLSCHAFT

Auch im Zugang zur Denkmalpflege gibt es gravierende Unterschiede zwischen dem nationalen Recht und

den internationalen Richtlinien und Empfehlungen. Das DMSG geht mit seinen Paragraphen 4 und 5 unerschwerlich davon aus, dass die Besitzer von Denkmälern diese entweder absichtlich nicht instandhalten wollen, um sie letztendlich abbrechen zu dürfen, oder, wenn sie diese instandhalten wollen, diese so verändern, dass dies einer Zerstörung ihres Denkmalwertes gleich kommt. Dies bildet sich schon durch die Struktur des DMSG ab, in dem auf die drei Unterschutzstellungsparagraphen (§2, §2a, §3) des 2. Abschnittes unmittelbar die Verbotsparagraphen (§4, §5) zu Zerstörung- und Veränderung folgen. Die internationalen Charten hingegen schalten hier überleitende und positiv stimulierende Artikel zum Erhalt der Denkmale ein, ohne zuerst vom Verlust derselben auszugehen. Dies ist alleine psychologisch ein anderer Ansatz. Auf internationaler Ebene wird den Besitzern von Denkmälern methodisch erklärt, wie sie ihre Denkmale erhalten können und warum sie diese erhalten sollen, ohne ihnen zu unterstellen, dass sie dies gar nicht wollen. So erklärt die Charta von Venedig zuerst als Zielsetzung der Konservierung und Restaurierung den Erhalt der Kunstwerke, um das geschichtliche Zeugnis zu bewahren. Der darauffolgende Artikel 4 erklärt dann das Wie der Erhaltung – durch dauernde Pflege. Dann kommt schon 1964 ein bemerkenswerter Satz: „Artikel 5. Die Erhaltung der

¹⁰ DMSG in der aktuellen Fassung, verlautbart mit BGBl I Nr.92/2013: [https://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht_konsolidiert:Gesamte_Rechtsvorschrift_für_Denkmalenschutzgesetz,Fassung_vom_31.10.2019_\(31.10.2019\).](https://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht_konsolidiert:Gesamte_Rechtsvorschrift_für_Denkmalenschutzgesetz,Fassung_vom_31.10.2019_(31.10.2019).)



Abb. 2: Morphologie der Wiener Ringstraße

*Denkmäler wird immer begünstigt durch eine der Gesellschaft nützliche Funktion. ...*¹¹ Hier taucht er erstmals auf, der Bezug des Denkmals zur Gesellschaft, nicht zu der vergangenen, die das Denkmal hinterlassen hat, nein, zur gegenwärtigen, zeitgenössischen, aktuell agierenden Gesellschaft.

Auch die Burra-Charta, als Charta über den denkmalpflegerischen Umgang mit Objekten von kultureller Bedeutung (Denkmalwert) vom ICOMOS Komitee Australien 1979 verfasst und seither mehrfach überarbeitet, erklärt Denkmalpflege in ähnlicher Weise: Der Abschnitt 1.4 des Artikel 1 lautet: „*Denkmalpflege meint alle Prozesse der Fürsorge für ein Objekt mit dem Ziel, seinen Denkmalwert zu bewahren. Sie beinhaltet den Unterhalt und, je nach Umständen, die Konservierung, Restaurierung, Rekonstruktion und Anpassung und wird üblicherweise eine Kombination von mehr als einem dieser Verfahren darstellen.*“ Der darauffolgende Artikel 2 erklärt unmittelbar: „*Ziel von Denkmalpflege ist die*

Bewahrung des Denkmalwertes eines Objektes; sie beinhaltet Vorkehrungen für seine Sicherheit, seinen Unterhalt und seine Zukunft.“¹²

AUSBILDUNG ZU DENKMALSCHUTZ UND DENKMALPFLEGE

Nach dergleichen Prinzipien werden anderswo, nur leider nicht in Österreich, Experten der Denkmalpflege ausgebildet. Eine der zentralen Ausbildungsstätten dafür ist das Raymond Lemaire International Centre for Conservation (RLICC) an der Katholischen Universität Leuven, mit seinem UNESCO-Lehrstuhl für „*interdisciplinary preservation and management of built heritage*“. Auch das Forschungsprofil des Zentrums zielt in dieselbe Richtung: „*Research at the Centre aims at improving heritage protection, preservation, valorisation and (re)-integration of heritage in society based on needs identified by the*

¹¹ Monumenta I (zit. Anm. 7), S. 47.

¹² Charta von Burra, Dezember 1998, deutsche Übersetzung: http://www.dnk.de/_uploads/media/766_1996_burra_charter_dt.pdf (31.10.2019).



Abb. 3: Regional Restoration Camp im West-Kosovo

*international community.*¹³ Der Namensgeber des Zentrums, der Belgier Raymond Lemaire (* 1921, † 1997) war übrigens der „rapporteur“ am IInd International Congress of Architects and Technicians of Historic Monuments in Venedig 1964, in dessen Rahmen die Charta von Venedig verfasst wurde. Der Terminus „rapporteur“ kann leider nur unzureichend mit Schriftführer übersetzt werden, denn die eigentliche Aufgabe des „rapporteurs“ ist es, die Deklaration als Ergebnis eines derartigen Kongresses fertig auszuformulieren. Der Wortlaut der Charta von Venedig ist somit sein Werk, auch wenn die Konzeption von Roberto Pane (* Tarent 1897; † Sorrent 1987, italienischer Architekt und Kunsthistoriker) und Piero Gazzola (* Piacenza 1908; † bei Verona 1979, italienischer Architekt, Landeskonservator, Festungsforscher, Literaturwissenschaftler, Philosoph und Diplomat) stammt. Gazzola war übrigens Mitbegründer von ICOMOS und dessen erster Vorsitzender von 1965 bis 1975.

¹³ Siehe Mission Statement: <https://set.kuleuven.be/rlcic> (31.10.2019).

DENKMALSCHUTZ, DENKMALPFLEGE UND IDENTITÄT DER GESELLSCHAFT

Wenn wir im Geiste von Pane, Gazzola und Lemaire und damit von ICOMOS handeln, müssen wir Denkmalschutz und Denkmalpflege als Ausdruck gesellschaftlicher Werte ansehen, die es für gegenwärtige und zukünftige Generationen zu erhalten gilt. Diese Werte geben der Gesellschaft ihre Identität, nicht die Objekte per se, sondern der Zugang und Umgang einer Gesellschaft mit ihnen!

Kehren wir damit wiederum zu unserem Fallbeispiel, dem Hochhausprojekt Heumarkt inmitten der Wiener Ringstraßenzone und der Kernzone des UNESCO-Welterbes zurück. Das historische Zentrum von Wien wurde deshalb zum UNESCO-Welterbe gekürt, weil es in der Stadtentwicklung über Jahrhunderte hinweg seine typische Stadtgestalt erhalten und dokumentieren konnte, die durch römische, mittelalterliche, barocke und gründerzeitliche Bebauungsstrukturen und Charakteristika (*attributs*) definiert ist.¹⁴ Das vorgeschlagene Projekt steht

¹⁴ Unter <http://whc.unesco.org/The List/Austria/Description> befinden sich die englische Beschreibung sowie die Kriterien für



Abb. 4: Bed & Breakfast in der restaurierten Kulla, Albanien

inmitten der Ringstraßenzone, entspricht aber keinesfalls ihrer Morphologie. Die historische Stadtstruktur bildet sich nicht nur im Stadtgrundriss ab, sondern genauso in ihrer Höhenentwicklung. Selbst in der angeblich so radikal-kapitalistischen Gründerzeit wurde die für Wien essentiell charakteristische Höhenlimitierung nicht aufgegeben: Die parallel mit dem sogenannten Grundplan der Ringstraße festgelegte Bauordnung von 1859 deklariert, dass „die Höhe der Wohnhäuser bis zum Dachsaum 13 Klafter (ca. 24,6 m) nicht überschreiten darf“.¹⁵ Nur die Sakralbauten sowie wesentliche **öffentliche Bauwerke** wie zum Beispiel die Hofmuseen, das neue Wiener Rathaus oder die Universität waren und sind daraus auszunehmen, niemals aber private Bauten (Abb. 2) wie das Heumarkt-Projekt. Die Basis dazu ist ein

die Aufnahme in die Liste des UNESCO Welterbes im Jahre 2001.

¹⁵ Vergleiche dazu: Hans Puchhammer, / Otto Kapfinger, Ausgangslage – Situation – Analyse, in: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hg.), Städtebauliche Entwicklung Hotel InterContinental Wien Wiener Eislaufverein. Dokumentation und Ergebnis des kooperativen ExpertInnenverfahrens, Wien 2013, S. 19–36, Zitat auf S. 19.

gesellschaftlicher Vertrag, der hier ganz deutlich gebrochen wird. Dies zeigt insbesondere der heftige Bürgeraufstand gegen dieses Projekt.

DER BLICK ZU DEN NACHBARN IM SÜDOSTEN EUROPAS

Ihre Aktivitäten im Südosten Europas haben die Autorin nicht zuletzt mit sehr engagierten nicht-staatlichen Organisationen in der Region zusammengebracht, deren Art der Vermittlung der Werte des Denkmalschutzes als vorbildhaft anzusehen ist. Dergleichen Aktivitäten fehlen in Österreich gänzlich, wohl auch deshalb, weil wir aus unserer Tradition heraus sehr effiziente Institutionen in diesem Bereich aufzuweisen haben. Seit dem Zerfall des vormaligen Jugoslawien und dem Zusammenbruch des Regimes von Enver Hoxha († 1985), beide ab 1991, gibt es in den Nachfolgestaaten, mit Ausnahme von Serbien, keine starken, zentralen Institutionen im Bereich des vormals vorbildlichen Denkmalschutzes und der Denkmalpflege mehr. Zudem nutzten die verschiedenen, durch Politik und Religion ins Ultrationale gelenkten, Nationen die sogenannten Balkankriege dazu, das kulturelle Erbe des



Abb. 5: Akademischer Restaurier-Lehrling in Gjirokastra, Südalbanien

jeweiligen Gegners schwerstens zu beschädigen oder zu zerstören. So überlebten nur etwa 10 Prozent der etwa 500 traditionellen ländlichen Turmhäuser, „kulla“ in der Einzahl, „kullat“ in der Mehrzahl genannt, im westlichen Kosovo den Konflikt zwischen Serbien und der albanischen Mehrheitsbevölkerung im Jahr 1998–99¹⁶. Die von Schweden aus mittlerweile weltweit operierende NGO „Cultural Heritage without Borders“ (CHwB) setzt basierend auf ihren seit 1997–98 in Bosnien gesammelten Erfahrungen seit 2001 sogenannte Regional Restoration Camps (RRC) ein, um mithilfe der zumeist akademischen Jugend aus der Region und unter Anleitung von in Schweden ausgebildeten Experten sogenannte „emergency interventions“ an den nicht komplett zerstörten Objekten durchzuführen (Abb. 3). Dabei werden die Objekte mittels traditioneller Handwerksmethoden in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung wiederhergestellt

¹⁶ Andrew Herscher / Andrés Riedlmayer, Architectural Heritage in Kosovo: A Post-War Report. US-ICOMOS Newsletter July-August 2000; abrufbar über <https://archnet.org/collections/22/publications/4736> (7.5.2020).

(Abb. 4). Ausländische Finanzierung beispielsweise durch die schwedische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit Sida, und die Stiftungen der schwedischen und niederländischen Königshäuser ermöglichen dies unter dem genialen Motto „*We restore and build the future*“. Die Zusammensetzung der Teilnehmer ist strikt multi-ethnisch. Durch die gemeinsame Anstrengung, das zerstörte gemeinsame Kulturerbe wiederherzustellen, wird der Wille zu einem andauernden Frieden gestärkt. Zudem hatten und haben diese regionalen Restaurier-Camps den Nebeneffekt, dass die erfahrenen Handwerker ihre traditionellen Methoden an eine unerfahrene Jugend weitergeben. Diese Jugend aber, die zumeist akademisch ausgebildet wird (Architekturstudenten beispielsweise), erklärt den erfahrenen Handwerkern im Austausch die Theorie der Denkmalpflege dahinter. Mittlerweile nutzt Albanien dieses Modell sogar als offizielle Ausbildungsschiene. Die albanische Regierung startete 2017 zusammen mit CHwB Albanien ein Programm mit dem offiziellen Namen „*skills for employability of tomorrow*“, frei übersetzt also in etwa „Fertigkeiten für eine zukünftige Beschäftigungsfähigkeit“. Nach einem für alle festgesetzten Lehrplan mit Theorie- und Praxisanteilen werden die Teilnehmer – erfahrene Handwerksmeister aus den sogenannten Konservierungsateliers der Hoxha-Zeit und die jungen, zukünftigen Akademiker gleichermaßen – einer klar deklarierten Berufsausbildung zugeführt. Die praktische Ausbildung (Abb. 5) erfolgt an drei historischen Städten, zwei davon UNESCO-Welterbe (Gjirokastra, Berat). Die Absolventen werden offiziell durch das Kulturministerium Albaniens zertifiziert und damit für den Arbeitsmarkt auf dem Sektor von Konservierung und Restaurierung fit gemacht. In Albanien und Montenegro dürfen übrigens Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen nur von Firmen durchgeführt werden, die eine speziell dafür ausgestellte Lizenz aufweisen. Diese Lizenz erhalten sie nur durch den Nachweis einer gewissen Anzahl an facheinschlägig dafür ausgebildeten Mitarbeitern.

FAZIT

Was aber ist der gegenwärtige Stand diesbezüglich in Österreich, dem aus der Perspektive Südost-Europas so vorbildlichen Land? Es gibt hierzulande nicht einmal eine gezielte Ausbildung für Denkmalschutz und Denkmalpflege oder das Management von Kulturerbe an den öffentlichen Universitäten. Es gibt hierzulande nicht den Begriff des „Conservation-Architect“, des speziell für den Erhalt der Denkmale ausgebildeten Architekten. Das traditionsreiche Institut für Kunstgeschichte der Universität

Wien bildet aus falsch verstandener Internationalisierung derzeit keine Kunsthistoriker mit Schwerpunkt in der österreichischen Architekturgeschichte aus. Unter den Bauingenieuren gibt es nicht einmal ausreichend Bewusstsein darüber, dass mit dem „Conservation-Engineer“ ein breites Betätigungsfeld der Gegenwart und Zukunft vollkommen ausgeblendet wird. Die Juristen kennen keine „Heritage-Law“ Spezialisten. Der gegenwärtige ICOMOS Präsident Toshiyuki Kono ist Universitätsprofessor für diesen Bereich. Dass der derzeit effizienteste Denkmalschutz seine Verankerung in den Bauordnungen

und Raumordnungen der Bundesländer wäre, dämmert soeben erst einigen Bundesländern mit UNESCO Welterbestätten, vor allem durch die Einmahnung der UNESCO von Managementplänen für diese Welterbestätten. Das Denkmalschutzgesetz (DMSG) kennt abseits von den oben schon angeführten Schwächen tatsächlich den Begriff des Welterbes nicht. Und nicht zuletzt fühlt sich dadurch das Bundesdenkmalamt (BDA) auch nicht dafür zuständig. Dies führte dazu, dass der institutionalisierte, nationale Denkmalschutz immer wieder einmal im öffentlichen Diskurs verheerend wegkam.

Die österreichische Moderne bewusst machen – an konkrete Bauten erinnern und dokumentieren: DOCOMOMO Austria

Der Titel umschreibt sehr gut das Programm und die Anliegen von DOCOMOMO Austria. Doch eingangs ein paar kurze, erklärende Worte zu Docomomo International bzw. DOCOMOMO Austria. DOCOMOMO Austria ist die österreichische Arbeitsgruppe der weltweit aktiven Vereinigung von Fachleuten zum Zweck der „**D**ocumentation and **C**onservation of buildings, sites and neighbourhoods of the **M**odern **M**ovement“. Diese Vereinigung berät die UNESCO bei Fragen der Erhaltung der modernen Architektur und erhielt den offiziellen Status zuerkannt. – „NGO with official operational relation with UNESCO“ – Strategiepapier / 1. Abs. von Docomomo International.

In Österreich wurde 2001 eine „working-party“ gegründet, nachdem Docomomo International die Voraussetzungen bzw. Grundlagen dafür im Jahr 2000 mitgeteilt hatte. Diese „working-party“, von Docomomo International im April 2001 offiziell anerkannt, arbeitete bis 2008. Dann erfolgte die Gründung des Vereins „DOCOMOMO Austria“.

Aufgabe von DOCOMOMO Austria ist nach den geltenden Statuten die Erforschung, Dokumentation und Erhaltung der Architektur der Moderne, d. h. Bauten des 20. Jahrhunderts, weiters die Erstellung eines Inventars bedeutender Bauwerke der Moderne in Österreich sowie Initiativen zum Schutz und zur Erhaltung von Bauten der Moderne. Schlussendlich ist auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und einschlägiger Behörden für die Werte des 20. Jahrhunderts eine wichtige und umfangreiche Aufgabe.

Die angeführten Maßnahmen brauchen durchaus großen Einsatz. Dazu zählt u. a. das Erstellen der „Fiches“, der von Docomomo International vorgegebenen Expertisen bzw. Dokumentationen und Bewertungen inklusive

Plänen und Fotos von (gefährdeten) Bauten der Moderne. Das Aufzeigen von Gefährdungen moderner Bauten bei den zuständigen Behörden einerseits, andererseits Aussendung an die Medien ist ebenfalls oft erforderliche Tätigkeit. Auch die Initiierung bzw. Unterstützung von Bürgerinitiativen mit Unterschriftenlisten zur Rettung von modernen Bauten – erfolgreich im Falle der „Villa Beer“ von Josef Frank in Wien – ist maßgeblicher Teil der Aufgaben.

Diese mitunter sehr aufwändigen Arbeiten erfordern Wissen und Zeiteinsatz. Sie werden von Mitgliedern des Vereins kostenlos, auf ehrenamtlicher Basis erbracht. Wir haben das Glück, anerkannte und ausgewiesene Fachleute als Mitglieder zu haben. Die Rolle, die DOCOMOMO spielt bzw. zu spielen hat, ist keine leichte und sehr oft eine unbedankte. Man fühlt sich als „Rufer in der Wüste“ oder als „Stachel im Fleisch“.

Die Architektur der Moderne, auch neuester Zeit, ins Bewusstsein zu bringen und verständlich zu machen, ist eine herausfordernde Aufgabe. Österreich hat diesbezüglich eine große Zahl bekannter, viel öfter aber noch unbekannter oder in der Öffentlichkeit, im öffentlichen Bewusstsein nicht „verankerter“ Bauten. Selbst Werke arrivierter Architekten sind bei uns nicht vor Zerstörung gefeit: Man denke nur an die „Stadt des Kindes“ von Anton Schweighofer, die hochgelobt war, was aber letztlich auch nichts half!

Die Arbeit in diesem Spannungsfeld erfordert Verantwortung und Zähigkeit. DOCOMOMO Austria kann als Mahner, Warner auftreten, hat aber keine gesetzliche Handhabe. Hier sind wir auf die Bereitschaft der zuständigen Behörden angewiesen.

Das Bundesdenkmalamt hat sich in den letzten Jahren zunehmend mit diesem Thema beschäftigt. Das

Fachgespräch zum Denkmalschutz im öffentlichen Diskurs ist ein weiterer Schritt auf diesem sehr notwendigen Weg. Wir setzen darauf und wünschen, dass der Elan, das Wissen und die Aufbruchstimmung für die Moderne und die heutige Architektur dem Amt weiterhin für diese verantwortungsvolle Aufgabe erhalten bleiben.

DOCOMOMO Austria und seine Mitglieder werden und müssen jedenfalls künftig intensiv in dieser Richtung arbeiten: unabhängig, den Fakten und der Sache verpflichtet!

Die österreichische Moderne bewusst machen – an konkrete Bauten erinnern und dokumentieren: Zwei Fallbeispiele

Im Folgenden soll anhand von zwei Beispielen die Dokumentationsarbeit von DOCOMOMO Austria veranschaulicht werden.

DAS FUNKHAUS WIEN. EIN GEBÜHRENDER, ARCHITEKTONISCHER RAHMEN FÜR KULTURSCHAFFENDE

Nachdem im Oktober 1924 die RAVAG (Radio Verkehrs AG) gegründet und die provisorischen Senderäume im damaligen Heeresministerium untergebracht worden waren, erfolgte 1926 die Übersiedlung in ein leerstehendes Schulgebäude in der Johannesgasse 4. 1933 wurde mit den ersten Planungen für ein eigenes Funkhaus in Wien begonnen und 1935 erfolgte der formelle Beschluss für einen Neubau. Die technischen Voraussetzungen und die sozialen wie politischen Möglichkeiten des neuen Mediums Radio fielen in eine Zeit der Weltwirtschaftskrise und des politischen Umbruchs. Im Ständestaat wurde die Massenwirksamkeit des Mediums für Propaganda genützt.

Das Funkhaus Wien, in zentraler Lage an der Argentinierstraße, wurde 1939 als erstes, neues Sendegebäude für die RAVAG errichtet (Abb. 1). Der auf dem Grundstück vorhandene Baubestand des 19. Jahrhunderts wurde in den damaligen Neubau integriert.¹ Das Funkhaus beherbergte neben den Studioräumen auch die Verwaltung der RAVAG sowie einen Großen Sendesaal mit Orgel.² Teile der Anlage wurden im Krieg zerstört, wodurch 1983 eine Erweiterung des Funkhauses durch den

Holzmeister-Schüler Gustav Peichl in der entstandenen Baulücke möglich wurde.³

Heute befinden sich im Funkhaus Wien das ORF-Landesstudio Wien, die Räumlichkeiten der Sender Ö1 und FM4 sowie das Radiokulturhaus mit dem Großen Sendesaal und dem angrenzenden RadioCafe.⁴

Als erstes Sendegebäude Österreichs war der Neubau des Funkhauses im damaligen „Ständestaat“ auch von politischen Überlegungen nicht ausgenommen. So wurde im Jahre 1935, basierend auf einem bereits baureifen Projekt der Planer Schmid/Aichinger, ein beschränkter Wettbewerb ausgerufen.⁵ Aus diesem Wettbewerb ging eben dieses Planerteam als Sieger hervor. Nach Abschluss des Wettbewerbs bildeten die Architekten Schmid/Aichinger mit dem Juryvorsitzenden Clemens Holzmeister eine Arbeitsgemeinschaft. Ob dies freiwillig war, ist zu bezweifeln. Die Eingriffe Holzmeisters in den Entwurf beschränkten sich dabei hauptsächlich auf die nach außen hin wirkenden Teile des Gebäudes: auf die Fassade zur Argentinierstraße, die durch Holzmeister in ihrer Monumentalität zusätzlich unterstrichen wurde, den Foyerbereich (Abb. 2) und den Großen Sendesaal.

Hervorzuheben ist die Gestaltung der Senderäume. Zur Verbesserung der Akustik ist keiner der Räume rechteckig ausgeführt.⁶ Besondere Beachtung wurde dem Großen Sendesaal zuteil: Die Wandvertäfelung aus Holz besteht zur Anpassung an die akustischen

¹ <https://www.wien.gv.at/kulturportal/public>, Adresse: 1040 Wien Argentinierstraße 30 und 1040 Wien Argentinierstraße 30 A (4.6.2020).

² https://de.wikipedia.org/wiki/Radio_Verkehrs_AG (4.7.2019).

³ Radio Wien, Nr. 42, 11 Jg., 12.7.1935, S. 1 ff.- Radio Wien, Nr. 52, 11. Jg., 20.9.1935, S. 4 f.- Radio Wien, Nr. 5, 12 Jg., 25.10.1935, S. 1.

⁴ Ingrid Divis, Zwei denkmalgeschützte Wiener Kulturobjekte werden umgebaut. Erste Um- und Ausbauten von Museumsquartier und Funkhaus werden heuer fertig. WirtschaftsBlatt, 30.08.1997, Nr. 456, S. 9.

⁵ Profil, H. 11, Wien, 4.1936, S. 512.- Die Bauwelt, H. 4, Gütersloh, 28.1937, S. 76.

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Funkhaus_Wien (3.6.2020).



Abb. 1: Wien, Funkhaus Wien, Nordostansicht, 1937

Gegebenheiten aus beweglichen Lamellen. Auch die Bestuhlung nimmt auf die Akustik Rücksicht, da diese nicht, wie sonst üblich, klappbar ausgeführt wurde, sondern in Form massiver Ledersessel.

Im Gegensatz zur betonten Monumentalität der Außenfassade werden im Inneren „Spuren des kulturellen Selbstverständnisses“⁷ der damaligen Zeit deutlich: etwa bei der Gestaltung des großzügigen Eingangsfoyers, des Großen Sendesaals und des ehemaligen Musikstudios I (heute: Studio 3) mit Wandmalereien von Hilda Schmid-Jesser. Geplant wurde die gesamte Innengestaltung jedoch nicht von Clemens Holzmeister. Dieser übertrug die Aufgabe 1936 an Martha Reitstätter.

Im Zuge der Umbauarbeiten 1979–83 und 1996–97 „wurde die ursprüngliche Innenraumgestaltung [Martha Reitstätters] durch Gustav Peichl (Kammersaal) und später durch Adolf Krischanitz (Großer Sendesaal, Vorraum, Café) stark verfremdet.“⁸

Die Relevanz des Gebäudes erschließt sich aus dessen historischem Kontext als erstem Sendebäude Österreichs, als das Radio während der Zeit des „Ständestaates“ ein wichtiges Massenmedium darstellte. Diese Bedeutung wird architektonisch auf unterschiedliche Weise sichtbar. Nach außen in Form wuchtiger Repräsentanz,

im Innenraum jedoch durch die sorgsame Detailgestaltung der Räumlichkeiten.⁹

Das Funkhaus Wien, als Baudenkmal der Moderne, zeugt von der ehemaligen Bedeutung des Mediums Rundfunk: als Repräsentationsbau nach außen und als gebührender, architektonischer Rahmen für Kulturschaffende in seinem Inneren.

HOTEL INTERCONTINENTAL WIEN. EIN ERHALTENSWERTES ARCHITEKTURGESCHICHTLICHES DOKUMENT DER 1960ER JAHRE

Das 1000 Betten zählende Hotel wurde für die Intercontinental-Hotelkette (eine Tochtergesellschaft der Fluglinie Pan Am) im Nahbereich des Konzerthauses, zwischen Eislaufverein und Stadtpark, errichtet (Abb. 3). Die Grundsatzplanung stammte von den US-amerikanischen Architekten Holabird & Root. Ursprünglich war Architekt Roland Rainer mit der weiteren Planung beauftragt. Als Rainer die Leitung der Wiener Stadtplanung übernahm, legte er den Auftrag zurück und Architekt Appel und Walter Jaksch wurden beauftragt,

⁷ Friedrich Achleitner, *Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert*, Bd. III/1, Salzburg, 1990, S. 149.

⁸ Ute Georgeacopol-Winischhofer / Martha Bolldorf-Reitstätter, in: *Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben – Werk – Wirken*, Wien, 2002, S. 85–88.

⁹ Hertha Hurnaus / Peter Stüber / Ute Woltron, *Funkhaus Wien. Ein Juwel am Puls der Stadt*, Salzburg-Wien, 2015, S. 3 ff.



Abb. 2: Wien, Funkhaus
Wien, Hauptfoyer, 2012

um gemeinsam mit Holabird & Root den Entwurf zu entwickeln.¹⁰

Das 90 Meter lange und 16,35 Meter tiefe, scheibenartige Gebäude hätte ursprünglich 56 Meter hoch sein sollen. Nach Befürchtungen, der Stadtpark könnte Schaden durch mangelnde Belüftung nehmen, wurde die Baumasse T-förmig umstrukturiert und die Höhe auf 12 Obergeschosse bzw. 42,25 Meter reduziert. Es ist anzunehmen, dass neben dem offiziellen Argument der schlechten Belüftung des Stadtparkes auch die niedere, umgebende Bebauung als Grund für die Umplanungen gelten kann.

Das Gebäude ist ein Stahlbeton-Skelettbau aus Ort beton mit einem Konstruktionsraster von 7,5 Metern und einem Ausbauraster von 3,75 Metern. Für die Geschosshöhe von 2,60 Meter und die fertige Raumlichte von 2,45 Meter gab es eine behördliche Ausnahmegenehmigung. Die ausfachenden Fassadenflächen wurden mit Bandfenstern und Kunststeinplatten versehen. Zur Rhythmisierung der Fassade wurden in den Parapetflächen Glasmosaikfelder eingefügt.¹¹

„Durch die Querstellung des Baukörpers blieb“, so Appel, „der Blick auf das Stadtzentrum vom 3. Bezirk frei, dem Schwarzenbergplatz käme durch die Silhouette sogar

eine ‚schrägere konturierte Platzfront‘ zugute“.¹² In der Zeit des Wiederaufbaues nach dem Zweiten Weltkrieg gab es auch in Wien Versuche, die einstige internationale Bedeutung der Stadt wiederzuerlangen. Der aufkommende kommerzielle Tourismus benötigte dementsprechende qualitativ hochwertige Übernachtungsmöglichkeiten. Mit diesem Hotel wollte Pan Am auch in Österreich ein internationales Haus mit „lokalem Kolorit“ schaffen.

Technisch gesehen war dieses Hotel für Wien eine Novität auf internationalem Niveau. Nach amerikanischem Vorbild wurden bereits 1964 sämtliche Hotelzimmer vollklimatisiert, wodurch die Fenster nicht öffentbar ausgeführt wurden. Sämtliche Hotelzimmer waren mit TV-Geräten ausgestattet. Sowohl die Zimmer als auch die WCs besaßen einen Telefonanschluss.¹³ Die Modernität und Internationalität des Hauses wurden von vielen Staatsoberhäuptern, Stars aus Mode, Sport, Musik und Film als mondäne Bühne ihres Wienauftritts benutzt (Abb. 4).

In einer gewissen Analogie zur Randbebauung des Central Parks in Manhattan steht dieser solitäre, moderne Hotelbau als signifikante Bebauung am südöstlichen Rand des Wiener Stadtparks, der ungefähr zur gleichen Zeit wie der Central Park errichtet wurde, überragt aber die umgebende Bebauung. Das geplante Wiener Hotelprojekt der Hilton Group direkt im Stadtpark an

¹⁰ Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd. III/1, Salzburg, 1990, S. 140.

¹¹ Michael Appel, Hotel Inter Continental. Johannesgasse 28, 1037 Wien. Gebäudeanalyse, Wien, 1994, S. 83 f.

¹² Ebenda.

¹³ Arbeiterzeitung, 5.3.1964, S. 5.– Neues Österreich, 4.3.1964, S. 11 ff.



Abb. 3: Wien, Hotel InterContinental, Fassade Johannesgasse, 1964



Abb. 4: Wien, Hotel InterContinental, Foyer, 1964

Stelle des Kursalongebäudes wurde 1958 zurückgezogen. Dies machte den Weg für die 1946 gegründete InterContinental Hotels Group der Pan American World Airways frei, um im Nahbereich der Johannesgasse das Hotel InterContinental zu errichten.

Mit diesem, auf internationalen Hotelstandards basierenden Haus, treffen die Stadtgeschichte und Moderne kulminierend aufeinander. Das Hotel InterContinental kann als ein Beitrag zum politischen Ruf „Wien soll wieder Weltstadt werden“ betrachtet werden.¹⁴

Gegenwärtig ist der Bestand des Hotels gefährdet, da ein Abbruch und eine Neuerrichtung geplant sind. Architekt Weinfeld (der Gewinner des Wettbewerbs für den Eislaufverein) plant nun, nach der geringfügigen

Höhenreduktion des Luxuswohnturmes auf dem Eislaufverein-Areal, einen an die Johannesgasse gerückten, höheren Hotelneubau.

Trotz nachweislichen Wissens des Wiener Gemeinderats über die Nicht-Vereinbarkeit mit dem UNESCO Weltkulturerbe wurde ein Bebauungsplan für das Gesamtareal beschlossen, der die rechtliche Grundlage für die Verwirklichung des adaptierten Projekts von Architekt Weinfeld bildet. DOCOMOMO Austria vertritt die Ansicht, dass das bestehende Hotel InterContinental, unabhängig von der Bebauung am Gelände des Eislaufvereins, als architekturgeschichtliches Dokument der 1960er Jahre in seiner Substanz zu erhalten ist.

¹⁴ Sebastian Jobst (Hg.), *Tor zur Welt. Intercontinental Wien*, Wien, 2014, S. 11 ff.– *Carl Appel / Walter Jaksch*, Carl Appel: *Architekt zwischen gestern und morgen*, Wien u.a., 1988, S. 186 ff.

Der Verein ArchaeoPublica und das neuentdeckte Limeskastell Stein

Nach vielen intensiven Vorgesprächen von Archäologinnen und Archäologen, Heimatforscherinnen und Heimatforschern und dem Bundesdenkmalamt wurde im Jahr 2015 „ArchaeoPublica – Verein zur Förderung der Bürgerbeteiligung an Archäologie“ gegründet. Im selben Jahr trat in Österreich auch das Rahmenabkommen des Europarates über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro-Konvention) in Kraft. Darin ist nicht nur das Recht auf Teilhabe am kulturellen Erbe als integraler Bestandteil des Menschenrechts auf Teilnahme am kulturellen Leben der Gemeinschaft im Sinne des Art. 27 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt, sondern es verpflichten sich die Vertragsparteien in Art. 12 ausdrücklich zur Ermutigung jedes Menschen zur Teilnahme am Prozess der Bestimmung, Erforschung, Deutung, des Schutzes, Bewahrung und Darstellung des Kulturerbes. Die Möglichkeiten für engagierte Heimatforscher und Archäologie-Interessierte, sich im Rahmen von organisierten Kooperationen aktiv an der Erforschung, Erhaltung und Präsentation des archäologischen Erbes zu beteiligen, sind in Österreich bisher beschränkt. Ganz in diesem Sinne möchte der Verein ArchaeoPublica geordnete Möglichkeiten zur archäologischen Bürgerbeteiligung schaffen und die interessierte Öffentlichkeit mit der archäologischen Fachwelt vernetzen. Durch eigene citizen-science-Projekte und -Aktivitäten, Unterstützung lokaler Initiativen sowie Vernetzung der archäologischen Fachwelt mit interessierten Personen möchte ArchaeoPublica somit den Graben zwischen Berufs- und „Hobby“- Archäologinnen und Archäologen verkleinern. Das ist auch deshalb von besonderem Interesse, da Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mit einer sehr geringen Zahl an Archäologinnen und Archäologen im öffentlichen Dienst auskommen muss.

In den ersten Jahren der Vereinstätigkeit konnte dank der finanziellen Hilfe des Bundes ein Geschäftsführer angestellt werden, der für Vernetzung, Erarbeitung von Projektideen und das Sichtbarmachen und Bewerben des

Vereins durch Schaffung eines Logos, eines Corporate Designs, der Webseite archaeopublica.eu und der Vorstellung des Vereins in diversen Medien, Fachzeitschriften und auf Fachtagungen verantwortlich war. Potentielle Projekte wurden definiert und entsprechende Laienforscher eingebunden. Eine unbefristete Anstellung eines Geschäftsführers ist derzeit auf Grund einer fehlenden Basisfinanzierung (s. u.) leider nicht möglich.

PILOTPROJEKT LIMESKASTELL STEIN

Schon früh kristallisierte sich für das Pilotprojekt eine schon lange bekannte römerzeitliche Fundstelle in der Gemeinde Stein bei St. Pantaleon-Erla (NÖ) heraus, weil hier besonders gute Voraussetzungen für ein erfolgversprechendes Projekt vorlagen. Im Zuge der Oberösterreichischen Landesausstellung 2018¹ waren wissenschaftliche Forschungen auch im Umfeld des Legionsstützpunktes in Enns/Lauriacum möglich. Zudem sind von dieser Fundstelle schon seit vielen Jahren Fundbeobachtungen und -aufsammlungen von Heimatforschern aus der Region bekannt, die sich teilweise auch als Projektpartner zur Verfügung gestellt haben. Zudem leben ein Rechnungsprüfer von ArchaeoPublica, Josef Reisinger, und ein Vorstandsmitglied, Helmut Ardel, in der Region und sind hier bestens vernetzt, was insbesondere die Kommunikation mit den vielen verschiedenen Grundstückseigentümern und der Gemeinde maßgeblich erleichtert hat.

Am 3. Juli 2017 nutzte der Obmann des Vereins Gerald Grabherr die aufgrund vorhergegangener länger

¹ Gerald Grabherr / Barbara Kainrath / Josef Reisinger / Stefan Traxler, Die Kontrolle des Aisttals vor Ankunft der Legion. Ein neu entdecktes römisches Kastell in St. Pantaleon-Erla, in: Stefan Traxler / Felix Lang / Bernhard Schlag (Hg.), Die Rückkehr der Legion. Römische Erbe in Oberösterreich. Begleitband zur Oberösterreichischen Landesausstellung 2018, Linz 2018, S. 76–79.



Abb. 1: Stein, Luftbild mit Bewuchsmerkmalen: Römisches Lager und Straßenkreuzung im vicus

anhaltender Trockenheit und hoher sommerlicher Temperaturen perfekten Bedingungen für eine Luftbildbefliegung mittels Drohne (Abb. 1). Diese Bilder zeigten nun erstmals in großer Deutlichkeit Details der Siedlung in Stein, die als *vicus* (Zivilsiedlung des Lagers) angesprochen werden kann: Eine schon häufiger beobachtete Trockenmarke entpuppte sich als Straßenkreuzung innerhalb des römischen Lagerdorfes, an der sich mehrere orthogonal ausgerichtete Hausgrundrisse – vorwiegend von wahrscheinlich typischen „Streifenhäusern“ – orientieren. Besonders überraschend waren die Befunde in einem Areal östlich der Straße, wo das Gelände schon langsam in Richtung Donau hin abfällt. Hier gibt sich im Luftbild die Südwestecke eines römischen Steinkastells zu erkennen. Deutlich zu sehen sind die abgerundete Ecke mit dem innenliegenden Eckturm und nördlich davon ein Zwischenturm.

Aus den Daten dieser Luftbilder wurde ein detailliertes Geländemodell generiert, bei dem der Geländeabfall Richtung Donau gut zu erkennen ist (Abb. 2). Obwohl große Teile des Lagers durch die Donau weggespült sind, spielt das neu entdeckte Lager für die wissenschaftliche Forschung zum Limes in Noricum eine entscheidende Rolle. Die zusammenfassende Auswertung der Luftbilder ermöglicht nun das Abbild der südwestlichen Ecke des Lagers zwischen zwei Toren: Die *porta principalis sinistra*, wo die Straße aus dem vicus das Lager erreicht, und die *porta decumana*, das südliche Tor an der Schmalseite des Lagers, sind somit gesichert nachgewiesen. Dieses Viertel

des Kastells misst ca. 80 × 80 Meter, wodurch eine Breite des Lagers von 160 Meter erschlossen werden kann, was den Kastellen von Pöchlarn und Zwentendorf entspricht.² Auch bei diesen beiden Lagern wurde die Prätorialfront durch die Donau weggespült. Somit ist der Nachweis der Längsausdehnung nicht möglich. Die Zwischentürme der Lagermauern von Stein, Pöchlarn und Zwentendorf weisen alle eine Seitenlänge von ca. fünf Meter auf. Der Abstand von der Kastelecke zur Mitte des nächstgelegenen Zwischenturms beträgt durchwegs 38–39 Meter.

Als erste ausgedehnte Aktivität des Vereins Archaeo-Publica in Kooperation mit dem Oberösterreichischen Landesmuseum, der Niederösterreichischen Landesarchäologie sowie dem Institut für Archäologien der Universität Innsbruck wurden mit zahlreichen Vereinsmitgliedern, die zum großen Teil aus der Region angeht, aber auch vereinzelt aus entfernteren Gegenden Österreichs dazu gestoßen waren, am 20. und 21. Oktober 2017 ein Rastersurvey im südlichen Lagerbereich und auch geophysikalische Prospektionen mittels Magnetik und Bodenradar durchgeführt (Abb. 3). Der Oberflächensurvey wurde unternommen, um weitere Einblicke zur Nutzungsintensität und Chronologie des Platzes zu gewinnen. Durch geophysikalische Prospektionen war es in kurzer Zeit möglich, die Ausdehnung des Lagers

² René Ployer, *Der norische Limes in Österreich*, Österreichische Denkmaltopographie 1 (Wien 2018), S. 66, Abb. 32 und S. 104 Abb. 65.

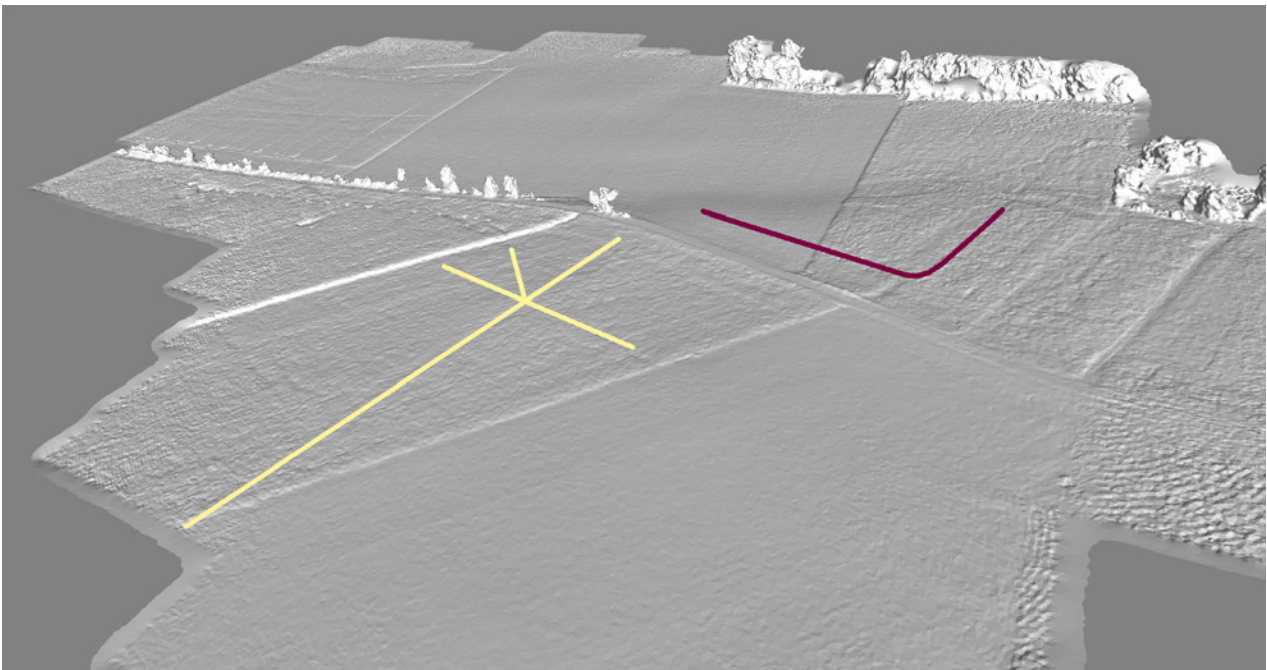


Abb. 2: Stein, Geländemodell: Lagerecke und Straßenkreuzung im vicus

zu ermitteln sowie Einblicke in die Innenbebauung zu erlangen.

Das Magnetogramm (Abb. 4) zeigt südlich und westlich der Kastellmauer eine wohl doppelte Grabenanlage sowie im Umfeld der *porta decumana* sehr starke dipolare Störungen. In der Nähe der *porta principalis sinistra* zeichnen sich zwei thermoremanente Anomalien ab, die auf Ofenanlagen hinweisen könnten. Der gesamte Abschnitt des Lagers nordöstlich der Linie zwischen den beiden lokalisierten Toren zeigt keine Spuren archäologischer Befunde und beweist, dass dieses Areal von einem Donauhochwasser oder einem ehemaligen Donauarm weggespült worden ist. Besonders deutlich geben sich im Radargramm (Abb. 5) die Kastellmauer mit dem Eckturm, einem Zwischenturm sowie Reste der Innenbebauung in verschiedenen Tiefscheiben bis zu 1,1 Meter Tiefe zu erkennen. Vage zeichnen sich zudem eine zur Kastellmauer parallel führende weitere Mauer und Türme bei den Toren ab.

Eine zweite Kampagne wurde am 28. und 29. September 2018 angesetzt, bei der die restliche erhaltene Innenfläche des Lagers mit dem Bodenradar prospektiert und das südliche Vorfeld wiederum geomagnetisch untersucht wurde. Hier zeichnen sich keine gesicherten archäologischen Befunde ab, sodass beim aktuellen Stand der Forschungen von unbebautem Areal südlich des Lagers ausgegangen werden kann.

Weitere Unternehmungen sind auch künftig geplant. Das ausgedehnte Areal des vicus westlich des Lagers ist

der nächste Abschnitt, der mittels Geophysik erforscht werden soll. Aus diesen Feldern stammt der Großteil der geborgenen Funde der Privatsammler aus der Region. Mit dem Einsetzen des Gebrauchs des Tiefpflugs in der Landwirtschaft in den 1970er-Jahren nahm die Anzahl der aufgesammelten Oberflächen- und Detektorfunde deutlich zu, was entsprechende Fundvorlagen zeigen. 1997 legten Johann Matouschek und Heinz Nowak³ ihre Sammlung an Terra Sigillata vor. Matthias Pfisterer bestimmte 138 römische Münzen aus Stein, die er allerdings dem Standort Albing zurechnete⁴. Zudem stehen zwei umfangreiche Privatsammlungen, die über 1000 Einzelobjekte umfassen, für eine wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung. Die Sammlung von Karl Kremslehner und die Sammlung Franz Weinberger, die sich im nahegelegenen Lokalmuseum von St. Valentin befindet, werden ab 2020 Dank der finanziellen Unterstützung des Bundesdenkmalamtes dokumentiert, analysiert und vorgelegt.

Die Bedeutung des Fundplatzes ist schon durch bisher durchgeführte Analysen der Funde augenscheinlich: Aus Stein ist die größte Anzahl von Militärdiplomen im gesamten norischen Grenzabschnitt bekannt. Bislang

³ Johann Matouschek / Heinz Nowak, KG St. Pantaleon, OG St. Pantaleon-Erla, VB Amstetten, Fundberichte aus Österreich 35, 1997, S. 508–519.

⁴ Matthias Pfisterer, Limesfalsa und Eisenmünzen – Römischer Ersatzkleingeld am Donaulimes, Die Fundmünzen der Römischen Zeit in Österreich III,2, Wien 2007, S. 643–877.



Abb. 3: Stein, Geomagnetische Prospektion im Bereich des Lagers im Oktober 2017

wurden sechs Fragmente, die von fünf verschiedenen Diplomen stammen, publiziert.⁵ Das älteste Diplom datiert aus dem Jahr 95 n. Chr. (Stein 4), eines in die Zeit von 135–138 n. Chr. (Stein 1 und 3) und zwei aus dem Jahr 138 (Stein 5 und Stein 6). Ein weiteres entzieht sich der zeitlichen Einordnung (Stein 2). Inzwischen kann dieser Liste ein weiteres Exemplar aus der Sammlung Kremslehner hinzugefügt werden. Auf der Vorderseite sind noch Reste von elf Zeilen der Inschrift erhalten, auf der Rückseite Reste von drei Zeilen. Das Diplom wurde unter den Kaisern Marcus Aurelius und Lucius Verus im Jahr 164/165 n. Chr. ausgegeben. Somit decken die sechs Militärdiplome aus Stein einen Zeitraum von 70 Jahren zwischen 95–165 n. Chr. ab. Bei der jahrgenaue Abbildung der Münzen, die von M. Pfisterer vorgelegt worden sind, wird ein ununterbrochener Geldumlauf für die Zeit von ca. 60–180 n. Chr. offensichtlich. Berücksichtigt man die übliche Verwendung älterer Prägungen zum Zeitpunkt des Siedlungsbeginns, so ist dieser wohl in die Zeit der flavischen Dynastie zu setzen. Die am Ende der 170er-Jahre steil abfallende Münzkurve weist auf ein abruptes zeitgleiches Siedlungsende hin.

⁵ *Hannsjörg Ubl*, Fragmente von drei unedierten norischen Militärdiplomen aus Stein bei St. Pantaleon, Pol. Bezirk Amstetten, Niederösterreich, *Römisches Österreich* 32, 2009, S. 107–121.– *Gerald Grabberr / Barbara Kainrath / Stefan Traxler*, *diu quaesita tandem inventa...* Die castra von Stein-St. Pantaleon an der ripa Norica. in: *Lydia Berger / Lisa Huber / Felix Lang / Jörg Weilhartner* (Hg.), *Akten des 17. Österreichischen Archäologentages am Fachbereich Altertumswissenschaften, Klassische und Frühhägäische Archäologie der Universität Salzburg vom 26. bis 28. Februar 2018*, *ArchaeoPlus* 11, Salzburg 2020 (im Druck).

Für den historischen Ablauf vor und bei Ankunft der Zweiten Italischen Legion nach dem Einfall der Markomannen nach Raetien und Noricum ist die Fundstelle Stein von entscheidender Bedeutung, da es jedenfalls das älteste Lager in der Region darstellt. Bislang wurde in der Forschung angenommen, dass die legio II Italica zunächst in den 170er-Jahren in Albing auf der orographisch rechten Seite des Enns-Flusses ihr Lager errichtet hatte. Aufgrund von Überschwemmungen oder zumindest großer Überschwemmungsgefahr soll das Kastell spätestens unter Kaiser Septimius Severus in den 190er-Jahren auf die 13 m höher gelegene Niederterrasse in Enns verlegt worden sein. Aktuelle Untersuchungen haben nun gezeigt, dass die Errichtung des Legionslagers am Standort Enns schon in der Mitte der 170er-Jahre erfolgt sein dürfte.⁶ Damit muss der Bau des Lagers in Albing zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen worden sein. Auf Grund unbekannter Hintergründe ist dieses Lager jedoch nie fertiggestellt worden. Das Legionslager in Enns blieb Garnisonsort für die Zweite Italische Legion bis in die Spätantike und wurde vom römischen Militär erst mit dem Abzug desselben aus Noricum ripense auf Geheiß Odoakers im Jahr 488 aufgegeben.

Das große wissenschaftliche Potenzial des Fundplatzes in Stein wird besonders deutlich durch den

⁶ *Helga Sedlmayer*, *Extra muros – Lebenswelt der consistentes ad legionem von Lauriacum*, *Forschungen in Lauriacum* 17, Linz 2018.– *Stefan Grob*, *Im Spannungsfeld von Macht und Strategie – Die legio II Italica und ihre castra von Ločica (Slowenien), Lauriacum/Enns und Albing (Österreich)*, *Forschungen in Lauriacum* 16, Linz 2018.



Abb. 4: Stein, Magnetogramm: Bereich des Lagers

Umstand, dass es sich dabei um das einzige bekannte Lager am norischen Limes handelt, das weder durch eine Weiternutzung in der Spätantike überprägt noch durch moderne Bebauung beeinträchtigt ist. Somit bietet sich hier die einmalige Möglichkeit, den Beginn und die Frühzeit der militärischen Präsenz an der Donaugrenze zu untersuchen. Besonders spannend ist der Fundplatz im historischen Kontext für den wichtigen Donauübergang im Mündungsbereich von Enns und Aist. Somit ist auch die römische Kontrolle dieser neuralgischen Stelle vor Ankunft der *legio II Italica* nachgewiesen. Der *vicus*, der sich westlich des Lagers erstreckt und aus dem der Großteil der bekannten Funde stammt, muss unbedingt weiter erforscht werden. Die Suche nach den zugehörigen Bestattungsplätzen und die Einbettung dieses Kastellstandortes in der Region bieten zusätzlich brisante Forschungsfelder.

RESÜMEE UND AUSBLICK

Durch das Pilotprojekt Limeskastell Stein und diverse andere Aktionen hat der Verein ArchaeoPublica das Potential der Zusammenarbeit von Citizen Scientists und



Abb. 5: Stein, Radargramm: Bereich des Lagers

Berufsarchäologen deutlich aufgezeigt. Sehr erfreulich waren auch das mediale Echo auf die Neuentdeckung und das Publikumsinteresse bei der ersten öffentlichen Präsentation in St. Pantaleon-Erla. In dem für maximal 220 Personen ausgelegten Saal haben nicht alle interessierten Personen Platz gefunden. Die Fortsetzung dieses einen Projektes ist garantiert. Eine Förderzusage des Bundesdenkmalamtes liegt bereits vor und auch die Länder Nieder- und Oberösterreich haben Mittel für die weitere Erforschung der archäologisch besonders brisanten Region um Lauriacum/Enns in Aussicht gestellt. Die geplanten geophysikalischen Messungen im Bereich der Zivilsiedlung werden selbstverständlich wieder gemeinsam mit Laienforschern durchgeführt. Für diese besteht aber auch die Möglichkeit, bei einem Workshop zur Fundbestimmung an Hand von Objekten aus Stein, eine weitere wichtige Seite der archäologischen Forschung kennenzulernen.

Dennoch blicken wir mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Um die Faro-Konvention langfristig mit Leben erfüllen und regelmäßige Angebote zur Teilhabe der interessierten Bevölkerung am archäologischen Erbe schaffen zu können, braucht es professionelle Strukturen. Die Basis dafür kann nur durch eine finanzielle Grundausstattung gewährleistet werden. Aus unserer Sicht ist

hierfür der Bund verantwortlich, der sich durch die Ratifizierung der Konvention ja auch dazu verpflichtet hat. Mit dem Einsatz von relativ geringen Mitteln könnten wir zahlreichen Menschen die Partizipation an diversen Projekten ermöglichen. Diese Projekte würden wiederum

einen Mehrwert für die Archäologie in Österreich generieren, der die eingesetzten Mittel um ein Vielfaches übersteigt. Trotz dieser deutlichen Win-win-Situation und der nachweisbaren Erfolge sind unsere Bemühungen um eine derartige Basisfinanzierung bislang gescheitert.

Tiroler Kunstkataster – Facetten eines regionalen Kulturgüterinventars

Das Land Tirol ist reich an materiellen wie immateriellen Kulturgütern aus verschiedenen Jahrhunderten. Die systematische wissenschaftliche Inventarisierung des materiellen Kulturgüterbestandes in Nord- und Osttirol ist seit 1968 zentrale Aufgabe des vom Land Tirol betriebenen Kunstkatasters.

GRÜNDUNG DES TIROLER KUNSTKATASTERS UND DIE HAAGER KONVENTION

Ansatzpunkt zur Gründung des Tiroler Kunstkatasters waren die Zielsetzungen der Haager Konvention von 1954 zum Schutz von Kulturgut als kulturelles Erbe der Völker. Darin wurde die Sicherung von Kulturgut durch vorsorgliche Maßnahmen schon in Friedenszeiten angeregt. Als Grundlage war die Erstellung eines Verzeichnisses aller schützenswerten Kulturgüter im Land erforderlich. Sinnvoller Kulturgüterschutz versteht sich als Verpflichtung zur Achtung und Bewahrung der kulturellen Zeugnisse auf breitester Basis und ist daher eine wichtige Ergänzung zu Denkmalschutz und Denkmalpflege. Das Bundesland Tirol nahm dabei eine Vorreiterrolle ein. Bereits im Jahr 1968 – also vier Jahre nach der Ratifizierung des Vertrages durch die Republik Österreich – begannen auf Initiative des früheren Leiters der Abteilung für Zivilschutz Aloys Oberhammer die ersten systematischen Erhebungen vor Ort (Abb. 1). Das angestrebte Ziel, flächendeckend alle 279 Tiroler Gemeinden zu erfassen, konnte im Jahr 2016 abgeschlossen werden. In der Praxis zeigt sich nur allzu oft, dass Kulturgut durch veränderte ökonomische Rahmenbedingungen, touristische Erschließung, Naturkatastrophen, Diebstahl etc. in seinem Bestand gefährdet sein kann. Umso wichtiger ist daher eine landesweite wissenschaftliche Bestandserhebung, zugleich aber auch die schnelle und effiziente Vermittlung der Daten.

ERFASSUNG UND VERMITTLUNG DES KULTURELLEN ERBES IN TIROL

Der Tiroler Kunstkataster schafft als Landeseinrichtung die Grundlage für den Umgang mit den Zeugnissen unseres Kulturraumes. Die Bandbreite reicht von Kirchen, Burgen und Schlössern über Bürger- und Bauernhäuser bis hin zu Kapellen, Gärten, Fabriken, Brücken oder Wegkreuzen. Auch technische Geräte und bewegliche Gegenstände vom Kircheninventar bis hin zum Kunstwerk können Kulturdenkmale sein. Die Dokumentation beinhaltet einerseits die von der amtlichen Denkmalpflege in Österreich geführte Denkmalliste. Andererseits stehen zahlreiche Kulturgüter im Zentrum der Forschungstätigkeit des Tiroler Kunstkatasters, die über den bestehenden Denkmalschutz hinausgehen. Ortsbildprägende Bauten und deren charakteristische Umgebung werden ebenso erfasst wie Kulturgüter, die einen gewissen historischen Identifikationswert aufweisen.

Die Inventarisierung als Grundlage der Tätigkeit des Tiroler Kunstkatasters erfasst, erforscht und bewertet die Kulturgüter, die unsere Vergangenheit, unsere kulturellen Wurzeln und Traditionen sowie künstlerische Leistungen dokumentieren. Eine weitere zentrale Aufgabe des Tiroler Kunstkatasters ist das Vermitteln dieses Wissens an die breite Öffentlichkeit. Im Einklang mit den europäischen Zielsetzungen der Erhaltung und zeitgerechten Darbietung des Kulturerbes erfolgen Archivierung, Auswertung und Aufbereitung der Daten im Tiroler Kunstkataster auf der Grundlage einer Datenbank. Sie enthält die wichtigsten Informationen zu allen erfassten Objekten mit Text, Fotos und Kartierung. Seit 2005 sind die in einem Geographischen Informationssystem (GIS) verorteten Kulturgüterdaten des Tiroler Kunstkatasters durch moderne Internettechnologien der Öffentlichkeit zur weiteren Nutzung zugänglich. Dieses digitale Auskunft- und Recherchesystem verbindet die im Rahmen der Inventarisierung ermittelten Daten mit Geoinformationen. Das System ist öffentlich über das Internet zugänglich.

Umfassender Kunstkataster

Seit vier Jahren wird daran gearbeitet – Bestandsaufnahme

Seit vier Jahren wird eine Arbeit durchgeführt, die man eigentlich schon vor mehr als einem Jahrhundert hätte beginnen müssen, um den starken Abverkauf des Kunstgutes aus Tirol zu verhüten: eine Gesamtaufnahme des Kulturbesitzes in einem umfassenden Kunstkataster. Der bereits mit den Klosteraufhebungen Josefs II. und der bayerischen Zeit begonnene Prozeß einer Verschleuderung des Kunstbesitzes, der das 19. Jahrhundert über durch den Kunsthandel fortgesetzt wurde und in unserem Jahrhundert auf legalem Weg durch Verkäufe und illegalem Weg durch die erschreckend überhandnehmenden Kunstdiebstähle gefährliche Ausmaße angenommen hat, hat ungemein viel und kostbares Kunst- und Kulturgut verlorengehen lassen. Es ist aber noch weit mehr Kunstgut vorhanden, als man bisher wußte und angenommen hat. Dies stellte sich im Verlauf der Bestandsaufnahme bereits heraus. Sie kommt demnach spät, aber nicht zu spät.

Abb. 1: Ausschnitt
Pressespiegel zum Tiroler
Kunstkataster, Dolomiten, 1972

Es gibt Auskunft über die Bedeutung der Kulturgüter und erlaubt die detaillierte räumliche Einordnung von Lage und Ausdehnung eines Kulturdenkmals. Durch die Verortung werden die ortsgebundenen Objekte in ihrem räumlichen Kontext auf Kulturgüterkarten darstellbar. Als digitale Datenbank kann dieses Verzeichnis aktuell gehalten werden, d.h. abgekommene Objekte können mit einem entsprechenden Vermerk versehen, aber auch neu ausgewiesene Kulturdenkmäler jederzeit nachgetragen werden. Das digitale Kulturgüterinventar bietet optimierte Arbeitsabläufe und somit Zeitersparnis für die MitarbeiterInnen in der Landesverwaltung, aber auch übersichtliche, kompakte und leicht abrufbare Informationen für Fachleute und Kulturinteressierte.

INFORMATIONSPRODUKTE

Derzeit sind im Tiroler Kunstkataster rund 142.000 Objekt- und rund 445.000 Bilddaten digital archiviert (Stand November 2019). Öffentlich zugänglich sind die Fachinhalte unter Wahrung des Datenschutzes in eingeschränktem Umfang im Wesentlichen über zwei digitale Informationsschienen (Abb. 2):

Auf den Kulturgüterkarten des Tiroler Kunstkatasters „Kulturgüter online“ (siehe Links am Ende des Beitrags) mit georeferenzierten Fachinformationen über rund 22.000 ortsgebundene Objekte (Bauwerke) sind Gebäude- und raumbezogene Informationen in technologisch moderner Form aufbereitet und ermöglichen eine vergleichende und vertiefende Datenanalyse. Die wesentlichen baukulturellen Identitätsmerkmale Tirols sind seit 2018 auch in einer praktischen Mobilversion für Smartphones oder Tablets verfügbar (siehe links).

Das seit 2018 digital zugängliche Fotoarchiv des Tiroler Kunstkatasters (siehe links) beinhaltet rund 188.000 Bildzeugnisse aus dem Zeitraum von ca. 1920 bis in die

Gegenwart. Geografisch reichen die Fotobestände teils weit über die Grenzen Tirols hinaus. Volltextsuche sowie inhaltliche und geografische Filterfunktionen erleichtern die Suche nach Ansichten von Gebäuden, baulichen Anlagen und architektonischen Details ebenso wie nach Themenbereichen im Umfeld von Berg- und Landschaftsfotografie, Ski- und Sportfotografie oder Reisefotografie.

VERNETZUNG DER KULTURGÜTERDATEN

Mit den Informationsprodukten des Tiroler Kunstkatasters steht WissenschaftlerInnen und allen an der Kultur Tirols Interessierten ein unbürokratisches Instrument für schnelle Recherchen zur Verfügung. Das interaktive Service mit seiner strukturierten Datenaufbereitung stellt sicher, dass die kulturellen Koordinaten des Landes Tirol noch mehr Menschen zugänglich gemacht werden. Die Informationserfassung unterliegt aber einem dynamischen Prozess. So wie sich die Kultur des Landes verändert, ist auch die Datenbank als Abbild der Realität niemals ganz abgeschlossen. Bei der ständigen Erweiterung und Aktualisierung der Tiroler Kulturgüterdatenbank wird die interessierte Öffentlichkeit zur Mithilfe angeregt. So können Informationen, Ergänzungen oder Korrekturen zu den publizierten Daten an den Tiroler Kunstkataster weitergeleitet werden.

Ebenso wird verstärktes Augenmerk auf die Zusammenarbeit mit fachverwandten Institutionen gelegt und versucht, ein Netzwerk an Datenlieferanten und Korrespondenten zunehmend auszubauen. Kooperationen mit dem Bundesdenkmalamt, Chronisten der Gemeinden, der Kulturgüterinventarisierung der Diözesen Innsbruck und Salzburg, universitären Einrichtungen sowie anderen Landesabteilungen verdichten den Informationsgehalt und die Tiefe der Fachdaten des Kulturgüterinventars.

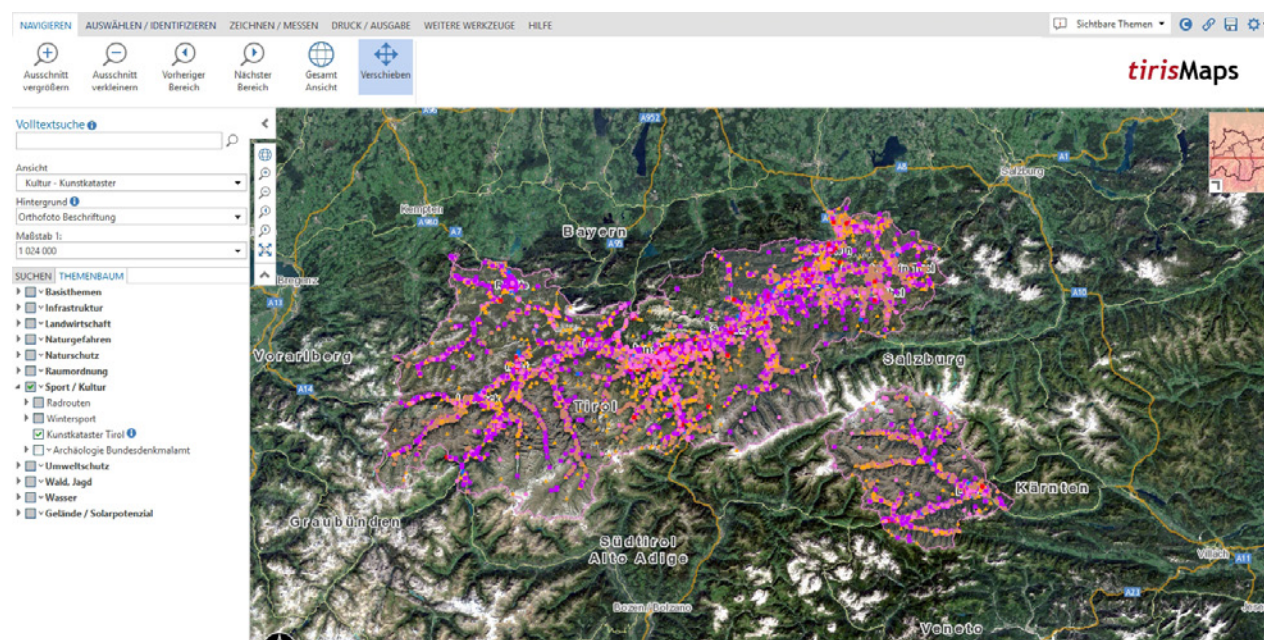


Abb. 2: Punktwolke mit ca. 22.000 Einträgen in der Kulturgüterkarte Tirol

Ziel ist die laufende Qualitätssicherung und Aktualität der Datenbestände.

Im Austausch von Geofachdaten mit Kulturbezug über die Landesgrenzen hinaus ist der Tiroler Kunstkataster seit 2009 maßgeblich an einer nationalen Initiative beteiligt, Kulturgüter aus allen Bundesländern über ein Web-Portal zu erschließen. Dieser kostenlose und zentrale Zugang bietet die Möglichkeit, Fachdaten der Länder mit geografischem Bezug in Landkartenform über ein gemeinsames „Schaufenster“ darzustellen. Als Plattform für den zentralen Zugriff auf geografische Fachinformationen zum kulturellen Erbe dient das Geodatenportal der österreichischen Länder www.geoland.at. Über dieses bundesweite Schaufenster sind im Themenkatalog zum kulturellen Erbe vier Layer – „Burgen und Schlösser“, „Museen und Sammlungen“, „Religiöse Baudenkmäler“ sowie „Denkmalgeschützte Objekte“ verfügbar. Die für Tirol relevanten Informationen stammen aus dem Geodatenatz Tiroler Kunstkataster.

Seit 2012 bietet das Land Tirol Open Government Data (OGD) aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung zur freien Nutzung an. Für den Kulturbereich stellt der Tiroler Kunstkataster die Geodatenätze zu den Themen „Burgen und Schlösser“ sowie „Religiöse Baudenkmäler“ zur Verfügung. Diese innovative Idee zielt darauf ab, dass von der Verwaltung gesammelte öffentliche Daten transparent und barrierefrei über offene Schnittstellen sowie in maschinenlesbaren Formaten zugänglich gemacht werden, die nicht dem Datenschutz unterliegen (d. h. keine personenbezogenen Daten). Unternehmen sowie

private Nutzer können mit den angebotenen Daten selbst neue Anwendungen und Dienste erstellen und auch kommerziell verwerten.

Der aus der Kulturgüterdatenbank des Tiroler Kunstkatasters generierte Geodatenatz über materielle Kulturgüter beinhaltet Aspekte und Wertigkeiten, die für verschiedene Belange der öffentlichen Verwaltung in Tirol von direktem Nutzen sind. Neben der Darstellung der denkmalgeschützten Objekte in Tirol im elektronischen Flächenwidmungsplan ist der Geodatenatz Kunstkataster als empirische Grundlage in verschiedene abteilungsübergreifende Projekte als Fachinformation eingebunden.

„BAU_KULTUR_LANDSCHAFT“ – PROJEKT ZUR BEWAHRUNG DES KULTURLANDSCHAFTLICHEN ERBES TIROL

Zersiedelung, Abwanderung aus benachteiligten Regionen, steigendes Verkehrsaufkommen, konkurrierende Nutzungsinteressen auf engem Raum verbunden mit Umweltproblemen, das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten weisen sehr deutlich auf Probleme der Landnutzung in Tirol hin und zeigen ihre massive Auswirkung auf den historisch gewachsenen Kulturlandschaftsraum. Gleichzeitig wird man sich vor diesem Hintergrund immer mehr bewusst, dass wertvolle Kulturgüter räumlich oft eng mit naturkundlich hochwertigen Lebensräumen verbunden sind.



Abb. 3: Bergweiler „Prais“ in Pfunds, Bezirk Landeck, Spätmittelalterliches Hofensemble am oberen Ende der Dauersiedlungsgrenze

Der Schutz von wertvollen Tiroler Natur- und Kulturlandschaften als Basis für Identität sowie für hohe Lebens- und Erholungsqualität ist langfristiges Ziel eines fächerübergreifenden Projektes. Auf Initiative der Abteilung für Tirol des Bundesdenkmalamtes arbeiten verschiedene Fachabteilungen im Amt der Tiroler Landesregierung (Kultur/Tiroler Kunstkataster, Umweltschutz, Raumordnung, Dorferneuerung) an einem Katalog und Leitfaden zur Erfassung und Bewertung der historischen Kulturlandschaft Tirols, das in ein Planungsinstrument für die Raumordnung münden soll. Hauptaugenmerk liegt dabei auf baulichen Strukturen ländlich-anonymer Architektur in ihrem Kontext zur umgebenden historisch gewachsenen Kulturlandschaft. Kulturlandschaftsschutz ist eine komplexe Querschnittsaufgabe, die eine integrative Arbeitsweise erfordert. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die fachlichen Inhalte als auch auf die Arbeitsweise und erfordert Kooperation sowie interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Für eine Übersicht des Ist-Zustandes über das baukulturelle Erbe mit Indikatoren zur Kulturlandschaft ist eine fundierte Grundlagendokumentation Voraussetzung. Eine auf drei Jahre (2018–2020) angelegte Landesaufnahme bewertet die Lage und Wirkung der Bauwerke in der Kulturlandschaft im Zwischenraum und Umfeld der ländlichen Architektur. Hauptsächlich ist die Ermittlung der historischen Strukturen der ländlich geprägten Siedlungseinheiten sowie der umgebenden Kulturlandschaft und das Festmachen dieser Strukturen am heutigen Bestand (Abb. 3). Damit soll die Ablesbarkeit von Geschichte an Baubestand, Siedlungsstruktur und Kulturlandschaft und deren Erlebbarkeit

für den heutigen Bewohner ermöglicht werden. Dieser Bestandskatalog macht keine direkten Aussagen zu konkreten Planvorhaben, liefert aber den Beteiligten übersichtliche Informationen, die in das weitere Verfahren einfließen können. Fast alle Elemente und Strukturen der Kulturlandschaft wurden in historischer Zeit geprägt und zeichnen sich in ihrer Verflechtung durch Formen und aus, die heute so nicht mehr neu entstehen würden. Diesen Ausprägungen vergangener Kulturlandschaften kommt ein geschichtlicher Zeugniswert zu. Sie besitzen aber nicht nur historischen Wert, sondern haben meist auch eine herausragende Bedeutung für Ökologie, Landschaftsbild und Naherholung. Diese Analyse soll Klarheit schaffen, wo sensible und besonders gefährdete Bereiche innerhalb des Untersuchungsgebietes bestehen, damit in der weiteren Planung diesen Bereichen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden kann.

Die empirischen Erhebungen zum kulturlandschaftlichen Inventar basieren auf einer Auswertung bestehender Fachdaten (Kulturgüter, Kulturlandschaft, Naturschutz, Raumordnung) im GIS-System des Landes Tirol und der Bestandsaufnahme vor Ort. Der Erfassung folgt die formale Beschreibung, die Würdigung und Bewertung der einzelnen Elemente sowie die Eintragung der Ergebnisse in Erhebungsbögen mit textlicher Beschreibung, Fotodokumentation und Kartografie. Die Inhalte der Erhebungsbögen sind technisch in Datenbanken und in Geographische Informationssysteme übertragbar. Wissenschaftliche Standards mit einer objektivierbaren Bewertungsmethode gewährleisten Transparenz, Vergleichbarkeit und Überprüfbarkeit der einzelnen Gutachten.



Abb. 4: Josef Lackners „Grottenbad“ beim Wohnhaus Paul Flora in Innsbruck, 1979

Auf diese Weise wurden in ersten beiden Erhebungsjahren (2018–2019) sechs politische Bezirke Tirols (Landeck, Imst, Reutte, Schwaz, Kitzbühel, Kufstein) bearbeitet und analysiert. Ein erster, ernüchternder Überblick zeigt, dass zahlreiche historische Dorfstrukturen und kleinere, ländlich geprägte Siedlungseinheiten vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten massiv gestört und nachhaltig negativ verändert worden sind. Betroffen ist vor allem jener kulturhistorisch relevante Baubestand, der keinen Schutzstatus aufweist. Aber auch denkmalgeschützte Baugruppen und Ensembles werden in ihrem Wert durch Eingriffe in die unmittelbar umgebende Kulturlandschaft in ihrem historischen Zeugniswert beträchtlich eingeschränkt. Gleichzeitig sind zahlreiche ortsbildprägende Bauten und Räume, die in der Bestandsliste als relevante Kulturlandschaftsbereiche gereiht und gewertet werden, von latenten Abwanderungstendenzen betroffen.

Umso wichtiger erscheinen nachhaltige Konzepte für neue Handlungsmöglichkeiten und Entwicklungspotentiale, die sowohl dem Prinzip eines sorgsam Umgang mit der Natur als auch den Bedürfnissen der Menschen

folgen. Es muss ein Bewusstsein geschaffen und glaubhaft vermittelt werden, dass Kultur- und Naturdenkmäler vielfach ungenutzte identitätsstiftende Potenziale besitzen. Baukulturelles Erbe und historische Kulturlandschaften sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Ebenso sind deren Verlust und Zerstörung unwiderruflich. Diese Wertmerkmale und Entwicklungschancen sollen bei raumwirksamen Entscheidungen berücksichtigt werden.

EIN JAHRHUNDERT MODERNE IN TIROL – STRATEGIEN ZUM ERHALT DES MODERNEN GEBAUTEN KULTURELLEN ERBES IN TIROL

Baufällig, sanierungsbedürftig, thermisch unzureichend: Standardargumente, mit denen Bauten des 20. Jahrhunderts, vor allem jene aus der zweiten Hälfte gerne in oberflächlicher Betrachtung bewertet werden. Daran schließt sich die Frage an, ob Gebäude und Baustile aus dieser Zeit überhaupt schützenswert sind und ob „Betonbauten“ im öffentlichen Interesse ebenso gepflegt und erhalten werden sollen wie Bauernhäuser, Kirchen und Burgen?

Der sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den zuständigen Ämtern unsichere Umgang mit diesen Fragen hat 2018 in Innsbruck dazu geführt, dass im laufenden Unterschutzstellungsverfahren das von Josef Lackner geplante Grottenbad Flora abgebrochen wurde. Lackner hatte 1969 ein vom Untergeschoß des Wohnhauses von Paul Flora zugängliches, kleines Privathallenbad entworfen, das aus Fundamentsteinen errichtet und durch sieben Plexiglasskuppeln belichtet wurde (Abb. 4). Auf der Architektur-Biennale in Venedig 2008 wurde das „Grottenbad Flora“ für seine zeitlos gültigen Architekturkonzepte gewürdigt. Der Denkmalbeirat attestierte dem Objekt 2018 besondere Denkmalbedeutung für die Tiroler wie auch österreichische Nachkriegsmoderne und hat die Weiterführung des Unterschutzstellungsverfahrens – letztlich vergeblich – empfohlen. Die Erhaltung von Bauten der Nachkriegsmoderne wirft zweifelsohne viele neue denkmalfachliche Fragen etwa im Hinblick auf eine denkmalgerechte Erhaltung einer oft problematischen, experimentellen Bauweise oder einer notwendigen Nutzungsänderung auf.

Dieses aktuelle Ereignis sowie die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte geben nun den Anlass für eine Untersuchung des Baugeschehens in Tirol seit dem späten 19. Jahrhundert bis in die jüngste Vergangenheit. In einem interdisziplinären Forschungsprojekt arbeiten der Tiroler Kunstkataster, das Archiv für Baukunst der Universität Innsbruck, die Abteilung für Tirol des

Bundesdenkmalamt und das Stadtplanungsamt der Stadt Innsbruck in Kooperation mit der Stiftungsassistenz für Materialwissenschaft in der Denkmalpflege der Universität Innsbruck zusammen.

Ziel ist eine möglichst vollständige Erhebung schützens- und erhaltenswerter Bauten der Architektur und des Ingenieurbaus. Die vorhandenen Bestandslisten im Tiroler Kunstkataster oder etwa Friedrich Achleitners Recherchen zur Österreichischen Architektur im 20. Jahrhundert bilden zwar bis heute eine Grundlage, sind jedoch aufgrund zahlreicher Verluste an Bauten sowie nicht berücksichtigter Gebäude nicht mehr aktuell. Eine grundlegend überarbeitete und erweiterte, mit Kommentaren versehene Sammlung ist das Ziel des Projektes. Das Archiv für Baukunst koordiniert die wissenschaftlichen Recherchen und Erhebungen. Der Tiroler Kunstkataster bringt die Erhebungsstruktur ein, bereitet die erhobenen Daten auf und garantiert die dauerhafte Sicherung und Verfügbarkeit der gewonnenen Daten im GIS-System des Landes Tirol. Denkmal- und Stadtplanungsamt in beratender Funktion können auf diese Daten zurückgreifen.

Das im Jahr 2019 gestartete, auf drei Jahre angelegte Projekt besteht aus zwei parallel laufenden Projektteilen, die einerseits von Archiv für Baukunst und Tiroler Kunstkataster (Datenerhebung, Kommunikation, Ausstellung, Katalog), andererseits vom Institut für Materialwissenschaft in der Denkmalpflege (materialtechnologische Untersuchungen, Proben und Analysen) übernommen werden. Ergebnis daraus ist ein Punktekatalog von Gefahrenpotentialen (mit Dringlichkeitsinventar), die einen Verlust von wertvoller historischer Substanz bedeuten.

Wo Menschen ihren Lebensraum gestalten, entstehen kulturelle Leistungen, die sich im Zusammenspiel vieler Kräfte in Gebäuden, Straßen, Dörfern und Städten manifestieren. Diese Prozesse können bei verantwortungsvollem Umgang mit den traditionellen und innovativen kulturellen Werten identitätsstiftend für die Bevölkerung sein und die Lebensqualität positiv beeinflussen. Mit seinem Wertekatalog zum (bau)kulturellen Erbe Tirols ist der Tiroler Kunstkataster in seinem Wirkungsbereich bestrebt, in Kooperation mit Bund, Gemeinden, Universitäten, Verbänden und Interessenvertretungen auf die Wichtigkeit eines nachhaltigen und sensiblen Umgangs mit Kulturgut hinzuweisen.

LINKS:

Kulturgüter online

<https://www.tirol.gv.at/kunst-kultur/kunstkataster/kunstkataster/>

<https://maps.tirol.gv.at/tirisMapsMobile/>

Fotoarchiv Tiroler Kunstkataster:

<https://bilder.tirol.gv.at/tirolkulturgut/>

Geodatenportal der Länder

www.geoland.at

Bürgerportal und Ehrenamt – Möglichkeiten zur Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in der Bayerischen Denkmalpflege

Mit dem Konzept „*Denkmalpflege 2020 – Bewahren durch Erklären und Unterstützen*“ verfolgt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege seit 2016 einen neuen Weg im Umgang mit der Öffentlichkeit und zur Vermittlung von Belangen der Denkmalpflege. Ziel ist es, ein partnerschaftliches Miteinander zwischen staatlicher Denkmalpflege und privatem Engagement zu gestalten, um die knapp 110.000 Baudenkmäler und rund 49.000 Bodendenkmäler in Bayern für kommende Generationen zu erhalten und innerhalb der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für ihre Bedeutung aufzubauen.¹

Bewahren durch Erklären und Unterstützen trägt auch veränderten Ansprüchen, Rezeptions- und Kommunikationsverhalten der Gesellschaft Rechnung: Aktiv wird hier dem landläufig verbreiteten Vorurteil einer realitätsfernen und autoritär das Eigentumsrecht beschneidenden staatlichen Behörde begegnet, indem Möglichkeiten der Informationsvermittlung, des Kontakts und des Austauschs zwischen Behörde und Bürgerinnen und Bürgern verbessert und erweitert werden.

Das beginnt mit der immer wieder gestellten Frage, wo sich überhaupt Baudenkmale befinden und in welchem Zusammenhang sie stehen. Hier bietet die geobasierte Datenbank des „Bayerischen Denkmal-Atlas“ einen schnellen und vor allem fast tagesaktuellen Zugriff auf den Denkmalstatus verbunden mit ersten Informationen zum Objekt. Auf diese Weise lassen sich ohne großen Aufwand erste Fragen klären, etwa, ob ein Bauwerk als Denkmal erkannt und gelistet ist, ob es als Einzeldenkmal oder Bestandteil eines Denkmal-Ensembles geschützt ist, aber auch, welcher Baugattung und welchem Baualter

es zugeordnet wird. Ein Vorteil ist vor allem die unkomplizierte, online abrufbare Kartendarstellung, die – was bei Bodendenkmälern oft vorkommt – auch ohne exakte Adressenangaben einen guten Überblick und schnellen Zugriff ermöglicht.²

Diese erste Ebene einer Informationsvermittlung wird durch eine bessere Ansprechbarkeit und erweiterte Zuständigkeit der Landesbehörde ergänzt, nicht mehr nur für Denkmaleigentümer, sondern auch für engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich aus Interesse, Leidenschaft oder persönlicher Betroffenheit mit Belangen von Denkmalschutz und Denkmalpflege auseinandersetzen. Dahinter steht die Erfahrung, dass Denkmalschutz Menschen im Positiven, wie auch im Negativen auch emotional bewegt – was bedeutet, dass Begeisterung und Ablehnung gleichermaßen wachsen können. Es geht also darum, jene Menschen stärker einzubeziehen und zu unterstützen, die sich engagieren und Belange der Denkmalpflege auch in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis weitertragen können. Denkmalpflege wird dann besonders erfolgreich sein, wenn sie die fachliche Kompetenz der staatlichen Behörden mit all ihren Spezialisten sinnvoll durch die Kompetenz und vor allem die Präsenz von bürgerschaftlichem Engagement ergänzt, mit dem nicht nur ausgeprägtes lokales Fachwissen verbunden ist, sondern auch Aktivität vor Ort. Ein fruchtbarer Diskurs kann hier neue Formen und Möglichkeiten einer ergänzenden Zusammenarbeit ausloten.³

² Siehe: <http://geoportal.bayern.de/bayernatlas> (6.4.2020).

³ *Susanne Fischer*, Bürgerportal Denkmalpflege. Anlaufstelle und Service-Einrichtung für das bürgerschaftliche Engagement in der Baudenkmalpflege, in: *Denkmalpflege Informationen* Nr. 169, 2018, S. 10–13.

¹ *Denkmalschutz und Denkmalpflege in Bayern 2020*, in: *Denkmalpflege Themen* Nr. 6, 2015.

Zwei Mitarbeiter kümmern sich seit 2015 um jene Personen, die ehrenamtlich in der Archäologie tätig sind, vor allem die gut organisierten Archäologie-Vereine und privaten Geschichtsforscher, die durch ihre meist langjährige Arbeit vor Ort in sehr vielen Fällen über ein präzises und umfassendes Spezialwissen verfügen. Fortbildungen, aber auch die Einbindung in kontrollierte Grabungen haben sich hier als geeignete Mittel gezeigt, um ein enges Miteinander mit den Denkmalbehörden zu initiieren, Ansätze moderner wissenschaftlicher Bodendenkmalpflege zu vermitteln und Schäden durch eigenmächtige Grabungen weitgehend zu vermeiden. Die Strukturen der Freizeitarchäologen sind dabei glücklicherweise landesweit so ähnlich, dass die Abteilung *Archäologie und Ehrenamt* mittlerweile auf zwei Dienststellen im Norden und Süden Bayerns verteilt ist und damit eine starke regionale Präsenz zeigen kann.⁴

Aufgrund der positiven Erfahrungen in der Bodendenkmalpflege wurde im Sommer 2018 am Bayerischen Landesamt das *Bürgerportal Denkmalpflege* als Pendant in der Baudenkmalpflege ins Leben gerufen, das nun ebenfalls mit zwei Kollegen besetzt ist und sich um die Belange von privaten Initiativen, Stiftungen, Vereinen und Institutionen kümmert, die sich in der Baudenkmalpflege engagieren.

Bereits in der Vorbereitungsphase zeigte sich, dass hier ein anderes Vorgehen erforderlich ist, als in der Bodendenkmalpflege. Die Eigentumsverhältnisse sind andere, die wirtschaftlichen Interessen sind in der Regel stärker ausgeprägt, die Dauer von Projekten deutlich länger und der positive Effekt eines Engagements ist wesentlich später greifbar als bei einer archäologischen Grabung. Auch ist die Interessenlage der Protagonisten sehr unterschiedlich, nicht selten weichen die Vorstellungen von Eigentümern und engagierten Bürgern sehr voneinander ab und lassen standardisierte Vorgehensweisen wenig sinnvoll erscheinen. Nicht selten stehen sich Initiativen und Eigentümer sogar feindlich gegenüber, wenn beispielsweise ein Abbruch verhindert werden soll.

Gefragt ist daher eine sehr individuelle Bezugnahme auf die jeweiligen Eigenheiten der Akteure und die Besonderheiten der Situation. Auch kann es sein, dass die bürgerschaftlichen Denkmalfreunde eine Position vertreten, die von der Position des Landesamtes deutlich abweicht. Kontroverse fachliche Diskurse und die Vermittlung denkmalpflegerischer Belange machen einen großen Teil der täglichen Arbeit aus. Zuhören und Vermitteln sind also auch deshalb gefragt, weil es darum

geht, in der Gemengelage Chancen und Möglichkeiten auszuloten, um Kulturgut zu erhalten und zu pflegen.

Innerhalb des Landesamtes war das Bürgerportal anfangs in der Abteilung *Praktische Denkmalpflege, Bau- und Kunstdenkmäler* angesiedelt. Seit Anfang 2020 ist es zusammen mit dem *Kommunalen Denkmalkonzept*, sowie der *Archäologie und Ehrenamt* in einem neuen Referat *Städtebauliche Denkmalforschung und Bürgerbeteiligung* gebündelt, um damit alle bürgerbezogenen Aktivitäten zusammenzuführen und Querschnittsprojekte zu erleichtern. Das Bürgerportal Denkmalpflege versteht sich als abteilungsübergreifend arbeitende Einrichtung, die auch mit der Inventarisierung, den Restaurierungswerkstätten, dem Bauarchiv und Fortbildungszentrum in Thierhaupten und der Bodendenkmalpflege in engem Austausch steht. In der aktuellen Aufbau- und Erprobungsphase sind beide Mitarbeiter des Bürgerportals zudem selber als Gebietsreferenten tätig, um Schnittstellen und Chancen zur praktischen Baudenkmalpflege auszuloten, Kommunikationsstrukturen intensiver kennen zu lernen und auch innerhalb der Behörde den Austausch zu verbessern. Viele Projekte – das hat das erste Jahr gezeigt, ergeben sich erst durch den Dialog zwischen den Beteiligten.

Eine zentrale Aufgabe des Bürgerportals ist der kontinuierliche Austausch und die enge Zusammenarbeit mit den großen bürgerschaftlichen Verbänden: dem *Bayerischen Landesverein für Heimatpflege*, dem *Denkmalnetz Bayern* und Verein und Stiftung *Kulturerbe Bayern*. Wunsch und Bedarf einer Intensivierung der Zusammenarbeit waren auch dort vorhanden, nicht umsonst war Martin Wölmüller, der inzwischen leider verstorbene Geschäftsführer des Landesvereins, einer der Initiatoren des Bürgerportals.⁵

Dem 1902 gegründeten *Bayerischen Landesverein für Heimatpflege* kommt hierzulande in der Denkmalpflege eine besondere Rolle zu, da er auch für die ehrenamtlich tätigen Kreisheimatpfleger zuständig ist, die nach dem Bayerischen Denkmalschutzgesetz als nicht weisungsgebundene, unterstützende Instanz zur Pflege des „heimatlichen Kulturgutes“ zusammen mit den Unteren Denkmalschutzbehörden der Landkreise und Städte fest in die denkmalschutzrechtlichen Abwägungsprozesse eingebunden sind.⁶

Hier geht es vor allem um die Verbesserung der Zusammenarbeit, das Bürgerportal bietet Informationen, Schulungen und Austausch an. In diesem Jahr

⁴ Siehe: Archäologie und Ehrenamt. Anlass, Funktion und Verlauf eines Modellprojekts, in: Denkmalpflege Themen 3, 2012.

⁵ Johann Böhm, Martin Wölmüller (1956–2019), in: *Schöne Heimat* 2/2019, S. 160–162.

⁶ Wolfgang Eberl / Dieter Martin / Jörg Spennemann, Bayerisches Denkmalschutzgesetz. Kommentar mit einer fachlichen Einführung von Michael Petzet, 7. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Stuttgart 2016, S. 288 f.

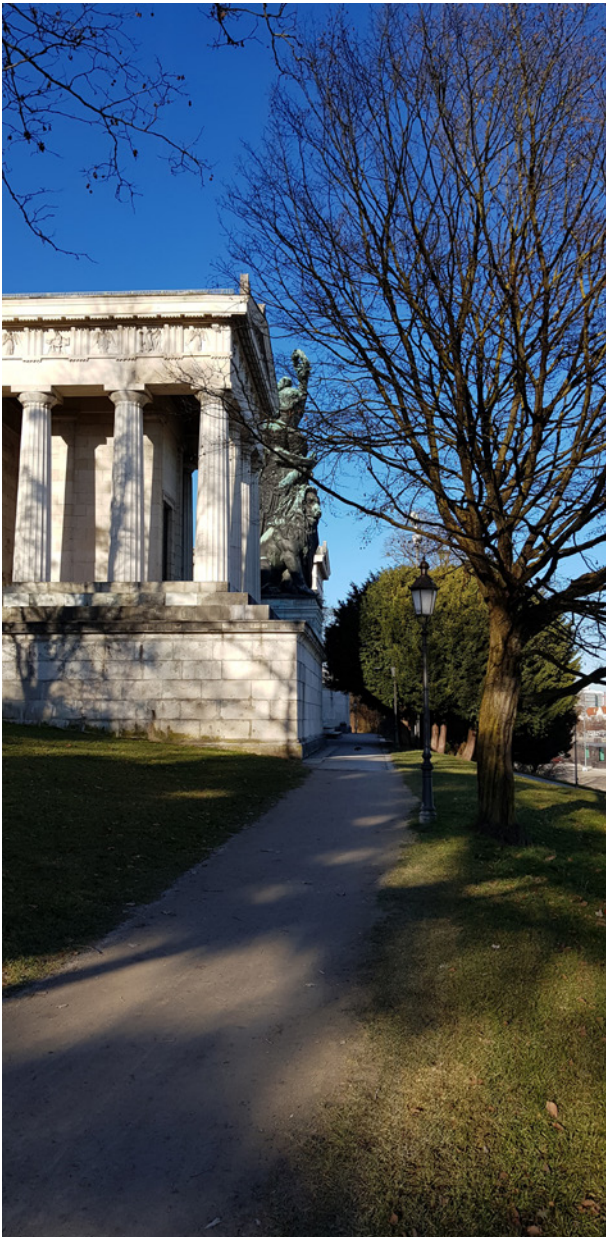


Abb. 1: Der Bavariapark in München

wird es einen Runden Tisch mit den Heimatpflegern jeweils einer Region zu Belangen des Denkmalschutzes und der Zusammenarbeit mit Fachbehörde und Unterer Denkmalschutzbehörde geben, um eine solide Basis für den Ausbau der Zusammenarbeit zu schaffen und einen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen. Vorgesehen ist eine kontinuierliche Schulung der Heimatpfleger, die aufgrund ihrer unterschiedlichen beruflichen Hintergründe keinen einheitlichen Kenntnisstand hinsichtlich der Denkmalpflege haben und auch über aktuelle Entwicklungen, formale und juristische Änderungen auf dem Laufenden gehalten werden sollten.

Mit dem Verein Denkmalnetz Bayern, einem 2012 gegründeten, bayernweiten Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, die sich um den Erhalt von Denkmälern und überlieferten Orts- und Stadtbildern in Bayern kümmern, besteht inzwischen ein intensiver Austausch.⁷ Gemeinsam haben wir einen monatlichen *jour fixe* eingeführt, um uns wechselseitig auf dem Laufenden zu halten und Kontakt zu den jeweiligen Initiativen zu bekommen, die sich um konkrete Bauten bemühen und Möglichkeiten einer fachlichen Unterstützung zu suchen. Viele der Initiativen finden sich erst aufgrund einer akuten Gefährdung eines Baudenkmals zusammen und suchen nach Lösungen für einen Erhalt. Oftmals wird erst durch die Aufmerksamkeit der Leute vor Ort die Gefährdung erkannt und publik gemacht, so dass auch von Amtsseite aus gehandelt werden kann.

Das Beispiel einer Bürgerinitiative zur Rettung des Bavariaparks in München (Abb. 1) zeigt, dass es dabei in manchen Fällen auch einer konkreten Vermittlungsarbeit bedarf: der Gruppe gelang es zunächst über einen längeren Zeitraum nicht, sich mit ihrem inhaltlich in jeder Hinsicht berechtigten Anliegen einer denkmalpflegerisch sensibleren Pflege der historischen Parkanlage Gehör zu verschaffen – hier fehlten gleichermaßen die Übung im Umgang mit Behörden, wie auch diplomatisches Fingerspitzengefühl. Erst durch die Vermittlungsarbeit des Bürgerportals und in geduldigen Gesprächen konnte das berechtigte Anliegen herausgearbeitet und eine neutrale Gesprächsplattform zwischen den verantwortlichen Behörden der Stadt und den engagierten Bürgern hergestellt und moderiert werden. Mit Erfolg: die von der Initiative gewünschten Maßnahmen zur denkmalgerechten Pflege des zwischen 1825 und 1831 durch den königlichen Hofgärtner Seitz angelegten, dann 1908 durch Gabriel von Seidel umgestalteten und erst 2007 denkmalgerecht instand gesetzten Bavariaparks werden dieses Jahr umgesetzt, ebenso die ergänzenden Informationstafeln zu der historischen Anlage, auf denen ihre Bedeutung und gestalterischen Veränderungen dargelegt sind.⁸

Kulturerbe Bayern konnte als junge Stiftung wiederum bereits in der Aufbau- und Konstituierungsphase intensiv vom Bürgerportal Denkmalpflege begleitet werden.⁹ Ziel der Stiftung ist es, eine Art bayerisches Pendant zum „National Trust for Places of Historic Interest or Natural Beauty“ in England aufzubauen – für Bayern eine einzigartige Chance zur Rettung besonderer Denkmale, bei

⁷ Siehe: <https://www.denkmalnetzbayern.de/>

⁸ Siehe: <https://ru.muenchen.de/2019/204/Baureferat-saniert-Weg-im-Bavariapark-87756> (9.1.2020).

⁹ Rudolf Himpsl, Kulturerbe Bayern e.V.: Spätmittelalterliches Wohnhaus in Rothenburg ob der Tauber ist erster Schützling, in: Denkmalpflege Informationen Nr. 169, 2018, S. 20–22.



Abb. 2: Der erste „Schützling“ von Kulturerbe Bayern: das um 1410 errichtete Haus in der Judengasse 10 in Rothenburg

denen eine gängige Nutzung aus konservatorischen oder strukturellen Gründen schwierig ist. Ein erstes Gebäude, das spätmittelalterliche Wohnhaus in der Judengasse 10 in Rothenburg ob der Tauber konnte von der Stiftung übernommen werden und wird derzeit nach einer intensiven bauarchäologischen Erforschung restauriert (Abb. 2). Die Sensation war neben der Bohlenstube im ersten Obergeschoss die bereits vor 1410 errichtete Mikwe im Keller.¹⁰ Künftig wird es für Vereinszwecke genutzt und öffentlich zugänglich sein. Bei mehreren Objekten laufen derzeit intensive Gespräche und gemeinsam initiierte Voruntersuchungen, die innerhalb des Landesamtes über das Bürgerportal Denkmalpflege koordiniert werden – vor allem für die Gebietsreferenten bedeutet das eine erhebliche Arbeitserleichterung.

Insofern kommt dem Bürgerportal Denkmalpflege immer wieder eine strategische und gestaltende Rolle zu, die weit über das hinausgehen kann, was eine Fachbehörde üblicherweise leistet. Die bautechnische

Notwendigkeit der Restaurierung von großformatigen barocken Intarsientüren im ehemaligen Kloster (jetzt Schloss) Tegernsee mit seiner prachtvollen Substanz aus dem 17. und 18. Jahrhundert, bekommt durch den Einsatz des Bürgerportals einen neuen Charakter. Die Türen befinden sich in einem Teil des Gebäudekomplexes, der seit Jahrzehnten als Schule genutzt wird.¹¹ Eine erste Bestandsaufnahme zeigte erhebliche Schäden aufgrund unsachgemäßer Behandlung, nicht fachgerecht ausgeführter Reparaturen und Schäden, die durch mangelnde Achtsamkeit im laufenden Schulbetrieb entstanden sind. Unter solchen Bedingungen wäre auch nach einer Restaurierung innerhalb kurzer Zeit wieder mit ähnlichen Schäden zu rechnen gewesen. Um hier grundlegend einen pfleglicheren Umgang der Schulgemeinschaft mit

¹⁰ Rudolf Himpf, Kulturerbe Bayern e.V.: Das Wohnhaus Judengasse 10 in Rothenburg ob der Tauber. Rettung eines spätmittelalterlichen Stadthauses durch Kulturerbe Bayern nach dem Trust-Modell, in: Denkmalpflege Informationen 172, 2020, S. 28–31.

¹¹ Die ehemalige Benediktinerabtei in Tegernsee wurde in den wesentlichen Bereichen in mehreren Bauphasen zwischen 1680 und 1770 auf einem Idealplan von Enrico Zuccalli durch Antonio Riva, Johann Schmunzer und Johann Baptist Gunezhainer errichtet. Nach der Säkularisation und jahrelangem Verfall erfolgte 1823/ 24 der Umbau zum Sommerschloss für König Max I. Joseph durch Leo von Klenze. Siehe: Michael Petzet (Hg.), Denkmäler in Bayern, Bd. I.15, Klaus Kratzsch, Landkreis Miesbach, Zürich 1986, S. 384 f.



Abb. 3: Die Schülergruppe des Gymnasiums Tegernsee im BLfD-Bauarchiv Thierhaupten

der wertvollen Substanz herbeizuführen, initiierte das Bürgerportal Denkmalpflege eine andere Art der praktischen Umsetzung dieser Maßnahme: über den Zeitraum von zwei Jahren werden die vier Türen nun in einer „*Gläsernen Werkstatt*“ in der Schule und damit vor den Augen der Schulöffentlichkeit restauriert. In Zusammenarbeit mit zwei Lehrern, einer freien Restaurierungswerkstatt und den Amtswerkstätten wurde darauf aufbauend ein Vermittlungskonzept erarbeitet, das mit zwei aufeinander folgenden Projektseminaren in der Oberstufe verknüpft ist und Schülerinnen und Schüler aktiv einbindet. Jede Woche setzt sich derzeit eine Schülergruppe mit Fragen der Restaurierung, der Denkmalpflege, dem historischen Gebäude der Schule und unterschiedlichen Berufsbilder in der Denkmalpflege auseinander und lernt an Übungsmaterialien selber die Herstellung und Pflege von Intarsien. Die Maßnahme soll die Schülerinnen und Schüler vor allem für das historische Kloster und seine wertvolle Ausstattung sensibilisieren und über eine umfassende Berichterstattung auch langfristig in der Schulöffentlichkeit sichtbar sein.¹² Das Landesamt wird dabei mit vielen Abteilungen eingebunden, nicht nur den Amtswerkstätten. Einen eindrucksvollen Auftakt machte der Besuch des Bauarchivs und Schulungszentrums des Landesamtes im ehemaligen Kloster Thierhaupten (Abb. 3), nördlich von Augsburg, wo anhand der dort aufbewahrten historischen Türen Verarbeitung, Material und Konstruktionen

aus unterschiedlichen Epochen vermittelt werden konnten, ebenso wie auch geeignete Methoden zur Untersuchung der historischen Substanz. Ein Besuch des Landesamtes und seiner Restaurierungswerkstätten in München steht demnächst an.

Ein solches Projekt kann nur von pädagogisch versierten Restauratoren durchgeführt werden, die bereit sind, über einen längeren Zeitraum vor Ort zu arbeiten und auf Fragen der Schulöffentlichkeit zu reagieren. Dank einer großzügigen Finanzierung der Bauer'schen Barockstiftung konnte hier eine ideale Besetzung erfolgen.

Es zeigt sich, dass eine solche Bündelung von Aktivitäten und die Einbindung lokaler Akteure das Bewusstsein für die historische Substanz und das Interesse an ihrer Erhaltung und Vermittlung bei vielen Beteiligten deutlich steigert. Mittlerweile haben sich im Zusammenhang mit dem Kloster, das heute von vier sehr unterschiedlichen Besitzern intensiv genutzt wird, die Aktivitäten zur Substanzpflge und die Dialogbereitschaft erhöht. Es besteht damit Hoffnung, durch weitere Vermittlungsarbeit und Moderation das Bewusstsein zu stärken, das Gebäude künftig wieder als Gesamtheit zu betrachten. Dies allerdings ist dann Aufgabe des Gebietsreferenten und der Unteren Denkmalschutzbehörde.

Die Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern erfolgt in Bayern seit einigen Jahren mit zunehmendem Erfolg und soll – die aktuellen Aktivitäten des Bürgerportals sind Teil dieser Maßnahmen – auf breiter Ebene weiter ausgebaut werden. Die Einbindung lokaler Akteure im Rahmen des „*Kommunalen Denkmalkonzepts*“, eines

¹² Frank Seebausen, „Gläserne“ Restaurierungswerkstatt. Ein Denkmalpflege-Schulprojekt am Gymnasium Tegernsee, in: Denkmalpflege Informationen 172, 2020, S. 73–74.

umfassenden, stufenweisen, auf Bewusstseinsbildung und Vermittlung angelegten strategischen Planungsverfahren, zeigte mehr als deutlich, wie wichtig es für die langfristige Akzeptanz von solchen Maßnahmen ist, die Bevölkerung und vor allem ihre engagierten Kräfte frühzeitig zu beteiligen.¹³ Erst wenn Denkmal- und Ortsbildpflege als wesentlicher Teil eines eigenen kulturellen Auftrags verinnerlicht werden, ist auch ein langfristiges Bewusstsein dafür sichergestellt. Was derzeit im Gymnasium Tegernsee in kleinem Maßstab durchgeführt wird, findet in etwas anderer Form im Rahmen kommunaler Planungsprozesse schon seit Jahren großen Zuspruch. Das Kommunale Denkmalkonzept, ebenfalls ein Baustein von *Denkmalpflege 2020*, geht weit über den

„*Denkmalpflegerischen Erhebungsbogen*“ hinaus, mit dem ortsbild- und kulturlandschaftsprägende Elemente und Zusammenhänge aufgedeckt werden.¹⁴ Hier geht es um die aktive Einbindung der Nutzer, der lokal agierenden Gruppen, wie auch kulturell engagierten Personen und anderen Multiplikatoren in den stufenweisen Planungs- und Gestaltungsprozess, der nach der Erhebung der denkmal- und ortsbildrelevanten Bauten und Elemente anschließt. Denkmalpflege soll in den Planungsprozessen der Kommunen und dem Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden: nicht als Feindbild, sondern als Partner. Auch dafür steht das Bürgerportal Denkmalpflege und die Erfahrungen des ersten Jahres seit seiner Initiierung zeigen, dass mit diesem bislang bundesweit einzigartigen Modellprojekt eine Lücke gefüllt wird.

¹³ Das kommunale Denkmalkonzept. Den historischen Ortskern gemeinsam gestalten und entwickeln, in: *Denkmalpflege Themen* Nr. 8, 2017.

¹⁴ Ebenda, S. 27–33.

Erforschen – Vermitteln – Erhalten. Die Universität als Partner der Denkmalpflege

Für Ausbildungs- und Forschungsstätten stellt sich wie für jede an der Pflege des kulturellen Erbes direkt oder indirekt beteiligte Institution die Frage nach dem eigenen Beitrag zum öffentlichen Diskurs um dieses öffentliche Anliegen. Anders als die amtliche Denkmalpflege haben Hochschulen und Universitäten dabei keinen staatlichen Auftrag für die Denkmalpflege zu erfüllen und es unterscheidet sich ihre Arbeit von weiteren Akteuren im Bereich der Denkmalpflege, etwa von Vereinen, NGOs oder Bürgerinitiativen.

Die Professuren an den Hochschulen besitzen zwar den Bildungsauftrag, Grundsätze und Methoden der Denkmalpflege in der Ausbildung angehender Planer, Architekten und weiterer Disziplinen zu vermitteln, können sich ansonsten in ihrem Tun jedoch auf die Freiheit der Wissenschaft berufen. Dies bringt die Universitäten ein wenig in die Nähe von Vereinen und Bürgerinitiativen, die zwar nicht immer wissenschaftlich motiviert arbeiten, deren Arbeit jedoch meist eine sehr hohe intrinsische und oftmals sehr persönliche Motivation der Beschäftigung mit Denkmalschutz und Denkmalpflege zu Grunde liegt. Die Wahl der bearbeiteten Themen, Objekte, Regionen oder Zeitschichten kann unabhängig von Alltagszwängen erfolgen.

Im folgenden Beitrag soll nun dargelegt werden, worin sich die Arbeit an der Hochschule von der Arbeit anderer Akteure unterscheidet und argumentiert werden, dass insbesondere die Felder der Forschung und Vermittlung wesentliche Stärken der Hochschul-Denkmalpflege darstellen. Der geläufigen Trias „Erkennen, Erhalten und Vermitteln“ wird daher ganz bewusst und in geänderter Reihenfolge „Erforschen, Vermitteln und Erhalten“ gegenübergestellt. In einer Art Arbeitsbericht soll am Beispiel von abgeschlossenen und kommenden Projekten der Professur Denkmalpflege und Baugeschichte von Hans-Rudolf Meier an der Bauhaus-Universität Weimar hervorgehoben werden, dass die Aufgabenfelder von

Hochschulen und Ämtern keine konkurrierenden sondern komplementäre *Funktionen* übernehmen. Gar lassen sich strategische Partnerschaften im Sinne des gemeinsamen Anliegens gestalten.

ERFORSCHEN

Das Erforschen, im engeren Sinn die Untersuchung potentieller Baudenkmale, läuft in seinen Prozessen an der Universität recht ähnlich ab wie das „Erkennen“ in den Inventarisationsabteilungen der Denkmalämter.

Meistens erfolgt eine solche Erfassung an der Hochschule nicht systematisch. Es entstehen dabei nur gelegentlich Inventare oder Topographien. Vielmehr sind denkmaltheoretische und denkmalkundliche Arbeiten vom Forschungsinteresse des Bearbeiters oder der Bearbeiterin, große Forschungsprojekte immer auch durch ein offenkundiges Forschungsdesiderat motiviert. Es entstehen grundlegende und überblickshafte Arbeiten ebenso wie Einzelfallstudien. Übergeordnete Betrachtungen zur Theorie der Denkmalpflege werden vorrangig in der postgradualen Ausbildung, aktuell im DFG-Graduiertenkolleg „Identität und Erbe“¹ verhandelt.

Dabei lässt sich feststellen, dass die von Studierenden oder Promovierenden selbst gewählten Themen von Qualifizierungsarbeiten häufig nah am historiographischen Zeitgeist und somit bezüglich einer denkmalpflegerischen Betrachtung ihrer Zeit häufig voraus sind. Diese Arbeiten widmen sich Zeitschichten, Bautypologien oder Einzelgebäuden, für die sich die staatliche Inventarisierung nicht oder noch nicht interessiert oder interessieren darf oder kann. An der Professur Denkmalpflege und Baugeschichte entstanden im vergangenen Sommersemester 2019 beispielsweise einige denkmalkundliche

¹ <https://www.identitaet-und-erbe.org> (31.10.2019).

Qualifizierungsarbeiten, die in diese Kategorie fallen: so etwa eine Arbeit zum Elbe-Seitenkanal, einem durch das gesamte Bundesland Niedersachsen führenden Infrastrukturprojekt der 1970er Jahre, das zudem militärisch als Panzersperre diente und entlang seiner 115 km vielfältige Hafenanlagen, Abstiegs- und Kreuzungsbauwerke aufweist. Daneben waren zwei Arbeiten zu Parkhäusern der 1970er und 80er Jahre in Bearbeitung, zum einen eine Reihenuntersuchung zu Hochgaragen und Parkhäusern der ehemaligen DDR, zum anderen eine denkmalkundliche Untersuchung des momentan auf Abriss stehenden Parkhauses „N2“ in Mannheim inklusive Gegenvorschlag für eine erhaltende Umnutzung. Auch die Kunsthalle Schirn in Frankfurt am Main erfuhr als Museumsbau der Postmoderne in einer historiographischen Arbeit Aufmerksamkeit als potentiell Baudenkmal.² All diesen Gebäuden ist gemein, dass sie zu jung, zu sperrig oder bereits aufgegeben sind und daher in dieser Form nur an Hochschulen unabhängig von Konjunkturen in Denkmalpflege und Stadtentwicklung bearbeitet werden können.

Zudem lässt sich feststellen, dass eine jüngere Generation biografisch unbelastet und demnach offener an bestimmte Objekte herangeht, beispielsweise an Bauten aus der ehemaligen DDR oder aus der Zeit der Postmoderne.

In Bezug auf Forschungsprojekte lassen sich ebenfalls aus den institutionellen Gegebenheiten resultierende Spezifika der denkmalkundlichen Arbeit an Hochschulen konstatieren. Während sich die Forschenden an den Hochschulen überwiegend als Spezialisten ihrem Forschungsgegenstand nähern, sind die staatlichen Inventarisatoren qua Amt überwiegend als Generalisten tätig – auch, weil die meisten Inventarisationsabteilungen der deutschen Fachbehörden territorial und nicht nach Typologien oder Epochen verteilt arbeiten. Für die übergreifende Erfassung architekturhistorischer Epochen oder von Typologien existiert in Deutschland zudem die Hürde des Föderalismus, wonach die Fachbehörden jeweils nur innerhalb des eigenen Bundeslandes agieren und inventarisieren. Prinzipiell existiert im Rahmen der Arbeitsgruppen der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger die Möglichkeit zu bundeslandübergreifendem Austausch. Häufig ist man dennoch für die Einordnung

² Vgl. *Leo Bockelmann*, Wasserstraße und Panzersperre – Der Elbe-Seitenkanal: Ein vielschichtiges Erbe, unpubl. Masterarbeit.– *Jakob Kröhm*, Die Hochgarage und das Parkhaus in der DDR. Eine unbekannte Bauaufgabe?, unpubl. Masterarbeit.– *Frank Buchta*, Parkgarage N2 in Mannheim, unpubl. Masterarbeit.– *Annika Eheim*, Die Schirn Kunsthalle in Frankfurt. Postmoderne in der „Altstadt“, unpubl. Masterarbeit.– Alle Bauhaus-Universität Weimar 2019.



Abb. 1: Präsentation des Projektes „Barfußkirche Erfurt. Weiterbauen an der Ruine“ auf der Jahresausstellung „Summaery“ der Bauhaus-Universität Weimar 2019

in den überregionalen oder gar internationalen Kontext auf publizierte Forschungsergebnisse angewiesen. Diese liegen insbesondere für neue Themenfelder und jüngere Zeitschichten jedoch noch gar nicht vor, wenn die ersten „Verdachtsfälle“ dieser Epochen in den denkmalpflegerischen Blick geraten.

Das Erbe der Nachkriegsmoderne war und ist zum Teil noch ein solches Forschungsgebiet. Das Thema hatte durch die Verlusterfahrung bedeutender Bauten – in Deutschland immer wieder angeführt die Umgestaltung des Hochhauses der Provinzialversicherung (Hans Schwippert, 1952/53) in Düsseldorf in den 1980er Jahren oder der Abriss des Palasts der Republik (Heinz Grafunder, 1973–76) und des Schimmelpfenghauses (Gustav Sobotka, Franz Heinrich Müller 1957–60) in Berlin in den frühen 2000er Jahren – immer wieder denkmalpflegerisch Konjunktur. Dennoch konnten sich insbesondere frühe Denkmaleintragungen noch nicht auf eine breite Forschungsbasis stützen. Darüber hinaus wurden und werden Bauten der Nachkriegsmoderne ob ihrer Ästhetik und Materialität oft als „unbequemes Erbe“³ empfunden.

³ In der gleichnamigen Publikation von Norbert Huse wurde nicht direkt auf die Nachkriegsmoderne abgestellt, die aufge-



Abb. 2: Dokumentation des Semesterprojektes „Holzdorf. Historische Spuren identifizieren, analysieren und bewerten.“ Die Themen sind in Einzelheften dokumentiert und in einem Schubler zusammengefasst

Diesem historiographischen und denkmalkundlichen Desiderat widmet sich die Weimarer Professur seit mehreren Jahren als einem ihrer Forschungsschwerpunkte. Das baukulturelle Erbe der ehemaligen DDR, lange Zeit als ein Sonderfall angesehen, spielte dabei von Anfang an eine wesentliche Rolle. Es wurde vielfältig im Rahmen von Seminaren und Qualifizierungsarbeiten in der Lehre bearbeitet. Zudem fanden in Weimar 2011 und 2014 die zwei Tagungen „Denkmal Ostmoderne“ statt.⁴

Im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekt „Welche Denkmale welcher Moderne?“ (WDWM?) kulminierte das Forschungsinteresse an der Nachkriegsmoderne zwischen 2014 und 2017. Im Verbund mit der Technischen Universität Dortmund wurden vier Teilprojekte aus architekturhistorischer, soziologischer, denkmaltheoretischer wie

denkmalkundlicher Perspektive durchgeführt. In den Projekten wurde die Aneignung dieser Epoche, insbesondere durch Migranten, der Umgang mit Großstrukturen, der Stand der Inventarisierung im internationalen Vergleich und Methoden der Auswahl der Bauten dieser Zeitschicht untersucht.⁵ Das Interesse aus der Fachwelt und insbesondere aus den Denkmalämtern war groß und gleichzeitig Beweis für den Nerv, der mit dem Thema offensichtlich getroffen wurde.

VERMITTELN

Im zweiten Schritt nach dem Erforschen stellt sich die Frage, wie die Erkenntnisse schließlich an und in die Öffentlichkeit gelangen, um wirksam zu werden. An der Universität bedient man sich hier unterschiedlichster Formate, je nachdem, in welcher Form die Ergebnisse vorliegen. Sehr öffentlichkeitswirksam können vor allem studentische Entwurfsarbeiten präsentiert werden, die als Plan und Modell vorliegen (Abb. 1). Hier ist es von Vorteil, dass im Architekturstudium das Präsentieren zur Ausbildung gehört. So sind dann auch die zur Dokumentation von Semesterarbeiten angefertigten Broschüren und andere graue Literatur durchaus vorzeigbar und bei Bedarf an Interessierte zu geben (Abb. 2).

Wenn Themen ausgesprochen relevant erscheinen, werden Arbeiten jedoch auch als „echte“ Publikationen mit ISBN-Nummer publiziert, wie das in der von Hans-Rudolf Meier herausgegebenen Reihe „Forschungen zum baukulturellen Erbe der DDR“ der Fall ist. Diese Reihe existiert seit 2013 und versammelt in mittlerweile acht thematisch oder topografisch zusammengestellten Bänden die an der Bauhaus-Universität, aber auch an anderen Hochschulen entstandenen Arbeiten zum architektonischen und künstlerischen Erbe der DDR.⁶ Dies betrifft zumeist studentische Qualifizierungsarbeiten in Diplom, Bachelor oder Master, aber auch die Ergebnisse eines Seminars zum Bauen in Weimar während der DDR-Zeit oder auch eine Dissertation. Zu jedem Band fand bisher eine öffentliche Buchvorstellung statt, wenn möglich, in der im Band vorgestellten Stadt.

Die mögliche Genese und Wirkung einer solchen Qualifizierungsarbeit sei am Beispiel der Diplomarbeit der

zeigten Problemstellungen sind jedoch übertragbar. Vgl. *Norbert Huse*, *Unbequeme Baudenkmale. Entsorgen? Schützen? Pflegen?*, München 1997.

⁴ Dokumentation der Tagungen: Mark Escherich (Hg.), *Denkmal Ost-Moderne. Aneignung und Erhaltung des baulichen Erbes der Nachkriegsmoderne*, Berlin 2012.– Ders. (Hg.), *Denkmal Ost-Moderne II. Denkmalpflegerische Praxis der Nachkriegsmoderne*, Berlin 2016.

⁵ Frank Eckardt / Hans-Rudolf Meier / Ingrid Scheurmann / Wolfgang Sonne (Hg.), *Welche Denkmale welcher Moderne? Zum Umgang mit Bauten der 1960er und 70er Jahre*, Berlin 2017.

⁶ Zuletzt erschienen: Bianka Trötschel-Daniels / Tino Mager (Hg.), *Rationelle Visionen. Raumproduktion in der DDR, Forschungen zum baukulturellen Erbe der DDR, Bd. 8, Ilmtal-Weinstraße* 2018.

Autorin dargelegt: Die Themenwahl – die denkmalkundliche Untersuchung eines innerstädtischen Plattenbaugesbietes in Halle an der Saale – erfolgte im Austausch mit der Landeskonservatorin des zuständigen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie in Sachsen-Anhalt, die hinsichtlich möglicher Untersuchungsgegenstände für eine Abschlussarbeit angefragt wurde. Als Ergebnis der Arbeit wurde die Denkmaleignung eines ausgewählten Innenstadtgebietes argumentiert und belegt. Sie wurde 2013 zusammen mit einer Arbeit zu ähnlichen Planungen in Erfurt als zweiter Band in der Reihe zum baukulturellen Erbe der DDR publiziert.⁷ Dazwischen und danach fanden in Zusammenarbeit mit zwei lokalen Vereinen, dem Arbeitskreis Innenstadt e.V. und der Freunde der Bau- und Kunstdenkmale Sachsen-Anhalt e.V. durch die Autorin in Halle mehrere Vorträge und Führungen zum Thema statt, beispielsweise zum Tag des offenen Denkmals. Am Ende dieses Zusammenwirkens von studentischer Forschung, bürgerschaftlichem Engagement und amtlicher Denkmalpflege stand 2014 die tatsächliche Unterschutzstellung zweier Gebäude des in der Diplomarbeit vorgeschlagenen Gebietes. In der zugehörigen Denkmalbegründung wird explizit auf die publizierte Arbeit verwiesen. Hier zeigte sich schließlich ein sehr erfreulicher, in seiner Direktheit letztlich aber auch seltener, Einfluss einer Qualifizierungsarbeit der Publikationsreihe auf die Denkmalpraxis. Bei anderen Bänden der Publikationsreihe besteht weniger Gelegenheit für einen solch unmittelbaren Impuls, da hier vielfach architektur- und planungshistorische Grundlagenforschung publiziert wird. In Bezug auf die Wirkung im öffentlichen Diskurs ist am Beispiel aus Halle an der Saale die frühzeitige Diskussion der potentiellen Schutzwürdigkeit des Ensembles durch Vorträge und Führungen vor Ort hervorzuheben, wobei mit der Publikation dann sogleich eine auch im Buchhandel zu erwerbende Handreichung existierte.

Das Forschungsprojekt „Welche Denkmale welcher Moderne?“ (WDWM?) erfuhr eine Vermittlung über die klassischen Formate Tagung und Publikation hinaus. Das Anliegen, das als unbequem empfundene Erbe an einen breiten Kreis von Adressaten auch außerhalb der Fachöffentlichkeit zu vermitteln, war von Anfang an im Projekt intendiert und sollte im Rahmen einer Ausstellung erfolgen. Im Verlauf des Projektes kristallisierten sich Marl und Halle-Neustadt als Untersuchungsobjekte heraus. Als in der Nachkriegszeit durch die chemische Industrie

sprunghaft gewachsene Stadt im Ruhrgebiet mit Zentrum aus der Nachkriegszeit auf der einen Seite und als ebenso im Zusammenhang mit der chemischen Industrie errichtete sozialistische Planstadt auf der anderen Seite präsentierten sich hier aktuelle Fragestellungen zu Erfassung, Umgang und Vermittlung. Die Ausstellung „BIG HERITAGE“ fand daher 2016 nacheinander an diesen beiden Orten statt. Die Ausstellungen waren jeweils in ein Rahmenprogramm eingebettet, aus dem insbesondere der Workshop „HaNeu meets Marl“ hervorzuheben ist. In diesem Workshop sollten sich die bestehenden Bürgerinitiativen und interessierte Bürger beider Städte gegenseitig kennenlernen, sich vernetzen und zusammen mit Wissenschaftlern aus dem Projekt Wege zur Vermittlung und Akzeptanzsteigerung des Nachkriegserbes in beiden Städten diskutieren. Die Ausstellung wurde eingebettet in diesen Rahmen dann tatsächlich zur Plattform und Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Zum Abschluss des Forschungsprojektes erfolgten weitere kleinere Projekte mit Studierenden an beiden Standorten, ein Workshop für den wissenschaftlichen Nachwuchs, genannt BetonSalon, der die Perspektiven aktueller Qualifizierungsarbeiten im Umfeld des Projektthemas einbezog und ebenfalls publiziert wurde,⁸ und es fand ein Abschlusskolloquium mit öffentlicher Abendveranstaltung in der deutschen Bundesstiftung Baukultur in Potsdam statt – womit ein weiterer Akteur, der an der Schnittstelle zwischen Politik und Öffentlichkeit agiert, einbezogen war. Das in Potsdam erarbeitete Thesenpapier wurde wiederum im Organ der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger der Bundesrepublik Deutschland, in „Die Denkmalpflege“, veröffentlicht.⁹

Es lässt sich also feststellen, dass, um die Ergebnisse der Forschung an der Universität in den öffentlichen Diskurs zu bringen, verschiedenste Kanäle, Veranstaltungs- und Publikationsformate genutzt werden können, um verschiedene Zielgruppen zu adressieren und einzu beziehen, um also wie nicht erst seit einer gleichnamigen Tagung 2011 in Dresden gefordert neben der Kommunikation auch die Partizipation zu ermöglichen.¹⁰

⁷ Kirsten Angermann, *Tabea Hilske*, Altstadtplatten. „Komplexe Rekonstruktion“ in den Innenstädten von Erfurt und Halle, *Forschungen zum baukulturellen Erbe der DDR*, Bd. 2, Weimar 2013.

⁸ Tino Mager / Bianka Trötschel-Daniels (Hg.), *BetonSalon – Neue Positionen zur Architektur der späten Moderne*, Berlin 2017.

⁹ Das bauliche Erbe der 1960er bis 80er Jahre: Auswahl, Akteure, Strategien. *Welche Denkmale welcher Moderne? (WDWM) – Thesenpapier*, in: *Die Denkmalpflege*, 75. Jg., H. 1, 2017, S. 33–34.

¹⁰ Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.), *Kommunizieren – partizipieren. Neue Wege der Denkmalvermittlung, Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, der TU Dresden und der Hochschule für Bildende Künste Dresden vom 6. bis 8. Oktober 2011* in



Abb. 16 Ansicht der Baracke von Südwesten, 2016



Abb. 17 Ansicht der Baracke von Süden, 2016

3 Baracke Abraham-Lincoln-Straße 4

Standort: Hinterhof der Abraham-Lincoln-Straße 4,
Weimar

Gestalt: Baracke mit Wandverschalung aus Holzsegmenten
sowie Giebelseiten aus verputztem Mauerwerk

Geodaten: 50.978826 N 11.317560 E

Abb. 3: Ausschnitt aus der Dokumentation des Semesterprojekts „Buchenwald-Spuren“, das Relikte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald in und um Weimar aufspürte; hier eine vermutlich mindestens in Teilen translozierte Baracke des sowjetischen Internierungslagers

ERHALTEN

Auch wenn die universitäre Denkmalpflege nur in geringem Maße an der ganz praktischen Erhaltung beteiligt ist – an unserer Professur etwa durch die jährlich durchgeführte einwöchige Bauwerkstatt auf dem südthüringischen Schloss Bedheim – und eben weder den staatlichen Auftrag noch die Legitimation zur Durchführung des Denkmalschutzes hat, so leistet sie dennoch einen Beitrag zum Erhalt von Denkmalen. Insbesondere durch die Förderung von Akzeptanz und die Bewusstseinsbildung, gerade von Denkmalen, die ohne Vermittlung nicht leicht verständlich sind, ist oft ein erster Schritt zur Erhaltung getan. Darum wurde in diesem Beitrag auch der Schritt der Vermittlung vor die Erhaltung gesetzt.

Zusätzlich leistet die Ausbildung, in unserem Fall angehender ArchitektInnen und UrbanistInnen, einen Beitrag zur Erhaltung, indem das Basiswissen zu Denkmalkunde und denkmalpflegerischen Methoden in Heranführung an die Praxis vermittelt und anzuwenden erprobt wird. Im besten Fall sind die Anliegen der Denkmalpflege den zukünftigen AkteurInnen demnach bekannt bevor diese sich mit denkmalrechtlichen Auflagen konfrontiert sehen.

Letztlich können sich die Hochschulen exponierter für den Erhalt von Objekten positionieren, wenn der behördlichen Denkmalpflege, die zumindest in

Deutschland stärker politisch eingebunden ist, bereits die Hände gebunden sind.

FAZIT

Die Hochschul-Denkmalpflege kann insbesondere im Erforschen und Vermitteln von Denkmalen ihre Stärken ausspielen, was gewissermaßen auf der Hand liegt, da Forschen und Publizieren genuine Tätigkeiten an Hochschulen sind. Trotz und wegen – dieser Widerspruch wird sich nicht auflösen lassen – ihrer Stellung unabhängig von den Hierarchien und Verfahren der Denkmalbehörden, können Universitäten dabei aktiv auf die Auswahl und auf die Erhaltung von Denkmalen einwirken. Nicht zuletzt wird in der Inventarisationspraxis oftmals die wissenschaftliche Beschäftigung mit einer Zeitschicht oder einem Gebäude als Beleg für das in den deutschen Denkmalschutzgesetzen für die Denkmalwürdigkeit erforderliche öffentliche Interesse angeführt.

Behördliche und universitäre Denkmalpflege können dabei durchaus kooperativ vorgehen, indem sie gewisse Aufgaben verteilen – die Forschungsinitiative an die Universität, die Erfassung und Unterschutzstellung an das Amt, oder sich Aufgaben, etwa die der Vermittlung, gänzlich teilen. Daher ist der Untertitel des Beitrags, die Universität als Partner der Denkmalpflege zu betrachten, durchaus als Aufforderung zu verstehen. Legitimiert wird dies durch die Erfahrungen in Thüringen, wo zwischen der Bauhaus-Universität Weimar und dem Thüringischen

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie mittlerweile mehrere Kooperationsprojekte liefen oder in Planung sind, die eine solche Aufgabenverteilung zwischen Spezialisten und Generalisten, Expertise und Exekutive anwenden und zu nutzen wissen – in naher Zukunft innerhalb eines Erfassungsprojektes zur späten Moderne in Thüringen.

Ein Wesensmerkmal der Hochschuldenkmalpflege ist, dass hier neue Grenzen ausgelotet werden können – in der Theorie wie in der denkmalpflegerischen Praxis. Zum einen können Entwicklungsoptionen in ganzer Breite sondiert werden, wie beispielsweise bei dem in Abb. 1

gezeigten Projekt zum Weiterbauen an der Barfüßerkirchruine in Erfurt. Zum anderen können selbst Spuren und Objekte unterhalb der Schwelle ausreichender Denkmalsubstanz umfänglich untersucht und dokumentiert werden, wie beispielsweise bei einem Semesterprojekt zu den Spuren Buchenwalds in Weimar (Abb. 3). Die Vermittlung und Diskussion solcher Ergebnisse innerhalb einer breiteren als der Fachöffentlichkeit sollte letztlich ebenso zum Selbstverständnis der Denkmalpflege an den Hochschulen gehören wie ihr akademischer Bildungsauftrag.

Making Choices: Selection and Evaluation in Archaeological Heritage Management

Beiträge des 44. Fachgesprächs der Abteilung für Archäologie
des Bundesdenkmalamtes am 22. August 2019



Einleitung

Making Choices: Selection and Evaluation in Archaeological Heritage Management

BEITRÄGE DES 44. FACHGESPRÄCHS DER ABTEILUNG FÜR ARCHÄOLOGIE DES BUNDES DENKMALAMTES AM 22. AUGUST 2019 IN DER KARTAUSS MAUERBACH

Das Bundesdenkmalamt betreut das materielle kulturelle Erbe Österreichs in all seinen vielfältigen Facetten. Zu diesem kulturellen Erbe zählen auch archäologische Fundstellen und archäologische Denkmale aus vielen Jahrtausenden, ja sogar Jahrzehntausenden.

Archäologische Fundstellen sind, um das erforderliche *management of change* implementieren zu können, vom Bundesdenkmalamt in einem Auswahlprozess zu definieren und vom „archäologischen Hintergrundgeräusch“ abzuheben.

Archäologische Denkmale im engeren Sinn sind jene beweglichen oder unbeweglichen Objekte, die ausschließlich oder überwiegend mit archäologischen Methoden erforschbar sind und denen die im Denkmalschutzgesetz geforderte geschichtliche, künstlerische oder sonstige kulturelle Bedeutung zukommt.

Archäologische Fundstellen und auch archäologische Denkmale werden laufend neu entdeckt, was die Bewertung des Gesamtbestandes ebenso verändert wie neue wissenschaftliche Forschungen im In- und Ausland. Dennoch gehört es zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesdenkmalamtes, aus der jeweils gültigen Momentaufnahme des Bestandes für jene Denkmale, die über entsprechende Bedeutung verfügen, Verfahren zur Erklärung des öffentlichen Interesses an deren Erhaltung zu führen und diese Erhaltung dann auch in jeder Hinsicht zu befördern.

Einige dieser archäologischen Denkmale verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil sie – jeweils nach unserem derzeitigen Kenntnisstand – für Österreich oder sogar für Europa einzigartig sind, weil sie besonders gut erhalten sind, weil sie besondere Potenziale für zukünftige Forschungen bieten, weil sie eine Epoche oder eine

Denkmalgattung exemplarisch und anschaulich belegen usw.

Seit 2018 bemüht sich die Abteilung für Archäologie auf Anregung des Fachdirektors des Bundesdenkmalamtes, Dr. Bernd Euler-Rolle, die Kriterien für einen transparenten Selektionsprozess zu prüfen, nach denen eben jene höchstrangigen archäologischen Denkmale herauszufiltern sind. Dem Bundesdenkmalamt werden diese „Best-of-Vorschläge“ von wohl nicht viel mehr als hundert Objekten zur Konzentration von Erhaltungsbestrebungen und zur Fokussierung von Monitoringaktivitäten dienen, somit auch zu einer entsprechenden Bündelung von Ressourcen. Und selbstverständlich werden diese voraussichtlich im Jahr 2020 vorliegenden Best-of-Vorschläge und die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten des Bundesdenkmalamtes in einem gewissen Zeitabstand zu evaluieren sein.

Nichts lag näher, als das sommerliche Fachgespräch der Abteilung für Archäologie im Jahr 2019 thematisch auf diesen im Rahmen der Unterschutzstellungsstrategie des Bundesdenkmalamtes begonnenen Prozess abzustimmen. Die beim Fachgespräch gewonnenen Anregungen fließen bereits in die weitere Arbeit ein.

Paul Mahringer liefert einen einleitenden Überblick zur Entwicklung des Denkmalschutzes in Österreich in seinem europäischen Kontext und erläutert die Strategie des Bundesdenkmalamtes hinsichtlich Erfassung und Unterschutzstellung des vielfältigen Denkmalbestandes.

Bernhard Hebert, Leiter der Abteilung für Archäologie des Bundesdenkmalamtes, geht von der ikonischen altsteinzeitlichen Figur der Venus von Willendorf und von einem Gedicht Eduard Mörikes aus und stellt für die eigentlich sprachlosen Denkmale die Frage „Bin ich ein Denkmal?“. Letztlich geht es um Entscheidungsprozesse: um Kriterien für Hocharrangigkeit, die eine Auswahl ermöglichen, ebenso wie um die gerade in der Archäologie essentielle Abwägung zwischen Nutzung (Erforschung, Erschließung, Sichtbarmachung) und unveränderter

substanzieller Erhaltung von meist Unsichtbarem als Ziel des Denkmalschutzes.

Adrian Olivier aus England, Altmeister im *archaeological heritage management* und langjähriger Präsident des Europae Archaeologiae Consilium, sagt schon im Titel seines Beitrags, wofür es ihm geht und wofür es ihm als Vorreiter derartiger Konzeptionen schon seit einiger Zeit geht: Um eine „Sozialisation“ der Archäologie, also um eine Einbindung in die Gesellschaft. Nicht Wissenschaft und das Denkmal an und für sich stehe im Mittelpunkt, sondern das Wollen der Allgemeinheit und der „Profit“, den sie aus dem archäologischen Erbe ziehen mag, ja geradezu der gesellschaftliche Zweck (*social purpose*) der Beschäftigung mit dem archäologischen Erbe. Olivier expliziert das auch anhand seines geschichtlichen Abrisses der Entwicklungen und der damit einhergehenden geänderten Entscheidungsfindungen sowohl in Großbritannien als auch in internationalen Standards und Regelwerken.

Barney Sloane schildert als derzeitiger Präsident des Europae Archaeologiae Consilium die Beschäftigung dieses Gremiums mit den Entscheidungsprozessen im *archaeological heritage management* quer durch Europa. Im Speziellen geht er der dann auch Frage nach, worin der gesellschaftliche Nutzen der aufgrund außer-archäologischer Entwicklungen stattfindenden Archäologie (*development-led archaeology*) liegt bzw. wie dieser für die Allgemeinheit, aber auch für die akademische Forschung (besser) zu generieren wäre. Mit dieser Thematik beschäftigt sich inzwischen – zuletzt beim „Runden Tisch Archäologie“ des Bundesdenkmalamtes im Januar 2020 – auch die österreichische Archäologie intensiv, haben doch in Österreich wie in allen europäischen Staaten die Denkmalschutzgrabungen die aus reinem Forschungsinteresse unternommenen Grabungen an Menge und Untersuchungsumfang bei weitem überflügelt. Sloane begründet überzeugend seine positive Erwartung hinsichtlich eines noch konstruktiveren Miteinanders und sieht gerade in den Denkmalschutzgrabungen ein hohes Potenzial für gesellschaftlichen Nutzen und Wohlbefinden (*wellbeing*). Darüber hat man im deutschen Sprachraum noch recht wenig nachgedacht.

Ulf Ickerodt beschäftigt sich als Leiter einer archäologischen Denkmalbehörde in Deutschland mit der schon für die Wissensproduktion in der Archäologie bzw. archäologischen Denkmalpflege erforderlichen Kriterienfindung und den damit verbundenen Entscheidungsprozessen. Ickerodt geht von den – nicht identischen! – Begriffen Echtheit, Authentizität und Authentifizieren aus und analysiert aus der Perspektive der schleswig-holsteinischen archäologischen Denkmalpflege die Produktion von archäologischem Wissen. Er betont die Notwendigkeit von Kriterien auch für eine

Überlieferungsbildung, ohne die eine Sammlung von archäologischen Primär- und Sekundärquellen keinen wissenschaftlichen Archivwert hätte und zudem auch als Grundlage für behördliches Handeln ungeeignet wäre.

Schon der Titel des Beitrags von **Thomas Roland** „Making Choices – Making Strategies“ zeigt, wofür es geht: Um konsequente standardisierte Entscheidungsprozesse, die in gesamtstaatliche Strategien eingebunden und durch diese stabilisiert sind. Anhand der nun fast zehnjährigen dänischen Praxis lässt sich erkennen, wie die aufgrund außer-archäologischer Entwicklungen stattfindende Archäologie (*development-led archaeology*) besser gemanagt und vor allem auch ihre Qualität und ihr „Nutzen“, auch im wissenschaftlichen Sinn, gesteigert werden kann. Durchaus für andere Staaten ein Vorbild, dessen Grundzüge Roland nüchtern und in Erwartung der ersten großen Evaluierung näherzubringen vermag.

Jan Mařík vom Archäologischen Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften schildert vor dem Hintergrund der gesetzlichen und institutionellen Entwicklungen in seinem Heimatland die Notwendigkeit, geeignete Entscheidungsabläufe festzulegen und durchzusetzen, auch für andere Bereiche als die in den anderen Beiträgen behandelten: Es geht da nicht nur um die Budgetierung von aufgrund außer-archäologischer Entwicklungen stattfindender Archäologie (*development-led archaeology*) und die zentrale Kontrolle von archäologischen Maßnahmen und von deren Dokumentation, sondern auch um die ausufernde (illegale) Tätigkeit von Sondengehern oder um die Archivierung von archäologischem Fundmaterial und archäologischen Dokumentationen. Den beiden letzteren Themen haben die österreichische Archäologie und das Bundesdenkmalamt in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit bei teilweise durchaus kontroversiellen Zugängen gewidmet.

Hannes Flück, Franziska Mohr und Thomas Reitmaier schildern das Inventarisierungsprojekt ihres Archäologischen Dienstes Graubünden für die Erfassung des archäologischen Erbes vom Paläolithikum bis zum Zweiten Weltkrieg. Neben der Bewältigung technischer Herausforderungen waren kriterienbasierten Entscheidungsprozessen und letztlich klare Standards zu definieren. Ähnlich wie Ickerodt betonen sie die Bedeutung derartiger Festlegungen für die Zukunft des archäologischen Erbes und seiner Behandlung. Das Bundesdenkmalamt hat seit kürzerer Zeit entsprechende Standards im Rahmen seiner europaweiten Ausschreibung von Aufträgen zur archäologischen Inventarisierung in Österreich festgelegt, deren baldige Veröffentlichung geplant ist.

Gerald Fuchs und Jörg Fürnholzer, der eine Chef einer archäologischen Firma, der andere Mitarbeiter des Bundesdenkmalamtes, schildern die Herausforderungen

im archäologischen und konservatorischen Umgang mit massenhaft auftretenden und oft auch besondere Gefährdungspotenziale darstellenden Funden aus der Zeit des 2. Weltkriegs. Das Referat rief ganz entschieden zur Festlegung von Auswahlkriterien und Entscheidungsprozessen auf und führte zu einer lebhaften Diskussion während der Tagung und zum Vorschlag von Sloane, ein europäisches Projekt zur Abstimmung in diesem Bereich ins Leben zu rufen.

Dieses europäische Projekt gibt es noch nicht, die Diskussion wurde aber in jener Arbeitsgruppe des Bundesdenkmalamtes fortgesetzt, die sich mit der Neufassung der „Richtlinien für archäologische Maßnahmen“ beschäftigt. Aus diesen Diskussionen ist das aufgrund des internationalen Interesses hier vorgelegte Papier (siehe anschließender EXKURS) hervorgegangen, das die Überlegungen zur Erforschung und Bewahrung des oft belasteten archäologischen Erbes des 20. Jahrhunderts fortsetzen möge. Die hier enthaltenen Definitionen und Richtlinien finden in der praktischen Denkmalpflege des Bundesdenkmalamtes bereits konkrete Anwendung.

Bernhard Hebert, Eva Steigberger sowie Paul Mitchell und Claudia Volgger (Übersetzung)

EXKURS: MODERNE MASSENFUNDE

Als „moderne Massenfunde“ werden im Folgenden in Anlehnung an § 2 Abs. 2 DMSG („Die Vermutung gilt nicht für Gebrauchsgegenstände, die in größerer Menge industriell oder handwerklich hergestellt wurden und weniger als 100 Jahre alt sind ...“) bewegliche Bodendenkmale = archäologische Funde aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg verstanden, die auf eine und derselben Fundstelle/ in derselben archäologischen Grabung in großer Menge (Stückzahl in der Regel > 50) auftreten und die aufgrund ihrer serienmäßigen Fertigung eindeutig einem bekannten Typus, einer bekannten Herstellungsstätte und auch einem enger eingrenzbaeren Herstellungszeitraum zugeordnet werden können.

In der Behandlung dieser modernen Massenfunde ist zu unterscheiden,

1. ob sie
 - Streufunde ohne archäologischen Kontext oder
 - einem archäologischen Kontext zugehörig sind.
2. ob es sich um
 - „gefährliches“ Material (z. B. Gifte, Munition, Waffen) oder
 - ungefährliches Material handelt.

„**Gefährliches**“ **Material** kann nur soweit dokumentiert werden, als dies ohne Gefährdung von Mitarbeiter/innen, Dritter und der Umwelt möglich ist. Für eine Entsorgung in vorgeschriebener Weise ist zu sorgen. Die Aufbewahrung von Waffen und Munition ist in aller Regel nicht gestattet, so dass diese grundsätzlich den zuständigen Stellen zu übergeben bzw. von diesen zu übernehmen sind.

Moderne Massenfunde aus archäologischen Kontexten bedürfen – soweit nach Vorgesagtem möglich – einer sorgfältigeren Dokumentation als Streufunde. Im Gegensatz zu Funden aus z. B. urgeschichtlichen Perioden wird aber auch bei diesen eine – die Fundnummern der Grabungsdokumentation weiterverwendende – Dokumentation sich auf die Identifikation von Typus, Funktion, Herstellungsstätte und Herstellungszeitraum, eine Angabe der Maße, der Stückzahl und eine exemplarische Fotodokumentation beschränken können.

Moderne Massenfunde können eine große Herausforderung an Zwischenlagerung und Langzeitarchivierung darstellen und werden daher in vielen Fällen einer **Selektion** zu unterziehen sein, wenn die Möglichkeiten

- einer geschlossenen Übernahme des gesamten Fundkomplexes in eine Sammlung
- einer Übernahme von größeren Fundbeständen in verschiedene Sammlungen
- einer Wiedervergrabung unter geeigneten konservatorischen Bedingungen und nachhaltiger Sicherung des Vergrabungsplatzes nachweislich erfolglos ausgelotet wurden.

Moderne Massenfunde, die nicht aufbewahrt werden dürfen oder deren Aufbewahrung eine unvermeidbare Gefährdung für Gesundheit und Umwelt darstellen würden, sind dokumentiert von vornherein auszuschneiden.

Bei den sonstigen modernen Massenfunden entscheidet ihre Bedeutung über die Intensität der Erhaltungsbemühungen bzw. die Zulässigkeit einer Selektion.

Diese Bedeutung kann u. a. gegeben sein

- durch die Zugehörigkeit zu einem (z. B. zeitgeschichtlich) wichtigen archäologischen Befund
- durch besonders gute Erhaltung (auch im Vergleich zu bereits musealisierten Exemplaren)
- als Quelle für zukünftige Forschungen (z. B. wenn es sich möglicherweise um Prototypen, um dzt. nicht abklärbare Varianten eines Typus, um Spuren individueller Verwendung) handelt
- indem Objekte bestimmten Personenkreisen, v. a. Opfern des NS-Regimes, zuschreibbar sind.

Eine Entscheidung, was im Zuge einer Selektion ausgeschieden werden kann, bedarf in besonderem Maße

einer interdisziplinären Betrachtung unter Heranziehung einschlägiger Fachleute z. B. aus Zeitgeschichte, Technik- und Kriegsgeschichte, Archivkunde bzw. zuständigen öffentlichen Archiven.

Wenn diese Entscheidung und die oben angesprochenen Rahmenbedingungen zu einer Selektion führen, ist von jedem Typus zumindest ein Exemplar als Belegstück dauerhaft aufzubewahren. Die übrigen Exemplare

können für andere Zwecke (z. B. experimentelle Konservierungsversuche, „Übungsstücke“, Kunstinstallationen) abgegeben oder entsorgt werden.

Die dauerhaft aufzubewahrenden Belegstücke sind einer Konservierung nach jeweiligem Bedarf und einer Lagerung unter geeigneten Bedingungen zuzuführen.

Bernhard Hebert

Preface

Making Choices: Selection and Evaluation in Archaeological Heritage Management

CONTRIBUTIONS TO THE 44TH EXPERT
TALK OF THE DEPARTMENT OF
ARCHAEOLOGY OF THE FEDERAL
MONUMENTS AUTHORITY,
22TH AUGUST 2019, CARTHUSIAN
CLOISTERS MAUERBACH, AUSTRIA

The Federal Monuments Authority/Bundesdenkmalamt (BDA) is responsible for the care and conservation of Austria's physical cultural heritage in all its distinct aspects, encompassing archaeological sites and archaeological monuments spanning many millenniums and even trillennials.

The BDA has to define archaeological sites and differentiate them from „archaeological background noise“. This process of making choices is required to implement management of change according to needs.

Archaeological monuments in the strict sense as defined by Heritage Protection Law/Denkmalenschutzgesetz are those movable or immovable objects of historical, artistic or other cultural value whose exploration can solely or predominantly be achieved by archaeological methods.

Every day previously unknown archaeological sites and archaeological monuments are being discovered. This fact as well as new scientific research in Austria and abroad changes the assessment of the total count. Nevertheless one of the most important tasks of the BDA in observing the current archaeological landscape is to distinguish monuments of value and to execute proceedings to declare their conservation to be in the public interest and to promote said conservation in every way.

Some of those archaeological monuments require special regard because they are – according to our current state of knowledge – unique in Austria or even in Europe, because they are in exceptionally good condition, because their potential for scientific research in the future is great, because they are clear and visible examples for an epoch or a type of monument etc.

Since 2018 the department of archaeology is, on suggestion of Dr. Bernd Euler-Rolle, director of the BDA, working to develop criteria for a transparent process of selection to find those highest ranking archaeological monuments. Those “Best-of-proposals” of probably no more than hundred objects will help the department of archaeology to concentrate their endeavors to conserve those objects and to focus monitoring activities and pool resources. Obviously those best-of-proposals which will be presented in 2020 as well as the activities of the BDA concerning them will have to be evaluated at intervals.

It was the obvious choice to align the topic of the expert discussion in the summer of 2019 with this process of selection in the context of the project of the BDA to define a list of those monuments that are going to be protected by law in the near future.

Paul Mahringer's introductory overview shows the development of historic preservation in Austria in the European context and illustrates the BDA's strategy in recording and preserving the diverse inventory of monuments.

Bernhard Hebert, head of the department of archaeology of the BDA, looked at the iconic Palaeolithic figure Venus von Willendorf and at a poem by Eduard Mörike to let voiceless monuments voice a question “Am I a monument?” The general theme is how to make decisions: how to find criteria for exceptionality to allow choices, how to weigh usage (research, development, visualization) against conservationist interests aiming at preservation of invisible sites without allowing material change.

Englands **Adrian Olivier**, grand master of archaeological heritage management and longstanding president of the Europae Archaeologiae Consilium EAC, mentions in his article's title what he has been aiming for, pioneering such conceptions for some time now: socialisation, integration of archaeology in society. The main focus lies neither on science nor on the monument itself but on the demands of communities and the ways they can profit

from their archaeological heritage, even on the social purpose of the pursuit of said archaeological heritage. Olivier makes that explicit in a historical summary of developments and changes in decision-making in Great Britain as well as in international standards and regiments.

Barney Sloane, current president of EAC, describes the preoccupation of the Council with decision making processes in archaeological heritage management all over Europe. He specifically examines development-led archaeology and exemplifies ways to derive benefits for the general public as well as for scientific research. This topic is of intense interest for Austrian archaeologists, who discussed it at the Round Table for Archaeology of the BDA in January 2020, as the international trend of rescue excavations surpassing research excavations by a large margin is felt in Austria as in all other European states. Sloane argues convincingly that even more constructive togetherness can be expected and that rescue excavations have a high potential for communal benefit and general wellbeing. There has been very little thought on that topic in the German-speaking area.

Ulf Ickerodt is concerned with making decisions to define criteria required to acquire knowledge in archaeology and archaeological conservation. Ickerodt looks at the distinct terms genuineness, authenticity and authentication and analyses the production of archaeological knowledge from his perspective as head of the Schleswig Holstein monument authority's archaeological department. He emphasizes the importance of methodical parameters to ensure the scientific value of collections of archaeological primary and secondary sources which can then be used as a factual basis for official proceedings.

Thomas Roland's article „Making Choices – Making Strategies“ exemplifies how national strategies can stabilize strict standardised decision-making processes. Denmark has practiced those for almost ten years and their experience shows how to better manage development-led archaeology and how to improve its quality and value not least for scientific research. Roland gives a factual overview of the fundamentals of this best practice example which will be thoroughly evaluated in the near future.

Jan Mařík, Institute of Archaeology of the Czech Republic, describes how legal and institutional developments in his home country make it necessary to implement and enforce decision-making processes for a wider range of eventualities than mentioned by the other speakers. Beyond financing of development-led archaeology and central control of archaeological measures and documentation he also has to deal with escalating illegal activities by metal detector users or with problems of archiving regarding material finds as

well as archaeological documentations. The BDA has paid particular attention to those two latter topics in controversial discussions.

Hannes Flück, Franziska Mohr und Thomas Reitmaier depict their Archaeological Service of the Canton of Grisons' inventory project to identify archaeological heritage from the paleolithic to the Second World War. Technical challenges had to be met, decision-making processes based on common criteria and clear standards had to be defined. They agree with Ickerodt in stressing the importance of standards regarding the management and prospects of the archaeological heritage. The BDA has defined standards while tendering Europe-wide commissions for inventory of archaeological sites and plans to publish those in the near future.

Gerald Fuchs, head of a firm for archaeological excavation, and **Jörg Fürnholzer**, BDA, delineate the archaeological and conservatory challenges posed by mass finds with abounding risk factors from the Second World War. They called decisively for defining criteria of choice and decision-making processes which lead to a lively discussion at the conference and to Sloane's recommendation to found a European project to coordinate those efforts.

This European project has not yet been established but the discussions continue in a working group the BDA has initiated to recast the “Guidelines for archaeological measures” of the department. Those discussions led to the following paper (see the following EXCURSUS) presented in response to international interest to continue considerations regarding research and conservation of the fraught archaeological heritage of the 20th century. Definitions and guidelines contained therein are already applied by the BDA in practical preservation of monuments.

*Bernhard Hebert, Eva Steigberger, Paul Mitchell,
Claudia Volgger (translation)*

EXCURSUS: MODERN-PERIOD MASS FINDS

“Modern-period mass finds” are defined here, with reference to § 2 Section 2 DMSG (“*This assumption does not apply to everyday objects, which were produced in large numbers industrially or by skilled labour and are less than 100 years old ...*”), as portable monuments i.e. archaeological finds from the period after the First World War, which occur in large numbers (in general >50 examples), and which because of their mass-produced character can be clearly assigned to a known type and a known

production site, as well as narrowed down to an approximate production date.

When dealing with modern-period mass finds it is important to know

1. if they can be associated with an archaeological context or not (stray finds).
2. if “dangerous” (e.g. poisons, ammunition, weapons) or safe material is involved.

“**Dangerous**” material should only be recorded if the safety of team members, third parties and the environment can be guaranteed. Disposal must take place in the mandatory fashion. The storage of weapons and ammunition is normally not allowed, these objects should therefore be handed over to the relevant institutions and should be accepted by them.

Modern-period mass finds from archaeological contexts should – while bearing in mind what has just been said – be more carefully recorded the stray finds. However, in contrast to the procedure for prehistoric finds for example, the documentation, employing the finds number from the excavation, should confine itself to the identification of type, function, production site and approximate date, the measurements, the number of pieces present, and representative photos.

Modern-period mass finds represent a significant challenge regarding interim and long-term storage, so that that in many cases a selection process will be necessary, if it is provably impossible

- that the finds complex be received by a collection in its entirety
- that large parts of the finds be given over to different collections
- that the finds be reburied under appropriate conditions at a sustainable and secure site.

Modern-period mass finds, which may not be stored, or the storage of which is unavoidably dangerous for health and the environment should be disposed of following documentation.

For other modern-period mass finds their relative significance is decisive in defining how much effort is put into their preservation or if a selection is appropriate.

This significance is given when the objects, for example,

- belong to an (historically or otherwise) important archaeological context
- are particularly well-preserved (including in comparison to examples already found in museums)
- are potentially a source for further research (possible prototypes, not yet understood variants of a type, traces of individual use)
- can be associated with particular groups of people, for example victims of the NS regime.

A decision about what can be chosen for disposal necessitates an interdisciplinary process involving relevant specialists, for example for recent, technological and military history, for archiving and also from the relevant public archives.

Should this decision-making process and the framework discussed above lead to a selection, then at least one example of every finds type should be retained for verification purposes. The other objects can be used for other purposes (for example conservation attempts, “training”, artistic installations) or disposed of.

The objects selected for long-term storage should be conserved as necessary and stored under suitable conditions.

Bernhard Hebert

Making Choices or How to Protect Austrian Most Important Monuments

The following text seeks to give answers to three questions in the context of the work of the Bundesdenkmalamt (Federal Monuments Authority Austria). The first question is: What do we mean when we talk about the material cultural heritage (MCH) or “monuments” in Austria, or what is the theoretical background? The second question is: Since when and how has MCH been protected in Austria, or what is the legal background? And last but not least, how do we manage to protect Austria’s most important MCH, which leads to the question: What is our strategy for the present and the future?

WHAT CAN BE DEFINED AS MATERIAL CULTURAL HERITAGE? – THE THEORETICAL BACKGROUND IN AUSTRIA

If we look at the theoretical background of what we mean when we speak about Denkmale/Monuments in Austria we have to go back to about 1900. We will find at least two main protagonists of Austrian art history and heritage care, Alois Riegl and Max Dvořák.¹ A look at

¹ Alois Riegl’s monuments theory was first translated in English in the 1982 and was reprinted 1998: *Alois Riegl, The Modern Cult of Monuments: Its Character and Its Origin*, translated by Kurt W. Forster and Diane Ghirardo, in: *The Oppositions Reader. Selected Readings from A Journal for Ideas and Criticism in Architecture 1973–1984*, New York 1998, pp. 621–653. In German see: Ernst Bacher (ed.): *Kunstwerk oder Denkmal? Alois Riegls Schriften zur Denkmalpflege*. Wien-Köln-Weimar 1995. For the complexity of Alois Riegls and Max Dvořáks Heritage Care Theory and different interpretations of their role as protagonists of Austrian heritage care and protection, see in English: *Margaret Olin, The Cult of Monuments as a State Religion in Late 19th Century Austria*, in: *Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte*, 38 1985, pp. 177–198.– *Andreas Lehne, Georg Dehio, Alois Riegl, Max Dvořák – a threshold in theory development*, in: Michael S. Falser, Wilfried Lipp, Andrzej Tomaszewski (eds.), *Conversation and Preservation. Interactions between Theory and Practice. In memoriam Alois Riegl (1858–1905)*, Proceedings of the International Conference of the ICOMOS

their understanding of “Denkmal” shows that they have a much broader notion of “monuments” than was meant by the German word at the time, and we can also see that it comes much closer to how we would define MCH nowadays. Alois Riegl for instance said that even “*a scrap of paper with a brief and insignificant note*” can be an artwork if it is “*the only surviving testimony of the art of its time*”.² And “*It is not their original purpose and significance that turn these works into monuments, but rather our modern perception of them*”.³

Thus, everything can potentially be called a monument – if it is the last piece of its species – and the meaning does not lie within the things themselves, which is the second very modern notion of heritage – in the sense of reception theory. There is a third element that makes Riegl’s *Denkmalwerte Systematik / Monuments-Values System* so modern – his notion that monuments are not

International Scientific Committee for the Theory and the Philosophy of Conservation and Restoration, Firenze 2010, pp. 69–80.– *Joanthan Blower, The Monument Question in Late Habsburg Austria. A Critical Introduction to Max Dvořák’s Denkmalpflege*, Ph.D. diss., University of Edinburgh 2012, online: <https://era.ed.ac.uk/handle/1842/8723>, 12.04.2020. Bower’s dissertation contains a translation of most of Dvořák’s German written texts about MCH.– *Michele Lamprakos, Riegl’s “Modern Cult of Monuments” and the problem of value*, in: *Change Over Time. An international Journal of Conservation and the built environment*, 2014, pp. 418–435.

² Forster and Ghirardo (cit. note 1), p. 622.– in German: Bacher (cit. note 1), p. 56. Following Riegl Dvořák mentions something very similar: “*every fragment of a monument is of interest to us if it can be considered a credible witness to the artistic peculiarities of past generations and the artistic development of past periods*.” Cited after *Blower* (cit. note 1) p. 240. In German see: Max Dvořák: *Einleitung*, in: *Österreichische Kunsttopographie, Band I, Die Denkmale des Politischen Bezirkes Krems in Niederösterreich*, Vienna 1907, p. XVII.

³ Foster and Ghirardo (cit. note 1), p. 623.– Bacher (cit. note 1), p. 59.

restricted to the values of a nation but to those of mankind (“menschlichen Daseins”).⁴

Dvořák followed Riegl’s antinationalist ideas and, on the question of what kind of MCH should be protected, he said: “...*the lowly often needs more protection than the important.*”⁵

These ideas were not only expressed theoretically but are also shown in the illustrations in the 1st Austrian Kunsttopographie, which is an inventory of mainly built MCH in the district of Krems in Lower Austria.⁶ The book contains photographs of monuments in a narrower sense such as castles and ruins, and also – a very interesting feature – small buildings, rural buildings, wine roads and little wayside shrines – with everything embedded in nature, thus also showing the modern holistic notion of historic cultural landscape.

We can observe a continuity of this thinking in Austria after World War II – when one issue of the “Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege” (=ÖZKD) – the official publication organ of the Bundesdenkmalamt – was dedicated to the topic of cities and landscape.⁷

Around the European Year of Heritage 1975, the question arose of how to protect inner cities and entire ensembles in old towns.⁸ In one issue of the ÖZKD dedicated to the 100th anniversary of Max Dvořák’s birth,⁹ Eva Frodl-Krafft discussed the question of “what can be

a monument?” and she included rural architecture like a wine road in Lower Austria as potential monuments.¹⁰ This observation of what could theoretically be declared a monument led Ernst Bacher to the question of what this would mean for the practice of heritage conservation. He warned about how it would be necessary to handle the new “flood of MCH” – when every rural building could be declared a monument and when account would have to be taken of the fact that not only works of art but also monuments with socio-economic and other values could become a monument.¹¹ The question of this flood of MCH brings us closer to our topic.

SINCE WHEN AND HOW WAS MCH PROTECTED IN THE PAST? – THE LEGAL BACKGROUND

The Federal Monuments Authority Austria was founded in 1850 as the “K.k. Central-Commission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale” (Royal Commission for research and protection of built heritage). But it was not until 1923 – after the end of the Austrian Monarchy – that an MCH protection act was adopted in Austria. Riegl had been dead for almost 20 years already, but this first protection act strongly followed his ideas. Applying Riegl’s notions of a monument, it contains his proposals of “monument values” (Denkmalwerte) which are still valid. This means that if a potential monument is to acquire legal protection it must be of historic, artistic and/or cultural relevance – and it is enough if even only one criteria is satisfied. These criteria still apply, and they are flexible enough to cover the diversity of the current discourse on monuments.¹² According to the Austrian Monuments Act, there is no age requirement for something to become a monument (in contrast with Riegl’s proposal of a minimum age of 60 years). The Act also followed Riegl’s idea that publicly-owned MCH (including official churches) should enjoy broader protection while the protection of privately owned MCH should be handled more restrictively.

Until 2009 every publicly owned immovable MCH (including official churches) was automatically protected by law. This explains why in the first year after the Act

⁴ Alois Riegl, *Neue Strömungen in der Denkmalpflege*, in: Bacher (cit. note 1), p. 222. See also: *Paul Mahringer*, *Erbediskurs revisited – Sorry, Alois Riegl kann auch Nachkriegsmodernel*, in: *Denkmal heute*, 2 2019, pp. 26–29.

⁵ Blower (cit. note 1), p. 393. – I don’t share Blower’s assessment as anti-humanist and anti-cosmopolitan. See: *Jonathan Blower*, *Max Dvořák and Austrian Denkmalpflege at War*, *Journal of Art Historiography* 2009, Nr. 1, 2009, p. 1–19, online: https://www.researchgate.net/publication/41449618_Max_Dvorak_and_Austrian_Denkmalpflege_at_War/fulltext/57c60d9808ae424fb2cf8810/41449618_Max_Dvorak_and_Austrian_Denkmalpflege_at_War.pdf?origin=publication_detail, 19.6.2019. – *Paul Mahringer*, *Österreichische Denkmalpflege zwischen Idealismus und Realität*, *ÖZKD* 2019 1/2, pp. 54–65, online: <https://bda.gv.at/publikationen/details/oesterreichische-zeitschrift-fuer-kunst-und-denkmalpflege-2019-heft-12/>, 22.4.2020.

⁶ *Österreichische Kunsttopographie*, Vol. I, *Die Denkmale des Politischen Bezirkes Krems in Niederösterreich*, Wien 1907. – *Bernd Euler-Rolle*, „Am Anfang war das Auge“ – Zur Rehabilitierung des Schauwerts in der Denkmalpflege, in: Hans-Rudolf Meier and Ingrid Scheurmann (eds.): *DENKmalWERTE. Beiträge zur Theorie und Aktualität der Denkmalpflege*, Berlin 2010, pp. 89–100.

⁷ *ÖZKD* 1955, pp. 41–88.

⁸ *Andreas Lehne*, *Das Ensemble und der staatliche Denkmalschutz in Österreich. Entwicklung, Erfahrung und Definitionen*, in: *Fokus Denkmal. Altstadt Melk. Ensembleschutz für ein Stadtdenkmal*, Horn, Vienna 2014, pp. 37–43.

⁹ *ÖZKD* 1974, pp. 73–145.

¹⁰ Eva Frodl-Kraft, *Die Österreichische Kunsttopographie. Betrachtungen sub specie fundatoris*, in: *ÖZKD* 1974, pp. 114–130.

¹¹ *Ernst Bacher*, *Denkmalbegriff, Denkmälermasse und Inventar*, in: *Deutsche Kunst und Denkmalpflege* 1980, pp. 121–125, esp. p. 121.

¹² To see what precisely could be understood by these criteria see: <https://bda.gv.at/unterschuetzungstellung/kriterienkatalog/>, 22.4.2020.

entered into effect only a few monuments were protected by law. Only in the period of the 3rd Reich did the number of protected objects increase strongly.

In Austria, the law for the protection of monuments is located at national level – which in this respect is mainly represented by the Bundesdenkmalamt; by contrast, the protection of nature including historic cultural landscapes is located at provincial (Bundesländer) level. “Ortsbildschutz” (protection of historic townscapes) is also located at provincial level. This means that the Bundesdenkmalamt is able to protect neither the landscape nor the environment of a monument – which is in contradiction to the early Austrian idea of a unity of monuments and the landscape and environment in which they are embedded. Only a few historic gardens are excluded by this regulation and are allowed to be protected as monuments by the Bundesdenkmalamt.

Following the discussions on the cultural value of ensembles and historic towns around the European Heritage Year 1975, some countries began to nominate protection areas in their territories, such as happened for Vienna and Salzburg, but according to the protection law only the external appearance of the buildings is protected and not the substance as is the case of protection under national legislation. This is the reason why, since the end of the 1970s, it has also been possible for the Bundesdenkmalamt to protect entire areas (ensembles) by one legal measure. Therefore the number of buildings protected by legal measures started to increase again by the 1980s.

In 1999 there was a change in protection law, when it was laid down that after 2009 all publicly owned immovable MCH – formerly “automatically protected” – needed to be listed (declaratory act) in order to retain status as protected monuments. The Bundesdenkmalamt decided to travel all over Austria and to take photographs of every potential monument and describe it in a short text. These images and short descriptions were placed in a database. The next step was to clarify who the owner was and whether the object was already protected by a protection measure. If the owner was the public (including official churches) and the object was not already protected by a protection measure, these objects could be listed (declaratory act). Using this method, for the first time in our history we acquired a complete overview of all protected immovable MCH and of all immovable potential monuments. This mainly concerned the built heritage and not archaeology. In 2010 we were required to publish a list of all protected immovable monuments. Since then, a legal measure based on a survey/expertise has also been necessary for protection for public monuments (as was the case for

those in private ownership since the law first entered into effect).

HOW CAN WE PROTECT AUSTRIA’S MOST IMPORTANT MCH? – A STRATEGY FOR THE PRESENT AND THE FUTURE

This overview made it possible for the first time in our history to make plans and consider how to strategically protect the most important potential MCH in Austria. The first plan started in 2010 with an evaluation of what (former) churches and monasteries and what main (former) public and administrative buildings such as town halls or courts were still not protected, for instance because they were now in private ownership. And as third category, the private castles and residences still not protected yet were identified. Apart from the consideration of the so-called single monuments, an evaluation was made of what important old towns and inner cities in Austria would be worth protecting as an entity (ensemble).

While listing the public objects could achieve – or rather maintain – protection of a huge number of buildings quite easily, much more time is needed to protect all the private potential monuments. This is because this protection measure requires a well-argued survey/expertise. The same is necessary for the protection of an ensemble, although only one expertise is needed to cover an entire ensemble.

To move forward more quickly, a more general **strategy** was needed. For this reason, a 3-step model was designed for the immovable built MCH:

- step A: evaluation of the database,
- step B: first verification by traveling and comparing objects,
- step C: intense verification, which can lead to an expertise as the basis for a protection measure.

For archaeological MCH, the inventory is still under construction. Once the inventory is almost complete, the further verifications could be managed according to the three-step method for the built MCH.

Alongside the strategy, the Bundesdenkmalamt designed a **concept** for the coming years which defines the categories of built MCH which should be given a certain priority.

These categories continue to be monuments in a narrower sense, such as castles, residences and monumental public buildings, but also include endangered and regionally important MCH such as rural architecture, buildings in inner cities, modern architecture or post-war architecture, the “dark heritage” of the 20th century or

country residences. In the field of archaeology, these are monumental and large areas like Roman cities or infrastructure, and endangered and regional MCH such as Roman country residences or Neolithic graves.

For the movable MCH the situation is much more difficult. All publicly owned movable MCH including that contained in all public museums and official churches is still automatically protected and there are no figures concerning all these objects in Austria. In addition, not every work of art in private ownership is known – which makes it difficult to draw up a strategical plan of what to protect in private ownership.

A first evaluation of the three-step model for built MCH was undertaken in the province of Vorarlberg.¹³ At first sight, only 55 % of objects from the database appear unchanged, 15 % are in a poor condition and 20 % do not exist any more or have changed too much to be considered

for protection. In addition to the great loss, account must also be taken of the fact that of the remaining 55 % not all are (still) worth protecting any more. However, it is also evident that there is a need for additional inventories for categories that did not exist 10 or 20 years ago such as for post-war architecture, “dark heritage” or lost synagogues (which can still exist in changed forms or as archaeological sites).

Last but not least – as already acknowledged by Alois Riegl – the human being (especially the building owner) is central for the question of protecting MCH. It is therefore necessary to conduct transparent legal measures, to inform people and let them be part of the process of putting an object under protection. Only if people appreciate their buildings will MCH be well protected for generations to come.

¹³ See: *Barbara Keiler, Die Revision der Denkmalliste Vorarlberg (2017/18)*, in: *ÖZKD 2018 3/4*, pp. 19–20. A new report for Vorarlberg by Barbara Keiler will be published in: *ÖZKD 2020 3/4*.

Ĉu mi estas monumento?

Am I a monument? That's not the author talking, but the well-known little lady (Abb./pict. 1).¹ In Esperanto, because she does not know which language we speak (it would be unknown to her anyway). Maybe she does not ask, though, because she does not want to know. Because she feels secure in knowing her value; looking at her, we agree she should. Blessed is she in herself – perhaps Eduard Mörike would have said that about her, as he did about his old lamp in a famous German poem: „*Ein Kunstgebild der echten Art. Wer achtet sein? Was aber schön ist, selig scheint es in ihm selbst.*“² “*A real piece of art. Who pays attention? But a beautiful thing seems blessed in itself.*”

Preservation is all about listening to what monuments say or declare.³ Monument preservation has to ensure that monuments are respected. But self-critical preservation of monuments also knows that the monument often should better be left in peace and quiet, especially archaeologists need to know that. This is a clear and conscious contradiction to the obligation to investigate monuments and to communicate the value of preservation and involve the public in safeguarding, isn't it?

Our lady has become public after tens of thousands of years, an icon of Austrian and European prehistory. Conveniently for me as the civil servant working for the Federal monuments Authority, she is also listed as part of a public, former imperial collection and as such, automatically under monument protection. But what about all the other archaeological objects, finds and sites? The

previous speaker talked about the procedures we use in Austria. I would just like to point out once more that every definition of an archaeological site, every definition of an archaeological monument in the legal sense constitutes a selection, which by including some things necessarily excludes others.

In Austria, as throughout the world, there is a variety of very different archaeological monuments, and there are different selection processes, too, which are subject to change over time – a hundred years are a lot! There are changes in the legal framework everywhere in Europe, changes in science and research evolve, and there are fashionable trends in public opinion which influence experts, heritage managers and the scientific community just as much as any other group.

Well, in Austria, the law on monument protection has changed little for almost 100 years in terms of the definition of a monument. And these 100 years have yielded only 1090 protected archaeological monuments. Not much? Yes, too little; it should be at least twice as much, if you compare it to modest international standards. And the distribution to the nine federal states of Austria shown in the picture (Abb./pict. 2) does not reflect anything else but the eagerness of the persons concerned with. Now we do not complain about the fact that the best preserved archaeological monument is the undisturbed and thus often invisible, indeterminable or even unknown one. A *contradictio in eo ipso*. Nor about the fact that assessors have to prove all this before a judge who wants to know whether the evidence excavated on one side of a site is valid on the other side too, and this for 100 %. We learned that we are able to argue the case and that good structure in a report – and a presentation – is just as potent as its content.

1000 monuments in 100 years equates 10 in one year. Well. A few have been lost, especially when the protected status/protection was – whether explicitly stated or just implied – meant to just ensure that there would be an archaeological excavation. The Austrian Monument Protection Act includes even such temporary declarations. In contrast, declaration as a monument aiming at long-term preservation of substance largely excludes archaeological

1 *Walpurga Antl-Weiser*, Die Frau von W. Die Venus von Willendorf, ihre Zeit und die Geschichte(n) um ihre Auffindung, Wien 2008.

2 *Eduard Mörike*, „Auf eine Lampe“, Sämtliche Werke in zwei Bänden. Band 1, München 1967, p. 735.– Cf. *Gerhard Plumpe*, Eduard Mörikes Gedicht *Auf eine Lampe* im Wettstreit der Hermeneutik, *Diyalog* 2014/1, pp. 7–18.

3 Cf. *Bernhard Hebert*, Archäologische Denkmalpflege. Oder: Ein Versuch zur Balance von Dokument und Monument am unsichtbaren Denkmal, in: *Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege* 71 (2017), pp. 167–170.– *Bernhard Hebert*, Are monuments struggling for life or is it us making choices?, in: *Ann Degraeve* (ed.), *Dare to Choose. Making Choices in Archaeological Heritage Management. Proceedings of the International Conference Athens, Greece, 9–11 March, 2017* (= EAC Occasional Paper 13, Brussels 2018), pp. 37–40.



Abb. 1: Venus von Willendorf, Naturhistorisches Museum Wien

excavation activity; think of the UNESCO World Heritage guidelines. And this exclusion – also a selection process – of “hard” archaeology does not really please archaeologist – or, does it? “Let’s dig, let’s excavate!” With all the consequences, from the loss of the original source to the complete publication, that somehow amazingly never gets published – we think of essential postulates of the Convention of La Valletta, articles 3 and 7, that are often swept under the table.

As an example, let’s look at two monuments that have passed through selection processes and happen to be both from the Roman period.

On the one hand the largest archaeological monument in Austria – 600 hectares: the archaeological landscape Carnuntum in Lower Austria with a Roman legionary camp, a city that ranks as *colonia*, burial grounds, water pipes, roads etc. (Abb./pict. 3).⁴

On the other hand, one of the smallest archaeological monuments measuring only 8 square meters, consisting of a funerary stele erected on it’s original base in front of a burial mound in Styria⁵ reconstructed after excavation

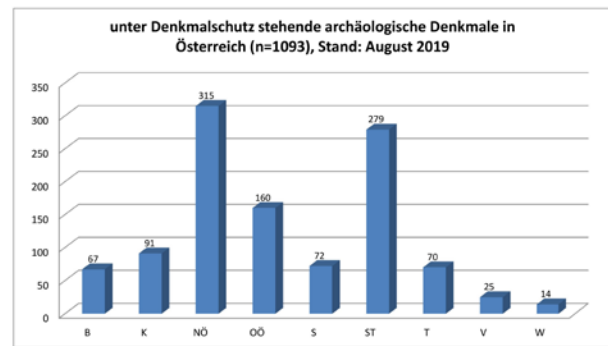


Abb. 2: Unter Denkmalschutz stehende archäologische Denkmale in den Bundesländern Österreichs/Protected archaeological monuments in the federal states of Austria

(Abb./pict. 4 + 5); surmounting everything is a protective structure designed by a very well-known modern architect. It fulfils the criteria of spectacularity – if that is a criterion –, publicity effect, artistic quality. And thus in Alois Riegl’s definition obtains prominence and significance as a monument/”Denkmal”. At Carnuntum, we consider the size, the function as a still valid historical source, and the combination of different categories of findings which is unique for Austria. This adds up to a very high importance of Carnuntum also as a document/”Dokument”, without disregarding the value of some elements such as the Heidentor (Abb./pict. 6) – a large triumphal building of late antiquity – as individual monuments.⁶

The selection process for both archaeological monuments took place fairly recently: in the excitement of their discovery and restoration, grave stele and burial mound quickly became a monument in the legal sense, at Carnuntum the processes for its various components ran separately for some decades, the final assessment with 194 parties respectively ground owners is still in progress requiring several months of intense work by archaeologists and lawyers of our authority.

Before the selection process which ultimately creates a monument in the legal sense, there has of course to be another, more extensive one: The definition of archaeological sites.

Our burial mound at Lebing can be seen here as a tiny blue dot (Abb./pict. 7) between many orange ones that mark archaeological sites; their definition plays an eminently important role in archaeological heritage management as we all do know. Without declaration as a monument, however, these archaeological sites

⁴ <https://www.carnuntum.at/de> (29.10.2019).

⁵ Alexandra Pubm / Susanne Tiefengraber, Ein römerzeitlicher Grabhügel mit Grabstele in Lebing, Gemeinde Eichberg, Steier-

mark, Fundberichte aus Österreich 46, 2007, pp. 201–224.

⁶ Eva Steigberger, Aus den Archiven des Bundesdenkmalamtes Eine Ergänzung zur Forschungsgeschichte des Heidentores in Carnuntum, Fundberichte aus Österreich 50, 2011, pp. 93–100.

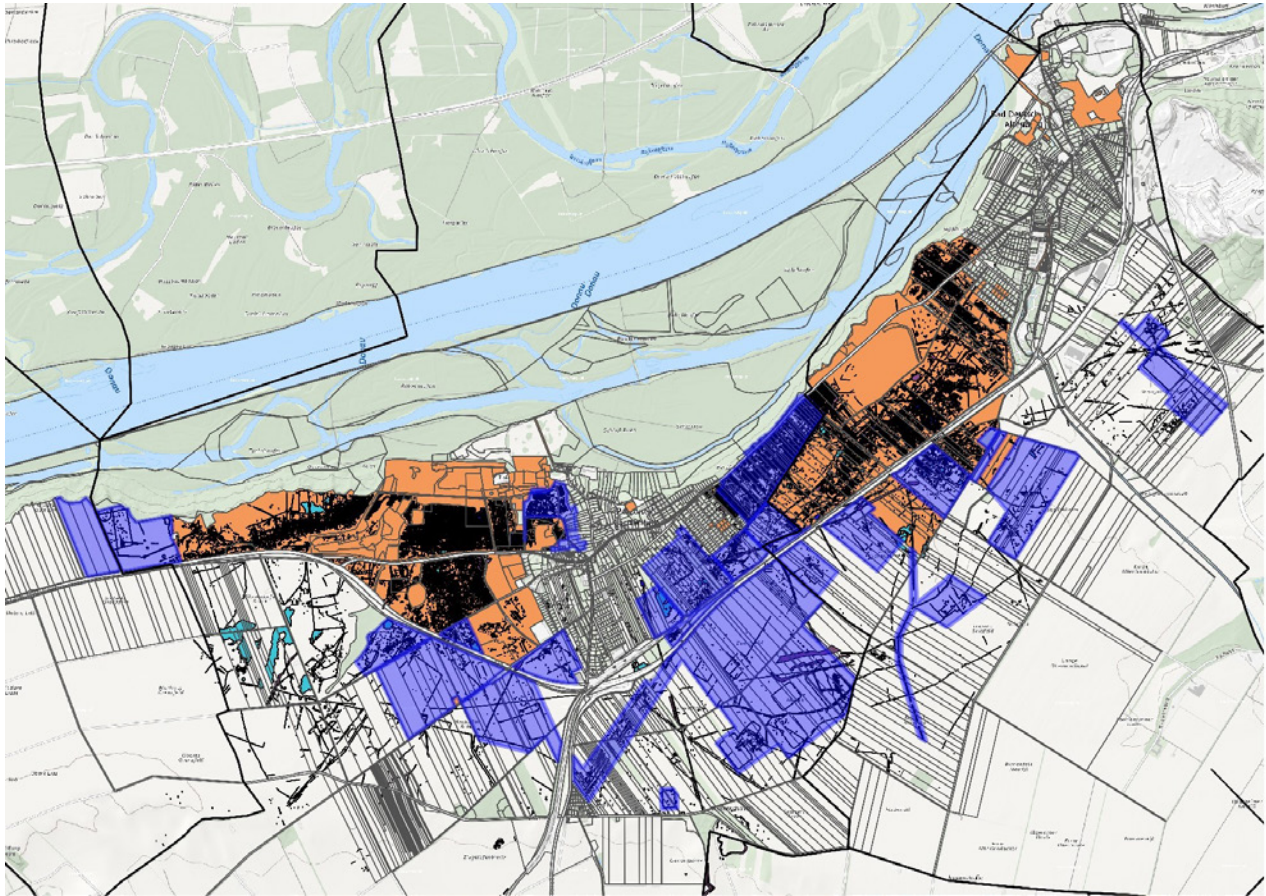


Abb. 3: Unter Denkmalschutz stehende Bereiche in Carnuntum/Protected areas at Carnuntum

generally are not designated for sustainable substantial conservation. The definition of archaeological sites, their evaluation and their comparison with each other form the foundation for the selection process, which leads to the protected monuments in legal sense. There are currently about 61,597 sites recorded in Austria. In the last years the Federal Monuments Authority has compiled a comprehensive catalogue of criteria for the definition, demarcation and characterization of these sites, to be used also for tender documents. The map shown here is a result of such commissioned work.

Recently, however, we have been thinking not only about the selection processes for archaeological sites as a foundation and those for the protection of archaeological monuments, but also about the question which archaeological monuments are among the most important in Austria and deserve therefore special attention, special allocation of resources and strict monitoring. There should, and will, not be more than 100 of them, and the crucial criterion is the quality of the monument, regardless of geographical distribution or representation of different archaeological periods. Carnuntum will be part of this list, the impressive installation of burial



Abb. 4: Ausweisung des Grabhügels in Lebing als unter Denkmalschutz stehendes Denkmal/Visualisation of the protected burial mound at Lebing, Styria

mound and funerary stele will not. Also included will be world-famous sites such as the salt mine on Dürrnberg in Hallein /Salzburg, which has still not been declared a monument (Abb. 8).

We make that extra effort of defining the “premium monuments” in part to make sure that our program to declare an archaeological site a monument will comprise the most significant archaeological monuments in the



Abb. 5: Reconstructed burial mound and stele at Lebing, Styria



Abb. 6: Heidantor in Carnuntum/"Heidantor" at Carnuntum

"who pays attention". *"Wer achtet sein?"* Nevertheless, the decisive criteria of authenticity and rarity prevail.

A next generation of heritage managers or archaeologists will probably doubt our choices and question or even refute the criteria. This must not prevent us from

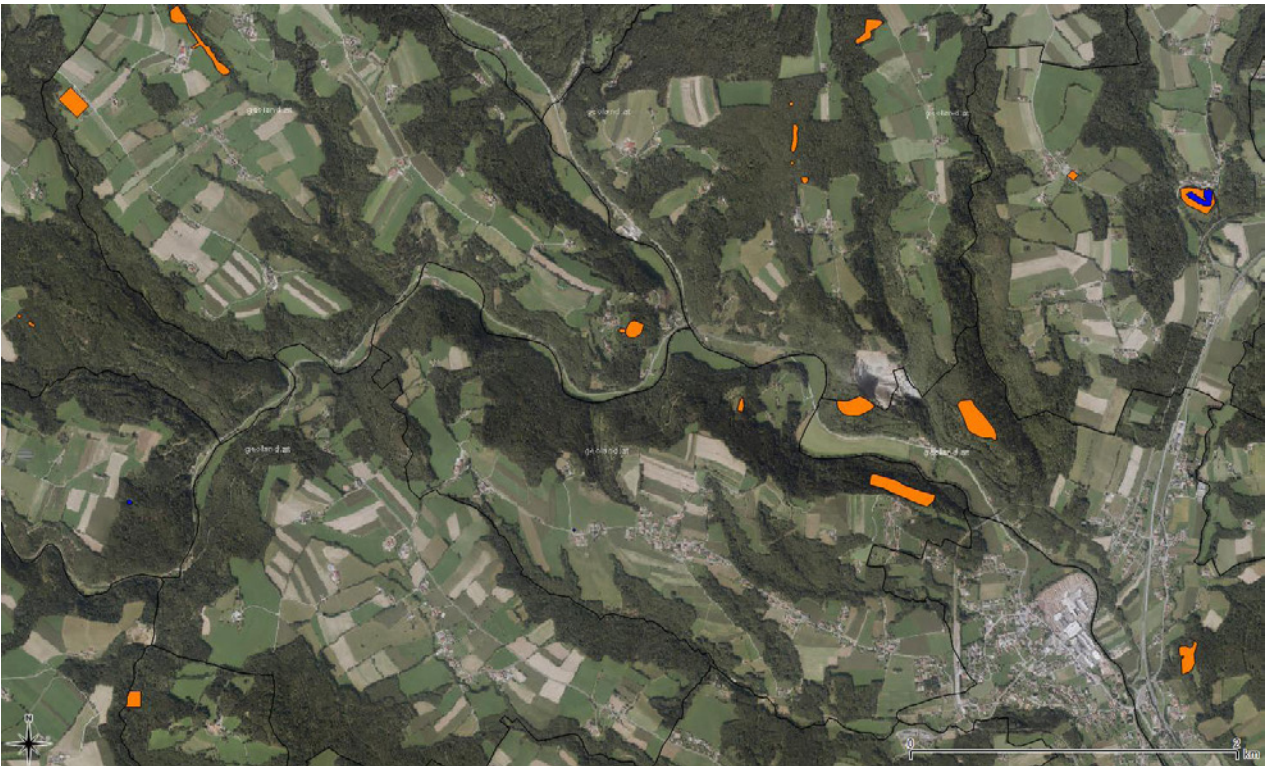


Abb. 7: Archäologische Fundstellen und unter Denkmalschutz stehende Denkmale in der Oststeiermark/Archaeological sites and protected monuments in eastern Styria

next few years. In the last weeks, we tried to apply a rating system in addition to a discursively developed preselection: in this rating system integrity and authenticity are considered as well as value as a historical source, visibility or comprehensibility and forecasts for long-term preservability. At Carnuntum, the scale rises here due to agricultural use, erosion and modern use requirements, it lowers at the already excluded burial mound – as long as the public's attention and the private landowners' affection for their monument last, according to the quote above

promoting the selection and decision-making processes, which are indispensable for the maintaining and preservation of monuments, with all our strength.

Our monuments have not been blessed for a long time, if they ever were. And few, if any of them share the self-confidence of the Venus of Willendorf (Abb./pict. 9). Still, this self-confidence will be guidance for us, a lodestar for you and me.

Adiaü, bela virino. God bye, beautiful lady!

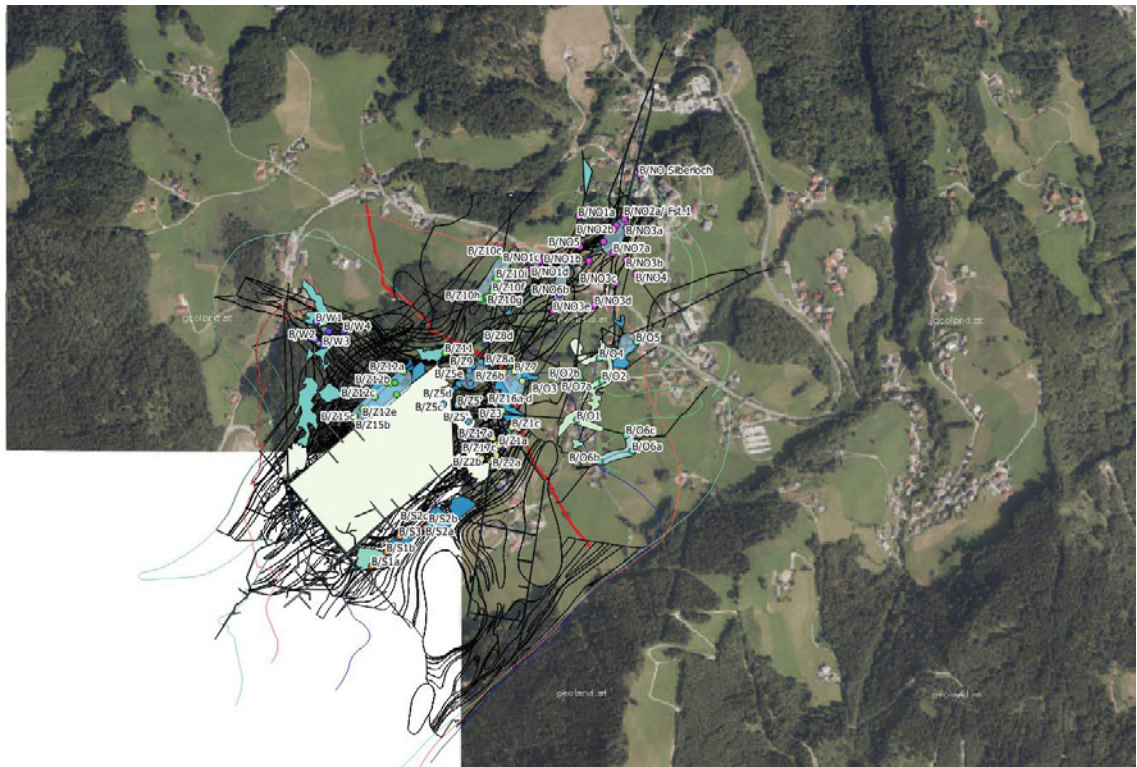


Abb. 8: Urgeschichtliche Bergbaue am Dürrnberg bei Hallein, Salzburg



Abb. 9: Venus von Willendorf, Naturhistorisches Museum Wien

Socialising Heritage: Polity and Praxis¹

INTRODUCTION: HERITAGE PROTECTION AND SOCIAL PURPOSE – TWIN APPROACHES

Since their inception heritage laws and associated instruments – whether enacted in a national or an international context – have invariably focussed on the protection of selected elements of the cultural heritage. This was evident as early as the 17th century in Sweden with a royal proclamation of 1666 which declared all objects from antiquity to be the property of the Crown and which protected ancient monuments and sites from treasure hunters and unthinking acts of vandalism.² More generally, interest in heritage protection throughout Europe was triggered in the 19th century, at a time of increasing scientific curiosity and enlightenment, by discoveries resulting from agricultural intensification, accelerating industrial development, and a growth in cultural tourism.³

In Britain, the nascent conservation movement came into being in the 1860s and 1870s with the creation of a number of campaigning organisations including the Commons Preservation Society (1865) and William Morris' Society for the Protection of Ancient Buildings (1877). Attempts to formulate legislation to protect cultural heritage culminated in the Ancient Monuments Protection Act in 1882, the appointment of Pitt Rivers as the first Inspector of Ancient Monuments in the same year, and the Ancient Monuments Act in 1900 which strengthened both the degree of protection that could be afforded to monuments and the nature and scope of what could be protected.

During the same period Octavia Hill, HD Rawsley, and Robert Hunter – three Christian-socialist reformers concerned with issues of social welfare and education founded the National Trust in 1896 – initially as a

pressure group to preserve ancient rights of access to the countryside.⁴ In 1907 the National Trust Act gave state recognition to the Trust and empowered it to hold land inalienably. In 1927 the Trust was granted the ability to take into its care historic houses rather than just land and in 1945 the establishment of the national Land Fund enabled the Trust to purchase large tracts of land on behalf of the people of Britain as a reward for their efforts during the two world wars.⁵ The Trust's initial focus therefore was on providing public access to the countryside as part of a social programme of mass education. Since then it has developed strong interests in the protection, conservation, and interpretation of historic buildings, country houses, historic gardens, landscapes, ancient monuments, archaeology and industrial sites, and the coastline.⁶ However, although the responsibilities of the National Trust include 'preservation' and 'protection' in its widest sense, its functions are not regulatory.⁷ The National Trust has never lost sight of its founders' campaigning and social purpose, and today remains true to their principles of social inclusion and engagement: *'the preservation for the benefit of the nation of lands and tenements (including buildings) of beauty or historic interest and as regards lands for the preservation (so far as practicable) of their natural aspect features and animal and plant life'* – the words of the Act succinctly summarised by the Trust's strap line: 'for ever – for everyone'.

The state apparatus for the protection of the heritage in Britain also evolved over the same period.⁸ Legal and administrative mechanisms to inventorise, regulate, and protect historic buildings and monuments were deployed by the Office of Works (implementing the Ancient Monuments Act for Historic Buildings and Monuments), the Royal Commissions on the Ancient and Historical Monuments (separately of Scotland, England, and Wales), and latterly by various ministerial departments

¹ This paper is a slightly modified version of the article published by Adrian Olivier under the same title in the *European Journal of Post Classical Archaeologies* 9, 2019, pp. 9–34.

² *Christina Lingdén*, *Riksantikvarieämbetets historia*, Swedish National Heritage Board 2018, <https://www.raa.se/om-riksantikvarieambetet/riksantikvarieambetets-historia/> (15.1.2019).

³ *Simon Thurley*, *Men from the Ministry: How Britain Saved its Heritage*, London 2013, pp. 5–23.

⁴ *Graham Murphy*, *Founders of the National Trust*, London 2006.

⁵ *Merlin Waterson*, *The National Trust: The First Hundred Years*, London 2019.

⁶ <https://www.nationaltrust.org.uk/our-cause> (10.12.2019).

⁷ *Thurley* (cit. note 3) p. 63.

⁸ *Thurley* (cit. note 3).

and non-departmental public bodies. Similar moves to identify and protect monuments of course also took place in many European countries during the late 19th and early 20th centuries.

In Britain therefore, there has always been a twin-track approach to heritage protection and preservation. The socially inclusive objectives established by the reforming Founders of the National Trust – which remain at the heart of its operations today – and the legal and administrative measures and instruments developed and implemented by government and its various agencies.

A similar twin track approach to heritage occurred in the United States of America. The 1906 Antiquities Act is the foundation of the legal preservation and protection of America's archaeological sites and codified state control over archaeological resources.⁹ Alongside this, USA National Park Organic Act (1916) established a governmental agency to manage and conserve the nation's scenery, wildlife and natural environment for the public and for posterity. This echoed Britain's National Trust Act and was as much about setting out philosophical objectives as about the actual management of the (heritage) resource.¹⁰ Implementation of the National Park Act today has extended well beyond the care of individual places to include many other initiatives which combine to deliver wide-ranging educational and recreational outputs which incorporate diverse narratives of the past and can support real social outcomes.¹¹ From beginnings in the 19th and 20th centuries, to this day, approaches to cultural heritage in the UK and the USA at least have always comprised two main strands: inventorisation, regulation, and protection of cultural heritage on the one hand, and on the other hand the deployment of cultural heritage as a social good that supports broader social outcomes.

DOORWAYS TO DEMOCRACY: SOCIAL OBJECTIVES

During the middle years of the 20th century, national heritage legislation in European countries evolved in direct response to the widespread destruction (especially of historic town centres) during the Second World War. The creation in 1945 of UNESCO signalled a collective international desire to counter the nationalist imperatives that had led to world-wide conflict in first half of the 20th

⁹ Hilary Soderland, *America's Cherished Reserves: The Enduring Significance of the 1916 National Park Organic Act*, in: Robin Skeates / Carol McDavid / John Carman (eds.): *The Oxford Handbook of Public Archaeology*, Oxford 2012, pp. 36–59.

¹⁰ loc. cit. p. 38.

¹¹ loc. cit. 53.

century, and to build international collaboration through education, science, and culture as a means of underpinning universal respect for justice, the rule of law, and for human rights and fundamental freedoms.¹² However, the significance of a human rights based approach to the preservation and protection of tangible cultural heritage may lie more in its conceptual and rhetorical, rather than its legal, value.¹³ This humanist focus on using culture (and heritage) as a way to realise universal principles to cement and safeguard greater international unity was further emphasised by the founding principles of the Council of Europe in 1949. These specifically identified the need to safeguard and ensure access to a common (European) cultural heritage.¹⁴ This concept was reinforced by the Hague Convention for the Protection of Cultural Property in the Event of Armed Conflict which stated that '*damage to cultural property belonging to any people whatsoever means damage to the cultural heritage of mankind*'.¹⁵

Since this time, there has been a proliferation of international instruments (conventions, recommendations, declarations) which have been adopted with varying degrees of success by individual states, and the provisions of which have been translated to a greater or lesser extent into national legislation examples of which are set out in other papers in this volume. Generally, these all incorporate (in principle at least) the concept of a common (universal) heritage and, alongside the need for heritage protection and regulation, a consideration of the social values of heritage. Characteristically each instrument articulates the value of heritage as a common good and the need to safeguard this from destruction and/or dispersal on behalf of society, and each sets out – in their different spheres – the actions needed to safeguard those elements of heritage that are identified and selected as having particular significance.

Practical consideration of the full range of social values of heritage, however, only emerged towards the end of the 20th century when the concept that heritage

¹² Melanie Hall, Introduction, in: M. Hall (ed.) 2011: *Towards World Heritage: International Origins of the Preservation Movement 1870–1930*, Farnham 2011, pp. 1–19 esp. p. 2.

¹³ Roger O'Keefe, *Tangible Cultural Heritage and International Human Rights Law*, in: Lyndel Prott / Ruth Redmond-Cooper / Stephen Urice, S. (eds.), *Realising Cultural Heritage Law: Festschrift for Patrick O'Keefe*. Institute of Art and Law, Buith Wells 2013, pp. 87–96, esp. p. 87.

¹⁴ Robert Pickard, *European cultural heritage (Volume II). A review of policies and practice*, Strasbourg 2002, p. 11.

¹⁵ UNESCO (ed.), *Hague Convention for the Protection of Cultural Property in the Event of Armed Conflict*, Paris 1954 http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13637&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (10.12.2019).

conservation is an integral part of civil society began to be explored in more detail.¹⁶ At this time, concerns about the inherent tension between the protection of individual cultural rights and the collective cultural rights of groups focussed attention not just on the relationship between culture and human rights but also on the role of community in defining heritage. This concept of cultural rights was the philosophical cornerstone of approaches to managing culture and heritage in the aftermath of the Second World War, and although it was embedded in almost all subsequent international heritage instruments, specific measures to protect and conserve elements of heritage only emerged on the international stage some time later.

In 1972 the UNESCO Convention for the Protection of the World Cultural and Natural Heritage¹⁷ stated explicitly that *'the deterioration or disappearance at any time of the cultural or natural heritage constitutes a harmful impoverishment of the heritage of all nations'*.¹⁸ This concept of a universal cultural heritage was then deployed to justify the need to identify and select natural and cultural heritage sites of *'outstanding universal value'* and to develop measures to share responsibility among the international community to conserve and preserve them for future generations. Although the concept of a shared global responsibility to protect universal cultural heritage is relatively simple, in practice, operationalisation by individual states is not without national and local tensions.¹⁹ Like other instruments of the period, the World Heritage Convention actively encourages democratisation of cultural heritage at a global level but without explicitly linking protection measures to human rights. Nevertheless, the concept of World Heritage continues to evolve as practice evolves, and the latest iteration of the Operational Guidelines reflects growing concerns for example with the role of minority groups and emphasises the increasing importance of incorporating social (and political) values in the implementation of the convention.²⁰ So much so that, today, many regard the

'soft power' of the UN social and cultural programmes (including the World Heritage Convention) as the best way of delivering the global humanist objectives of peace, international cooperation, and cultural respect.²¹

In 1979 the Australia ICOMOS Charter for Places of Cultural Significance – the Burra Charter (further developed and revised in 2013) adopted a more directly values-led approach to conservation and heritage management.²² This grew out of the explicit need to adapt European cultural heritage instruments to a country where the understanding of significance – and therefore related heritage management practice – often used different perspectives and assumptions to those then current in Europe.²³ The original Burra Charter adapted the principles of the Venice Charter to the Australian *locus* by focussing on place rather than individual buildings and sites. It put cultural significance at the heart of decision-making and set out the practical steps necessary to use significance to underpin policy and management frameworks.²⁴ Later revisions broadened the definition of significance to include social values and multiple values, and the key principles and approaches of the Burra Charter have now gained widespread currency, and indeed have been adopted and incorporated into many subsequent cultural heritage conventions and other instruments (international and national) worldwide.

Article 2 of the 1990 ICOMOS Charter for the Protection and Management of the Archaeological Heritage – the Lausanne Charter²⁵ calls for active participation by the general public as part of the development of wider policies for the protection of the archaeological heritage (although the Charter focuses mainly on the provision of information to the public as a component of integrated protection). Importantly, Article 6 also emphasises the need actively to seek and encourage local commitment and participation as a means of promoting the maintenance of the archaeological heritage. This imperative therefore recognised not only the role of communities in safeguarding cultural heritage, but also, and perhaps

¹⁶ Erica Avrami / Randall Mason / Marta de la Torre (eds.), *Values and Heritage Conservation*, Los Angeles 2000, p. 1.

¹⁷ UNESCO (ed.), *Convention for the Protection of the World Cultural and Natural Heritage*. Paris 1972 http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=13055&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (10.12.2019).

¹⁸ Sandra Dingli, *Responsibility towards the heritage on mankind*, in: Christopher Scarre / Geoffrey Scarre (eds.), *The Ethics of Archaeology*, Cambridge 2006, pp. 219–41, esp. p. 223.

¹⁹ Atle Omland, *The ethics of the World Heritage concept*, in: Christopher Scarre / Geoffrey Scarre (eds.), *The Ethics of Archaeology*, Cambridge 2006, pp. 242–59, esp. pp. 244–5.

²⁰ Sophia Labadi, *World Heritage, authenticity and post-authenticity: International and national perspectives*, in: Sophia Labadi / Colin Long 2010 (eds.), *Heritage and Globalisation*, Abingdon 2010, pp. 66–84, esp. p. 67.

²¹ Colin Long / Sophia Labadi, *Introduction*, in: Sophia Labadi / Colin Long (eds.), *Heritage and Globalisation*, Abingdon 2010, pp. 1–16 esp. pp. 5–6.

²² ICOMOS (ed.), *The Burra Charter: the Australia ICOMOS Charter for Places of Cultural Significance*, Australia 2013.

²³ Kate Clark, *The Bigger Picture: Archaeology and Values in Long-Term Cultural Resource Management*, in: Clay Mathers / Timothy Darvill / Barbara Little (eds.), *Heritage of Value. Archaeology of Renown*, Gainesville 2005, pp. 317–30 esp. p. 318.

²⁴ *op. cit.*

²⁵ ICOMOS (ed.), *Charter for the Protection and Management of the Archaeological Heritage (The Lausanne Charter 1990)*, Paris 1990.

more importantly, the need to operationalise public (and community) responsibilities in this sphere by ensuring that individual members of society can feel that they are participating actively in defining the national vision rather than simply being recipients of it.²⁶

PATHWAYS TO PROTECTION: EXPERT APPROACHES

Despite the underpinning philosophical and social objectives of most international heritage instruments during the second half of the 20th century, implementation was generally directed at the practical measures necessary to identify, protect, regulate, and manage heritage and only rarely was any meaningful practical weight given to its social purpose. Attention was therefore focussed more on technical, scientific, legal, and administrative aspects of heritage related to specific topics (e.g. archaeology, architecture, landscape) and/or specific policy areas (e.g. spatial planning, regional development etc.).

The International Charter for the Conservation and Restoration of Monuments and Sites – the Venice Charter²⁷ provided an international framework for the conservation and restoration of buildings; in particular it stressed the need to respect the contribution of all periods in the restoration of buildings and set out the (then agreed) technical parameters for the restoration and reconstruction of buildings and monuments.²⁸ In 1969, stimulated by economic growth and the development of towns and cities during the post-war period, the European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage – the London Convention²⁹ placed particular emphasis on the importance of material culture recorded as a result of archaeological work.

In 1975 the European Charter of the Architectural Heritage set out the need to integrate conservation in town planning, preserve groups of historic buildings and their environment, and take the heritage into account

as a part of economic and social life.³⁰ The subsequent Convention for the Protection of the Architectural Heritage of Europe – the Granada Convention³¹ gave these principles greater legal force and set out the minimum arrangements needed to protect and conserve architectural heritage. The Granada Convention echoes Article 5 of the Venice Charter³² by identifying some associated social values such as the need to recognise ‘*the use of protected properties in the light of the needs of contemporary life*’; and ‘*the adaptation when appropriate of old buildings for new uses*’ (Article 11). The Convention also promotes the development of ‘*public awareness of the value of conserving the architectural heritage, both as an element of cultural identity and as a source of inspiration and creativity for present and future generations*’ (Article 15). However, despite such ambitious social aspirations, the Granada Convention does not identify any other values to supplement the intrinsic ‘historical’ values with which it is concerned and adopts a fundamentally criteria-led, rather than a values-led, approach.

The European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage (Revised) – the Valletta Convention³³ specifically reflected the changing approaches to the management of the archaeological heritage that had developed since the London Convention of 1969.³⁴ The Convention established a body of new basic standards for Europe, to be met by national policies for the protection of archaeological assets as sources of scientific and documentary evidence, in line with the then emerging principles of integrated conservation and focused almost entirely on the scientific and technical values that were matters of professional concern at the time of drafting. The Valletta Convention also highlights the role that archaeology can play as an important source of Europe’s collective memory and like the Granada Convention references the need to develop public awareness and to promote public access (Article 9.i & 9.ii). The explanatory report to the convention also echoes the Lausanne Charter by recognising peoples’ need to access their past and their identity as a fundamental right but then goes on to

²⁶ Dick Stanley, *A reflection on the function of culture in building citizenship capacity*, Strasbourg 2006, p. 81.

²⁷ ICOMOS (ed.), *International Charter for the Conservation and Restoration of Monuments and Sites (The Venice Charter 1964)*, Paris 1964, http://www.icomos.org/charters/venice_e.pdf (10.12.2019).

²⁸ Anthony Pace, *From Heritage to Stewardship: defining the sustainable care of archaeological places*, in Robin Skeates / Carol McDavid / John Carman (eds.), *The Oxford Handbook of Public Archaeology*, Oxford 2012, pp. 275–295, esp. p. 291.

²⁹ Council of Europe (ed.), *European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage*, European Treaty Series 066, Strasbourg 1969, <http://conventions.coe.int/Treaty/EN/Treaties/Html/066.htm> (10.12.2019).

³⁰ Council of Europe, *Compendium of basic texts of the Council of Europe in the field of cultural heritage*, Strasbourg 1998, pp. 147–51.

³¹ Council of Europe (ed.), *Convention for the Protection of the Architectural Heritage of Europe*, European Treaty Series 121, Strasbourg 1985.

³² ICOMOS (ed.), *The Nara document on Authenticity*, Paris 1994.

³³ Council of Europe (ed.), *European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage (revised)*, European Treaty Series 143, Strasbourg 1992, <http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/143.htm> (10.12.2019).

³⁴ Council of Europe (cit. note 29).

state that this ‘*can only be met by specialists – archaeologists – who can interpret the data and assist the public in gaining access to its heritage*’.³⁵ In this way, public (and community) interest in cultural heritage is seen as entirely passive and subject to expert/specialist mediation – a perspective still current in many quarters, but that today feels increasingly out of step with modern values-based approaches to cultural heritage.

Some of the key successes of the Council of Europe in the heritage field therefore relate mainly to the preservation of sites and monuments and the development of techniques to do this as a framework to mitigate, document, protect and preserve threatened archaeological sites and historical monuments.³⁶ Today, most states have – to a greater or lesser extent – a functioning legal system for the protection, conservation, and management of the cultural heritage based on intrinsic values (significance, rarity etc). Standards of work (including research) are regulated, are more or less consistent, and are generally high. There has been a real shift from data production to knowledge building – the creation of knowledge about the past (including scientific analysis and publication) has reached unprecedented levels, and the impacts of continuing advances in digital technology and communication on all aspects of archaeological and heritage work will continue to be profound.

Nevertheless, most national heritage policies (and systems) are about the *curation* of the national heritage.³⁷ Generally, despite fairly widespread articulation of the importance of social and societal values of heritage in international instruments and other policy documents,³⁸ existing protection systems often ignore the non-intrinsic, societal, and personal values that people assign to the heritage and there is evidence that public awareness and (meaningful) interest in protecting the heritage remains consistently at a fairly low level.³⁹ There is a clear discrepancy between the high-level principles expressed in

international instruments and their practical application in real-world situations.

PUBLIC BENEFIT AND CHANGING VALUES – OPERATIONALISING SOCIAL HERITAGE

Since 1992, approaches to archaeological heritage management, and heritage management as a whole have continued to develop and evolve as perspectives have broadened. This is reflected by a much more integrative approach to conservation which addresses the whole of the historic environment (archaeology, buildings, and landscapes) as a single entity⁴⁰ alongside the development of the conservation management plan process which recognises the role of local stakeholders in defining significance, and (in theory at least) incorporates the need to engage stakeholders in management decisions.⁴¹ At the same time, heritage practice (and management) has become increasingly integrated with other disciplines (natural environment, landscape, spatial planning, social values, tourism, education etc).

That heritage work is of direct and significant public benefit is as evident to most practitioners today as it was in the early 1990s and this has been articulated in different ways for different contexts.⁴² Public benefit is easy to claim, however, but more difficult to define or demonstrate in practice. The nature of public benefit – how to define, demonstrate, and operationalise it in the context of cultural heritage – has been the subject of much discussion and debate.⁴³ Nevertheless, public

³⁵ Council of Europe (ed.), *European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage* (revised), Explanatory Report. Strasbourg 1992, p. 2, <http://conventions.coe.int/Treaty/en/Reports/Html/143.htm> (10.12.2019).

³⁶ *Pace* (cit. note 28), p. 281.

³⁷ *Stanley* (cit. note. 26), p. 81.

³⁸ e.g. modern principles of conservation: *P. Drury / A. McPherson*, *Conservation principles: Policies and guidance for the sustainable management of the historic environment*, London 2008.– ICOMOS (cit. note 22).– *Avrami / Mason / de la Torre* (cit. note 16), pp. 3–11.

³⁹ *Tim Schadla-Hall*, *Public archaeology*, *European Journal of Archaeology*, 2/147, 1999, 58–255.– *Heath McDonald*, *Understanding the antecedents to public interest and engagement with heritage*, *European Journal of Marketing* 45 (5), 2011, 780–804, esp. p. 780–1.

⁴⁰ *Kate Clark*, *From regulation to participation: cultural heritage, sustainable development and citizenship*, in: *Raymond Weber* (ed.), *Forward Planning: The Function of Cultural Heritage in a Changing Europe*, Strasbourg 2001, pp. 103–112.

⁴¹ *Clark* (cit. note 23), pp. 321–3.

⁴² e.g. *Kate Clark*, *Capturing the Public Value of Heritage: the proceedings of the London conference 25–26 January 2006*, London 2006.– *English Heritage* (ed.), *Valuing our heritage: the case for future investment in the historic environment*, London 2007.– *Barbara Little*, *Public Benefits of Public Archaeology*, in: *Robin Skeates / Carol McDavid / John Carman* (eds.): *The Oxford Handbook of Public Archaeology*, Oxford 2012, pp. 396–413 esp. p. 403.– *United States Department of the Interior National Park Service*, *25 Simple things you can do to promote the public benefits of archaeology*, https://www.nrcs.usda.gov/Internet/FSE_DOCUMENTS/nrcs143_012181.pdf (29.5.2020).

⁴³ *Barbara Little*, *Public benefits of archaeology*, Gainesville 2002.– *Clark* (cit. note 42).– *Little* (cit. note 42).– *Tom Goskar*, *On Commercial Archaeology and Public Benefit*, 2012, <http://pastthinking.com/2012/12/06/on-commercial-archaeology-and-public-benefit> (accessed 08.09.2015) 2012.– *Willem Willems*, *Malta and its consequences: a mixed blessing*, in: *Victoria Van der Haas / Peter Schut* (eds.): *The Valletta Conven-*

benefit is too often expressed through a process of top-down, one-way communication where information flows outwards to an audience. It remains difficult for many practitioners to demonstrate the actual and lasting public worth (and value) of what they do in a way that reaches beyond either straightforward communication or the provision of information for essentially passive public education and entertainment. The top-down approaches embodied in many international instruments and other heritage management frameworks of the second half of the 20th century, but still current today, no longer reflect the needs of a modern multi-cultural Europe.⁴⁴

In the 21st century, growing awareness of the hitherto undreamed of scale and extent of the heritage resource coupled with ever-increasing pressures on that resource, has led to some questioning of existing orthodoxies and approaches.⁴⁵ Loss of knowledge resulting from both natural processes and man-made interventions is inevitable and it is impracticable (impossible) to investigate and analyse everything that is at risk. Today there is a growing, but by no means universal, acceptance that not all elements of heritage have the same value and significance (even in strictly academic terms); that not everything can (or should) be protected or conserved (there's simply too much); and that not everything can (or should) be recorded/excavated (there's are insufficient resources).

In an increasingly global, but paradoxically more diverse and multi-cultural society, how much and whose heritage can and should be conserved? With increasing constraints on resources and funding how can we identify what is most valued, what is significant, and what is important (and to whom)? How much heritage capital should be tied up in conservation and protection per se – do we truly understand the relationship between what we value and how we transform it through the heritage processes? What are the roles of government, the private sector, voluntary bodies, communities, and owners – who should be responsible for (paying for and) protecting and conserving heritage? To what extent do we recognise and understand how society at large values heritage and how do we incorporate other perceptions into professional

tion: Twenty Years After – Benefits, Problems, Challenges, EAC Occasional Paper No. 9, Bruxelles 2014, pp. 151–6.

⁴⁴ *Adrian Olivier*, The Valletta Convention: Twenty years after – a convenient time, in Victoria Van der Haas / Peter Schut (eds.), The Valletta Convention: Twenty years after – Benefits, Problems, Challenges, EAC Occasional Paper No. 9, Brussels 2014, 11–16 esp. 13–15.– *Adrian Olivier*, Communities of Interest: Challenging Approaches, Journal of Community Archaeology & Heritage, 2016, <http://dx.doi.org/10.1080/20518196.2016.1219490> (28.5.2020).

⁴⁵ *John Carman*, Valuing Ancient Things: Archaeology and Law, Leicester 1996, pp. 7–8.– *Cornelius Holtorf*,

belief systems? What is the appropriate balance between the role of the heritage professional as 'expert' defining heritage values for other people to consume, and as 'facilitator' enabling other people's perceptions of heritage values? In an increasingly dynamic socio-political context, what is the appropriate balance between legislation, regulation, and other mechanisms for protecting and conserving heritage?

All these questions require flexible, pragmatic, and open approaches to the choices that have to be made by those responsible for implementing systems for heritage protection and management.⁴⁶ Growing awareness of the necessity for such choices has resulted in a subtle shift away from preservation and mitigation as the primary driver for heritage management to a more proactive approach based on a better articulation of all the different values at play – and an understanding of how different values may be vulnerable to harm and loss in different ways.

Today there is a growing acceptance that in addition to reliance on scientific and evidential heritage values derived from specialist and expert knowledge, there needs to be a greater focus on broader and more inclusive concepts of public value that better articulate the dynamic relationship between desired professional heritage outcomes and public expectations expressed by the social and cultural values of different communities.⁴⁷ This requires heritage managers to move away from technical aspects of heritage management and conservation to being able to draw out '*local skills, knowledge and experience of place rather than dictating what is of cultural significance*'.⁴⁸ Heritage man-

⁴⁶ Peter Schutt / Djurra Scharff / Leodaard de Wit (eds.), Setting the Agenda: Giving New Meaning to the European Archaeological Heritage, EAC Occasional Paper 10, 2015, 16–23.– Ann Degraeve (ed.), Dare to Choose: Making Choices in Archaeological Heritage Management, EAC Occasional Paper 13, 2017.

⁴⁷ *David Lowenthal*, Stewarding the Past in a Perplexing Present, in: Erica Avrami / Randall Mason / Martade la Torre (eds.), Values and Heritage Conservation, Los Angeles 2000, pp. 18–25.– *Clark* (cit. note 40).– *Kate Clark / Paul Drury*, From monuments to people, the functions of the cultural heritage in a changing Europe, in: Raymond Weber (ed.) Forward Planning: The Function of Cultural Heritage in a Changing Europe, Strasbourg 2001, pp. 113–117.– *Clark* (cit. note 23).– Accenture. 2006: Capturing the public value of heritage: looking beyond the numbers, in: Kate Clark (ed.), Capturing the Public Value of Heritage: the proceedings of the London conference 25–26 January, London 2006 m, pp. 19–22.– Accenture & National Trust (ed.), Demonstrating the Public Value of Heritage, London 2006; http://www.thetalkingwalls.co.uk/PDF/national-trust_valueOfHeritage.pdf (28.5.2020).

⁴⁸ *David Lammy*, Community, Identity, and Heritage, in: Kate Clark 2006 (ed.), Capturing the Public Value of Heritage: the proceedings of the London conference 25–26 January, London 2006, pp. 65–69.

agers must integrate into their work a direct, meaningful, two-way engagement between heritage professionals and public communities at all levels of activity so that public value and public benefit are firmly grounded in a realistic understanding of public attitudes and needs.⁴⁹

SHIFTING SANDS: SOCIAL COHESION AND INTEGRATION, DIVERSITY AND COMPLEXITY

The Nara Document on Authenticity⁵⁰ set out the principle that authenticity of a site is rooted in specific social-cultural contexts and values and that these values can be drawn from a variety of diverse information sources including in addition to intrinsic historical and architectural sources (e.g. form, design, materials, function) a whole range of other factors (e.g. local traditions, location, setting, spirit, and feeling). Most importantly, using this definition, authenticity is regarded as a relative criterion that can change from one culture to another, with the consequence that conservation practice also needs to reflect the cultural values of particular societies. This whole approach builds on the foundations of the Burra Charter and represents a conscious development away from using Eurocentric criteria to assess the state of conservation of sites for inclusion on the World Heritage List. That it took 11 years for the Nara principles to be incorporated into the operational guidelines of the World Heritage Convention suggests that there may have been some resistance in some states to adopting this more flexible, inclusive, and dynamic approach to conservation.

The Helsinki Declaration of 1996 set out a series of principles as common reference points for heritage policies throughout Europe.⁵¹ These identified access to and enjoyment of cultural heritage in its widest sense as factors vital to personal and collective fulfilment (quality of life); to knowledge and understanding of the values inherent in heritage; and for economic potential (for economic regeneration and rural development). The declaration emphasised the positive contribution of cultural heritage to sustainable development and the need for sustainable strategies for cultural tourism and cross sectoral conservation strategies; it also acknowledged the responsibilities of state and public authorities for the protection of cultural heritage, and the need for better promotion of the role

of voluntary organisations. This was a significant shift from a conservation-oriented scientific and technological approach to one that explored ways in which culture and heritage could be meaningful and beneficial for the fundamental values of European unification and social progress.⁵² The resulting cross-disciplinary approach would protect cultural diversity by asserting every person's right of access to the cultural heritage of his or her choice (while respecting the rights and freedoms of others), and had the ultimate objective of promoting the concept of a common European heritage.

By the turn of the century, therefore, there was a much greater acceptance that cultural heritage was a key component in forming the multiple identities that shape Europe. This was sign-posted in 2000 by the Council of Europe's Declaration on Cultural Diversity⁵³ which identified the richness of European cultural heritage as a product of the history of intercultural exchange, and assigned cultural diversity as a function of cultural mixing. This perspective, coupled with the re-emergence of armed conflict in parts of Europe, stimulated consideration of the relationship between citizenship, cultural identity, human rights, and core values.⁵⁴ In particular, how intercultural dialogue could support the broader view of the common heritage of 'values' inherent in the founding principles of the Council of Europe and help to reconcile potential tensions between 'private' interests in heritage and the need to protect and provide access to knowledge and culture to all. This led in turn to a much greater interest in how heritage could support social cohesion by developing new ways to share responsibility for heritage between all the different elements of civil society including those with little or no interest in traditional and technical aspects of heritage.⁵⁵

The Council of Europe then embarked upon a sustained process of change, that promoted not just the principles of integrated heritage conservation and management, but which focused as well on the social and cultural aspects of heritage⁵⁶ and the cultural aspects of diversity and citizenship in both national and transnational contexts.⁵⁷ These approaches are reflected to some

⁴⁹ cf. *Lowenthal* (cit. note 47), pp. 22–23.

⁵⁰ ICOMOS (cit. note 32).

⁵¹ Council of Europe (ed.), *European Cultural Heritage* (Volume 1) Intergovernmental co-operation: collected texts, Strasbourg 2002, pp. 43–49.

⁵² *Daniel Thérond*, Benefits and innovations of the Council of Europe Framework Convention on the Value of Cultural Heritage for Society, in: Council of Europe 2009. *Heritage and Beyond*, Strasbourg 2009, pp. 9–12.

⁵³ Council of Europe (cit. note 51), pp. 19–21.

⁵⁴ Robert Stradling / Chris Rowe (eds.), *Handbook on Values for Life in a Democracy*. Strasbourg 2009.

⁵⁵ Raymond Weber (ed.), *Forward Planning: The Function of Cultural Heritage in a Changing Europe*, Strasbourg 2001, pp. 5–6.

⁵⁶ *Robert Pickard* (cit. note 14).

⁵⁷ *Kevin Robins*, *The challenge of transcultural diversities: Cultural policy and cultural diversity*, Strasbourg 2006.

extent in the European Landscape Convention – the Florence Convention⁵⁸ but are more particularly embodied in the Framework Convention on the Value of Cultural Heritage for Society – the Faro Convention.⁵⁹

The Florence Convention reflects a significant shift from regulation to participation. It emphasises the concept that landscape is an issue that affects the whole population, that its care requires collaboration between individuals and organisations, and that official landscape activities (including policy development and decision-making) should include the participation of civil society (Article 5). A core objective of the convention is to establish procedures for participation by the general public, local, and regional authorities, and other parties, in landscape policy definition and implementation. The convention also focuses on awareness raising (Article 6A) and training and education (Article 6B). A key aspiration of the Florence Convention is to help people identify with the areas and towns where they live and work by giving them a more active role in decision-making. It intends that people should develop greater awareness of their surroundings by exercising greater political influence on those surroundings and that this will reinforce local and regional identity and distinctiveness. The Florence Convention attempts to address how (landscape) heritage can help underpin social identity, but despite much useful work,⁶⁰ building public participation in the way the convention anticipates is still in its formative stages.⁶¹ There remain significant challenges to overcome⁶² before national, regional, and local administrations embed meaningful participation in their standard administrative practice.⁶³

The Faro Convention reiterates the positive social ambitions of earlier instruments (above) but goes much further; it fleshes out the aspirations of the Lausanne Charter (in a wider cultural heritage context) by putting people and human values at the centre of an enlarged and cross-disciplinary concept of cultural heritage (Article 1b). It takes an essentially inclusive approach that presents heritage as a resource for human development, the enhancement of cultural diversity, and the promotion of intercultural dialogue. The principle of access to cultural heritage as a fundamental human right provides a theoretically powerful link between heritage practice and social cohesion (as a form of public benefit). This has far reaching implications for heritage management in the wider global context of human rights and democracy although the concept that everyone has a personal right to benefit from, and contribute to, his or her cultural heritage, whilst respecting the cultural heritage of others (Article 4) is not without its challenges. The Faro Convention, like the Florence Convention specifically supports public participation in cultural heritage activities and decision-making (Article 5) and also provides for the development of legal, financial, and professional frameworks for joint actions by public authorities, experts, owners, investors, businesses, non-governmental organisations and civil society and for voluntary initiatives which complement the role of public authorities (Article 12). It moves a long way away from the intrinsic and scientific-led values of the Granada and Valletta conventions and incorporates a broader, self-defining concept of cultural heritage that includes perception of values in a social context (e.g. contribution to quality of life).

The Florence and Faro Conventions together represent a consistent attempt by the Council of Europe to develop formal mechanisms that use cultural heritage as a positive force to enable social cohesion in societies that are intrinsically characterised by ethnic and cultural diversity. Although in some circumstances ethnic and cultural diversity can undermine social cohesion the issue may be less that diversity *per se* poses a threat to social cohesion, but rather how the people who comprise different groups and communities can be motivated to respond to diversity positively either by assimilation of common historical and cultural traditions or by developing mechanisms to sustain multicultural communities. This inclusive approach of the Council of Europe is very much a product of 21st-century sensitivities but comes with inherent tensions especially when the different (and constantly evolving) values of different heritage communities may not coincide – and may even conflict with one

58 Council of Europe (ed.), European Landscape Convention, European Treaty Series 176, Strasbourg 2000, <http://conventions.coe.int/Treaty/en/Treaties/Html/176.htm> (28.5.2020).

59 Council of Europe (ed.), Framework Convention on the Value of Cultural Heritage for Society, European Treaty Series 199, Strasbourg 2005, <http://conventions.coe.int/Treaty/EN/Treaties/Html/199.htm> (28.5.2020).

60 Elisabeth Conrad / Louis Cassar / Michael Jones / Sebastian Eiter / Zita Izaovičová / Zuzana Barankova / Mike Christie / Ioan Fazey, Rhetoric and Reporting of Public Participation in Landscape Policy, *Journal of Environmental Policy & Planning* 13 (1), 2011, pp. 23–47.

61 Peter Goodchild, The skills of training the public for participation in decision-making processes, in: Proceedings of the fourth meeting of the Council of Europe Workshops for the implementation of the European Landscape convention, *European Spatial Planning & Landscape* 83, 2007, pp. 211–17.

62 Michael Jones / Marie Stenseke (eds.), *The European Landscape Convention: Challenges of Participation*, Amsterdam 2011.

63 Adrian Olivier, Challenging Attitudes – Delivering Public Benefit, in: Paulina Florjanowicz (ed.), *When Valletta meets Faro. The reality of European archaeology in the 21st century*, EAC Occasional Paper 11, Brussels 2016, pp. 13–24.

another.⁶⁴ The multiple values associated with different aspects of social and ethnic identity, or between different groups having different intellectual and/or economic interests, make such a people-oriented approach very difficult either to instrumentalise through international administrative frameworks or to operationalise through national legislation in any practical sense. Positive solutions to these problems require flexible, open approaches based on deep and respectful understanding of different social and cultural values.⁶⁵

Both the Florence and Faro conventions illustrate how ‘*cultural heritage*’ was redefined as part of the project to establish a common European identity which incorporated the concept of ‘*human rights*’ into the Council of Europe’s heritage work. This recasting of heritage reflects the view that in an increasingly global society (characterised by the globalisation of economy, information, communications, and culture) national differentiation is becoming obsolete and giving way to national interdependence⁶⁶ although countermanding pressures can also be identified (above). This redefinition explicitly socialises heritage as a dynamic construct that incorporates social values and experiences that reflect local as well as national and international perspectives and it signifies an important political step that shifts practice away from traditional concerns of designation and protection.

The perspective of cultural heritage as a shared and universal resource (as exemplified by the World Heritage Convention, the Florence Convention, and the Faro Convention) is, however, somewhat contradictory to the concept of defining identity (whether on global, international, or national stages) on the basis of cultural differences and diversity. Furthermore, the very concept of ‘*human rights*’ is a decidedly western product and the international i. e. universal status of human rights should not necessarily be taken for granted.⁶⁷ There is a long history of states deploying the World Heritage Convention to advance their own national cultural, social, and environmental credentials.⁶⁸ Any attempts to codify the world

view of governments and NGOs in 21st century heritage instruments could therefore be considered as a conscious way for states to overcome this contradiction but in a way that bears little relation to the real world where ‘nationalist’ perspectives of one sort or another continue to grow and cause problems on the international stage.⁶⁹

In particular, in emergent nations keen to protect elements of cultural heritage that bolster national identity, the long-standing (if rather simplistic) positive link between *identity* and *cultural heritage* is easily eroded by the use of traditionally oriented cultural protection laws.⁷⁰ In a world where technology and travel are forcing the exchange and transformation of cultural ideas and values in local and global contexts, the inherent social tensions resulting either from selecting and retaining specific elements of cultural heritage for protection or ignoring, discarding, and even suppressing some elements of cultural heritage for political motives can too easily transform a seemingly positive social force into a negative one. Using heritage to define identity (or different identities) may ultimately be counter-productive and possibly futile.

Other tensions may also result from the differences between First and Third World approaches to heritage and the different impacts of poverty on concepts of identity and nationhood. In the Third World, westernised concepts of heritage are generally the preserve of the social elite and may be of little relevance to ordinary people who will explain heritage features with reference to folklore and legend rather than to specific (and scientific) narratives.⁷¹ All this emphasises the importance of adopting well-considered values-based approaches in trying to mediate such tensions. Numerous case studies demonstrate that such tensions can be overcome, and that the inclusive approaches of the Florence and Faro Conventions can and do work in practice in specific circumstances⁷² but widespread implementation may require the different actors to focus less on cultural or material identity and more on the expression of sense of place. It is after all a sense of place which helps to define

⁶⁴ Stanley (cit. note 26), p. 32.

⁶⁵ Stradling / Rowe (cit. note 54), pp. 211–3.

⁶⁶ Claude Karnoouh, Europe: Common Heritage and Difference, in: R. Weber (ed.), Forward Planning: The Function of Cultural Heritage in a Changing, Strasbourg 2001, pp. 29–52 esp. p. 32.

⁶⁷ Peter Wagner, From Monuments to Human Rights: Redefining ‘Heritage’ in the Work of the Council of Europe: In Raymond Weber (ed.), Forward Planning: The Function of Cultural Heritage in a Changing Europe, Strasbourg 2001, pp. 9–27 esp. p. 14.– Ian Lilley / Michael Williams, Archaeological and Indigenous significance: A view from Australia, in: Clay Mathers / Tim Darvill / Barbara Little (eds.), Heritage of Value. Archaeology of Renown, Gainesville 2005, pp. 317–30 esp. 228.

⁶⁸ Long / Labadi (cit. note 21), p. 6.

⁶⁹ Karnoouh (cit. note 66), pp. 18–19.

⁷⁰ Lyndel Prott / Ruth Redmond-Cooper / Stephen Urice (eds.), Realising Cultural Heritage Law: Festschrift for Patrick O’Keefe, Buih Wells 2013.

⁷¹ Dilip Chakrabarti, Archaeology and Politics in the Third World, with Special Reference to India, in: Robin Skeates / Carol McDavid / John Carman (eds.), The Oxford Handbook of Public Archaeology, Oxford 2012, pp. 116–132.

⁷² Council of Europe (ed.), Heritage and Beyond, Strasbourg 2009, http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/heritage/Identities/PatrimoineBD_en.pdf141–196 (28.5.2020).– Little (cit. note 43).– Nick Merriman, (ed.), Public Archaeology, London 2004.– Robin Skeates / Carol McDavid / John Carman (eds.), The Oxford Handbook of Public Archaeology, Oxford 2012.

how people feel about their relationship with the physical world and which can bridge the gap between people and heritage. In this way, understanding the social and physical relationships between people and the places they occupy may be the critical factor in giving practical meaning to the social concepts of the Faro Convention.

The deliberate attempt by UNESCO to shift away from a Eurocentric approach to cultural heritage by establishing mechanisms to recognise, protect, and promote the diversity of the world's cultures is also reflected in the UNESCO Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage (2003), which adopts from the outset a more inclusive, reflexive, and collaborative approach to heritage in which heritage depends on the different subjective values of different communities. Nevertheless, this convention too is deployed by states advancing their own cultural agenda – and is subject to similar tensions to those described above⁷³ with the bottom-up approach to heritage espoused by the convention actually contradicted both by its top-down standard-setting approach typical of all such instruments, and the process of validation that is controlled by national administrations.⁷⁴

CONVERGENCE AND DIVERGENCE

Despite all these long-standing moves to socialise heritage, until recently the European Union has taken a fairly traditional expert-led approach to cultural heritage in the context of specific treaty obligations. The Treaty of Lisbon includes provisions to 'safeguard' and 'enhance' cultural heritage,⁷⁵ and Article 167.2 of the Treaty on the Functioning of the European Union specifies the need to improve '*the knowledge and dissemination of the culture and history of the European peoples and in conservation and safeguarding of cultural heritage of European significance*'.⁷⁶ Article 167.4, however, also identifies the need to respect

and promote national and regional cultural heritage diversity as a key factor that contributes to and helps to define a common European heritage. This is reinforced by the European Agenda for Culture⁷⁷ which recognised cultural heritage not just as a source of knowledge and identity, but as a 'valuable resource for economic growth, employment and social cohesion' that is also a 'driver for cultural and creative industries'.⁷⁸ This firmly positioned cultural heritage as a shared resource and a 'common good'⁷⁹ and identified in particular the need to improve the evidence base for the analysis of the economic and social impact of cultural heritage. The Agenda recognised the impacts of decreasing public budgets on traditional cultural activities, and emphasised the need to adapt management and practice to involve a broader range of stakeholders through a more integrated and outward facing approach to heritage activities as a focus for participative community interaction and social integration.

The Agenda for Culture established heritage as a priority in the European Union's work plans for culture, and led to an increase in political interest in cultural heritage in the corridors of the European Union. The Namur Declaration of the 6th Conference of Ministers Responsible for Cultural Heritage,⁸⁰ reaffirmed the importance of cultural heritage as a key component in European identity and emphasised the different social values of the cultural heritage. The declaration focused on the need to understand the economic and social impacts of cultural heritage on society including its contribution to quality of life and prosperity (based on the expression of identities and cultural diversity) and also promoted public participation in heritage governance.

This focus was reinforced recently by the European Cultural Heritage Strategy for the 21st Century⁸¹ which extends the inclusive approach to cultural heritage by involving local, regional, national, and European public authorities and also a wide range of stakeholders including professionals, (I)NGOs, the voluntary sector, and civil society. Strategy 21 coalesces around the interaction between three main themes: social; economic and

⁷³ e.g. Marc Askew, The magic list of global status: UNESCO, World Heritage and the agendas of states, in: Sophia Labadi / Colin Long (eds.), *Heritage and Globalisation*, Abingdon 2010, pp. 19–44.

⁷⁴ Chiara Bortolotto, Globlising intangible cultural heritage: between international arenas and local appropriations, in: Sophia Labadi / Colin Long (eds.), *Heritage and Globalisation*, Abingdon 2010, pp. 97–114 esp. 98.

⁷⁵ European Union (ed.), Treaty of Lisbon: amending the Treaty on European Union and the Treaty Establishing the European Community, Official Journal of the European Union 2007/C 306/1.

⁷⁶ European Union (ed.), Consolidated version of the Treaty on the Functioning of the European Union, Official Journal of the European Union 2012/C 346/47.

⁷⁷ European Union (ed.), Resolution of the Council of 16 November 2007 on a European Agenda for Culture. Official Journal of the European Union 2007/C 287/01.

⁷⁸ loc. cit. p. 2.

⁷⁹ cf. John Carman, *Against Cultural Property*, Bath 2005.

⁸⁰ Council of Europe (ed.), The Namur Declaration adopted at the sixth ministerial conferences of Ministers responsible for Cultural Heritage Namur 23–4 April 2015, Bruxelles 2015, <https://rm.coe.int/16806a89ae> (28.5.2020).

⁸¹ Council of Europe (ed.), European Cultural Heritage Strategy for the 21st Century, 2007, <https://rm.coe.int/european-heritage-strategy-for-the-21st-century-strategy-21-full-text/16808ae270> (28.5.2020).

territorial development; and knowledge and education. It identifies the major challenges that these present, and goes on to make a number of concrete recommendations that take the form of guidance to address these challenges complemented by examples of best practice from all over Europe. The avowed purpose of Strategy 21 is to create synergies between existing instruments, tools, and policies and to improve or complement them on the basis of international and European legal instruments that are in force. Strategy 21 recognises the scale of the challenge of managing cultural heritage with full regard for the principles of democracy and human rights. It repositions cultural heritage policies at the heart of an integrated approach that focuses on the conservation, protection, and promotion of heritage as a shared responsibility ‘*by society as a whole*’⁸² and in this way attempts to bridge the gap between the often unfulfilled societal objectives of relevant international instruments and day-to-day practice. Nevertheless, like other instruments, Strategy 21 remains fairly high-level and still places considerable emphasis on (one-way) ‘promotion’ of heritage; it does, however, include many useful case studies and examples of good practice, and the proposed (exemplar) actions do focus on responding to public values in a two-way dialogue.

Following publication of Strategy 21, 2018 was celebrated by the European Union as the European Year for Cultural Heritage and this provided a vehicle to showcase in many different national and social contexts the social, economic, cultural, and environmental power and impact of cultural heritage and encourage more people to discover and engage with Europe’s cultural heritage, and to reinforce a sense of belonging to a common European space.⁸³ This culminated in the publication of the European Framework for Action on Cultural Heritage⁸⁴ as a means of ensuring that the momentum created by Strategy 21, and the European Year of Cultural Heritage was not lost. This framework complements the European Union Work Plan for Culture 2019–2022⁸⁵ and both initiatives include important strands related to the contribution of culture and heritage to social cohesion, intercultural dialogue, dialogue with stakeholders, and the need

to mobilise stakeholders from civil society to engage with cultural heritage. These social drivers are also exemplified by the Berlin Call to Action⁸⁶ which underscores the need for the full involvement and engagement of all relevant public and private stakeholders, including civil society in the development of cultural agenda and policies.

On the world stage, the World Bank’s new Environmental and Social Framework⁸⁷ sets out the Bank’s aspirations for environmental and social sustainability, and includes environmental and social standards for (amongst others) assessment and management of environmental and social risks and impacts, indigenous peoples and traditional local communities; cultural heritage; and stakeholder engagement. These take an integrated and inclusive view of culture and heritage and how these are positioned in societies and communities and recognise that cultural heritage provides continuity in tangible and intangible forms between the past, present, and future. Considerable weight is also given not just to the need to protect cultural heritage from adverse impacts, but also to its role in forming people’s cultural identity and the need both to promote meaningful bottom-up consultation with stakeholders regarding cultural heritage and to safeguard its social values. UNESCO of course has long affirmed the important and ubiquitous role of heritage in society. However, whilst development agencies such as the World Bank now incorporate bottom-up programmes of community development and resources management in their activities, there is no genuinely bottom-up identification process in the World Heritage listing procedures; these generally ignore meaningful consideration of the heritage values of local communities.⁸⁸

All these various initiatives combine to give considerable weight (and momentum) to a range of actions that are intended not only to reinforce the positive and cohesive power of cultural heritage, but also to contribute to the delivery of the inclusive values and social cohesion envisaged by the authors of the international instruments discussed above. Nevertheless, despite these important signposts (and many significant achievements), the road ahead remains fraught with potential difficulties. In particular, at the same time that these socially positivist approaches were being formulated, the very significant (and continuing) increase in the flow of economic and political migrants into Europe has thrown

⁸² Council of Europe (cit. note 81) p. 6.

⁸³ European Union (ed.), *The European Year of Cultural Heritage*, Brussels 2018, https://europa.eu/cultural-heritage/about_en.html (29.5.2020).

⁸⁴ European Union (ed.), *The European Framework for Action on Cultural Heritage*, Brussels 2018; <https://ec.europa.eu/culture/sites/culture/files/library/documents/staff-working-document-european-agenda-culture-2018.pdf> (28.5.2020).

⁸⁵ European Union (ed.), *Work Plan for Culture 2019–2022*, Brussels 2018. <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13948-2018-INIT/en/pdf> (28.5.2020).

⁸⁶ Europa Nostra (ed.), *The Berlin Call to Action: Cultural Heritage for the Future of Europe*, 2018, <http://www.europanostra.org/wp-content/uploads/2018/09/Berlin-Call-Action-Eng.pdf> (28.5.2020).

⁸⁷ World Bank (ed.), *World Bank Environmental and Social Framework*, Washington DC 2016.

⁸⁸ *Askew* (cit. note 73), p. 38.

our understanding (or lack of understanding) of cultural identity and cultural relationships (in an inter-connected, transnational world) into stark relief. This process is fundamentally recasting the cultural heritage landscape of Europe – including the displacement of the concept of ‘community’ by other transnational ‘social networks and connections’ which present some significant political, economic, social, and cultural challenges to the nation state.⁸⁹ These developments make the well-intentioned provisions of existing international cultural heritage instruments feel less relevant today than when they were formulated and international and European institutions and (I)NGOs are now struggling to accommodate into their policy and cultural heritage narratives the new perspectives necessitated by this situation. The heritage community must recognise this challenge, and recognise and adapt to the existence of competing cultural heritage frameworks. Rather than looking back for solutions at instruments that were designed in other contexts and which may no longer be adequate to meet today’s social imperatives we need to look forward and develop new ways of thinking and working that respect and support the new national, culture and heritage paradigms.

At the same time, thinking about the very nature and role of culture and heritage in contemporary society is also changing.⁹⁰ Sacco has identified three main cultural paradigms: Culture 1.0 (pre-industrial) characterised by patronage where culture is a mainly highbrow spiritual activity dominated by expert gatekeepers; Culture 2.0 (industrial) driven by social innovation and technology where culture is commodified for entertainment and profit; and Culture 3.0 (digital networked age) characterised by collective open communities of practice where culture is about collective sense-making and co-creation where the distinction between producers and users is blurred.⁹¹ Evolution from one paradigm to another is not strictly linear in a chronological sense, and today, all three paradigms can co-exist in different spheres so that, for example, whilst much 21st century cultural practice may coalesce around networking and co-creation, cultural public policy may still be firmly rooted in the expert-dominated Culture 1.0 paradigm.⁹² These cultural paradigms are easily translated into the heritage world: Heritage 1.0 focussed on conservation where preservation is the priority and heritage is consumed by connoisseurs;

Heritage 2.0: heritage as entertainment where attracting people to heritage and making a profit is the priority and heritage is consumed by customers; and Heritage 3.0 where heritage is about community and sense making – heritage is made, preserved and enjoyed by the whole community and everyone is involved in the production, circulation, and conservation of heritage.

Within Sacco’s general framework, it is clear that the importance of the key elements of the Culture 3.0 and Heritage 3.0 paradigms have long been recognised by the international instruments discussed here, and indeed have long been translated into over-arching policy objectives. However, it is equally clear that it is only in recent years that serious and realistic steps have been taken to turn these aspirations into a meaningful reality, and that despite advances in this sphere, there remain some very serious challenges and obstacles that must be overcome before the heritage world (and wider society) can truly benefit from embracing the ideas inherent in the Heritage 3.0 paradigm.

DISCUSSION: CHANGING SOCIAL EXPECTATIONS

In many parts of the world, the gradual incorporation of new social values into the heritage discourse, is accompanied by an increasing trend towards deregulation coupled with devolution of decision-making to more local communities. This, combined with reduced capacity in heritage management resulting from the need for financial savings, is reducing the level of conservation and protection available for heritage assets. The challenge today is to explore how heritage management can be combined with effective community and public engagement, in a new matrix that will deliver increased public benefit at the same time as supporting integrated value-led conservation. This requires an evolutionary step-change in heritage practice and management that is able to incorporate alternative public perspectives into ‘professional’ discourses. This in turn demands a two-way traffic between heritage experts and the public that moves beyond defining the ways in which heritage contributes to society⁹³ to acquiring a much better understanding of what society wants from its heritage and its heritage practitioners as an essential foundation to building genuine public engagement.⁹⁴

⁸⁹ *Robins* (cit. note 57), pp. 23–9.

⁹⁰ *Pier Luigi Sacco*, Culture 3.0: A new perspective for the EU 2014–2020 structural funds programming. European Expert Network on Culture, 2011, <http://archive.interarts.net/download/interarts2577.pdf> (28.5.2020).

⁹¹ *Sacco* (cit. note 90) p. 5.

⁹² *Sacco* (cit. note 90), p. 6.

⁹³ *Little* (cit. note 42), p. 403.

⁹⁴ cf. repeated clarion calls for action: *Nick Merriman*, Museums and archaeology: the public view, in: Edmund Southworth (ed.), *Public Service or Private Indulgence?* Society of Museum

Demonstrating public benefit means more than simply justifying 'scientific' and 'academic' outputs, showing a return (intellectual or fiscal) on investment in heritage works, or sharing results with the public – none of these will ensure lasting public benefit. Delivering true public benefit means taking the natural product of heritage work (knowledge for research) and *transforming* the results into something that is interesting, meaningful, relevant, and above all *useful* to communities and to the public in the context of their daily lives. It means taking public values into account and including public values in decision-making (participation)

Almost all the international instruments described here have in different ways adopted and incorporated at a high level strong 'public' and 'social' values by espousing and promoting social cohesion and public engagement and participation in heritage. However, the driver for this may be overtly political – using a revised concept of heritage to promulgate for example a vision of a shared, democratic, and participatory European heritage that underpins (and justifies?) the political construct of the European Union itself.

Despite their explicit and embedded socio-political aspirations, the evolution of international heritage instruments displays a significant shift from regulation to participation, and from exclusion to inclusion. All recognise the importance of building public awareness of, and engagement with cultural heritage, and more recent instruments make provision for public participation in heritage related activities including in decision-making. There are many examples of good and successful practice in these areas, but success in developing specific mechanisms to turn these aspirations into practice is limited.

There is an inherent tension in all these heritage instruments between the principal that the heritage is a source of collective memory common to all human society (an essentially inclusive concept) and the need to protect that heritage through regulation (an essentially exclusive process). This makes it difficult to reconcile the open, and inclusive engagement with the public about what is significant (or not) on the one hand, with the by and large exclusive, expert-driven process of protection and

regulation on the other. This tension runs subliminally through almost all aspects of heritage management today. The momentum of public and community archaeology is growing, but these tensions have yet to be fully resolved because of a reluctance in some quarters to recognize and include the public in heritage discourse.⁹⁵ Existing approaches to building public awareness are often top-down and take little account of the opinions and desires of other communities with an interest in their heritage and the exclusive nature of the heritage 'expert' role continues to hold sway in many states. Even where the principles of inclusion and participation have been clearly articulated as in the European Charter on Participatory Democracy in Spatial Planning Processes,⁹⁶ and the Report on Participatory Governance of Cultural Heritage⁹⁷ they remain difficult to embed in decision-making.

International instruments do not usually furnish specific and detailed mechanisms that can directly implement policy as practice. In practice each state implements the principles and policies within the constraints of their own administrative and legal context. The real challenge is how to build mutually advantageous partnerships between heritage practitioners and local communities that will reposition heritage in the public mind as an essential component of quality of life. Where this already happens the benefits are obvious and tangible, but success requires heritage professionals to relinquish their ownership of the past in favour of a broader and genuinely inclusive public ownership that takes proper account of public attitudes and values.

CONCLUSION – NEW PARADIGMS

The social dimension of heritage has long been acknowledged in international instruments, but limited attention has been paid to how these aspirations can be operationalised and the implementation of these instruments remains rooted in traditional processes and 'expert' approaches to selection and protection. International instruments (to a greater extent) and national heritage regulations (to a lesser extent) provide a more or less sympathetic framework for interweaving so-called professional (expert) and community (social) 'values' into coherent practice. A shift to a much more inclusive

Archaeologists conference proceedings, Lincoln 1987, The Museum Archaeologist 13, Liverpool 1989, pp. 10–25 esp. p. 23.– *Schadla-Hall* (cit. note 39) p. 151. – *Neal Ascherson*, Editorial, Public Archaeology 1/1, 2009, pp. 1–4 esp. p. 4.– *Tim Schadla-Hall*, The comforts of unreason, in Nick Merriman (ed.) Public Archaeology, London 2004, pp. 255–71 esp. p. 255.– *Agendakulturarv* (ed.), Putting People First: Operation Heritage Policy Statement, 2004, <http://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:1298666/FULLTEXT01.pdf> (29.5.2020).– *Olivier* (cit. note 44, 2016).– *Olivier* (cit. note 63).

⁹⁵ e.g. discussions in Gabriel Moshenska (ed.), Key concepts in Public Archaeology, London 2017.

⁹⁶ European Council of Spatial Planners (ETCP-CEU) (ed.), European Charter on Participatory Democracy in Spatial Planning Processes, Brussels 2016.

⁹⁷ European Union (ed.), Participatory Governance of Cultural Heritage, Luxembourg 2018.

social paradigm is required if we are to realise and reap the benefits of the social values of heritage in the context of the global socio-political-economic realities of the 21st century.

Heritage professionals need to be open-minded about how the public (and different communities) value the past, and about their own roles in mediating these values with public communities. In the 21st century world of digital social networks the opinions of experts have been replaced by the aggregated opinion of tens of thousands of consumers. Heritage practitioners at large need to be more respectful of public opinion (and '*public research*'), if heritage is to be a successful vehicle that delivers social cohesion. If passive (but extensive) public interest in heritage is to be mobilised into widespread and active engagement, we will need to tap into the 21st century zeitgeist by recognising the role of the public in *defining* cultural heritage.⁹⁸

The challenge today is to continue to explore and understand the social dimension of heritage in all its multifaceted complexity, and to deploy this understanding in the service of society at large so that the instruments that we already have can attain their true potential. Our

heritage forebears – including in the UK the founders of the National Trust (alongside their like-minded contemporaries in other states) – knew only too well how to engage directly with public opinion in the service of high-minded social ideals to deliver actual social benefit. During the second half of the 20th century, the same understanding was, and continues to be deployed by our environmental *confrères* to deliver real social change and social benefit on behalf of the conservation 'movement'. If the cultural heritage community is to achieve similar outcomes, it must paradoxically relearn some of the lessons of the past by confronting and overcoming its general reluctance to engage meaningfully with public concerns of, and interest in, heritage. If society at large is to realise the full social and public benefit of heritage, (as envisaged by the authors of so many international instruments and conventions) then we must break down the walls of the intellectual ghetto that we have (almost accidentally) created over the past 70 years by acknowledging the role of the public in creating our collective past and working jointly with the public to care for our cultural heritage in a more sustainable and meaningful way.

⁹⁸ e.g. the Know Your Place initiative: <http://www.kypwest.org.uk/> (28.5.2020).

Broadening Understanding of the Public Benefits of Development-led Archaeology

INTRODUCTION

The European Archaeological Council¹, founded 1999, exists to support the management of the archaeological heritage across Europe. Its membership is open to heritage ministries or agencies of member states or autonomous regions which have strategic responsibility for archaeological policy. It works by providing a forum for discussion and publication of guidance on issues of common interest. It currently has 31 member states. Its action plan – the Amersfoort Agenda – was published in 2015². In our work on making choices in heritage management³, a survey of member states revealed that there was a widespread wish for support in explaining the public benefits which were created by development-led archaeology⁴, to policy-makers, developers, archaeologists and the wider public. This desire to be clear about public benefit stemmed from two key drivers: (i) a genuine desire to increase public engagement with archaeology and (ii) an unease that there is a growing – if misguided – perception that development-led archaeology can be an unwelcome financial burden incapable of creating much public value. The Board of the EAC therefore determined to provide much clearer evidence of the benefits than can be derived from development-led archaeology and thus work towards a means of identifying and capture its wider public value. This short paper sets out the framework within which that work is being undertaken.

The 1954 European Cultural Heritage Convention (the ‘Paris Convention’⁵) was arguably the first pan-European expression of the acknowledgement that culture is a unifying force, that mutual understanding of different ‘peoples’ was a key to creating the appreciation of culture, and that fostering the study of the ‘history and civilization’ of the member states was a means to create the necessary understanding. While archaeology was not specifically mentioned, cultural objects were. Here lay the seeds of an understanding that archaeology as a discipline could create profound public value far beyond the academic exploration which had characterised its practice in the decades before. The 1969 European Convention on the Protection of the Archaeological Heritage (the ‘London Convention’⁶) developed this notion specifically, seeing the objective of the proper management of archaeological sites and their excavation as contributing to ‘scientific, cultural and educational’ activities, and generating ‘historical and cultural value’. The 1992 Valletta⁷ revision of the London Convention established the need for archaeological heritage management to be built into wider state planning policies and to be appropriately resourced and funded, while also identifying archaeology as ‘a source of the European collective memory and as an instrument for historical and scientific study’. These three conventions thus directly connected the fostering of unity in the European community with the appropriate management of archaeology in the context of land development and state planning procedures.

Primarily as a result of the ratification and adoption of these conventions, and of the consequent improvement of archaeological heritage management across Europe, the scale and intensity of archaeological investigation

1 <https://www.europae-archaeologiae-consilium.org/> (10.12.2019)

2 Peter A. C. Schut / Djurra Scharff / Leonard C de Wit (eds.), *Setting the Agenda: Giving New Meaning to the European Archaeological Heritage*, EAC Occasional Paper 10, Budapest, 2015, pp. 16–23.

3 Barney Sloane, *Making Choices: Valletta, Development, Archaeology and Society*, *Internet Archaeology* 49, 2018, <https://doi.org/10.11141/ia.49.3> (10.12.2019).

4 Also known as ‘preventive archaeology’ or sometimes ‘rescue archaeology’.

5 <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/018> (10.12.2019).

6 <https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/066> (10.12.2019).

7 <https://www.coe.int/en/web/culture-and-heritage/valletta-convention> (10.12.2019).

has grown very considerably over the last 30 years. The investment, whether state or private, has risen to support this. (In the UK, for example, it is estimated that the commercial archaeological market in 2018 was worth up to £238m⁸, generated by some 6000 archaeologists on upwards of 5000 investigations). The contribution that such investment has made to our understanding of the past cannot be denied and, crucially, is increasingly recognised both by archaeologists and by the developers who have funded the work⁹.

However, the benefit of increased knowledge only takes us part of the way toward meeting the goals envisaged in the three conventions noted above, goals that have been further developed in the Faro Convention¹⁰. We need to think more carefully about other benefits which development-led archaeology can bring and, ultimately, about how we might make the realisation of the maximum range of benefits part of the planning of each and every future investigation. In effect we need to operationalize the creation of benefits as far as we can. Furthermore, we need to be able to articulate these benefits in a way that can be understood by all of our stakeholders, not just those who have a specialist understanding of the issues.

APPROACHES PRESENTED IN RECENT ACADEMIC RESEARCH

There is a very considerable international body of research focused on archaeology and public value. Encouragingly there are even some specific departments focusing on the transformation of development-led archaeology¹¹. There is space here only to touch on some of the areas which have seemed to EAC to offer particularly valuable perspectives in developing the framework we have chosen to develop.

⁸ <https://landward.eu/wp-content/uploads/2019/03/Archaeological-Market-Survey-2017-18.pdf>, p. 4 (10.12.2019).

⁹ See for example in England: <https://historicengland.org.uk/images-books/publications/building-the-future-transforming-our-past/> (10.12.2019).

¹⁰ <https://www.coe.int/en/web/culture-and-heritage/faro-convention> (10.12.2019).

¹¹ <https://lnu.se/en/education/PhD-studies/archaeology/grasca/> (10.12.2019).

Archaeological Commodities

Gabriel Moshenka¹² considered archaeological commodities within an economic framework. He posited that ‘commodities’ – things possessing value – exist in a variety of forms, but could be grouped into a small number of distinct types.

- (i) Archaeological materials. This encompasses the material outputs of archaeological research, including both objects and sites.
- (ii) Archaeological knowledge and skills. This comprises knowledge gained by fieldwork or research, and the skills needed to do the work.
- (iii) Archaeological work. The forms of work carried out by archaeologists, for which (in development-led archaeology) they are normally paid.
- (iv) Archaeological experiences. Peoples’ encounters with archaeological processes and products such as visits to museums or archaeological sites, educational courses and similar.
- (v) Archaeological images – The recognisable archaeological themes and images that feature in popular culture representations of the past; in advertising, architecture, film, art and elsewhere¹³.

Gestrich¹⁴ warned against thinking of archaeology as a purely saleable commodity, recalling the more fundamental fact that “*laws governing the protection of archaeological remains were not created in order to provide a market for the commodity of archaeological skills. They were created in recognition of the fact that ... there lies a debate about the past which shapes our identity today. It is this debate that is the actual objective of archaeology, and it is also the reason why people value the commodities that result from it.*” Response to this warning led to a focus on the values in archaeological commodities, identifying a number of forms useful to our framework, including: monetary, cultural, intellectual, social and emotional¹⁵. They also reiterated the principle of archaeology as a public good not a traded commodity, and the need to establish how archaeology contributes to wellbeing and quality of life.

¹² Gabriel Moshenka, What is Public Archaeology?, *Present Pasts*, Vol. 1, 2009, pp. 46–48, <http://doi.org/10.5334/pp.7> (10.12.2019).

¹³ A theme explored in depth in *Cornelius Holtorf*, *Archaeology is a Brand! The meaning of Archaeology in Contemporary Popular Culture*, London and New York 2007.

¹⁴ Nikolas Gestrich, Putting a Price on the Past: The Ethics and Economics of Archaeology in the Marketplace – A Reply to “What is Public Archaeology”, *Present Pasts*, Vol. 3 no. 2, 2011, <http://doi.org/10.5334/pp.50> (10.12.2019).

¹⁵ Gabriel Moshenka / Paul Burtenshaw Commodity Forms and Levels of Value in Archaeology: A Response to Gestrich’, *Present Pasts* Vol. 3, No. 2, 2011, pp. 83–84.

They concluded that “*the strength of any model of archaeological value lies in its ability to communicate the roundest possible view of the benefits that archaeology offers*”.

Specific benefits of archaeology

Others had earlier begun to specify particular benefits from archaeology which could help us to flesh out an emerging model for our work. In the US in 2006, Minnis and others¹⁶ asked a specific hypothetical question of US archaeology: “*So, the Skeptic asks, “you expect me to pay taxes so you can play in the dirt digging up old stuff instead of me saving more for my kid’s education or for producing more vaccines against childhood illnesses in the Third World?”*” In attempting to answer, they recognised the following tangible benefits of archaeology:

- (i) Counteracting racism: In the US archaeology has become an important tool for discovering and teaching African-American history and for initiating dialog about the continuing effects of racism.
- (ii) Documenting accomplishments of ignored communities
- (iii) Time-depth as a response to short-termism of modern age. A long-term perspective is worth investing in because it changes public dialogue when the benefits and costs of policy decisions are considered over time periods exceeding a single human generation.
- (iv) Human ecology. Understanding ecological dynamics for environmental conservation purposes, documenting novel uses of plant resources, understanding strategies for farming marginal lands, expanding increasingly impoverished inventory of crops to combat food shortages
- (v) Detailed knowledge of the past drawn from archaeology can challenge myths, misconceptions, and stereotypes.
- (vi) Historic context development to assist planning and environmental compliance, and thereby make (for example) mining more efficient and hence profitable for the state
- (vii) Tourism: wide popular support, as evidenced by book sales, television ratings, and visitations at publicly supported sites and museums.

¹⁶ Paul E. Minnis / Robert Kelly / Dean Snow / Lynne Sebastian / Scott E Ingram / Katherine A Spielmann, Answering the Skeptic’s Question, *The Society for American Archaeology Archaeological Record*, Vol. 6 no. 5 2006, p. 17.

TOWARDS A FRAMEWORK FOR UNDERSTANDING THE PUBLIC BENEFITS OF DEVELOPMENT-LED ARCHAEOLOGY

With these insights we propose a framework which addresses the ethical responsibility to deliver the public good of development-led archaeology, articulates the benefits that can be realised through its practice using real case studies, and offers clear evidence of the economic value and desirability of maintaining coherent and robust policies in its support.

Our first pillar is an ethical one. We will reiterate the reasons behind the existence of state laws protecting archaeology, and their alignment with the European conventions which have helped shape archaeological heritage management. This reminds our target audiences that the objective was never primarily an economic one.

Our second pillar is an economic one. We will understand the financial impact of conducting development-led archaeology by revealing the evidence of the very low economic cost¹⁷ to taxpayers and investors. Our approach will be to assess the total cost of development-led archaeology against the total size of the construction industry in each state. This will inevitably be a crude measure, but no state keeps detailed public records enabling a precise calculation.

Our third pillar is clear proof of concept. We will provide genuine case studies of the delivery of public benefits through development-led archaeology under a number of headings which will be understandable to our stakeholders. These headings are summarised as follows:

- (i) Contribution to a shared history. This is the most fundamental and obvious benefit to society and is enshrined in Valletta (and every other convention on archaeological heritage). Archaeology offers a different scale of history, bringing in a human dimension understandable by all. A requirement for an investment in investigation which has a clearly articulated knowledge ‘dividend’ will be more readily understood.
- (ii) Artistic and cultural treasures. The most frequent archaeological stories in the media, and the most often-asked questions by members of the public revolve around the unearthing of wonderful cultural objects. Such finds can draw international interest to a site and to an investor and can, occasionally, act as dramatic catalysts for inward economic investment to an area.

¹⁷ Our survey will provide this data. We expect the impact to be around 0.1 % of construction industry turnover with variations depending on individual state approaches.

- (iii) Local values. People often express pride or value in the archaeology on their doorsteps, even if that archaeology may not be so important as to make the national media headlines. An investigation which is alive to this local pride is one which may help the investor or developer engage local support.
- (iv) Place-making and social cohesion. Archaeology has powerful messages to send about the changeability of societies over time, about the mobility of people, and about the ways in which cultural values can be adopted and shared to create better places to live. Such stories shared as part of investigations can provide a catalyst for understanding and new community perspectives. The physical remains can be used as blueprints or assets for redevelopment of locales to the joint benefit of commerce and public alike.
- (v) Educational value. Linked to the above, but wider in impact, this recognises that archaeology can generate specific educational benefits. For example, certain kinds of archaeological site may shed light on past adaptation to climate change. While these rarely provide practical answers to the issues facing 21st-century Europe, they can be remarkable educational tools. Suitably planned investigations can feed such information to school children and colleges.
- (vi) Science and innovation. An often-forgotten benefit of investment in archaeological investigation is the impact on wider scientific research. For example, the recovery of ancient plant remains can provide very important information about past species and variants (and even, on occasion, viable seeds); ancient DNA techniques have permitted the study of epidemics; and recovery of human skeletal remains have informed our understanding of the causes and effects of disease.
- (vii) Wellbeing. The practice of archaeology can itself be used for helping people who are suffering from a range of conditions¹⁸.
- (viii) Added value to developers. Direct economic benefit to the investor is possible in a development which takes account of the archaeological dimension of the project¹⁹.

¹⁸ Examples from the UK include the Operation Nightingale project: <https://www.gov.uk/government/news/rehabilitation-through-archaeology-project-wins-new-award> (10.12.2019).

¹⁹ "There are considerable benefits to clients from a carefully considered and executed archaeological programme which can be used to boost public relations and leave a legacy to society through increase in knowledge, providing a pride of place for local communities". (written by a consultancy advising

This framework brings the concept of a commodities model and the specific benefits together. If we are successful, we may be able to help reverse scepticism, and allow archaeology to play "a significant role in struggles, for and against the rights to self-determination and participation in public affairs; freedom from discrimination; life and freedom from persecution; education; belief, association, assembly and expression; work and just conditions of work; the highest attainable physical and mental health and an adequate standard of living; and conservation of, access to and participation in science and culture²⁰." In doing so, we may be able to meet a good number of the objectives enshrined in the European conventions on cultural heritage first envisioned half a century ago.

developers <https://slrconsulting.com/news/2017/design-integration-of-archaeology-in-a-construction-project> [10.12.2019]).

²⁰ *Samuel Hardy*, The archaeological profession and human rights. In: G. Moshenska, (Ed.), *Key Concepts in Public Archaeology*, London 2017, pp. 93–106, <https://doi.org/10.14324/111.9781911576419> (10.12.2019).

Echtheit, Authentizität und Authentifizieren: Denkmalschutz zwischen Boden- und Datenarchiv. Ein Beitrag zum archäologischen Entscheidungsmanagement

Das Fachgespräch ‚*Making-choices*‘ ist ein sehr willkommener Anlass, den Weg einer Selbstreflexiven Archäologie weiter zu beschreiten und über das eigene, fachliche Entscheidungsverhalten nachzudenken. Welche Attribute eines Objektes sind aufzunehmen? Wie konsistent ist eine Datenerhebung? Wie rational ist die Wahl der Mittel oder der betriebene Aufwand?

Neben diesen kleinen Alltagsentscheidungen stehen natürlich auch die großen Fragen. Welche Auswirkungen haben individuelle und kollektive fachliche Richtungsentscheidungen? Welche Konsequenzen resultieren hieraus? Für wen? Wer entscheidet über Optionen und deren Umsetzung? Und nicht zuletzt, wie werden diese Entscheidungen fachlich abgesichert?

Derlei Fragestellungen sind schon vor dem Hintergrund realer fachlicher, organisatorischer und rechtlicher Rahmenbedingungen nicht trivial. Hinzu kommt die forschungsgeschichtliche Dimension der fachliches Handeln tragenden Strukturen. Diese hat zur Ausbildung von zweckrationalem Verhalten und Entscheidungsrouinen geführt. Beide Ebenen werden wiederum von Regeln und Strategien getragen und führen im archäologischen Berufsalltag zu einer Vielzahl an intuitiven, richtigen Entscheidungen. Dennoch können auch Fehler auftreten. Diese oder eine mangelhafte methodologische oder systematische Konsistenz können schon aufgrund der grundsätzlichen Überprüfbarkeit des archäologischen Fachwissens identifiziert und (langfristig) korrigiert werden.

Archäologisches Fachwissen muss mit Unbestimmtheiten und Reduktionen umgehen. Das entscheidungstragende Wissen hängt zudem von verschiedenen

Faktoren wie Vorwissen, personellen und zeitlichen Ressourcen aber auch von Zielkriterien und Interessenlagen ab. Die Entscheidungseffizienz orientiert sich dabei an qualitativen Kriterien, dem betriebenen Aufwand, der freiwilligen Selbstverpflichtung der Akteure sowie an etwaigen Befugnissen.

ECHTHEIT ALS KRITERIUM ARCHÄOLOGISCHER ENTSCHEIDUNG

Ende des 19. / Beginn des 20. Jh. etablierten sich die theoretischen und praktischen Grundlagen der prähistorischen und frühgeschichtlichen Archäologie. Mit der Einführung der *Quellenkritik* als Grundlage archäologischer Forschung bekommt das den archäologischen Denkmalwert bestimmende Kriterium der *Echtheit* seine heutige Bedeutung. Dieser besondere fachliche Stellenwert machte aus einer antiquarischen Beschäftigung, die durch ein hohes Maß an individualisierter Spekulation geprägt wird, eine Wissenschaft. Als Produkt dieses Prozesses entstehen fachlich-organisatorisch (in Europa) die prähistorische und frühgeschichtliche Archäologie und darauf aufbauend ihre anderen Fachgebiete. Derzeit letzter, in seiner Etablierungsphase befindlicher Fachbereich ist die sog. Archäologie der Moderne.¹

¹ Dieser Beitrag wird in Ergänzung zu dem derzeit im Druck befindlichen Artikel „Realarchäologische Denkmalpflege der Moderne – Ein neu entstehender Fachbereich zwischen inhaltlicher Etablierung und organisatorischem Zusammenhang“ erarbeitet.

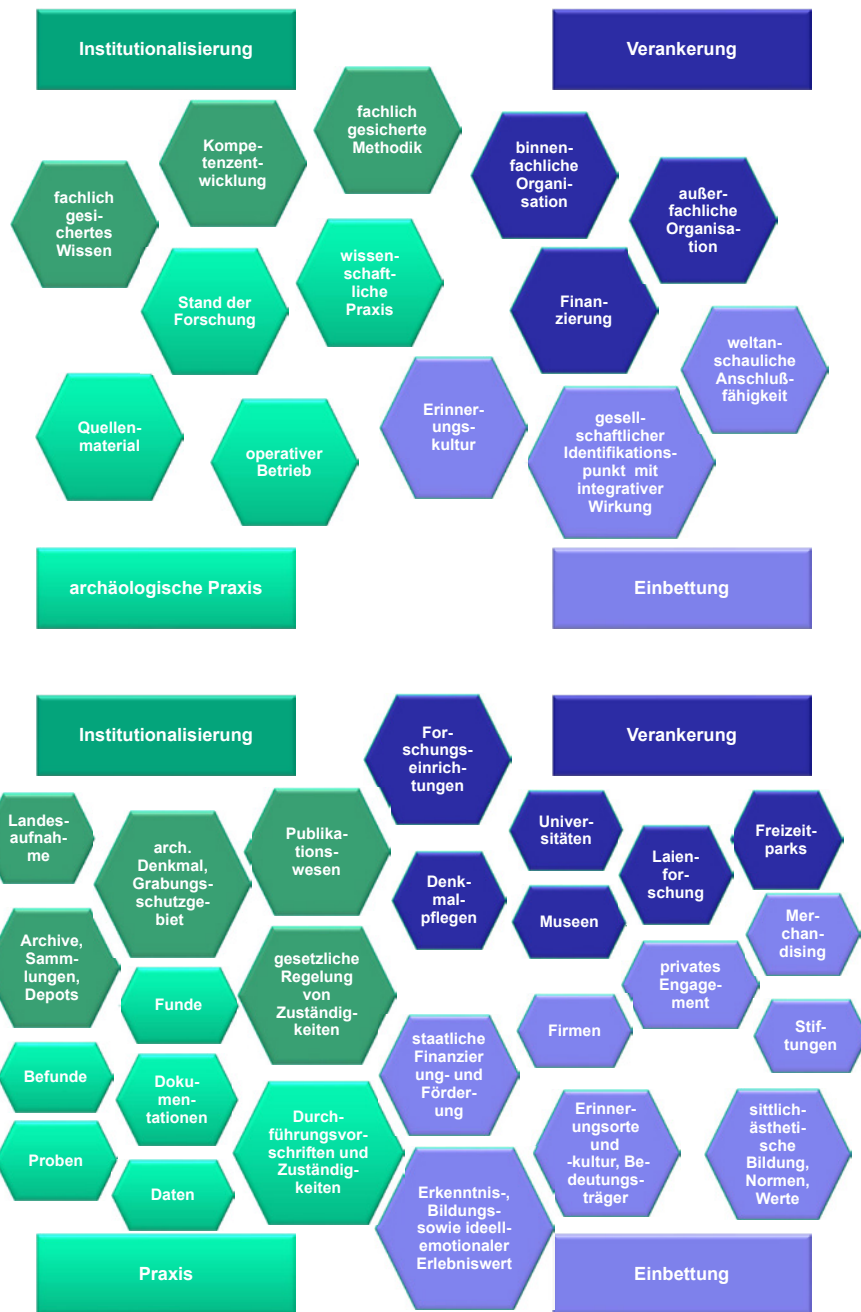


Abb. 1: Die strukturelle Bedeutung der archäologischen Wissensproduktion innerhalb von Innovationsprozessen kann anhand der Matrizes a und b über die Begriffe Praxis, Institutionalisierung, Verankerung und Einbettung verstanden werden

Das Fach Archäologie bzw. seine nachgeordneten Fachbereiche nutzen entsprechend ihrer klassisch-antiken Vorläufer vordergründig Relikte der menschlichen materiellen Kultur oder des Menschen als historische Materialien. Dieser Begriff wird gleich genauer zu fassen sein. Mit Einführung der stratigrafischen Methode als Bezugspunkt archäologischer Systematik erfolgt eine direkte Verknüpfung mit Biologie und Geologie. Diese Verbindung führte zur Etablierung der Paläobotanik und Archäozoologie bzw. Paläontologie sowie zur

Geoarchäologie im Kanon der archäologischen Fachbereiche. Sie alle beschäftigen sich wiederum mit ihren jeweils ‚eigenen‘, d.h. sehr spezifischen Quellen, die in Form von Umweltdaten Aufschluss über Rahmenbedingungen der menschlichen Kulturgeschichte geben.

Ziel der archäologischen Denkmalpflege, aus deren Perspektive dieser Beitrag verfasst ist, ist neben der Forschung vor allem der Erhalt dieser Quellen in Form von Primärquellen oder, im Zuge der archäologischen Feldforschung, sogar deren Umwandlung in

Sekundärquellen. Diese Aussage beinhaltet ein mehrschichtiges, wissenschaftlich interessantes Problem. Das Wissen über Primärquellen ist zunächst auf Ebene der archäologischen Fundstelle abstrakt und theoretisch. Es kann mit nicht-invasiven Methoden konkretisiert und verdichtet werden.

Die letzte Erschließung mit invasiven Methoden ermöglicht Wissen *aus* einer Primärquelle. Die kontrollierte Zerstörung einer Fundstelle fördert mit den Funden und Proben weitere Primärquellen zu Tage. Dabei werden Sekundärquellen in Form von Daten, Fakten und Informationen erhoben und im Idealfall zu Dokumentationen zusammengestellt und über Meldungen und Berichte vermittelt. Diese werden wiederum von Begriffen, Argumenten und Narrativen getragen. Im Kern steht also nicht nur das archäologische Objekt als historische Quelle, sondern auch das mit diesen Objekten verbundene Wissen: Wer hat was, wo, wann, in welcher Form und unter welchen Rahmenbedingungen gesehen, dokumentiert und bearbeitet?

Erst dieses Wissen ermöglicht eine archäologische Quellenkritik und damit eine Echtheitsprüfung. Diese beruht wiederum auf einer gemeinsamen Methodologie und Systematik und sich darauf beziehenden Theoremen und Axiomen. Dies ist verkürzt der Rahmen von *Entscheidbarkeit* und *Überprüfbarkeit*.

RAHMENBEDINGUNGEN VON WISSENS-PRODUKTION UND REPRODUZIERBARKEIT

Der archäologische Nachweis von Echtheit ist ein vielschichtiges Unterfangen. Dieses wird durch den Zusammenhang von Information und Wissen sowie dem dahinterstehenden normativen Rahmen und operativen Betrieb getragen. Da es sich um einen akteursgeprägten Prozess handelt, müssen der organisatorische Zusammenhang und die sich dahinter versteckenden Faktoren der Wissenssteuerung berücksichtigt werden. Die archäologische Wissensproduktion wird als Prozess und in ihrer forschungsgeschichtlichen Dimension von Institutionalisierung-, Professionalisierungs-, Spezialisierungs- und Verfächlichungsprozessen getragen (Abb. 1).

Die sich in den unterschiedlichen organisatorischen Strukturen entwickelnden wissenschaftlichen Praktiken entscheiden über fachlich zu sicherndes Wissen. In dem Maße, wie archäologische Forschung und Inhalte Teil des öffentlichen Interesses werden, wird der Fachbereich ein öffentlicher Belang, der eine organisatorische, d. h. fachlich, administrativ und rechtlich abgesicherte Struktur in Form von Institutionen, Aufgaben und gesetzlichen Definitionen und Regelungen und nicht zuletzt eine

Finanzierung erhält. In einem zusammenwachsenden Europa stehen heute neben den nationalen Regelungen europäische Rahmenbedingungen.

Fachlich-organisatorische Rahmenbedingungen

Um die *Akzeptanz* von fachlichen Bewertungen und Entscheidungen zu prüfen, sind über- wie untergeordnete Strukturen der Konsenserzeugung nötig. Diese sind zwar primär fachlicher Natur, sie benötigen aber schon mit Blick auf ihre denkmalrechtlich relevanten Schnittstellen auch eine administrative und juristische Anerkennung und Überprüfbarkeit. Daher sind fachliche Richtungsentscheidungen nicht immer nur eine Frage von Selbstakzeptanz innerhalb der unterschiedlichen informellen Strukturen, Arbeitsebenen und Gremien des Faches Archäologie oder seiner Teilbereiche. Darüber hinaus sind in den hierhin vorhandenen Ebenen auch Fragen der Kompetenzentwicklung zu klären. Wissen, Wissensproduktion und -innovationen können in den unterschiedlichen Fachbereichen oder organisatorischen Zusammenhängen durchaus unterschiedliche Bedeutungen haben bzw. bewertet werden. Was für den einen Bereich eine wichtige Wissensinnovation darstellt, ist für den anderen Bereich von nur geringer Relevanz. Daher sind Wissen, Wissensproduktion und -innovation als Teil von fachlicher *Disziplinierung* und *Regulierung* nicht nur über den Stand der jeweiligen Forschung, sondern auch im Hinblick auf ihre Relevanz innerhalb von organisatorischen Strukturen und deren Zielen zu bewerten. Diese hier skizzierten Einflussfaktoren entscheiden im operativen Betrieb über Datenerhebung, -auswertung, -verwaltung und -nutzung.

Dabei kommen die Rolle und das Rollenverständnis der Akteure zum Tragen. Handelt es sich um einen hauptamtlichen Experten? Ist dieser Spezialist oder Generalist? Arbeitet er in Forschung, Verwaltung oder Vermittlung? Ist er ein Ehrenamtlicher oder ein Laienforscher? Hat er kommerzielle oder nicht-kommerzielle Interessen? Agiert er abhängig oder unabhängig?

Fachlich-inhaltliche Rahmenbedingungen

Fachlich gesehen, wird die archäologische Wissensproduktion und -reproduktion sowie die eigene Innovationsfähigkeit durch die dialektische Beziehung von Theorie und Praxis geprägt. Theoretische Vorstellungen erhalten durch das Moment der Datenerhebung eine Richtung. Antiquarische Forschung beruhte zwar auf von Objekten ausgehenden, aber weitgehend theoretisch-spekulativ

gewonnenen Annahmen, die zudem nicht überprüfbar sein mussten. Der in der archäologischen Forschung methodologisch und systematisch geordnete Moment der Datenerhebung führt demgegenüber jeweils zu reproduzierbarer Erkenntnis und so zu überindividuellem Wissen. Das hier wirkende zentrale Element ist die räumlich und zeitliche Verortung von Wissen sowie von Objekten und Objektgemeinschaften. Damit kommt der Frage nach der Bedeutung von rational generiertem und intuitiv gewonnener Erkenntnis in Form von Daten, Fakten und Informationen im archäologischen Entscheidungsmanagement eine besondere Rolle zu. Geordnet gewonnenes, d. h. methodologisch und systematisch begründetes Wissen ist zwar grundsätzlich reproduzierbar, hat aber den Nachteil, dass die damit einhergehende Spezialisierung Detailrationalität (über-)betont. Das hat konkrete Auswirkungen auf den methodologisch und systematisch geordneten Moment der Datenerhebung in anderen Bereichen. Für die Verwaltungsarchäologie reichen z. B. fachlich abgesicherte Kopfdaten, die allerdings für die Forschung zu allgemein sind. Dieses Generalisten-Spezialisten-Dilemma kann innerhalb von fachlichen Bewertungen immer dann zu einseitigen oder gegenseitigen Einschätzungsfehlern führen, wenn der organisatorische Hintergrund von Bewertung und Bewertendem sowie das konkret zu erreichende Arbeitsziel unberücksichtigt bleiben. Neu gewonnene Erkenntnis kann in einem Fachbereich eine wissenschaftliche Innovation darstellen, für die archäologische Denkmalpflege aber völlig irrelevant sein. Daher stellen sich bei der archäologischen Wissensproduktion immer auch Fragen nach der Position dieses Wissen im oder nach dessen Integrationsfähigkeit in das Gesamtsystem: Neben der umsetzungsorientierten Praxis stehen Fragen der Übertragbarkeit und Anwendbarkeit sowie der fachlichen Konsensserzeugung.

Rahmenbedingungen der auf praktischer Datenerhebung basierenden archäologischen Wissensproduktion

Zentrales Ziel archäologischer Forschung ist die umfängliche Erschließung und Auswertung des Bodenarchivs. Diese Absicht umfasst in hierarchischer Ebene Fundlandschaften, Fundstellen, Funde und Proben. Dabei geht es um das Wissen über sowie aus diesen archäologischen Objekten oder Objektkomplexen. Die archäologischen Objekte sind in diesem System die Primärquellen. Daher muss zunächst Wissen über diese Primärquellen erhoben werden. Erst dieses Wissen ermöglicht verschiedene fachliche Entscheidungen über den wissenschaftlichen oder denkmalrechtlichen Umgang mit diesen Objekten.



Abb. 2: Der heute völlig abgetragene Fundplatz des Neandertalers in Mettmann, Nordrhein-Westfalen, hat seine Funktion als Bodenarchiv verloren und ist zu einem Erinnerungsort und Denkmal geworden

Während die archäologische Forschung (theoretisch) selbstständig über das Erschließen von für sie relevanten Objekten mit nicht-invasiven oder invasiven Methoden aus rein fachlichen Gründen entscheiden kann, liegt der Fall in der archäologischen Denkmalpflege etwas anders. Hier sind die verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten, die im Umgang mit dem archäologischen Erbe möglich sind, an rechtliche Rahmenbedingungen gebunden.

Handelt es sich bei dem Objekt um ein archäologisches Denkmal, so kann es unter Denkmalschutz gestellt und so als archäologische Primärquelle zumindest theoretisch langfristig gesichert werden. Dies hat allerdings Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen zukünftiger Untersuchungen, d. h. nicht-invasive sind vor invasiven Methoden zu bevorzugen.

Dem gegenüber steht die archäologische Fundstelle. Ihr Erhalt ist nicht rechtlich abgesichert. Im Falle raumplanerischer Zielkonflikte werden diese häufig durch Ausgrabungen gelöst. Im Gegensatz zum Denkmal können Fundstellen mit allen nicht-invasiven und invasiven Methoden erforscht werden. Ein Ergebnis dieser Arbeit muss nicht die vollständige Ausgrabung sein, sondern kann ggfs. auch zu Unterschutzstellungen führen (Abb. 2).

Die im Zuge von Feldarbeit gemachten Beobachtungen sowie Daten- und Objekterhebungen bilden das archäologische Quellenmaterial. Diese historischen Materialien umfassen demnach Denkmale, Fundstellen, Befunde, Funde und Proben. Die Untersuchung dieser Primärquellen erbringt Sekundärquellen in Form von Meldungen und Berichten sowie ggfs. dahinterstehende Dokumentationen. Für die im Rahmen von archäologischen Untersuchungen erhobenen analogen wie digitalen Daten gelten im Grunde genommen drei Grundsätze:

1. Sie müssen nach gemeinsamen methodischen und systematischen Regeln erhoben und nach ebenfalls gemeinschaftlichen genutzten kommunikativen Regeln sowie nach den diese tragenden Begriffen, Argumenten und Narrativen verarbeitet werden.
2. Analoge wie digitale Daten sowie die sich darauf beziehenden Fakten und Informationen müssen an und für sich und jederzeit nachprüfbar sein.
3. Analoge wie digitale Daten sowie die sich darauf beziehenden Fakten und Informationen können allerdings bewusst oder unterbewusst unbemerkt verändert, verfälscht, kombiniert und manipuliert werden.

Vor diesem Hintergrund wurden die unterschiedlichen Werkzeug der fachlichen und rechtlichen Absicherung wie Kataloge, Inventarbücher, Landesaufnahmen, Denkmallisten usw. entwickelt. Ihre Aufgabe ist das weiter hinten erläuterte Authentifizieren von Primär- und Sekundärquellen. Im Falle Schleswig-Holsteins hat das Archäologische Landesamt und seine Vorgängerstrukturen in ihrem Zuständigkeitsbereich in der Landesaufnahme seit 1923 ca. 61500 archäologische Fundstellen aufgenommen. Aus dieser Gesamtmenge wurden 5050 Objekte herausgelöst und als archäologische Denkmale in die Denkmalliste aufgenommen. Die im Rahmen von Forschungs- und Rettungsgrabungen, die seit 2004 auch als sog. Verursachergrabungen umgesetzt werden, erarbeiteten analogen und digitalen Dokumentationen, Berichte und Funde werden an das archäologische Landesmuseum abgegeben. Die Inventarisierung erfolgt inzwischen über ein gemeinsames Fundverzeichnis in Zusammenarbeit mit dem Museum für Archäologie, wobei die Inventarisierung der Fund im Rahmen der Verursachergrabungen bereits im Rahmen der Feld- und Aufarbeitungsarbeit beginnt.

NUTZBARKEIT UND ÜBERPRÜFBARKEIT DES QUELLENMATERIALS

Mit der Etablierung des Ziels einer grundsätzlichen Reproduzierbarkeit als fachlichem Grundsatz werden *Nutzbarkeit* und *Überprüfbarkeit* zu wichtigen

Nebenaspekten von Echtheit. Während die antiquarische Forschung für das genannte hochgradig individualisierte Wissen steht, ist die wissenschaftliche archäologische Forschung von Anfang an ein auf nationaler, europäischer bzw. weltweiter Ebene vernetztes Vorhaben, das durch Kollektivierung von Wissen geprägt ist: eine gemeinsame Methodologie und Systematik.

Die zuvor stark durch Privatsammlungen und Mäzenen geprägten Vorhaben werden zu einem öffentlichen Belang, der auf Teilhabe und Erzeugung von auch rechtlich überprüfbarem Wissen ausgerichtet ist. Damit verlieren archäologische Primärquellen ihre rein fachliche Relevanz und erhalten ihre zusätzliche, heutige denkmal- und baurechtliche Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der sich spezialisierenden Strukturen zu sehen, die einerseits Depots und Sammlungen andererseits Fachmuseen, Denkmalpflegeeinrichtungen und universitäre bzw. außeruniversitäre Forschungsstrukturen umfassen. Um Wissen austauschbar und Forschungsergebnisse überprüfbar zu halten, müssen alle Akteure im Fach innerhalb der genannten Grundsätze komplementär zu einander arbeiten.

In diesem Prozess verlieren das Buch wie auch die insbesondere private Bibliothek als alleiniger und privilegierter Orte der Wissenssicherung ihr Monopol. Publierte Kataloge, die Einblicke in private oder nicht öffentliche Sammlungen geben, werden in einem sich im letzten Drittel des 19. Jh. vollziehenden Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozesses durch zu führende Strukturen wie Inventarbücher, Landesaufnahmen oder Ortsarchive sowie die öffentlich zugänglichen Fachbibliotheken oder Archive abgelöst.

Ein weiteres Element der archäologischen Wissenssicherung ist die fachliche Entscheidung, archäologische Fundstellen und Funde in Form unbeweglicher oder beweglicher Denkmälern zu erhalten und rechtlich zu schützen. Hiermit werden regionale Ursprungs-, Entwicklungs- oder Fortschrittsgeschichten entweder vor Ort (*in-situ*) oder in translozierter Form in der kollektiven Wahrnehmung verankert. Diese Primärquellen stellen die direkteste Schnittstelle in die Öffentlichkeit dar, zumal sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit sozialer Identitäten stehen können. Auch hier muss die archäologische Denkmalpflege regelhaft Entscheidungen treffen, die nicht nur fachliche Auswirkungen berücksichtigen. Neben denkmalrechtlichen Entscheidungen sind die Auswirkungen auf die lokale, regionale oder überregionale Erinnerungskultur zu bewerten.

Die sich zunächst auf wenige Akteure beschränkende, zunehmende Professionalisierung der Archäologie führte schließlich etwa im zweiten Drittel des 20. Jh. zu einer

stärkeren Spezialisierung innerhalb der sich etablierenden Fachbereiche: Die archäologischen Denkmalpflegen haben den Umgang mit der Ressource ‚archäologisches Erbe‘ zur organisieren. Die Museen müssen die Funde nicht nur präsentieren, sondern langfristig pflegen und erhalten. Beide Strukturen müssen ihre Primär- und Sekundärquellen gleichzeitig für interne und externe Forschung nutzbar machen und bereithalten. Die Datenverwaltung und hier vornehmlich das Wissen über Fundstellen und Funde wird organisatorisch von der Datenerhebung und -auswertung getrennt. Die Datennutzung ist wiederum durch eine Vielzahl von Interessensgruppen geprägt. Sie hat als Teil der archäologischen Forschung ihren Schwerpunkt in der Datenerhebung und -auswertung. Die Universitäten erhalten neben ihrer zentralen Funktion als Forschungsakteur auch die Rolle des fachlich Qualifizierenden. Sie werden zunehmend durch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen unterstützt. In Deutschland ist der Prozess in Folge des Zweiten Weltkriegs durch eine strikte Trennung der denkmalrechtlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern geprägt.

In diesem interagierenden und komplementären Wissenschaftsbereich kommt dem Nachweis der Originalität und Echtheit von Quellen eine besondere Bedeutung zu. Das Wissen über und aus archäologischen Primärquellen bedarf des Authentifizierens.

Originalität als Eigenschaft von Primär- und Sekundärquellen

Auf der praktischen Ebene wird die physische Realität des Objektes in die abstrakte Realität von Materialvorlagen oder Synthesen umgewandelt. Hierbei kommt es im Moment der Forschung zu einer Reduktion der Komplexität der physischen Realität von z. B. Fundstellen und zu gleichzeitiger Erzeugung neuer Realitäten in Form von Dokumentationen und Berichten. Nicht alles kann beobachtet, dokumentiert und ausgewertet werden. Der jeweilige Inhalt ist Ergebnis und Produkt eines von intuitiven, rationalen oder strukturellen Entscheidungen sowie durch Entwicklungspfadabhängigkeiten geprägten Prozesses. Dessen Kern bildet jeweils die Autorität der Sache. Die Fundstelle steht in Idealkonkurrenz zur Grabungsdokumentation und Grabungsbericht. Der Fund oder die erhobenen Daten zur analogen oder digitalen Replik oder Darstellung bzw. zu dessen Dokumentation und darauf aufbauenden Meldungen und Berichten. Dokumentationen und Berichte stehen wiederum in Idealkonkurrenz zur wissenschaftlichen Synthese und nicht zuletzt das Wissen über Fundstellen zu dem Wissen aus einer Fundstelle.

Den Begriffen des Originals und der Echtheit kommt in der archäologischen Systematik eine besondere Bedeutung zu. Beide Terme stehen zunächst einmal für ein zu einem wissenschaftlich fassbaren Zeitpunkt bzw. -raum geschaffenes, im besten Fall unverändertes Werk. Dies ist im Idealfall die Grundform einer Entwicklungsreihe. Diese muss über mindestens *eine* zweite Entwicklungsreihe abgesichert werden, d. h. die Parallelisierung beider erfolgt über Fundvergesellschaftungen in geschlossenen Befunden. Letztere stehen wiederum in einem relativ-chronologisch fassbaren Verhältnis.²

Das einzelne Objekt, in diesem Fall ein Befund oder Fund, ist die stoffliche Verkörperung von Ideell-Geistigem. Es kann Teil von historischen Entwicklungen, aber auch deren Grundlage sein. Damit steht der Begriff des Originals sprachlich auch in einem Kausalzusammenhang mit der Bedeutung von Ursprung von Entwicklungen und Umfasst Begriff wie Archetyp, Urfassung, Urschrift, Urbild, Urform, Urgestalt, Ur- und Prototyp. Neben diesen rein archäologischen Primärquellen, Befunde und Funde, stehen archäozoologische und paläobotanische Primärquellen in Form von Funden und Proben. Die aus deren Analyse gewonnene Informationen, Fakten und Daten bilden den Kern von Sekundärquellen. Diese reichen von Feldebüchern bis hin zu Aktivitätsberichten und den dahinterstehenden analogen und digitalen Dokumentationen. Auch hier geht es um quellenkritische Überprüfbarkeit und Echtheit.

Echtheit und Authentifizieren

In der archäologischen Forschung steht der Begriff der Echtheit für eine eindeutige und zweifelsfreie Ansprache und Überprüfbarkeit von archäologischem Quellenmaterial in Form von Realien und Archivalien sowie für die Absicherung dieses Wissen durch archäologische (Feld-) Beobachtungen. Beides, Objekt und dokumentierte Beobachtung, sind als archäologische Primär- und Sekundärquellen wiederum Grundlage der archäologischen Systematik und der sich aus Theoremen und Axiomen zusammensetzenden archäologischen Ordnung und darauf aufbauenden Deutungen. Damit hat der Begriff der Echtheit eine grundlegende Bedeutung für die archäologische Forschung.

Daneben steht der Aspekt des *Authentifizierens*. In einem in der Renaissance einsetzenden Prozess werden die aus heutiger Sicht grundlegenden Regeln der Quellenkritik entwickelt. Antiquare und Historiker beginnen,

² Die gleichen methodologischen Rahmenbedingungen gelten für die Paläobotanik und Zoarchäologie bzw. Paläontologie.

die unkritisch-individualisierte Deutung und Rezeption des archäologischen Erbes abzulehnen und einen gemeinsamen methodologischen Rahmen zu entwickeln. Ihnen geht es zunehmend um einen sach- und fachgerechten Umgang mit geschriebenen Quellen (Archivalien) und Sachquellen (Realien). Zentraler Aspekt ist hier deren jeweiliger *Zeugniswert*.³

Im Zuge der fachlichen Etablierung der Archäologie werden genannte Regeln aufgestellt, „*die ein Urteil über die Echtheit, den Wahrheitsgehalt oder den Wahrscheinlichkeitsgehalt eines Textes*“⁴ oder anderer archäologischer Primärquellen ermöglichen. Erst das Wissen um Methoden, Regeln, Praktiken sowie um hierauf aufgebaute Inhalte qualifizieren zu erwerbende fachliche Autorität. Diese determiniert als ein weiterer Faktor die Qualität der erzeugten Sekundärquellen.

Der Begriff des *Authentifizierens* hat allerdings noch eine zweite, parallele Bedeutung. Diese umfasst neben der fachlichen auch die rechtliche Absicherung von Daten bzw. Informationen, Funden und Objekten. Diese Sicherung ist eng mit der fachlichen Etablierung der zunächst prähistorischen Archäologie verbunden und wird fachlich auf alle folgenden Epochen ausgedehnt. Als Werkzeug dieser fachlichen und rechtlichen Absicherung werden zunächst jeweils Kataloge und Inventarbücher genutzt. Das zunehmende öffentliche Interesse an Archäologie erfordert jedoch die Schaffung einer über eine rein publizistische Tätigkeit hinausgehende fachliche und rechtliche Möglichkeit der Überprüfbarkeit. Dieses Ziel zieht die Einrichtung von Strukturen wie Depots und Lagern für Funde sowie von Inventarbüchern für die museale Verwaltung und Ortsakten, Landesaufnahmen und Denkmälbüchern / -listen für Denkmalpflegetätigkeit nach sich. Diese Strukturen bilden den Rahmen archäologischer Forschung. Diese ist allerdings auch weiterhin den Auswirkungen von Spezialisierung, Verfachlichung, Institutionalisierung oder Professionalisierung ausgesetzt. In diesem sich auch weiter ausdifferenzierenden Umfeld sind auch weiterhin individualisierte Ziele zu verzeichnen. So muss Forschung und museale Inszenierung permanent Neues erschaffen, während Verwaltung, sei sie museal oder denkmalpflegerisch begründet sehr strikt innerhalb der eigenen fachlich-organisatorischen Rahmenbedingungen wirken. Um den darin enthaltenen Entwicklungen zu begegnen, besteht die grundlegende Notwendigkeit, die Echtheit archäologischer Primär- und

Sekundärquellen zu authentifizieren. Dieses Ziel dient nicht nur der fachlichen Qualitätssicherung, sondern hat auch eine mit der *Trägerschaft öffentlicher Belange* (TöB) im Zusammenhang stehende Komponente. Neben der verwaltungs- und baurechtlichen Relevanz dieser Daten stehen mit Blick auf den Erhalt von archäologischen Denkmälern auch eigentumsrechtliche Aspekte im Hintergrund.

Authentizität in der archäologischen Wissensproduktion

Im fachlichen Zusammenspiel wird häufig der Dritte im Titel ebenfalls angeführte Begriff der *Authentizität* synonym zur Echtheit genutzt. In diesem Beitrag wird grundsätzlich davon abgerückt. Als Grund werden bereits rein sprachliche Gründe gesehen. Der Begriff der *Echtheit* oder des *Echtseins* ist, wie gezeigt, mit den Attributen Identität und Originalität eines Objektes oder einer Information sowie mit der hinter diesen Aussagen stehenden Sicherheit verbunden. Er hat die angeführte fachliche und verwaltungsrechtliche Bedeutung und dürfte in dieser Hinsicht in dem englischen *genuineness* seine Entsprechung finden.

Ihm steht der in diesem Abschnitt thematisierte Begriff der *Authentizität* oder des *Authentischseins* gegenüber. Dieser Term ist seinerseits auf der sprachlichen Ebene mit den Attributen des Glaubwürdigseins, der Verlässlichkeit und der Zuverlässigkeit verbunden. Diese drei in Bezug zu Wahrhaftigkeit stehenden Aspekte benötigen im Gegensatz zur Echtheit als abgesichertem Zustand grundsätzlich der Verifizierung, Beglaubigung oder der Bescheinigung, d. h. des Authentifizierens. Diese Abgesichertheit ist der Echtheit jedoch bereits zu eigen. Als Wortfeld umfasst sie eine Gruppe von Begriffen wie Echtheitsbeweis, -nachweis, -prüfung und -zeugnis.

Der Begriff der Authentizität scheint im Gegensatz zur Echtheit auf der sprachlichen Ebene nicht der durch eine konkrete Prüfung abgesicherten und bestätigten Richtigkeit zu bedürfen. Authentizität steht vielmehr für eine vorausgesetzte Echtheit und theoretische Überprüfbarkeit. Der Begriff ist daher für die archäologische Vermittlungsarbeit immer dann geeignet, wenn das Echte oder Original im Falle von unbeweglichen archäologischen Denkmälern nicht mehr als unversehrtes Objekt in seinem ursprünglichen Kontext vorhanden ist (in situ), sondern beispielsweise transloziert oder beschädigt wurde. Ergänzungen oder Rekonstruktionen sind immer dann als echt zu bezeichnen, wenn sie wissenschaftlich abgesichert werden können. Sie sind immer dann nur authentisch, wenn sie aufgrund von z. B. Analogieschlüssen zwar

³ s. a. Peter Burke, *Kultureller Austausch*, Frankfurt am Main 2000, S. 41–73.

⁴ Marie-Joseph Steve, A. *Archäologie: Technik und Geschichte*, in: Marie Henriette Alimen / Marie-Joseph Steve (Hg.), *Vorgeschichte. Fischer Weltgeschichte 1*, Frankfurt am Main 1987, S. 12–33 insb. 12.

wahrscheinlich, methodologisch aber nicht abzusichern sind. Vergleichbares gilt für Funde. Sie sind echt, wenn dies quellenkritisch belegbar ist. Sie sind authentisch, wenn die Echtheit nicht zweifelsfrei überprüfbar ist. Dann haben sie allerdings auch keinerlei grundlegende Bedeutung für die archäologische Systematik.

HISTORISCHE MATERIALIEN ALS GRUNDLAGE DER ARCHÄOLOGISCHEN WISSENSPRODUKTION

Es lässt sich vor dem Hintergrund des bestehenden Fächerkanons, Spezialistentums und der grundsätzlich bestehenden Freiheit der Forschung streiten, was archäologische oder historische Materialien sind. Der deutsche Historiker und Geschichtstheoretiker Johann Gustav Droysen (1808–1884), der die methodologischen Grundlagen der im 19. Jh. entstehenden Geschichtswissenschaften gelegt hat, vertrat eine sehr holistische Ansicht. Er definierte Geschichtsquelle als ‚alles und jedes‘, was die Spur von Menschenhand und Menschengestalt trägt. Da diese Aussage zunächst einmal sehr theoretisch gemeint ist und auf Grundsätzliches abhebt, begrenzt er mit Blick auf die real bestehende Rahmenbedingung seine Aussage durch drei Bedingungen ein. Das „*Alles und Jedes*“ müssen erstens übrig gebliebene Zeugnisse und Erzeugnisse historischer Ereignisse sein. In den Altertums- und Geschichtswissenschaften sind dies Realien und Archivalien. Ihre Erforschung und den mit Produktion und Reproduktion verbundenen Erhalt knüpft der Historiker an die Bedingungen, dass aus ihnen historische (Er-) Kenntnis geschöpft werden kann. Als Relikte vergangener Zeit muss dieses „*Alles und Jedes*“ als un- oder mittelbares Zeugnis immer am Beginn eines Reflexionsvorgangs stehen. Damit verknüpft er den Quellenwert mit einer potentiellen Auswertbarkeit.

Diese Perspektive auf historisch-archäologische Materialien findet sich in Teilaspekten in der archäologischen Forschung. Ein Gemeinplatz ist hier, das alles ‚Archäologie‘ ist. Ein anderer ist der Glaube, dass ‚alles‘ aufzuheben sei, um irgendwann einmal, vielleicht sogar mit besserer wissenschaftlicher Methodologie, ausgewertet werden zu können.

In der forschungsgeschichtlichen Genese erfolgte die Produktion historisch-archäologischer Materialien zunächst in Form historischer Landschaftsbeschreibungen, in denen das archäologisch-historische Erbe der Regionen zunächst unsystematisch erfasst wurde. Die darauf aufbauenden Antiquare bezogen sich zwar auch auf Realien und Archivalien, waren aber bei ihrer auf Reproduktion ausgerichteten Wissensproduktion

vornehmlich auf die Erstellung wie z. B. Korpora-Werke, d. h. auf Erfassung ausgerichtet. Mit der Entstehung der heutigen Berufsarchäologie wurden die heute gültigen vier Grundsätze der *Vollständigkeit* der Quellen, der methodologisch-systematischen *Konsistenz* als Grundlage von über einen normativen Rahmen⁵ geregelter *Entscheidbarkeit* sowie dem Grundsatz der Überprüfbarkeit, eingeführt.

Realien und Archivalien als Archäologisch-Historische Materialien

Die archäologische Forschung ist auf die folgenden grundlegenden Aspekte ausgerichtet. Das archäologische Erbe ist die Primärquelle. Sie beinhaltet Realien und Archivalien. In der hier vertretenen schleswig-holsteinischen normativen Perspektive umfassen die Realien alle Spuren des menschlichen und des mit menschlichen Leben im Zusammenhang stehenden pflanzlichen und tierischen Lebens sowie alle geologisch-bodenkundlichen Quellen. Damit sind neben den ‚klassisch‘ archäologischen Fachbereichen der Materialkunde auch die Paläobotanik, Archäozoologie / die Paläontologie (Abb. 3) sowie die Bodenkunde / Geologie fachlich berücksichtigt und als Belang im Denkmalschutzgesetz des Landes fachlich berücksichtigt.

Um deren spezifische Interesse überhaupt berücksichtigen und fachlich vertreten zu können, ist hier für die zuständige archäologische Denkmalpflege ein gewisses Grundlagenwissen notwendig. Dieses wird zwar von amtswegen erhoben, benötigt aber der Rückkopplung mit den jeweiligen spezialisierten Fachbereichen. Weder desperat noch exponiert publiziertes Wissen über Fundstellen findet nur aufgrund seiner Existenz fachliche Berücksichtigung. Es muss erhoben, denkmalrechtlich geprüft und adäquat aufbereitet werden, wenn dieses Wissen außerhalb seiner fachlichen Bedeutung Grundlage denkmalrechtlicher, d. h. verwaltungsrechtlicher oder baurechtlicher Entscheidungen sein soll.

Daneben steht das Wissen *aus* archäologischen Fundstellen. Dieses kann mit nicht-invasiven und invasiven Methoden generiert werden. Der damit verbundene Entscheidungsrahmen ist durch die Polarität von Objekt (Realien / Archivalien) und Dokumentation einschließlich der Berichte geprägt. Sind die gewonnenen Informationen, Fakten und Daten ein geeigneter Ersatz für die eine Fundstellen ausmachenden Befunde, Funde und Proben? Können sie einfach die physische Realität des archäologischen Erbes ersetzen und sogar dessen

⁵ Regeln, Strategien, Kriterien, Prinzipien.



Abb. 3: Das Freilichtmuseum Dinosaurierpark in Munchehagen in Niedersachsen vermittelt das paläontologische Erbe

Funktion übernehmen? Dann wären sie äquivalent und würden einen gleichwertigen Gegenwert darstellen. Sind sie nur kein gleichwertiger Gegenwert, dann wären sie ein dem archäologischen Erbe entsprechendes Ersatzmittel. Als Surrogat stellen sie dann nur einen Notbehelf und sicherlich keinen vollwertigen Ersatz dar. Rechtlich gesehen wäre die im Rahmen der Verursacherarchäologie erzwungene Gegenleistung zudem ein Ausgleich, der auch in Richtung von Kompensation, Entschädigung oder Abgeltung gedeutet werden kann.

Die archäologische Wissensproduktion und die hiermit verbundene Überlieferungsbildung

Der fachliche Umgang mit dem Grundproblem der Erhebung von Wissen aus Fundstellen wird sehr vereinfacht durch zwei Rahmenbedingungen determiniert. Zum einen ist es eine rein fachliche Entscheidung. Diese wird durch wissenschaftliche Neugier ausgelöst und von organisatorischen Rahmenbedingungen gelenkt.

Hier stehen z.B. Einrichtungen und ihre Aufgaben, Forschungsförderung oder gesellschaftspolitische Fragestellungen im Vordergrund. Dem steht zum anderen die Verursacherarchäologie gegenüber. Hier entscheidet nicht mehr das individuelle fachliche Interesse. Vielmehr rückt das im öffentlichen Interesse stehende übergeordnete Ziel der Quellensicherung in den Vordergrund. Im Kern werden diese Verursacher- oder Rettungsgrabungen nicht durch akademische Forschungsfragestellungen ausgelöst, auch wenn sie hiervon getragen werden.

In beiden Fällen geht es im archäologischen Entscheidungsmanagement um Erhalt, Erfassung oder Erforschung. Diese Themen sind mit Fragen nach den fachlich angestrebten Zielen, zu betreibendem Aufwand oder beispielsweise zu wählende Mitteln verbunden. Ziel sollte es sein, in einen geordneten Prozess nachhaltig mit den archäologischen Quellen und Archiven sowie mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen. Dieses System aus unterschiedlichen Aufgaben, Zielen, Wünschen und Möglichkeiten ist eigentlich völlig unbestimmt. Um diese Unbestimmtheit aufzulösen, wurden



Abb. 4: Der Kummerhy in Süderbrarup, Schleswig-Holstein, ist ein Grabhügel der späten Bronzezeit, der möglicherweise im wikingerzeitlichen Frühmittelalter sekundär genutzt wurde

fachliche Ziele durch administrative und juristische Rahmenbedingungen kanalisiert. Die erwähnte grundsätzliche Reproduzierbarkeit ist über die zuständigen Museen und Denkmalpflegen und ihre Sammlungen, Depots und Archive zu gewährleisten. Dabei stellt der Archivbegriff einen ergänzenden Aspekt dar, der im Bereich der Primärquellen von rechtlich geschützten Archivböden über das Konzept des Bodenarchivs reicht und im Bereich der Sekundärquellen Fund- und Dokumentationsarchive sowie als Ergebnis der Digitalisierung heute auch Datenarchive umfasst.

ARCHÄOLOGISCHES ENTSCHEIDUNGS-MANAGEMENT ALS FRAGESTELLUNG – EIN FAZIT

Archäologische Berufsfelder wie auch deren Alltag sind sehr vielschichtig. Sie sind das Produkt von Institutionalisierungs-, Professionalisierungs-, Spezialisierungs- und Verfälschungsprozessen, in deren Ergebnis ein den operativen Betrieb leitender normativer Rahmen steht. Dieser umfasst Prinzipien, Regeln, Kriterien und Strategien, die fachliches Handeln und damit fachliche Entscheidungen leiten und lenken. Als grundsätzliches, rational geordnetes Wissen bildet es den Hintergrund von Entscheidungsroutrinen, ohne dass dieser Hintergrund wirklich bewusst reflektiert werden muss.

Vielmehr können viele fachliche Entscheidungen intuitiv gefällt werden, und sie werden es auch.

Diese Rahmenbedingungen haben den Vorteil, dass die sich dahinter verbergenden Prinzipien, Regeln, Kriterien und Strategien, dem Einzelnen das Erreichen angestrebter Ziele ermöglichen. Trotz der Gefahr von psychologischen Fallen oder von Einschätzungsfehlern ist diese Vorgehensweise recht effektiv, da Urteile, Aufwand, Wahl der Mittel und Optionen mit Blick auf angestrebte Ziele in der alltäglichen Arbeitsroutine ein ‚Leben in Reduktion‘ ermöglichen: Der einzelne Akteur muss weder normativen Rahmen, operativen Betrieb noch Rechtsrahmen verstehen, um sich zweckrational zu verhalten. Um das Problem von Entscheidung in Unsicherheit aufzulösen, wurden die Prämissen der Vollständigkeit, Konsistenz und Überprüfbarkeit sowie die der Entscheidbarkeit erarbeitet. Da die heutige archäologische Landschaft Produkt eines fortwährenden Prozesses ist, der durch Spezialisierung und Verfälschung, aber auch durch Professionalisierung in spezialisierten Institutionen geprägt ist, stellt sich die Frage nach Entscheidungsbefugnissen. Diese sind zwar fachlich, organisatorisch und rechtlich geregelt, werden mit Blick auf individuelle Ziele, selbstwahrgenommene Aufgaben, usw. gelegentlich unterlaufen. Hinzu kommen die großen Einflussfaktoren wie Digitalisierung oder (wissenschafts-)politischen Entwicklungen, die hier nur mit den Begriffen der Teilhabe oder Transparenz skizziert werden. Vor diesem Hintergrund wurden in diesem Beitrag die Frage nach



Abb. 5: Außenlager Schwesing in Nordfriesland. Durch den Denkmalschutz kann die Fläche des ehemaligen Arbeitslagers geschützt werden (Umgebungsschutz und Substanzerhalt)

dem Umgang mit den eigenen Quellen sowie den Formen, diese Quellen zu erschließen und auszuwerten thematisiert. Wer darf, kann oder muss das entscheiden?

Bei der Beantwortung dieser Frage wurde die Perspektive der archäologischen Denkmalpflege vertreten. Hier geht es um das *Erfassen* von Wissen über Primärquellen, das *Erforschen* der Primärquellen und die Erzeugung von Sekundärquellen. Beides ist Grundlage über die Entscheidung über den *Erhalt* von beweglichen Denkmälern (Funden) und unbeweglichen Denkmälern (Denkmale) oder von Archivböden. Um die Produktion von archäologischem Fachwissen und dessen Reproduzierbarkeit zu gewährleisten, müssen die Proben und Funde als Realien und die erzeugten Sekundärquellen in Form von Meldungen, Berichten und Dokumentationen langfristig erhalten werden.

Damit rücken Fragen nach der Überlieferungsbildung in den Vordergrund. Hier steht das Konzept des Bodenarchivs im Vordergrund. Es umfasst geschützte und ungeschützte Relikte, die alle potenziell durch Beschädigung oder Zerstörung bedroht werden. Hier stehen Schutzkategorien wie Denkmal oder Archivboden Begriffen wie Fund, Befund oder Fundstelle gegenüber, die zwar archäologische Primärquellen darstellen, aber als Teil des archäologischen Erbes aus denkmalrechtlichen Gründen nicht denkmalwürdig oder -fähig sind. Ihr Erhalt ist also zwar möglich, aber nicht abgesichert, zumal er als öffentlicher Belang nicht bzw. nur sehr bedingt in raumwirksame Entscheidung eingebunden werden kann. Darüber hinaus ist dieses Bodenarchiv durch zwei gegenläufige Prämissen geprägt. Zum einen kann seit dem Beginn der Erfassung archäologischen Quellenmaterials eben dessen Verlust beobachtet werden. Neben rein natürlichen Faktoren stehen Infrastrukturausbau, Urbanisierung oder Intensivierung der Landwirtschaft. Dem steht zum anderen die Zunahme von archäologischem Quellenmaterial gegenüber. Durch menschliche Aktivitäten wird Raum permanent überprägt und neue Relikte entstehen. Derzeitiger Diskussionspunkt ist die sich derzeit etablierende Archäologie der Moderne bzw. die zeitgeschichtliche Archäologie (Abb. 5). Für alle archäologischen Fachbereiche gilt der Grundsatz, dass keine unbeobachtete Aussonderung des archäologischen Erbes aus dem Bodenarchiv stattfinden darf. Damit werden Fragen der Überlieferungsbildung thematisiert. Diese reichen bei den Primärquellen im Bodenarchiv von der Ausweisung von Denkmälern, Grabungsschutzgebieten bis hin zu Forschungsreserven. Ist die Entscheidung über die Untersuchung mit invasiven Methoden gefällt und Funde und Proben werden im Rahmen von Feldarbeiten als Primärquellen erzeugt, stellt sich vor dem Hintergrund von Quellenwert und Lagerkapazitäten die Frage nach Erhalt, d. h. alles aufzuheben, dem Aufbau einer repräsentativen Sammlung (auf Grundlage der archäologischen Systematik) oder nach Untersuchung und Dokumentation die Frage nach einer Entsorgung des Quellenmaterials. Naturgemäß sind das keine individuell, sondern im fachlichen Konsens zu entscheidende Fragen, die mit den Aspekten der Nutzbarkeit von Daten, Fakten, Informationen und deren Überprüfbarkeit verbunden sind. Hier wurde unterschwellig die Frage gestellt, ob wissenschaftliche Publikationen, seien es Materialvorlagen oder Synthesen ausreichen, um sowohl die archäologische Wissensproduktion (auch zu einem Zeitpunkt lange nach Ende der Feldarbeit) oder Reproduzierbarkeit zu gewährleisten. Als ein negativer Einflussfaktor im Umgang mit analogen wie digitalen Sekundärquellen erweisen sich Spezialisierungs- und Institutionalisierungsprozesse. Die verstärken

den dem System sowieso inhärent drohenden Verlust des organisatorischen Zusammenhangs und stellen Grenzen der Konsenserzeugung dar. Diese Grenzbildung ist wiederum das Produkt eines fehlenden Verständnisses von Zusammenhängen sowie der gleichzeitigen Pluralisierung und Fragmentierung von fachlichen Wirklichkeitssichten. Detailrationalität erhält im Entscheidungsverhalten den Vorzug vor Systemrationalität. Ein weiterer, sich kritisch auf methodologische oder systematische Konsistenz des Gesamtfaches auswirkender Nebeneffekt ist die Verschiebung der fachlichen Fokussierung von einer breit aufgestellten Primärdatenerhebung zu einer sehr spezialisierten Primärdatenerhebung mit hoher Detailtiefe. Dieses führt als allgemein fachlich getragenes Ziel zu einer Überbetonung der Erforschung von singulären Objekten zu Ungunsten der systematischen (Nach-)Inventarisierung insbesondere der neu entstehenden Fachbereiche. Neben der Überbetonung von Einzelinhalten sind dann auch noch selektive Quellennutzung sowie ungenügende methodische Übertragungen sowie deren Rückkopplung mit Fragen der Überlieferungsbildung zu verzeichnen. Diese erfordert die transparente, gesamtfachliche

Auseinandersetzung über die Regeln im Umgang mit Primär- und analogen wie digitalen Sekundärquellen.

- Die Inhalte des archäologischen Quellenmaterials sollten nicht durch andere Quellengruppen (besser) abgebildet werden.
- Es muss nach methodischen und systematischen Regeln erhoben werden.
- Es muss nach (transdisziplinären) kommunikativen Regeln verarbeitet werden.
- Es muss eine an und für sich und jederzeitige Nachprüfbarkeit gegeben sein.

DANKSAGUNG

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Organisatoren der Tagung für die sehr gute Organisation, den begleitenden, inspirierenden Austausch und die Möglichkeit, die Strukturen im Hintergrund zu verstehen, bedanken. Mein besonderer Dank gilt den Kollegen Dr. Eva Steigberger (Mauerbach) und Dr. Detlef Janzen (Schwerin) für die kritische Unterstützung bei der Erstellung dieser Analyse.

Making Choices – Making Strategies. National Strategies in Denmark

In 2011 it was decided to establish a set of National Strategies for the archaeology in Denmark. The initiative came from the Danish Agency for Culture and Palaces as an answer to not only a considerable and increasing political focus on the developer pays-system but also as a follow-up on suggestions in a National Report on Danish Museum. Furthermore, it was invoked by a general wish to improve the archaeological results and heighten the quality as such on the excavations carried out.

Thus, the strategies should not only help the museums prioritizing their work in the field but were also intended as a general tool for the everyday administration of archaeology in Denmark as such – not least to qualify prioritizing the examinations related to developer payed archaeology. It should be stressed, that the intentions were not that less archaeology should be carried out in Denmark but to focus and optimize the examinations in a way that would exploit the resources better.

In these thoughts, also considerations about “repetitive archaeology” was an issue. Luckily, it seemed to all relatively clear, that repetitive archaeology does not necessarily mean that you should not be allowed to examine same types of objects – as, for instance, Iron Age settlement sites that in Danish archaeology are a relatively well-known phenomenon. Instead, the archaeologist must change and adjust his or hers approach to the well-known type of sites and with new questions and methods gain new knowledge from these already recognized types. However, new questions are not possible to put forward, if the common – and the potential – knowledge is not known. Also here national strategies serves to heighten the level.

To understand the set up in which the strategies work it might be fruitful for the reader to know that in Denmark only local museums licences by the agency (the state) may carry out (developer payed) archaeology. No private firms or other stakeholders are allowed in this field. Furthermore, the Danish Museum Act sets the frames for the work and procedures and, i. a., claims that

the agency must qualify and accept all budgets (and final accounts) for the archaeological work connected with developer payed archaeology. All budgets must be argued for by the museums – an argumentation that shall not only contain considerations about the methods needed etc. but, not least, also define the quality of the site – that is: make it clear why the actual site is prioritized for examination.

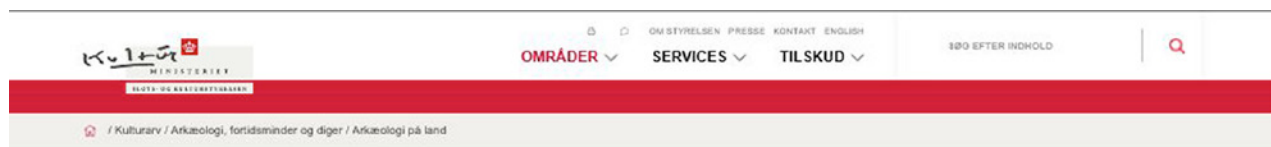
The law-given set up gives a very close (daily) co-operation between the licenced museums and the agency and within this frame, of course, a sort of “document of understanding” – the strategies – as common reference is very useful. Furthermore references to written down and accessible strategies means a much more transparent administration that also offers the developer a fair opportunity to estimate the argumentation making up the very base for the excavation needed ... and for which he or she has to pay.

A main ambition and intention for the strategies was that they should support the process of prioritisation on excavation as well as in the administration by:

- Giving updated overviews of each period
- Focusing on gaps in the knowledge
- Recommend methodology for special types of sites

Most of the strategies were produced by experts from the local museums, the National Museum and the universities – all done voluntarily! The agency itself generally only played the role as project manager. That the agency could offer almost no money for the project of course had implications – and not least delayed the entire process to some extent. However, the enormous help, the eagerness and the willingness found among all participating colleague archaeologist and researchers made the “making of the strategies” an extremely positive experience for all.

Today, with the last chapters published in May 2019, a complete set of strategies for all prehistoric and historic periods from Older Stone Age until Recent Times is now available as internet publications on the agency’s home



Arkæologiske Strategier

De arkæologiske strategier skal gøre essensen af den nyeste viden umiddelbar tilgængelig, så den kan indgå i museernes planlægning og prioritering af arkæologiske undersøgelser. Strategierne er ikke statiske, men vil løbende blive revideret og tilpasset de nyeste undersøgelsesresultater.

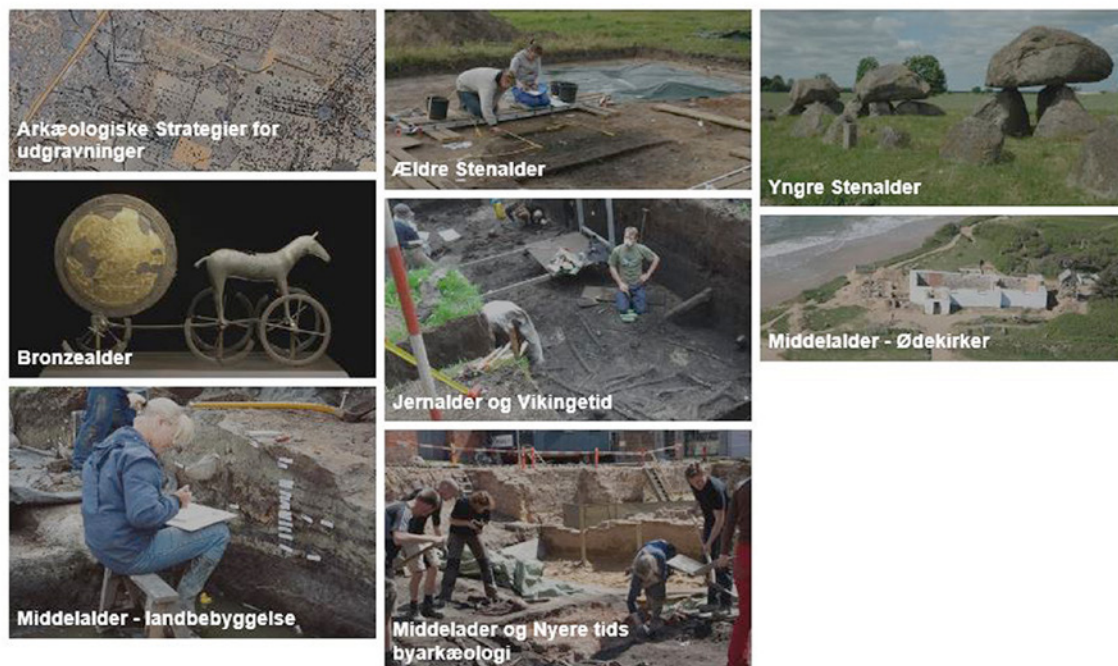


Fig. 1: National Strategies – screen dump from the Danish Agency for Culture and Palaces' home page

page (unfortunately only in Danish). See: <https://slks.dk/arkæologisk-strategier/om-strategierne/>.

Most of the background for and processes behind the strategies has already been presented in the article “*Making Choices — Making Strategies: National Strategies for Archaeology in Denmark*.”¹ This small contribution, therefore, shall not deal any more with these questions. Instead, a few thoughts about how the strategies work

and about the future management and maintenance of the strategies will be added to follow up the article.

Unfortunately, the agency made a mistake in its planning when it did not choose the Iron Age Strategy as one of the first strategies to be produced. A mistake because Iron Age settlements makes up about 60–70% of all sites excavated pr. year in Denmark. Instead the publication of the actual strategy was carried out rather late in the process and therefore it was not possible to use this very important document as a reference in the archaeological work till very recent. The strategies as such therefore for a long time seemed rather inadequate and even useless for the museums as the strategies though much in number did, de facto, only cover 30–40% of the knowledge

¹ Thomas Roland, Making Choices — Making Strategies: National Strategies for Archaeology in Denmark, in: Ann Degraeve (Ed.), Dare to Choose. Making Choices in Archaeological Heritage Management, Proceedings of the International Conference Athens, Greece, 9–11 March, 2017 / Internet Archaeology 49, 2018. The article is free for download at <https://intarch.ac.uk/journal/issue49/5/index.html> (12.5.2020).



Fig. 2: New knowledge and prioritizing! ... Key words in the management of developer payed archaeology and characterising, for instance, Museum of Copenhagen's very large excavation in the city centre prior to the construction of a new metro line

needed. This be a small warning and thought for anyone, who plan to make similar strategies!

Nevertheless, the strategies, now completed, seem to fulfil their goal. Thus, the strategies (and the mutual acceptance of the documents between museums and agency) has not only meant better and more qualified argumentations from the museums for carrying out examinations – and thereby given a much better background for prioritising! – but has also given the agency and the museums a far better shared "frame of understanding" for carrying out the law-given archaeology.

Though the statistics are still not completely reliable (still the full results of the implementation have not been seen), it seems that more investigations now are closed after initial investigations (trial excavations) and instead more focus and effort has been given to more rewarding sites where new results are expected (- and found!). Furthermore, an extended use of external experts from neighbouring museums, specialized working groups, institutions etc. is noted. Probably it has become clearer to each single institution, which are their forces and

where help from external specialists etc. is required. This again improve the level of and outcome from the examinations carried out.

To sum up, the introduction and use of the strategies seems not only to have caused a more professional and transparent administration of the developer payed archaeology – including more clear and qualified information to the developer – but also meant an upgrade of the Archaeology as such. Furthermore, the strategies has helped to convince the politicians (and the State Revision!), that the archaeological work is carried out based on professionally standards where decisions are taken on a well-informed background and defined criteria.

In spite of the different mistakes in the process, we therefor still allow ourselves to call the strategies a success ... but as always, we have found no time to rest on the laurels! Most important is the fact, that an instrument like the strategies can only be useful if they are currently revised and updated. A next – and very vital – challenge is therefore how to keep up the level of the strategies as up-to-date documents. The first strategies (now about

six years old) certainly needs a brush up and we estimate that, ideally, a revision of the documents should be carried out every third year.

Beside the planned revisions, it is also a wish to allow all professionals and expert users to contribute currently to the documents with new knowledge from excavations, supply themes lacking in the present strategies etc. The exact way of how to manage such an access, however, is still uncertain, as many aspects about rights, resources

etc. are not solved and must be considered. Moreover, qualified reviews of new contributions would be needed – but reviews are time consuming, and time is ... (the ever absent!) money.

None the less, a revision of the first strategies will start 2020, though, unfortunately, it is still uncertain how this challenge can be carried out with almost no resources to follow. How we will succeed in this work is still to be found out!

Making Choices in Czech Archaeology

INTRODUCTION

In the Czech Republic, the archaeological heritage care, as well as conducting archaeological research, is predominantly affected by the outdated legislation that was adopted already during the Communist era and focused on the needs of a centrally-managed socialist state with minimal experience with private business and the market economy system. The Act on the State Landmark Conservation came into force in 1988 and currently remains as one of the last socialist relicts not only in the legislative system of the Czech Republic but also in the sphere of monument protection on the European level as it is the oldest regulation in the post-communist countries of Central and Eastern Europe. On the positive side, such situation has resulted in quite broadly accepted efforts of the professional archaeological community to search for functional solutions to problems while, at the same time, people try to find ways how to circumvent the current system and seek loopholes in the system that already is relatively unstable.

The Czech lands had to wait for modern legislation concerning the protection of archaeological monuments and the conduct of archaeological fieldwork for quite some time. The State Archaeological Institute was established in 1919, together with other state authorities of young Czechoslovakia. Its tasks covered not only the development of scientifically oriented archaeological research but also gathering of all information about new archaeological finds, and disseminating the results of archaeological research to the public. The State Archaeological Institute was, therefore, established as a counterpart to the often unprofessional excavations conducted by museums and individual collectors of antiques. However, the effort to subject these activities to stronger state control was completely ineffective throughout the interwar period. The state authorities managed to issue a state decree regulating the ownership of archaeological finds and determining who could conduct archaeological excavations only in 1941 when the archaeological heritage came under the occupation power of Nazi Germany and SS Ahnenerbe troops. Similar legislation was also issued

in other occupied European countries such as France or the Netherlands.

Government Decree No. 274/1941¹ stipulated that the only institution authorised to conduct archaeological research was the State Archaeological Institute. Other organisations such as museums may conduct archaeological research only with the consent of the State Archaeological Institute and under the conditions established by it. On the other hand, archaeological finds should be kept primarily in state museum collections.

This fundamental premise that the Archaeological Institute shall be considered the highest professional authority responsible for the coordination of archaeological fieldwork has remained in principle up to the present. A fundamental change occurred in 1953 when the State Archaeological Institute was incorporated into the newly created Academy of Sciences by following the Soviet model. The Academy of Sciences divided its tasks and powers with the newly established scientific institution – the Archaeological Institute of the Czechoslovak Academy of Sciences.

POST-WWII DEVELOPMENT – ACT NO. 20/1987 ON STATE LANDMARK CONSERVATION

Provisions of the State Decree No. 274/1941, regarding archaeology, were in 1958 almost entirely adopted in the new monument protection law (Act No. 22/1958 on cultural landmarks). Since then, significant changes appeared only in the Act No. 20/1987 on state landmark

¹ State decree Nr. 274/1941: <http://ftp.aspi.cz/opispdf/1941/091-1941.pdf> (27.10.2016). Based on historical evidence, we can conclude that the Protectorate government probably followed the similar ideas and intentions as the Dutch state, which passed similar Decree in 1940.– cf. *Willem J. H. Willems*, Archaeological Heritage Management in the Netherlands: past, present and future, in: *Willem J. H. Willems / H. Kars / D. P. Hallewas* (eds.), *Archaeological Heritage Management in the Netherlands*, Amersfoort/Assen 1997, pp. 3–34.

conservation, which is still in force.² The law was regarded as very modern at the time of its adoption. It actually included several elements that were stipulated in the Valletta Convention accepted five years later, in 1992.³

The authors of the law could not predict major political and economic transformations in the Czech Republic after 1989, and the fall of the Communist regime. Paradoxically, a law created in the conditions of the totalitarian state which suppressing all private civil, as well as business activities, is still in force, after almost thirty years of democratic government and market economy. Despite a series of attempts to pass a new legal norm, only several partial amendments (mostly technical) have been adopted. Though the law was progressively adjusted to new social conditions, its limits have gradually become more and more visible, weak control and sanction measures in the first place.

Institutes of Archaeology

In 1953, the State Archaeological Institute lost its label “state” and became the Institute of Archaeology incorporated into the newly established Academy of Sciences of Czechoslovakia centralised the majority of non-university research institutions. According to the 1987 Act, the Institute has, in some respect, still the position of the state administrative authority. All information regarding archaeological fieldwork from the moment when an application for development which could threaten archaeological finds, launching date of the excavation, and to the final Excavation report⁴, are all directed to the Institute of Archaeology. The Academy of Sciences also obtained new powers: it is the only institution with authority to submit proposals for designation of an archaeological site or a significant find a cultural monument, and it has the power of veto in the process of obtaining the license for conducting archaeological fieldwork.

The original detached departments of the Prague Institute of Archaeology were gradually transformed into individual Institutes of Archaeology in Brno (1983) and Nitra in Slovakia (1953). Currently, two Institutes of

Archaeology are active in the Czech Republic, the Prague Institute in Bohemia and Brno Institute in Moravia and Silesia. Both Institutes are independent and from the point of the law equal.

Even though the territorial division is based on reasonable reasons, there are some serious problems in practical fulfilment of obligations required by the law. Probably the most significant example is the absence of a unified information system that would record archaeological fieldwork and its results.

Currently, the Institutes of Archaeology and the Czech Academy of Sciences are often criticised for their role in the process of granting licences for archaeological fieldwork as being in the conflict of interests, obstructing free competition and distorting the market environment. This criticism, however, is based on a misunderstanding of the existing archaeological heritage law and also ignores some other legal regulations. Relations of the Institutes of Archaeology with other authorised organisations can be characterised as “*primus inter pares*”. According to the law, the Institute of Archaeology is the only organisation directly entitled for conducting archaeological fieldwork while licences to other organisations should be granted only in the case of a need. The problematic issue also represents the supposed application of free-market principles (i.e. commercial archaeology). Archaeological fieldwork is not considered a business enterprise according to the Trade Act, and it is not permitted to generate profit.

Licensing and licenced organisations

Besides the Institutes of Archaeology, also other organisations or natural persons are entitled to conduct archaeological fieldwork based on the authorisation (licence) issued by the Ministry of Culture of the Czech Republic. To obtain the licence, the applicant has to employ at least one person with an MA degree in archaeology with a minimum of two years of working experience. The applicant also has to meet some other conditions such as a suitable room for the temporary keeping of archaeological finds, and other equipment; however, the latter is not specified in the Act.

The licence to conduct archaeological fieldwork can be issued by the Ministry of Culture of the Czech Republic only upon the approval of the Czech Academy of Sciences. Approval of the Czech Academy of Sciences represents one of the most powerful regulatory measures that can influence the authorisation. In its decisions, the Czech Academy of Sciences takes into account two major factors: the scientific intent of the organisation (mainly in the case of the university departments) and if there is

² Act Nr. 20/1987: http://www.mkcr.cz/assets/kulturni-dedictvi/pamatky/2013-Cultural-Landmark-Conservation-Act_2013.docx (10.12.2019).

³ Jan Mařík / Karol Prášek, Management of Archaeological excavations and control in the Czech and Slovak Republic, in: Victoria M. van der Haas / Peter A. C. Schut (eds.), The Valletta Convention: Twenty Years After – Benefits, Problems, Challenges, EAC Occasional Paper No. 9, Budapest 2014, pp. 113–118.

⁴ Obligatory structure of the Excavation report: http://www.arup.cas.cz/wp-content/uploads/2010/11/Osnova_NZ_2008.pdf (10.12.2019).

a need for another licenced organisation in the system of archaeological heritage protection. New licences are issued mainly for Regions where development activities and other interventions threatening archaeological heritage, and there are not enough archaeological capacities to meet the demands for preventive works. Since, according to the law, archaeological fieldwork cannot be a profit-making activity, the licences are issued only for non-profit organisations.

When the applicant obtains the licence, he is obliged to make an agreement with the Czech Academy of Sciences which specifies conditions and extent of archaeological fieldwork allowed. This agreement usually designates the specific geographic area (district, region) where the licenced organisations are entitled to conduct the excavations. This agreement also specifies in more detail other obligations of the licenced organisation which are only generally described in the Act (e.g. the responsibility for Excavation reports which are then archived in the Institutes of Archaeology of the Czech Academy of Sciences).

Termination of the agreement by the Czech Academy of Sciences and, consequently, the revocation of licence, represent the only real sanctions. In practice, however, these terminations occur very rarely and only in the cases of long-lasting and repeated violations of the agreement by the licenced organisation. It should also be noted that there are almost no immediate sanctions for poorly conducted archaeological excavations.

The rather rapid development of private enterprises which occurred in the 1990s was associated with a significant increase in development activities which could not have been met by the state heritage protection organisations. The emergence of private enterprises which filled this gap was a logical solution in such a situation. Thus, private societies have gradually become an integral part of the system of protection of archaeological heritage. In the last years, their annual share in the volume of conducted archaeological excavations has reached the level of 15–20%. However, the majority of excavations is still conducted mainly by regional museums. Altogether, 115 licenced organisations exist in the Czech Republic, from which 15 organisations have the status of private enterprises.

Conducting the archaeological fieldwork

Since the 1990s, most of the archaeological departments of regional⁵ organisations (museums and Departments of archaeological conservation) were almost wholly dedicated to the development-led investigations. The increase in the number of archaeological investigations since the end of the 1980s is fourfold. The authors of the Act could not presume such a transformation of the social environment from 1987. In fact, the Act was relatively benevolent regarding the description of methods used in rescue excavations, with no strictly defined terms, rights and obligations and, last but not least, with a minimum of sanctions.

According to the Act, the archaeological excavation is initiated by a notice released by the developer wishing to develop within the area with archaeological finds. The notice should be delivered to the responsible Institute of Archaeology of the Czech Academy of Sciences, in Prague or Brno. Even though definition of the term “area with archaeological finds” is not included in the Act, in practice, a relatively extensive reading was applied: it represents an area where occurrence of archaeological finds cannot be excluded entirely such as in the case of the surface opencast mines (they do not represent an “area with archaeological finds”).

The obligation to announce any intervention in the ground is one of the positive characteristics of the otherwise outdated law. Although the builders often overlook it, more than 15 thousand interventions in the ground has been announced in 2018. Not all of the interventions develop into more extensive archaeological fieldwork. Archaeological finds are discovered only in 15–20% of cases. The remaining part is recorded as archaeological fieldwork with negative results. The obtained data can also be used in local planning or in verifying the risks of the encountering the archaeological finds by private or public developers.

Due to somewhat limited capacities of the Institutes of Archaeology of the Czech Academy of Sciences notices are frequently transferred to licenced organisations active in the given regions. Any licenced organisation can access notices regarding building and other activities conducted in areas with archaeological finds that were submitted either to the Institutes of Archaeology of the Czech Academy of Sciences on the Internet portal The

⁵ The Czech Republic is divided into higher-level territorial self-governing units, thirteen regions (kraje) and one capital city (hlavní město).

Internet Database of Archaeological Fieldwork (IDAF)⁶ Based on the notice, the Institute of Archaeology or any other licenced organisation can sign a contract with the developer for conducting rescue excavation. The licenced organisation is obliged to report the starting dates of excavations to the Institutes of Archaeology and, consecutively, also to deliver Excavation report.

Contracting parties for rescue excavations are, according to law, developer and authorised archaeological organisation. When the agreement cannot be reached, then the right to determine the conditions for rescue works is passed to the responsible regional authority. In practice, this is very rarely the case because the involvement of the government may cause several months of delays. Once the contract is signed, the state cannot control its implementation, which may have a lot of adverse effects and consequences.

Though, the conduct of archaeological fieldwork cannot be considered business enterprise, the costs of archaeological fieldwork play a crucial role. Price dumping and underestimated costs frequently occur. As a result, either the reduction in the quality of the fieldwork or escalation of costs during the fieldwork campaign usually appears. On some large scale development-led projects in the last three years, up to a threefold increase in the calculated initially, costs took place. The situation was not caused, by rare finds but due to abuse of circumstances when the developer investor was under considerable time pressure and is forced to accept the unethical approach of the other side. The absence of enforceable rules and adequate supervision in the course of archaeological fieldwork represent not an only major threat to the archaeological heritage but also significant damage of archaeology in public.

The quality of the fieldwork can be, under the current conditions, evaluated only upon Excavation reports, which are usually drawn up three years after the completion of fieldwork. The content of the find reports represents an integral part of the agreement between the authorised organisations and the Czech Academy of Sciences.

In 2010, the Institute of Archaeology CAS in Prague developed in co-operation with other licenced organisations a document entitled as “Rules of archaeological fieldwork”.⁷ It represents a summary of basic rules that should be followed in the course of archaeological research; its compliance, however, cannot be enforced.

⁶ Jan Mařík, Internet Database of Archaeological, in: Martin Kuna (ed.), Structuring archaeological evidence The Archaeological Map of the Czech Republic and related information systems, Praha 2015, pp. 69–78.

⁷ Rules of archaeological fieldwork: http://www.arup.cas.cz/?attachment_id=8154 (10.12.2019).

Currently, the developers begin to apply the ‘Rules of archaeological fieldwork’ and incorporate them into contracts. Thus, the compliance is required by the builders but not for the reasons of archaeological heritage preservation, but mainly for concerns about the increase in control of the ongoing fieldwork and its costs.

Funding of archaeological fieldwork

It may seem strange that already the Socialist government (Act 1987) included the ‘polluters pay’ principle for rescue works. According to the Act, expenses of rescue work should be paid by all developers with the only one exception. The conducting organisation should pay the cost of rescue excavation caused by a non-profit project of natural person (usually a family house, garage, swimming pool, etc.). For these cases, a special fund was created by the Ministry of Culture (€ 100.000–370.000). However, this fund covers only about 50 % of the real costs, and the rest is paid from budgets of Regions, Institutes of Archaeology and also private organisations.

The majority of archaeologists currently understands this exception as a particular type of relief for less wealthy developers. In fact, this is an example of how the Socialist law was adapted to the market environment. Initially, the Act’s authors did not presume the existence of any legal person which was not owned by the state, and they wanted only to differentiate sources of the state finances which would be used for covering the fieldwork’s expenses. The state-owned enterprises should pay the rescue work directly while the expenses of excavation caused by a natural person would be paid from budgets of state-owned organisations such as museums and Institutes of Archaeology.

The total volume of expenses for conducting rescue archaeology is very hard to estimate. The contracts between the developer and licensed organisation are not publicly accessible, and annual reports of licensed organisations give an only general overview. The annual costs of rescue archaeological fieldworks in the Czech Republic are estimated at 74 million €.

ARCHAEOLOGICAL HERITAGE AND ITS EVIDENCE

Currently, the Czech Republic protects eight archaeological reserves and 1309 archaeological sites as cultural

monuments or national cultural monuments.⁸ Considering the fact that more than three-quarters of protected archaeological sites were proclaimed prior 1958 and archaeological reserves were established between 1961 and 1966, it seems quite clear that the Valletta Convention, especially Article 2, in the Czech Republic did not have any significant influence on preservation and protection of archaeological heritage. More significantly, evidence and protection of archaeological heritage have been affected by the implementation of electronic information systems that were launched in the 1990s. Two similar projects were launched. First, a List of Archaeological Sites in the Czech Republic was created at the National Heritage Institute in the years 1995–2003.⁹ This project was aimed initially at obtaining digital maps of archaeological sites in the Czech Republic and creating an information system with assured continuous data updating. Currently, the List of Archaeological sites records more than 30 000 archaeological sites identified in the Czech Republic. Another project – ‘Archaeological Database of Bohemia’, catalogues excavation reports on results of archaeological fieldwork that are obligatory submitted to the archives of the Institute of Archaeology of the Academy of Sciences of the Czech Republic, Prague.¹⁰ Currently, the archive keeps almost 94 000 records of archaeological fieldwork. The major weakness of this database is, however, the fact that it only covers the region of Bohemia (approximately 70% of the Czech Republic) while no similar evidence system has been created for the regions of Moravia and Silesia.

In 2017, a brand new platform called The Archaeological Map of the Czech Republic was launched. The Map represents a backbone information system of the Czech archaeology documenting the progress of archaeological fieldwork from the time of notification by the developer up to submitting find reports. Procedures for data

collecting and archiving are harmonised for the entire territory of the Czech Republic.¹¹

USE OF METAL DETECTORS

Czech Republics, as well as other European countries, have had to deal with broadly spread illegal using of metal detectors. At the beginning of the 1990s, a significant increase in the number of metal detectors spread in the private sphere occurred. This technology has been made more accessible to the general public, mainly due to boundaries opening following the collapse of Communism. According to unofficial estimations, more than 20 000 metal detectors have been sold in the Czech Republic.¹² Purposeful searching for archaeological finds conducted beyond the official archaeological fieldwork was clearly forbidden already in the law issued in 1987; however, metal detectors were not explicitly mentioned in this law. Penalties and punishments that can be imposed for the illegal metal detector prospection are in both states more-or-less the same. In the Czech Republic, penalties for natural persons can reach up to approximately € 80,000 and concealment of valuable archaeological finds may be punished by a fine up to eight years in prison. However, despite severe penalties, legal adjustments have had minimum impacts in practice. On the number of metal detector users, we may assume that yearly tens of thousands of archaeological finds are found while the owner (state) has obtained only tens of objects. Low efficiency of legal standards can also be corroborated by many recourses for illegal prospection that, in both lands, does not exceed twenty cases per annum.

In the past few years, a positive development in the co-operation between metal-detector users and professional archaeologists can be traced. Based on the survey conducted among more than half of the licenced organisations in 2015, more than 500 volunteers are participating in rescue as well as standard archaeological fieldwork. They comprise individuals and organised associations as well who wish to pursue their hobby on a legal basis. The survey mentioned above has also shown that the interest

⁸ *Martin Tomášek*, Slované hradě v Mikulčicích z pohledu ochrany archeologického památkového fondu Moravy, in: Emil Kordiovský / František Synek (eds.) Mikulčice from the point of view of the archaeological monument protection in Moravia, Hodonín 2011, pp. 8–11.

⁹ *Lenka Krušínová*, The Official List of Archaeological Sites in the Czech Republic – an information system of archaeological sites in the CR, in: Enter the Past. The E-way into the four Dimensions of Cultural Heritage. CAA 2003. Computer Applications and Quantitative Methods in Archaeology, British Archaeological Reports International Series 1227, Oxford 2004, pp. 194–200.

¹⁰ *Martin Kuna*, Archaeological heritage recordkeeping in the Czech Republic, in: Martin Kuna (ed.), Structuring archaeological evidence The Archaeological Map of the Czech Republic and related information systems, Praha 2015, pp. 1–24.

¹¹ *Martin Kuna / Jan Hasil / Dana Krivánková / David Novák / Olga Lečbychová*, Archaeological Map of the Czech Republic, in: Martin Kuna (ed.), Structuring archaeological evidence The Archaeological Map of the Czech Republic and related information systems, Praha 2015, pp. 25–68.

¹² *Jan Mařík*, Amateurs and professionals archaeologists: Legal models for their cooperation in the Czech Republic, in: Aneta Lagerlöf (ed.), Who cares? Perspectives on Public Awareness, Participation and Protection in Archaeological Heritage Management, EAC Occasional Paper No. 8, Budapest 2013, pp. 105–108.

in this form of co-operation is significantly more abundant on both sides; it is limited; however, by personnel and financial possibilities of the licenced organisations. Based on the current results we can, without much doubt, state that utilisation of the potential of voluntary collaborators can be an enormous asset for the protection of archaeological heritage.

STORAGE OF ARCHAEOLOGICAL FINDS

Storage of moveable archaeological finds represents an extremely thorny problem in Czech archaeology.

According to the effective Heritage Act, only the state, regional authority or municipality can become the owner of moveable archaeological finds. The legal status of the organisation conducting the archaeological fieldwork and status of its founder is the decisive criterions. The majority of regional museums are founded by regional authorities and finds as regional assets are stored in their collections. The situation is similar in the case of the centrally-administered museums such as the National Museum and the Moravian Museum (the finds became the property of the state). Problems arise in the cases of organisations which do not keep and maintain their collections. In the cases of private companies, the finds they have collected are owned by the regional authorities, while in cases of state-funded institutions (e. g. universities) the state is the owner. Even the Institutes of Archaeology do not have their collections.

Most institutions holding collections have not been able to respond to the rapid development boom of the 1990s adequately and do not have sufficient space to store tens of thousands of boxes filled with archaeological material. A significant part of these finds is 'temporarily' stored in provisional and not entirely satisfactory conditions; that is threatened by moisture, rodents, and by the lack of the fire or flood protection. Given the highly fragmented structure of owners, no systemic nationwide-based solution can be expected shortly. Unfortunately, the issue of storing archaeological finds does not belong, even at the regional level, among the priorities. We can expect a fundamental change of attitude only in the event of the catastrophic destruction of one of the significant find funds.

WHICH WAY FORWARD AND IN WHICH DIRECTION

Currently, the greatest threat to the protection and care of the archaeological heritage represents outdated and inadequate legislation. Almost nobody considers the possibility of preserving the archaeological heritage in the place where it was initially discovered; such a solution is more or less disregarded already at the level of spatial planning. If the spatial planning plans mention the presence of archaeological heritage at all, it is at the level of a specific burden, which can mean higher financial and time demands. However, particular plans do not even consider the possibility of changing the planned construction interventions in order to preserve the archaeological heritage in situ. This problem affects most cities with a preserved historical core.

In this regard, it is necessary to address the issue of prioritisation in the protection of the archaeological heritage. The map of relevant archaeological contexts created by the National Heritage Institute for the historical core of the Prague Conservation Area represents a good example.¹³ The map's creators tried to select places (contexts) that should remain intact due to their exceptionally good preservation state. In general, however, such an approach is still rare, and we lack a similar concept at a national level.

Loopholes in the current system allow developers, under certain conditions, to eliminate archaeological contexts with a minimal penalty completely or even without any sanctions. A general contractor has only one obligation the non-compliance of which is subjected to a penalty is to notify their intention to the Institute of Archaeology. Astonishingly, it has happened so far only in sporadic cases. In most cases, an agreement can be reached between the contractor and the authorised archaeological organisation. Perhaps this fact can be considered a good sign and expression of a certain degree of society's respect for archaeology.

The conduct of archaeological fieldwork in the Czech Republic is entirely in the hands of archaeologists, and it is almost impossible to influence and control its quality. Under current conditions, the choice of way and method of conducting rescue archaeological fieldwork is solely at the discretion of the licensed institution and the excavation leader. Such a principle should not be considered a priori wrong. The relatively high demands placed on the applicants for authorisation, as well as archaeologists performing the fieldwork, should correspond to the degree

¹³ <http://www.archeopraha.cz/pece-o-archeologicke-kulturni-dedictvi/mapa-vyznamnych-archeologicky-ploch> (10.12.2019).

of freedom to decide how to conduct it and the methods chosen. The possibility to check the fieldwork quality directly in the field and during the post-excavation part of the research represents, however, a weak spot. At present, no authority could set the basic rules of work and then effectively enforce them. The fact that some errors were made can only be stated on the basis of an excavation report, which is usually completed only a few years after completion of the fieldwork.

Probably the most significant debt of Czech archaeology is generally its way of communication with the public. This shortcoming is most evident in the field of rescue excavations, which some Czech archaeologists perceive as a kind of business activity. Generally speaking, such excavations, which represent a fundamental interference with the property rights and everyday life of the public, usually wait years for their evaluation. Moreover, they are only rarely directly used for the benefit of the public. Publication of excavation reports and map portals with necessary information on the conducted archaeological

excavations, which has been carried out nationwide since 2018, can be perceived as one of the first positive steps in this particular sphere.

On the other hand, there is an extensive range of popularisation activities, which focus mainly on museums and their activities, but also several non-profit organisations. Since 2017, the “Golden Mammoth” prize has also been awarded in this area.¹⁴

All the shortcomings of the current system can be seen in two alternative ways. On the one hand, they can be perceived as symptoms of the system that is on the verge of collapse. The Czech system has been described along these lines repeatedly over many years without its real collapse. On the other hand, we may apply a somewhat optimistic view that can consider the current situation as an opportunity to create an entirely new functional system because the existing one cannot be reconstructed. In both cases, Czech archaeology would need to face questions that, in many cases, has not yet been able to admit and let alone address.

¹⁴ <https://cenazlatymamut.cz/> (10.12.2019).

Over a 1000 Mountains and through 150 Valleys – Making Choices for the Future in GIS of the Archaeological Records of the Canton of Grisons, Switzerland

INTRODUCTION¹

The recent rise of digital technology has not left archaeology unaffected.² From 3D scans of archaeological finds to digital excavation records, various new technologies exist. One specific area in which digitalisation plays an important role is the presentation and management of archaeological sites. However, with the generation of digital data two questions arise: How should digital data be stored and, since it is easy to share, who should have access to it? While there are many examples for the recording and sharing of digital archaeological (geo-) data on a regional or country level³, the digitalisation and dissemination of archaeological information across modern state borders is rather scarce (within the international archaeological community).⁴ In 2015, during the

15th annual symposium of the European Archaeological Council EAC in Amersfoort, strategies for addressing the challenges faced by archaeological heritage management were discussed and formulated.⁵

The result of this symposium was the so-called Amersfoort Agenda that focuses on three main subjects: The spirit of the Faro-Convention and the embedding of archaeology in the society; the necessity to choose and the implications and consequences of choosing; and the management of the archaeological sources of European history. Looking more closely at the latter, the Agenda encourages different actors in archaeology to start sharing their information to create an open source digital inventory. International platforms veering towards this, such as the Ariadne Platform⁶ or the Arches project⁷, already exist, the ultimate aim being a single platform using one data standard for Europe-wide archaeological site records, following the principle of the EU's INSPIRE⁸ platform for basic spatial data. This great vision would also allow for the overcoming of modern borders that do not make much sense when looking e.g. at prehistoric records. A critical factor for this vision is the willingness of institutions to share their data on a public platform. However, it is also important to take into consideration how the relevant data is stored at different institutions. If

1 We thank Annina Krüttli for proofreading and Raphael Sele for valuable inputs.

2 See e.g. Greame Earl / Tim Sly / Angeliki Chrysanthi / Patricia Murrieta-Flores / Constantinos Papadopoulos / Iza Romanowska / David Wheatley (eds.), *Archaeology in the Digital Era*, Amsterdam 2013.– Isto Huvila (ed.), *Archaeology and archaeological information in the digital society*, London 2018.– Matthew L. Vincent / Víctor Manuel López-Menchero Bendicho / Marinos Ioannides / Thomas E. Levy (eds.), *Heritage and Archaeology in the Digital Age. Acquisition, Curation, and Dissemination of Spatial Cultural Heritage Data*, Hamburg 2017.

3 See e.g. Bavaria, Germany (<https://geoportal.bayern.de/bayernatlas/>; layer: Bodendenkmal); geoportal of the Canton of St. Gallen (<https://www.geoportal.ch/ktsg/>, layer: Archäologische Fundstellen Kt. SG); Ireland (<http://webgis.archaeology.ie/historicenvironment/>); France (<http://www.inrap.fr/archeo-zoom/>) (30.6.2020).

4 For a short overview, see *Franco Niccolucci*, Digital Archaeological Archives of Europe: Opportunities and Challenges, in: Peter A.C. Schut / Djurra Scharff / Leonard C. de Wit (eds.), *Setting the Agenda: Giving New Meaning to the European Archaeo-*

logical Heritage. Proceedings of the International Conference, Amersfoort, The Netherlands, 20–22 March 2014, EAC Occasional Papers No. 10, Namur 2015, pp. 11–117, esp. pp. 111–112.

5 Amersfoort Agenda – Setting the Agenda for the Future of Archaeological Heritage Management in Europe, in: Schut / Scharff / de Wit (eds.) (cit. note 4), pp. 16–33.

6 See <https://ariadne-infrastructure.eu/> (30.6.2020).

7 See <https://www.arches-project.eu/de/> (30.6.2020).

8 See <https://inspire-geoportal.ec.europa.eu/> (30.6.2020).

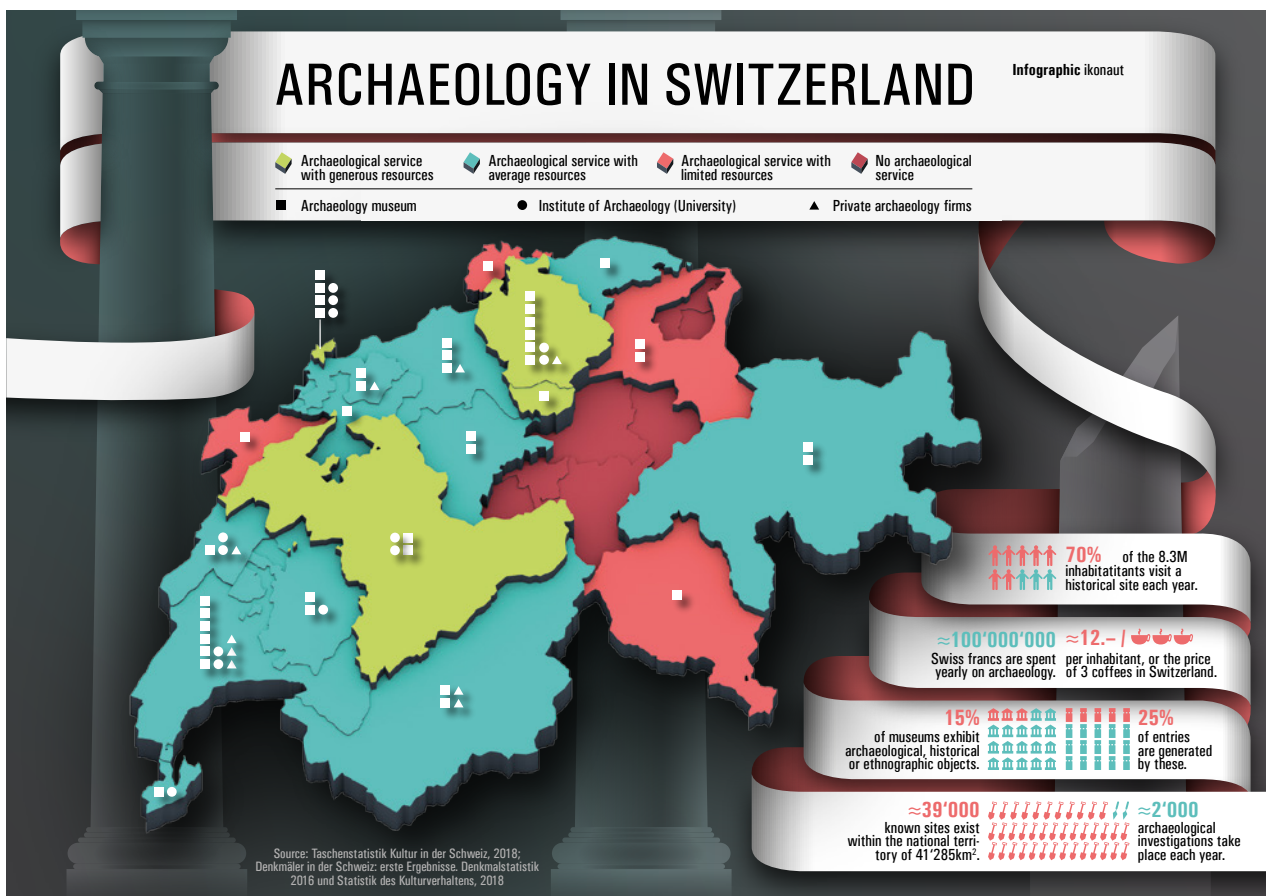


Fig. 1: Overview of Switzerland's archaeological landscape

data is stored in folders on shelves, on printed maps or as analogue photographs, sharing it digitally is not possible. Therefore, this paper would like to take a step back and focus on how analogue data can be transferred to a digital database in an effective way within the boundaries of an institution. On this digital basis the sharing of data will hopefully become easier in the future.

Using a specific case study, this paper presents an example of how the analogue inventory of an archaeological institution can be transferred to a digital database. First, the situation of the inventories of the archaeological sites in Switzerland in general and in the Canton of Grisons in particular will be outlined. Then the project "Bestandesaufnahme Kulturgut" (inventory of cultural heritage) will be presented in more detail. Finally, the project's current impact is illustrated by three examples.

Setting the Scene: The inventories of the archaeological sites in Switzerland on a national level...

Archaeological site inventories often develop within a certain institution. To understand the background of

the presented case study the situation of heritage management in Switzerland, focusing on archaeological heritage⁹, needs to be outlined first. The heritage management landscape is shaped by the Swiss political structure. Cultural heritage management is rooted in two federal laws concerning spatial planning on the one hand and nature and heritage protection on the other hand. As Switzerland is organised in a federalist way, the responsibility for the application of these laws remains in the hands of the administrations of the 26 cantons. To ensure it, most of the cantons have their own law for the protection of cultural heritage and all have a corresponding decree. Thus, there are many different ways how cantons actually cope with the preservation and management of cultural heritage. Nineteen cantons maintain an archaeological service, while seven follow different strategies.¹⁰

⁹ The built heritage conservation is not treated in this paper.

¹⁰ In these cases, the Public Records Office usually manages the archaeological heritage, but they do not employ trained archaeologists. For an up to date overview of the landscape of the archaeological heritage management in Switzerland see *Robert Fellner / Georg Matter, Archaeology in Switzerland. Background, Mission and Organisation, NIKE Bulletin 3, 2019, pp. 6–9.*

Furthermore, there are considerable differences regarding the assigned resources (Fig. 1).

The archaeological services are responsible for all aspects of heritage management, including: protecting and preserving sites, investigating and documenting threatened sites, collecting and archiving data and objects, analysis and research of these and the dissemination of the results.¹¹ Regarding the management of the sites, most of the services use databases, although a few still resort to (excel-) lists. Some use self-made solutions based on Microsoft Access® but an ever-growing number work with IMDAS pro® by Joanneum Research Digital, which is usually specifically adapted to the needs and systems of the corresponding archaeological service. Altogether, there are no binding standards on the recording of digitised data from heritage sites and even though a similar database is used, a national collection of the data is neither easily possible nor intended at the moment. This leads to a mosaic of archaeological heritage management strategies and data standards.

...and on a cantonal level

This paper focuses on the Canton of Grisons, with its 7105 km² and approximately 197'000 inhabitants the largest but most sparsely populated canton of Switzerland.¹² The landscape is dominated by mountains and highlands and around 90% lies at an elevation of more than 1200 m a.s.l. with an average of 2100 m a.s.l. Nevertheless, the landscape is very diverse: the lowest settlement lies at 279 m a.s.l. while the highest year-round settlement (of Europe) is Avers-Juf (GR) at 2126 m a.s.l. Moreover, it is the only canton of Switzerland with three official languages: German, Romansh and Italian.

The Archaeological Service of the Canton of Grisons was established in 1967, but the first archaeological surveys and excavations date further back. By the middle of the 19th century private antiquities enthusiasts had begun to collect archaeological finds and soon after established the historic-antiquarian society that eventually founded the Raetic Museum in Chur in 1872. Later on, the curators of the Museum – energetically supported by amateur archaeologists such as Walo Burkhard – became the managers of the cultural heritage of the Grisons.¹³ They

also carried out excavations and were responsible for the storing of the documentation and finds. The institutionalisation of the Archaeological Service began with a single employee from 1967 onwards.¹⁴ The economic prosperity of the 1980s and 1990s enabled the service to grow to the around 30 permanent positions it is comprised of today. In 2010, the position of the archaeological service was strengthened with a state-of-the-art act on the protection of nature and cultural heritage. In the context of this paper, paragraph 33 is of special interest, as it defines archaeological sites as “*recognisable, investigated and uninvestigated places, buildings (or parts of them), ruins, landscapes etc. where historically significant traces of human presence have survived*”.¹⁵

THE PROJECT “BESTANDESAUFNAHME KULTURGUT”

Goals and institutional background

Until the late 2000s, the Archaeological Service of the Canton of Grisons produced and stored most of the documentation on archaeological sites in analogue form and only since 2015, all of the data is filed digitally. Looking back upon more than a century of archaeological work, a large amount of heterogeneous documentation (documents, photographs, plans, diapositives) is stored in the archives of the service. As a complete digitalisation of this conglomerate would go beyond any reasonable timeframe and budget, a project to transfer essential information on all archaeological sites into a database was launched in early 2017. Thanks to the financing by the government, two archaeologists were appointed to work on the project for a duration of 4 years.

At the beginning of this project, 3500 sites were known within the territory of the Canton of Grisons. They stretch over more than 12'000 years and attest to a vast variety of human activity: from a late Palaeolithic hunter-gatherer campground to medieval castles and town houses of the modern age, from Neolithic stray finds to modern conflict archaeology with fortifications from the First World War and crashed bombers from the Second World War (Fig. 2). The project's main goals are

¹¹ Ibidem, p. 6.

¹² Bundesamt für Statistik (ed.), Die Kantone im Spiegel der eidgenössischen Volkszählungen, 2012–2016, Neuchâtel 2018, p. 76.

¹³ Hans Erb, Das Rätische Museum. In: Hans Erb (red.), Das Rätische Museum ein Spiegel von Bündner Kultur und Geschichte, Chur 1979, pp. 22–24.

¹⁴ For an extensive overview on the development of archaeology in the Canton of Grisons see: *Jürg Rageth*, Einleitung: Archäologie in Graubünden, in: Archäologischer Dienst Graubünden, Archäologie in Graubünden. Funde und Befunde, Chur, 1992, pp. 11–19.

¹⁵ Kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz des Kantons Graubünden, 2010, Art. 33. https://www.gr-lex.gr.ch/app/de/texts_of_law/496.000 (30.06.2020).



Fig. 2: The variety of the archaeological heritage of the Canton of Grisons

to be able to make informed database queries and to have useful GIS data to respond to building applications. To reach these goals a plan was mapped out on how to create a digital inventory using existing structures that can also display data in a web map service. During inventorying, most archaeological sites are being visited and

documented in the field. This will lead to a comprehensive assessment of the current state of the archaeological sites in the Canton of Grisons.

For the everyday work of the Archaeological Service of the Canton of Grisons two programs are essential: as mentioned earlier IMDAS pro® is the standard database

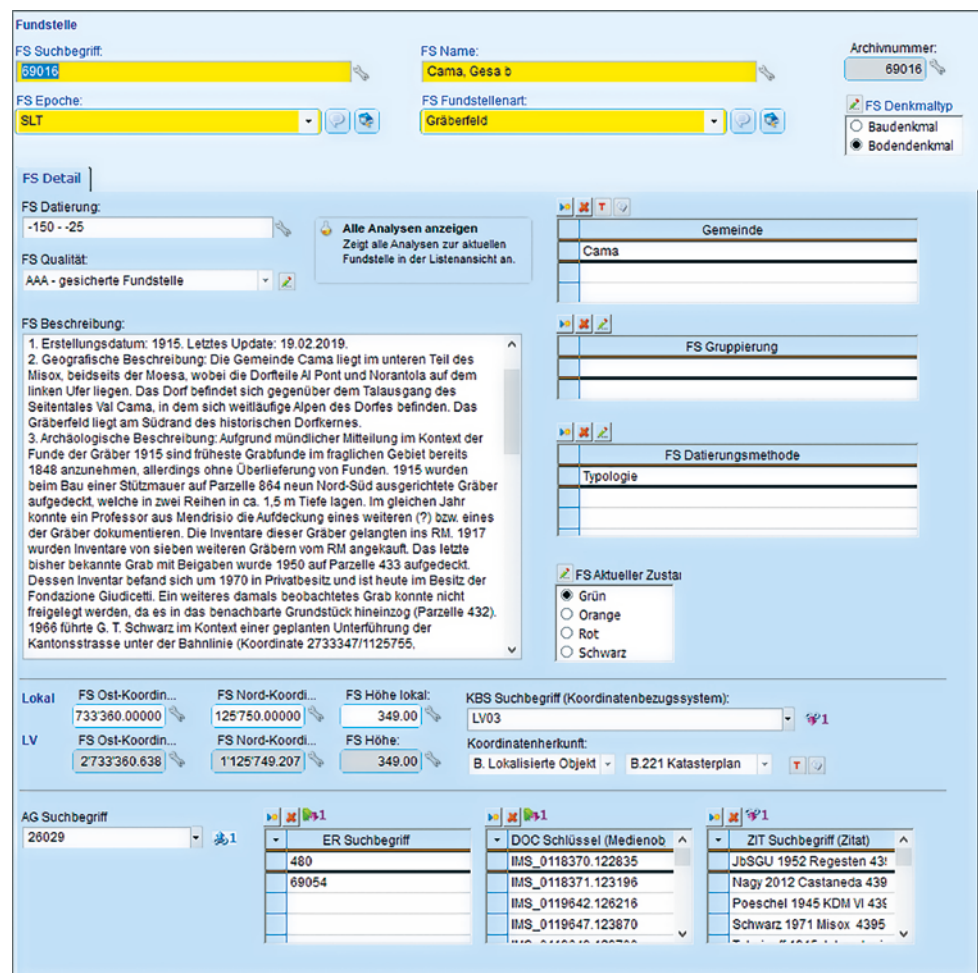


Fig 3: Input mask for archaeological sites of the IMDAS pro® database

– where all the essential archaeological information is stored – and a PostGIS®-database assessed and managed with QGIS® by QGIS.ORG is employed to record and display spatial data. For the filing of photographs the image database IMS® by Imagic Bildverarbeitung AG is used; however, it will not be discussed further in this paper. The standard database IMDAS pro® was introduced in 2013 on the basis of a ten years old predecessor.¹⁶ It is a joint effort – unique for Switzerland – by three cantons and the Principality of Liechtenstein to store all archaeological data in a similar way. In practice however, the Canton of Grisons almost exclusively uses this database for the documentation of current excavations. Therefore, information about archaeological sites excavated before the introduction of digital filing remains hidden in the analogue archive and the current project aims to fill this blank. Spatial data is mirrored into a webGIS interface within the GIS environment of the Canton of Grisons. Accordingly, these two programs provided the basis for

the current project and could only be adapted to a certain extent.

Attributes and dots: populating the database and mapping the sites

While preparing the project the need to store the data in an internationally standardised way was recognised. As the main guideline, the International Core Data Standard (ICDS) for archaeological sites and monuments¹⁷ – initiated by the documentation committee (CIDOC) of the International Council of Museums (ICOM) and the archaeology documentation group of the Council of Europe – was selected. Whenever possible, existing attributes of the IMDAS pro® database were chosen to cover the core requirements of the ICDS. These include the usual attributes such as a unique number, type of site,

¹⁶ Then called SPATZ developed by the Cantons of Thurgau and Zurich with GWZ Informatik, St. Gallen.

¹⁷ Robin Thornes / John Bold (eds.), Documenting the Cultural Heritage, Los Angeles 1998, <http://archives.icom.museum/objectid/heritage/int.html> (30.06.2020).

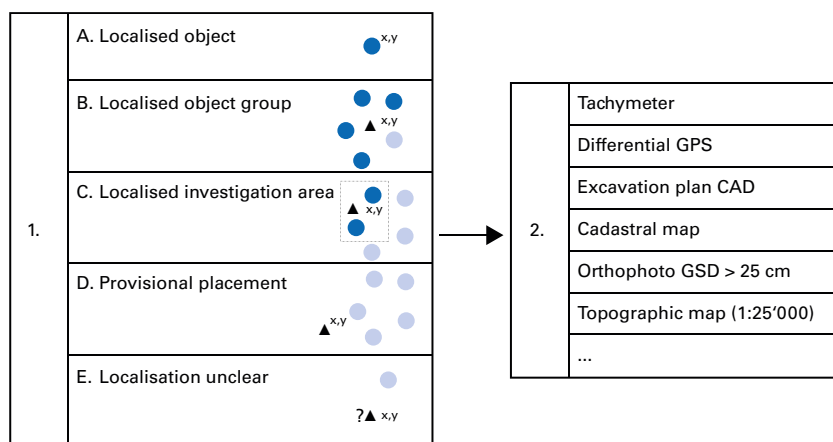


Fig. 4: The new, two-part IMDAS pro[®] attribute indicating the quality of coordinates developed in the current project. The first box (A-E) indicates what setting the coordinate represents, the second box what method was used for obtaining the coordinates. The second box only shows a subset of the actual possibilities

dating etc. The IMDAS pro[®] attribute “current status” with the options green – orange – red – black, indicating the state of preservation, received special attention, since, as mentioned above, most of the archaeological sites have been or will be revisited during the project. Another attribute that is not mentioned in the ICDS assesses the quality of the knowledge on the site. On a scale from AAA to C the quality of the site can be expressed according to the following questions: is the archaeological site reported in a publication, does actual, physical evidence e.g. by archaeological excavation exist, or do topographical features merely suggest an archaeological site? Such an evaluation system proved to be vital for a historically evolved inventory, where well documented and excavated sites appear alongside sites that are based merely on assumptions. Sections that could not be covered by pre-existing attributes but were nevertheless deemed important¹⁸ were summarized in a structured text. This idea was taken from the ADABweb, the information system of the German states Baden-Württemberg and Niedersachsen.¹⁹ The structured text includes, among other things, the date of creation, a geographical description, technical information (e.g. C14 measurement) and, most importantly, a summary of the excavation history. Furthermore, the database allows the archaeological site to be linked to entries that are on different database levels such as literature, incidents (excavations, visitations etc.), files and photographs (Fig. 3).

One point where this project goes beyond the ICDS guidelines is the treatment of coordinates. The ICDS notes the capture of coordinates at the bottom of the location list. In this project, however, coordinates are crucial, because coordinates stored in IMDAS pro[®] are mirrored to the spatial database as point features and are thus the basic entity for depicting archaeological information

in various GIS applications. As stated above, the data treated in this project can date back several decades, and thus the quality of the recorded coordinates varies greatly. Whereas the current archaeological data is recorded with a tachymeter or a differential GPS, a hoard found in the 1950s was probably localised only roughly, e.g. measured from a map at the scale of 1:25'000. For some finds, mostly from the 19th century, only the municipality they were found in is known. In consequence, an IMDAS pro[®] attribute denoting the origin of the coordinate needed to be introduced. This attribute allows for the assignment of a coordinate to each archaeological site irrespective of its accuracy, which is needed in order to guarantee the site's display in a GIS-Map.

Hence, together with the Archaeological Service of the Canton of Zurich, an attribute that indicates the quality of coordinates was developed. The attribute is divided into two parts. The first part defines what the coordinate represents in order to increase the awareness whether only the point indicated by the coordinate is to be considered (e.g. a single stray find) or whether the coordinate refers to a wider archaeological area (e.g. a settlement). Five categories were introduced, ranging from coordinates representing: a) an individual localised object (e.g. a burial); b) a group of localised objects (e.g. a burial site); c) a localised investigation area with a yet unknown extent of the actual archaeological site (e.g. the excavation border of a partly investigated burial site); d) a provisional placement that needs to be verified; to e) a site of unclear localisation. The second part of the attribute states how the coordinate was collected and thus indicates its accuracy. The list of collection methods includes, for example, coordinates read from a map or an orthophoto in contrast to coordinates measured with a DGPS or tachymeter (Fig. 4).

While the standard database only records one coordinate per entry, the PostGIS[®] database allows spatial areas to be stored as polygons in a separate layer. Furthermore,

¹⁸ Although not every attribute listed by the ICDS was adopted.

¹⁹ See <http://www.adabweb.info/> (30.06.2020).

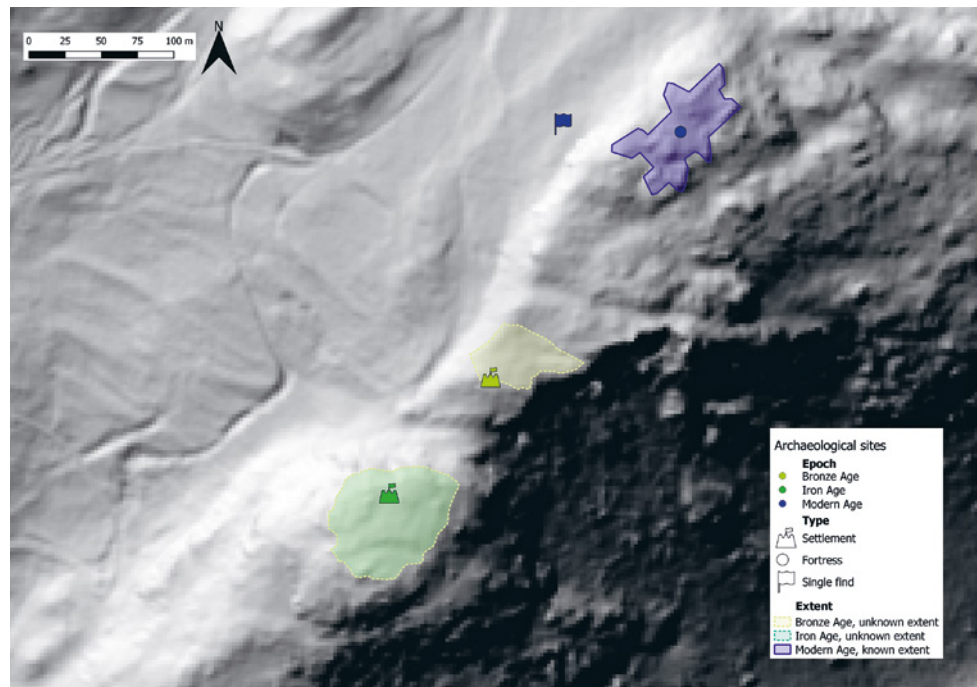


Fig. 5: Extract of the Archaeological Service's webGIS showing the region around the hilltop settlement of Ramosch, Mottata in the Lower Engadine

to draw attention to uncertainties, an attribute indicates whether the extent is known or assumed. Fig. 5 presents a cut-out from the Archaeological Service's WebGIS covering the well-known site of Ramosch, Mottata²⁰ and its surrounding terraced landscape. In the image, the different types of visualisations become apparent: the blue flag marks the place of discovery of a fork from the modern area; as a single find it is defined by one coordinate only. In this case, the quality of the coordinates is recorded by the attribute described above. The coloured areas, on the other hand, represent archaeological sites with a spatial expansion. The green area in the south is the prehistoric hill top site Ramosch, Mottata itself, where mostly stray finds and one excavated area with settlement structures have been recorded to date. Hence, the extent is not known precisely and an area covering the entire hilltop was chosen to represent the site. Consequently, it was given the attribute "assumed". The blue area to the north-east of Ramosch, Mottata is a fortification from the late 18th century with a well-documented extent. This results in a very specific area with the attribute that the extent is known. The main reason for recording areas, as opposed to individual coordinates, is to support and facilitate

decisions regarding interventions in building processes, as will be shown in an example below.

When all the data is compiled, as a last step, the sites are visited in the field. On the one hand, this provides the opportunity to assess the current state of preservation in the field and to take up-to-date photos of the sites. On the other hand, in case of ambiguities, hands-on information, especially considering spatial data, can be collected. For example, the extension of sites can be recorded based on the topography or the general localisation revised when the coordinates recorded previously localise a site in an impossible or, upon on-site inspection, obviously wrong place. The most important tool for this step is the human eye, but for the recording of the spatial data a Trimble® R1 in combination with a Panasonic Toughpad® FZ-MI is used. On the latter, QGIS® is installed, which enables direct recording of the data collected by the Trimble® R1 (Fig. 6).

Since the kind of approach developed in this project permits the storage of archaeological information, it should hopefully render possible the transfer of the crucial data to a future standardised, Europe-wide platform for archaeological site records as proposed by the Amersfoort Agenda. Furthermore, by the end of the project, all data will be accessible through WebGIS. Thereby, four user groups will benefit from it. The Archaeological Service, as the body responsible for dealing with building applications, will have access to all available information on areas for which there are pending building applications. This will enable informed decision making with regards

²⁰ Thomas Reitmaier / Thomas Doppler / Alistair W.G. Pike / Sabine Deschler-Erb / Irka Hajdas / Christoph Walser / Claudia Gerling, Alpine Cattle Management During the Bronze Age at Ramosch-Mottata, Switzerland, *Quaternary international* 484, 2018, pp. 19–31, esp. pp. 20–21 with older literature.



Fig 6: F. Mohr at work in the field with the Trimble® R1 and the Panasonic Toughpad® FZ-MI, standing in an overgrown limekiln near Trun

to the measures for the safeguarding of cultural heritage that need to be taken in the building process. The cantonal administration in general will have access to comprehensive and up-to-date information on the cultural heritage of the Canton of Grisons. For the public and the cantonal administration, the legal certainty during planning processes and building applications is augmented. And last but not least, the scientific community will have access to a complete dataset that allows selections based on attributes, easy mapping of these selections by GIS and more. However, caught between public interest on the one hand, and the protection of the sites on the other hand, the extent to which the dataset should be made publicly available remains an unresolved ethical issue.²¹

²¹ As an introduction: *Raimund Karl*, Aufklärung, Menschenrechte und Bürgerbeteiligung an der archäologischen Denkmalpflege, *Archäologische Informationen* 42, 2019, Early View.– *Raimund Karl*, Ich bin Hobbychirurg und Hobbypolizist. *Archäologische Informationen* 40, 2017, pp. 73–86.

COLD CASES, STRAY FINDS IN LITERATURE AND A SENSE OF ACHIEVEMENT – SOME EXAMPLES

To finalise the account of our case study and to show some of the effects of our project, three examples of archaeological sites in the Canton of Grisons will be presented. One in the southernmost valley of the Mesolcina, one in the Engadine, and one in the Surselva, the valley of the Vorderrhein (Fig. 7).

As mentioned above, in the course of this project, some sites that had not been entered into the database have now been geographically localised and plotted in the Archaeological Service's WebGIS. One of these sites is Cama, Gesa²² in the Mesolcina, a Valley in the very south of the Canton of Grisons (Fig. 7, Nr. 1).

In 1915, during the construction of a retaining wall, a burial site dating to the late La Tène period (150 BC – 25 BC) was accidentally discovered (Fig. 8, left). One of

²² *Patrick Nagy*, Castaneda GR. Eisenzeit im Misox, *Universitätsforschungen zur Prähistorischen Archäologie* 218, Bonn 2012, 22, pp. 302–303, pp. 641–648 with bibliography for older literature.

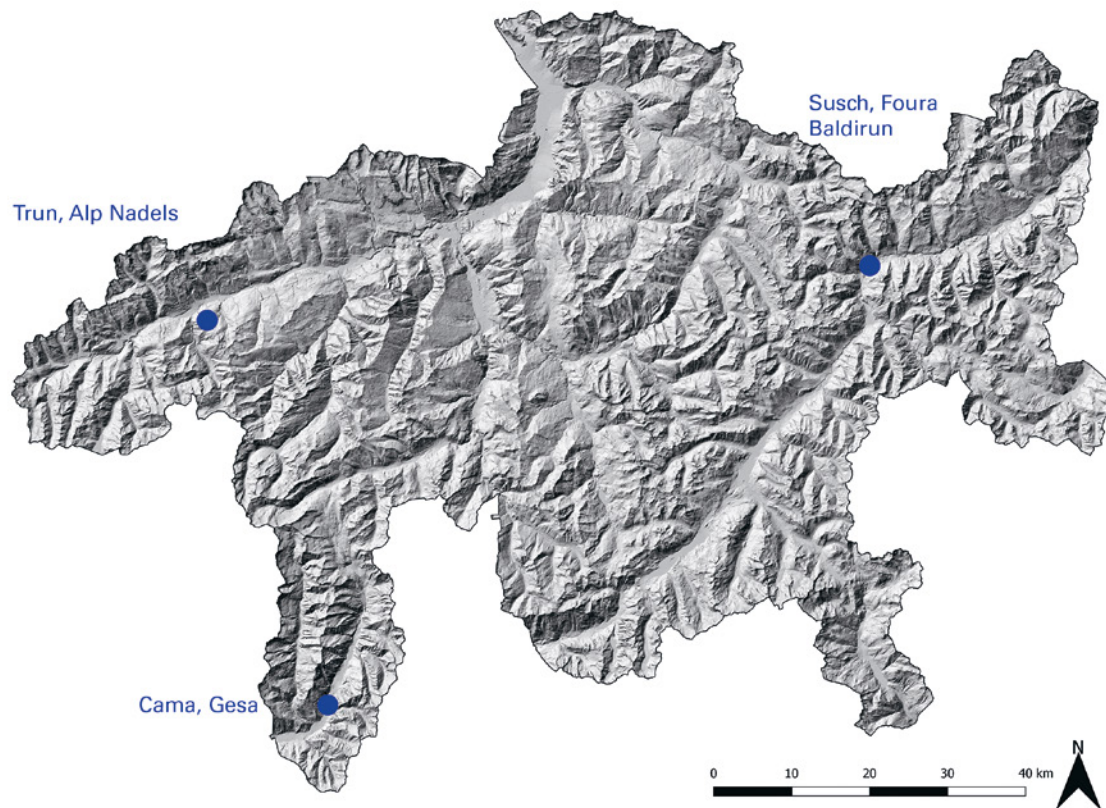


Fig. 7: Locations in the Canton of Grisons of the three examples presented in the text

the burials was documented and the grave goods from all observed burials were taken to the Raetic Museum. In 1950, another burial was discovered. However, the grave goods passed into private ownership. In 1966, further investigation suggested more burials and structures in the area. The documentation was stored in the archives but no archaeological site was recorded – neither in the analogue inventory nor in the digital database.

In summer 2019, a building application was placed in close vicinity to the site. Luckily, in the course of the current project, literally days before, an archaeological site had been created in the database with all necessary information, trustworthy coordinates as well as a rough area of the site. Therefore, the Archaeological Service of the Canton of Grisons was able to respond to the building application well in advance and a georadar survey could be realised (Fig. 8, right). A rescue excavation, undertaken in autumn 2019, led to the discovery of settlement structures and ceramic shreds dating to the later Iron Age and underneath, a rich burial containing four *Sanguisuga* fibulas, two earrings with one amber bead on each earring and two ceramic vessels.

The next case, stumbled upon in the archive, can readily be classified as a “cold case”. The site of Susch, Foura Baldirun, situated between Susch and Lavin, lies in a forested valley in the Lower Engadine (Fig. 7, Nr. 2).²³ During a school trip in the 1970s, some children were looking for animal bones in the woods. However, what they found in a small cave under a large boulder was a human skull. The teacher informed the local police, who searched the cave and found further bones (Fig. 9, left). At first, the police thought of a missing person, but nobody from the neighbouring villages knew about such a case and furthermore, the bones looked too old for a recent crime. Eventually, the bones were transferred to the Archaeological Service, where they were labelled, registered and stored away. The coordinates were recorded only roughly. During the current project, the team stumbled upon the case. This time, the bones were analysed by an anthropologist who identified two female individuals and suggested that the bones may date to prehistoric

²³ Simone Schmid / Hannes Flück, Zernez GR, Foura Baldirun, *Jahrbuch Archäologie Schweiz* 102, 2019, p. 169.



Fig. 8: Cama, Gesa. Left: Spectators gathering during the excavation of one of the graves in 1915. Right: Ground penetrating radar measurements by the Archaeological Service, prior to the excavation



Fig. 9: Zerne, Foura Baldirun. Left: A police officer standing in front of the cave during the discovery in 1970. Right: Employees of the Archaeological Service standing at the same spot

times. Subsequent radiocarbon dating placed them in the early Bronze Age (1746–1611 calBC). This sparked considerably more interest in the site and its exact location.

Thanks to the help of a local woman who invested many dog walks into this search, the boulder was rediscovered and the underlying cave found. During a short visit by the Archaeological Service (Fig. 9, right), the coordinates were measured with a dGPS and the inside of

the cave was roughly documented. Also, some additional bone fragments were secured.

Finally, some sites are based upon vague sources, e.g. a hand-drawn map in a specialised publication on mining from 1986 (Fig. 10, left).²⁴ Whilst searching for other mining sites located in the Surselva valley, the site of Trun, Alp Nadels (Fig. 7, Nr. 3) cropped up. A classic

²⁴ Hans Krähenbühl, *Der Bergbau im Bündner Oberland: Verschiedene Abbaustellen*, *Der Bergknappe* 37, 1986, pp. 12–13.

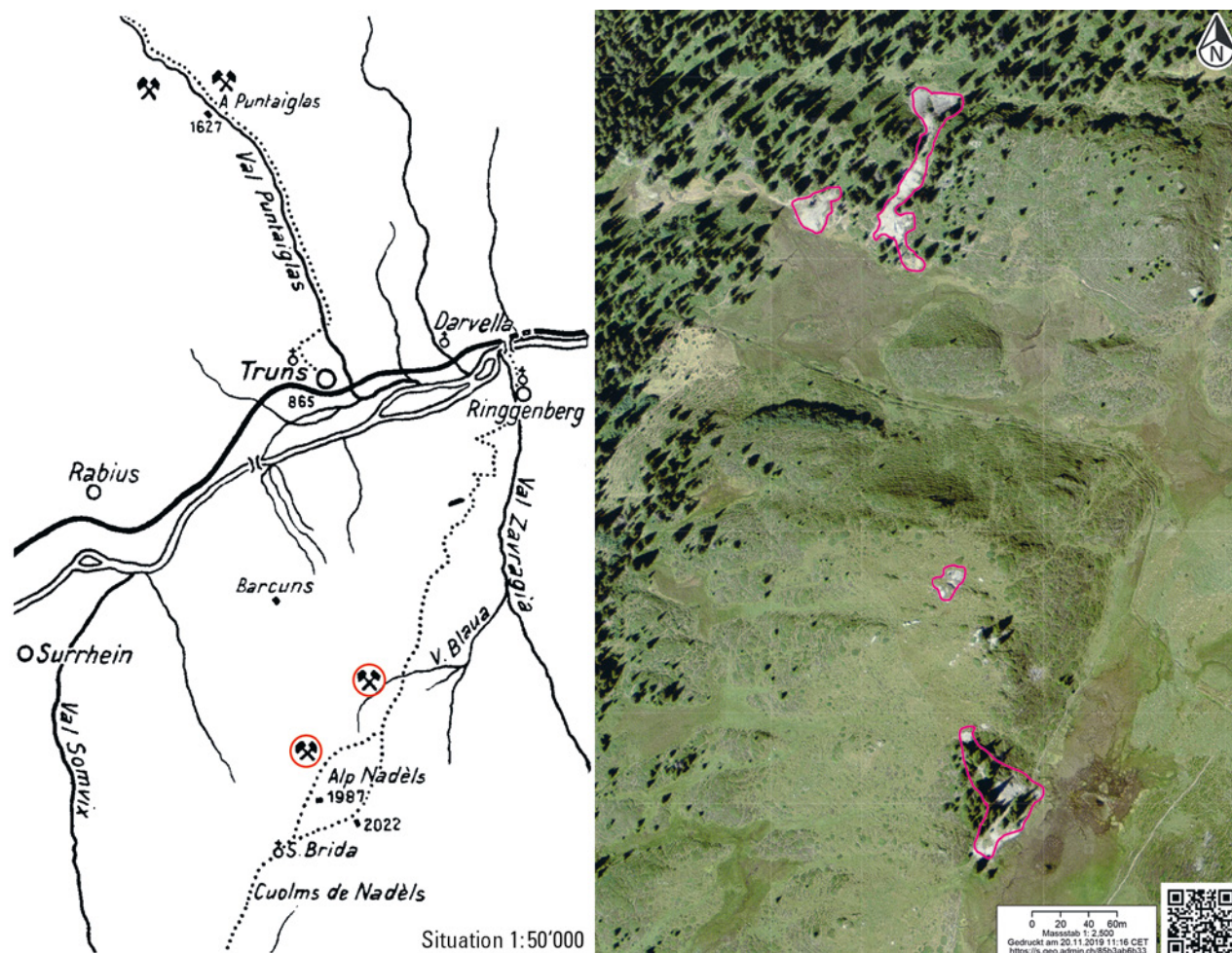


Fig. 10: Trun, Alp Nadels. Left: Hand-drawn map of the site Trun, Alp Nadels published in a specialised publication on mining in 1986. Right: Orthophoto from 2016 (swissimage 25) with the visible screens and the defined areas of the mining site based on the fieldwork carried out during the current project

stray find from literature, the site of Trun, Alp Nadels lies at about 2000 m a. s. l. and supposedly featured galenite/sphalerite ore mining. Most of the activities are said to have taken place in the 16th and 17th centuries, although the sources were not abundant and described mostly general mining activities in the larger region. However, the last mining activity is dated to the year 1856. Additionally, inspections of the site by geologists in the 1980s are reported, but their documentation comprises solely of the hand-drawn map mentioned earlier. In the course of the current project, some tentative locations for this site, based on visible screens identified on easily available Orthophotos by Swisstopo²⁵, were selected. During fieldwork, the location of the site was confirmed and accurate

spatial data, again with dGPS, obtained and transferred to the Archaeological Service's WebGIS (Fig. 10, right).

CONCLUDING REMARKS

The aim of the project presented here is to make analogue information digitally available within a given time span with a given work force and using a given database. So far, the project is on track: after less than three of the four years three-quarters of the sites have been covered. These archaeological sites are now more easily accessible and it is possible to filter sites according to specific search criteria in the database. As the example of Cama, Gesa shows, first positive effects are already visible. With less constraints it would for sure be possible to build a more profound inventory, but the result of the current project is nevertheless a valuable product that certainly has the potential to be transferred into a more international

²⁵ Called swissimage, see <https://www.swisstopo.admin.ch/de/wissen-fakten/geoinformation/die-schweiz-aus-der-vogelperspektive.html> and https://shop.swisstopo.admin.ch/de/products/images/ortho_images (30.6.2020).

platform. Furthermore, it will not only display all known sites in the Canton of Grisons, but will also reveal “white spot areas”. In the future, this data could be used for predictive modelling. Finally, as stated above, the sharing of the generated data remains an open question. For the time being, it is not yet available to the public, but the wish to proceed towards open source data exists. This –in its core an ethical question – will not only be a matter of

scientific discussion, but to a higher degree a matter of politics. Depending on the outcome, the next step could therefore be to make the Archaeological Service’s webGIS publicly accessible and, in the future, follow the propositions of the Amersfoot Agenda and integrate the data from the Canton of Grisons into a Europe-wide open source digital inventory.

Approaches to Mass Finds from World War II. Decision Making instead of Cherry Picking

NOTICE

This paper was compiled with special regard to mass finds from World War II in Austria, but the contents may easily be adapted to mass finds from any other period and region. Our approach refers to questions arising during fieldwork and post-processing, is based on practice and provides possible solutions for further discussion. The following overview shows the whole spectrum and its variety of topics.

THE PRESENT SITUATION

The ownership of archaeological finds in Austria is generally regulated by the “Austrian Civil Code/Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch” (§§ 399, 400) and the “Heritage Protection Law/Denkmalenschutzgesetz” (§ 10), which say, that archaeological finds have to be treated in the same way as “treasures”, this means, that the owner of the estate, where the finds came out and the finder himself are half-way-owners each. Besides that, the way, how archaeological finds have to be treated is regulated in the “Richtlinien für archäologische Maßnahmen/Guidelines for archaeological interventions”, chapt. 5. These regulations aim the long-term survival of the finds, as well as their scientific discussion and evaluation. The “Standards for the conservation of archaeological finds/Standards für die konservatorische Behandlung von archäologischen Funden”, published by the Federal Monuments Authority/Bundesdenkmalamt try to give help in order to deal with this issue.

As several archaeological interventions, which took place in the city of Graz, Steiermark/Styria and where huge amounts of finds, deriving from the time of World War II have been recovered, have shown, these guidelines and standards are not able to deal with this problem

sufficiently. The huge amounts of finds are stored temporarily and most museums and other public institutions have no interest in taking over the whole bulk. The owners of the finds want to dispose them as soon as possible and are not willing to finance conservation. Archaeological conservationists are not used to handle big volumes, large and heavy parts of iron finds. The costs of traditional conservation and storage would exceed available resources. So we have to find solutions immediately.

COMMON CATEGORIES OF FINDS

Some of the following find categories are rather common and may occur in huge quantities:

- Arms and ammunition.
- Military equipment (Fig. 1), communication instruments and insignia.
- Parts of vehicles and aircraft.
- Cooking utensils and bottles used as containments for beer, wine and whiskey.
- Everyday personal belongings, identification tags.
- Fragments of clothing and shoes.
- Printed paper, books, forms and bills.
- Photographic film and cartridge (rare).
- Construction parts (rails, profiles, steel beams, corrugated iron etc; Fig. 2).
- Industrial waste from military productions (Fig. 3).

FIND CIRCUMSTANCES

- Surface finds: ammunition, aircraft parts etc.
- “Cloud of waste” within inhabited areas (forced labor camps etc).
- Intentionally hidden, deposited find assemblages (hoards).



Fig. 1: French helmets in a pit, Graz-Reininghaus



Fig. 2: Steel items from the fill of a bomb crater, Graz-Reininghaus

- Waste dumps and pits.
- Fills of bomb craters: Short duration of the filling process! Sometimes low percentage of older items.
- Remaining materials in military structures from the period of use in trenches and gun placements (Fig. 4).
- Bomb shells, fragments of mortar ammunition and duds at the area of impact.

THE CONTEXT OF FINDS

- Find assemblages associated with archaeological objects, features, structures and productions are important for many reasons – especially for dating, the interpretation of the evidence and the relations with events, processes and history.



Fig. 3: Industrial waste from the "Gambrinus-Werke", Graz-Reininghaus



Fig. 4: Trench with a machine gun placement, Graz-Reininghaus

- The context with historical episodes, e. g. battle fields, military positions or the site of a plane crash (Fig. 5) may provide new evidence and additional data. Usually a detailed reconstruction of an event is sought.
- Informations preserved only by oral history or fragmentary written records might be compared with the archaeological evidence. There is a fair chance to check the story told.
- Technical aspects of the finds might refer to the development of arms, ammunition and equipment.
- In a wider context the tactics and psychology of warfare – e. g. bombing, type of bombs used, intensity, precision, distribution of impact points versus structures not attacked – might give us new insights.



Fig. 5: Parts of a lost B-24 bomber

HANDLING THE FINDS

Explosives, living ammunition and duds

- Don't bring it to the museum, in Austria call the police, phone no. 133, they will contact the demining service for further measures. The dangerous material will be destroyed without any regard to archaeological questions and this results in a considerable loss of information.
- To avoid this drawback a possible solution might be: (1) Contacting well in advance a private demining company; (2) The excavation is done in cooperation between archaeology and the demining company, which is responsible for safety. (3) So data on the type of ammunition, their provenience and date of production can be collected before the demining service takes it away for destruction.

NON-HAZARDOUS FINDS

Whenever masses of find materials are recovered, this results in considerable problems for temporary storage, documentation, post-processing, conservation and long-term preservation as well as permanent storage.

The following procedures could be considered in theory, but all of them have considerable disadvantages:

- Version 1: The finds are collected completely, all are conserved and stored for an unlimited period. This

results in huge cost for conservation and storage. Normally both, the finance and the storage facilities are not available, so this approach will not be realised.

- Version 2: A representative sample will be selected, preserved and stored. The main question, how to do the selection, has still to be discussed and selection must be based on a distinct methodological framework.
- Version 3: The disposal of the whole bulk of finds is in conflict with all archaeological and scientific standards and objectives.

So we have to find procedures that can be set into practice and that are compatible with the goals and standards of archaeology.

SELECTION OF FINDS

The find selection must be done seriously and thoroughly regarding even a possible future potential for research. A documentation of the finds before their disposal must be mandatory. But we should have the choice to discard a part of the finds or all of it (or use it for other purposes) under the following conditions:

- There is no context that gives a special significance to them;
- The objects were produced in large numbers as industrial products – for example the typical Austria Email cooking pots.



Fig. 6: Ammunition in the excavation area

- Well preserved examples are kept in museums or public collections;
- There is no present or future research interest foreseeable.
- A documentation of the material has to be done that meets the current standards.

CONSERVATION OF FINDS

- Only finds that will be published or exhibited should be conserved by traditional techniques.
- For the rest it is recommended to apply passive conservation or
- Reburial under controlled conditions – we need more experience, an exchange of knowledge and lateron guidelines presenting the best practice.

Englische Kurzfassungen der Beiträge

English Abstracts

Martin Böhm

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT DER DENKMALFREUNDE – PR AND PRESSURE GROUP FOR MONUMENT CONSERVATION

The aim of the Austrian Society of Friends of Monuments is to promote and support awareness of the importance of the conservation of monuments – restoration and revitalisation projects – among the general public. A further objective of the Society is to make a contribution to the discussion about an amendment of the legal provisions in order to favour the conditions for the conservation and restoration of listed buildings.

Gerbert Frodl

THE MONUMENTS ADVISORY BOARD

The monuments advisory board was created as an amendment to the Monuments Protection Act. It serves to advise the Federal Monuments Authority on questions of monument protection and conservation and is made up of about 60 highly skilled independent experts from various disciplines. They are appointed for 6 years, with the possibility of extension. The chairman of the Board acts as the hub between the Presidium of the Federal Monuments Authority and the members. The Presidium requests the Monuments Advisory Board to provide support in the specific case. The chairperson forms commissions made up of Board members to deal with the matter and make recommendations. Individual expert opinions are also drawn up, providing valuable assistance in disputes before the courts. The Board meets once a year to discuss the annual report presented by the chairperson and to adopt “perception reports” prepared by the Board on outstanding problems or on the occasion of blatant violations of historical monument protection. The Advisory Board should be able to play a more active role vis-à-vis both the Federal Monuments Office and the public.

Markus Landerer

NON-PROFIT ASSOCIATION FOR HISTORICAL MONUMENT PROTECTION – SAVING CULTURAL ASSETS BY CONTINUOUSLY POINTING OUT LOSSES AND RISKS:

The non-profit association Initiative Denkmalschutz is committed to the preservation of endangered cultural assets in Austria. The focus of its activities is to point out undesirable developments with the aim of using the media and the public to convince politicians to create better framework conditions for the protection of cultural assets. Examples are the Heumarkt high-rise project (endangered World Heritage Vienna), Hitler's birthplace in Braunau (quasi cancellation of monument protection), Seebahnhof Gmunden (destruction after cancellation of monument protection) and Gartlmühle in Gresten (dereliction). The latter example shows a particularly glaring gap in the preservation of historical monuments, the lack of implementation of the Granada Convention, i.e. no active conservation obligation for owners. Substantial improvements are necessary: tax and legal incentives, transparency, party status for NGOs in the protection of cultural assets, garden monument conservation (complicated constitutional provision) as well as in the protection of townscapes at the municipal and regional level, also in connection with zoning and development plans.

Imma Walderdorff

THE IMPORTANCE OF HISTORICAL BUILDINGS AMONGST THE POPULATION. A CULTURAL-SCIENCE ANALYSIS BY KARMASIN BEHAVIOURAL INSIGHTS ON BEHALF OF THE DENKMALWERKSTATT IN THE HOLZINGERHAUS, KREMS

In order to support the demands made of the political sector for tax incentives and/or the legal framework for owners of historical buildings, and for appreciation of the value of a monument, the Denkmalwerkstatt had a study carried out in June 2018 by Dr. Helene Karmasin, Kar-

masin Behavioural Insights, on how the average public in Austria views historical buildings. Historical buildings are highly accepted by the Austrian population, with 92% stating that they like historical buildings (very) much and that they have a special meaning for them. 86% think that the conservation of historical buildings is important; if they decay, something valuable is irretrievably lost, similar to the extinction of animals and plants, i.e. biodiversity. It is in particular historical buildings that have a special flair for the population and bear witness to Austria's history. Above all, however, people are aware that with these buildings Austria possesses a great cultural treasure; it is these buildings that constitute the charm of Austria's landscapes and localities, attracting tourists and serving a source of pride for the local population.

Caroline Jäger-Klein

MONUMENT, SOCIETY AND IDENTITY – ICOMOS AND ITS MISSION

The article discusses the current mood of monument protection and conservation in Austria. The historical centre of Vienna is on the UNESCO list of endangered world heritage sites. In the course of the OWHC Conference 2019, the City of Vienna claimed that monument protection and World Heritage was preventing the necessary development of dynamic cities. The number of appeals against the Federal Monuments Authority is steadily growing. On the other hand, more and more citizens are becoming very professionally involved in the conservation of the cultural heritage. Obviously, Austria lacks what the founding generation of ICOMOS clearly recognised as early as the 1960s, namely the communication of the social component of monuments as part of the identity of a community, as well as a completely new evaluation of monument conservation and monument conservation on an urban scale. Thus today monument conservation is not anchored in building and regional planning, nor does the Monument Protection Act recognise the concept of World Heritage. Accordingly, the Monuments Authority does not feel responsible. Shockingly, there is currently not even any specific training for monument protection or the management of cultural heritage at Austria's public universities. The article clearly identifies these deficits and presents some positive international examples as a suggestion.

Axel Hubmann

CREATING AWARENESS OF THE AUSTRIAN MODERN – REMEMBERING AND DOCUMENTING SPECIFIC BUILDINGS

Summary of the programme, tasks and concerns of DO-COMOMO Austria. The main tasks are the listing and investigation of modern buildings, their conservation and their anchoring in the public consciousness. The decisive requirements are a profound knowledge of and about the buildings and their contexts, together with the corresponding communication to the outside world.

Karl Langer

CREATING AWARENESS OF THE AUSTRIAN MODERN – REMEMBERING AND DOCUMENTING SPECIFIC BUILDINGS

Funkhaus Vienna: In 1935, on the basis of a project by the architects Schmid and Aichinger that was already ready for construction, a restricted competition was announced. This same team of planners emerged as the winner of the competition, but ultimately formed a joint venture with the jury chairman Clemens Holzmeister. The Vienna Funkhaus was opened in 1939, and, as a monument of modernity, bears witness to the past importance of the medium of broadcasting: as a representational building on the outside and as a fitting architectural setting for cultural workers inside.

Hotel InterContinental Vienna: The 1000 bed hotel was built for the InterContinental hotel chain near the Konzerthaus between the ice-skating club and the Stadtpark. The basic design originated from the US architects Holabird & Root together with architects Carl Appel and Walter Jaksch. At present, the existence of the hotel is endangered by a proposal for demolition and reconstruction. After the height of the luxury residential tower to be built on the ice-skating club grounds was slightly reduced, the architect of the building, Isay Weinfeld, is now planning a taller hotel located more on Johannesgasse.

Barbara Kainrath, Stefan Traxler

THE ARCHAEOPUBLICA ASSOCIATION AND THE NEWLY DISCOVERED STEIN LIMESKASTELL

In 2015, professional archaeologists and lay researchers founded the "ArchaeoPublica – Association for the Promotion of Public Participation in Archaeology". Given the previous limited opportunities in Austria for com-

mitted local historians and people interested in archaeology to actively participate in the research, conservation and presentation of the archaeological heritage within the framework of organised co-operations, the association constitutes an appropriate opportunity for archaeological citizen participation and for networking between the interested public and the archaeological profession.

A Roman fort site in the district of Stein near St. Pantaleon-Erla (Lower Austria) was chosen as a pilot project, as collections of finds by local historians from this region have been known for many years, and these historians were interested in involvement in the project. In the course of the activities, a grid survey was made of the southern camp area and geophysical prospections using magnetics and ground-penetrating radar were carried out with active public involvement. This made it possible to determine the extent of the Roman camp in a short time and to gain an insight into the interior of the buildings. The great scientific potential of the find site in Stein is particularly evident by the fact that it is the only known camp on the Noric Limes that has been neither significantly modified by further use in Late Antiquity nor affected by modern construction.

Karl Wiesauer

THE TYROL ART REGISTER – FACETS OF AN INVENTORY OF REGIONAL CULTURAL ASSETS

The province of Tyrol is rich in both tangible and intangible cultural assets from various centuries. Since 1968, the systematic scientific inventory of the material cultural assets in North and East Tyrol has been the central task of the Art Register managed by the Tyrolean Provincial Government. In accordance with the European objectives of the conservation and appropriate presentation of the cultural heritage, the data are archived, evaluated and processed using a database. The digital information products of the Tyrolean Art Register provide academics and anyone interested in the culture of Tyrol with an unbureaucratic instrument for rapid research. With its catalogue of the cultural heritage of Tyrol, the Tyrolean Art Register aims, within the scope of its functions, to emphasise the importance of the sustainable and sensitive handling of cultural assets in cooperation with the federal government, municipalities, universities, associations and interest groups.

Frank Seehausen

CITIZENS' PORTAL AND VOLUNTEERING – POSSIBILITIES FOR THE INTEGRATION OF CIVIC INVOLVEMENT IN THE CONSERVATION OF HISTORICAL MONUMENTS IN BAVARIA

Since 2012, the Bavarian State Office for Monument Conservation has been pursuing “Denkmalpflege 2020 – Bewahren durch Erklären und Unterstützen” (Monument Conservation 2020 – Preservation through Explanation and Support), a programme aimed at the broad integration of the activities of committed citizens and local authorities. In the field of architectural and artistic monument conservation, the “Bürgerportal Denkmalpflege” (Monument Conservation Citizens’ Portal) was founded, alongside the “Kommunales Denkmalkonzept” (Local Authority Monument Policy), as an interface between state monument conservation and civic involvement, the aim being to involve local actors in the gradual development of town centres in line with monument conservation requirements, in order to strengthen awareness and commitment amongst the population.

Kirsten Angermann

RESEARCH – COMMUNICATION – PRESERVATION. THE UNIVERSITY AS A PARTNER OF MONUMENT CONSERVATION

Based on the core competences of university monument conservation, this article examines how universities can support state/official monument conservation as strategic partners by sharing tasks or by conducting supplementary research.

The characterisation of the work at the universities deliberately contrasts (and changes the order of) the common triad of “recognising, preserving and communicating” with “researching, communicating and preserving”. In particular, research and communication are presented as major strengths of the work of monument conservation at universities and explained in the form of a working report using the example of completed and upcoming projects of the Department of Conservation and History of Architecture at the Bauhaus University Weimar.

It should be emphasised that the fields of activity of universities and public authorities do not take on competing but complementary functions.

Ulf Ickerodt

GENUINENESS, AUTHENTICITY AND AUTHENTICATION: MONUMENT CONSERVATION BETWEEN GROUND AND DATA ARCHIVE. A CONTRIBUTION TO ARCHAEOLOGICAL DECISION MANAGEMENT

The terms genuineness, authenticity and authentication form the central aspect of this analysis of the production of archaeological knowledge, written from the perspective of (Schleswig-Holstein's) archaeological monument conservation. This production of knowledge is analysed under the aspects of reproducibility and innovation. The reference points are the legal framework conditions. These require the standardisation of the recording, safeguarding, maintenance, research and other measures affecting the archaeological object (site, feature, find). All this must be ensured against the background of the principle of equal treatment in the recording of monuments and sites reflecting all periods of human history, and in the application of the *poluter-pays-principle*. The central institutions (depots, museums, archives, libraries, etc.) must perform their archival function. In addition to the monuments, a major role in the production and reproduction of archaeological knowledge is played by finds and samples as pri-

mary sources and the documentation, reports and notifications as secondary sources. Verified genuineness as a part of archaeological source criticism requires authentication, as it ensures not only scientific but also legal verifiability in the context of research results and legal decisions concerning monuments. Since these are sovereign functions, they are part of the state's administrative activities. In archaeological decision management, therefore, against the background that not everything can be preserved, the question arises of what must or can be preserved in order to achieve the goal of basic verifiability through literature, secondary and primary sources. For this purpose, it is necessary to define criteria for the creation of records. This is based on methodological and systematic criteria, which are the product of an internal discourse within the discipline and must be reflected not least in legal and administrative regulations. A "representative" collection controlled by individual goals could also reflect the detailed rationality of a tiny subject area or, in the worst case, be compiled according to completely arbitrary criteria. A collection of primary and secondary sources compiled in such a way would have no scientific archive value and would also be completely unsuitable as a basis for official action.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Heftes

DI KIRSTEN ANGERMANN
Bauhaus-Universität Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik
Professur Denkmalpflege und Baugeschichte
kirsten.angermann@uni-weimar.de

MAG. MARTIN BÖHM
Österreichische Gesellschaft der Denkmalfreunde
Dorotheum GmbH & Co KG
martin.boehm@dorotheum.at

DR. HANNES FLÜCK
Amt für Kultur Graubünden, Archäologischer Dienst
hannes.flueck@archaeologe.ch

DR. GERBERT FRODL
Denkmalbeirat beim Bundesdenkmalamt
denkmalbeirat@bda.gv.at

DR. GERALD FUCHS
ARGIS Archäologie Service GmbH
office@argis.at

MAG. JÖRG FÜRNHOLZER
Bundesdenkmalamt, Abteilung für Archäologie
joerg.fuernholzer@bda.gv.at

UNIV.-DOZ. DR. BERNHARD HEBERT
Bundesdenkmalamt, Abteilung für Archäologie
bernhard.hebert@bda.gv.at

PROF. DR. AXEL HUBMANN
DOCOMOMO Austria
axel.hubmann@aon.at

DR. ULF ICKERODT
Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
ulf.ickerodt@alsh.landsh.de

AO. UNIV.-PROF. DI DR. CAROLINE JÄGER-KLEIN
Technische Universität Wien, Architekturgeschichte
jaeger-klein@tuwien.ac.at

DR. BARBARA KAINRATH
Verein ArchaeoPublica
Initiative der Österreichischen ArchäologInnen
c/o Universität Innsbruck, Institut für Archäologien
barbara.kainrath@archaeopublica.eu

CHRISTIN KROHN, MPhil
Institute of Transport Economics
Norwegian Center for Transport Research
Christin.Krohn@toi.no

MARKUS LANDERER
Initiative Denkmalschutz, Verein für den Schutz bedrohter Kulturgüter
office@idms.at

ARCHITEKT DI DR. KARL LANGER
DOCOMOMO Austria
Denkmalbeirat beim Bundesdenkmalamt
office@karllanger.at

DR. PAUL MAHRINGER
Bundesdenkmalamt, Abteilung für Inventarisierung und Denkmalforschung
paul.mahringer@bda.gv.at

DR. JAN MAŘIK
Archeologický ústav AV ČR, Praha
Institute of Archeology of the CAS, Prague
marik@arup.cas.cz

PAUL MITCHELL, BA
paulmitchell@gmx.net

FRANZISKA MOHR
Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft WSL
Geographisches Institut, Universität Bern
franziska.mohr@wsl.ch

PROF. DR. ADRIAN OLIVIER
University College London, Institute of Archaeology
adrian.olivier@btinternet.com

DR. THOMAS REITMAIER
Amt für Kultur Graubünden, Archäologischer Dienst
thomas.reitmaier@adg.gr.ch

THOMAS ROLAND
Slots- og Kulturstyrelsen
Agency for Culture and Palaces, Denmark
tro@slks.dk

ARCHITEKT DI DR. FRANK SEEHAUSEN
Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
Abteilung Denkmalforschung und Denkmalerfassung
frank.seehausen@blfd.bayern.de

BARNEY SLOANE
Historic England
European Archaeological Council
Barney.Sloane@HistoricEngland.org.uk

DR. EVA STEIGBERGER
Bundesdenkmalamt, Abteilung für Archäologie
eva.steigberger@bda.gv.at

DR. STEFAN TRAXLER
OÖ Landes-Kultur GmbH
Landesarchäologie: Römerzeit, Mittelalter und Neuzeit
s.traxler@landesmuseum.at

DR. CHRISTINE VANHOUTTE
Vlaamse Overheid – agentschap Onroerend Erfgoed
Flanders Heritage Agency
christine.vanhoutte@vlaanderen.be

CLAUDIA VOLGGER
Bundesdenkmalamt, Abteilung für Archäologie
claudia.volgger@bda.gv.at

DR. IMMA WALDERDORFF
Denkmalwerkstatt im Holzingerhaus, Krems/Donau
imma@denkmalwerkstatt.at

MAG. KARL WIESAUER
Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Kultur, Tiroler Kunstkataster
karl.wiesauer@tirol.gv.at

Abbildungsnachweis

Halbseitige Abbildungen:

S. 7: Dürnstein (BDA, Irene Dworak)

S. 29: Kulturerbe-Demonstration 2014 (Viktor Zdrachal)

S. 87: Carnuntum Heidentor (Archäologischer Park Carnuntum)

Beitrag Krohn:

Abb. 1, 2 (Grafiken): © ESPON.– Tabelle 1: © ESPON.

Beitrag Vanhoutte:

Abb. 1 (Grafik): Christine Vanhoutte.– Tabelle 1, 3–9: Christine Vanhoutte.– Tabelle 2: Instituut voor de Nationale Rekeningen (INR).

Beitrag Mahringer:

Abb. 1–6, 8–11: © ESPON.– Abb. 7: Bundesdenkmalamt.

Beitrag Landerer:

Abb. 1, 5: Markus Landerer.– Abb. 2: Martin Kupf.– Abb. 3: Thomas Ledl, Wikipedia CC BY-SA 4.0.– Abb. 4: Alfred Neuhauser.– Abb. 6: Erich J. Schimek.– Abb. 7: Viktor Zdrachal.

Beitrag Walderdorff:

Abb. 1, 2, 5 (Grafiken): Imma Walderdorff.– Abb. 3 (Grafik): Gut Hardegg.– Abb. 4: Land Oberösterreich, Gewässerbezirk Linz.

Beitrag Jäger-Klein:

Abb. 1: Caroline Jäger-Klein 2017.– Abb. 2: Caroline Jäger-Klein 2018.– Abb. 3, 4: CHwB Kosovo 2017.– Abb. 5: CHwB Albania 2017.

Beitrag Langer:

Abb. 1: Fotograf unbekannt, ÖNB-Bildarchiv.– Abb. 2: Hertha Hurnaus (aus: Peter Stuibler, Ute Woltron, Ein Juwel am Puls der Stadt, Salzburg-Wien, 2015, S. 24f.).– Abb. 3, 4: Lucca Chmel, ÖNB-Bildarchiv.

Beitrag Kainrath / Traxler:

Abb. 1, 2, 4, 5 (Grafiken): Barbara Kainrath, Stefan Traxler.– Abb. 3: Barbara Kainrath, Stefan Traxler.

Beitrag Wiesauer:

Abb. 1, 3, 4: Land Tirol, Tiroler Kunstkataster.– Abb. 2 (Grafik): Land Tirol, Tiroler Kunstkataster.

Beitrag Seehausen:

Abb. 1, 3: Frank Seehausen.– Abb. 2: Red Sensations.

Beitrag Angermann:

Abb. 1, 2: Kirsten Angermann 2019.– Abb. 3: Professur Denkmalpflege und Baugeschichte (AutorInnen des gezeigten Beitrags: Elisabeth Gutzweiler, Lena Hecker, Lukas Häfner, Ole Jebsen, Luisa Omonsky, Richard Pantzier, Caspar Rehlinger).

Beitrag Hebert:

Abb. 1, 9: A. Schumacher.– Abb. 2, 3 (Grafiken): Bundesdenkmalamt.– Abb. 4, 7 (Grafiken): GIS Steiermark und Bundesdenkmalamt.– Abb. 5: Bundesdenkmalamt.– Abb. 6: Archäologischer Park Carnuntum.– Abb. 8: Thomas Stöllner, Ruhr-Universität Bochum.

Beitrag Ickerodt:

Abb. 1 (Grafik): Ulf Ickerodt.– Abb. 2–5: Ulf Ickerodt.

Beitrag Roland:

Abb. 1 (Grafik): Danish Agency for Culture and Palaces (Webseite).– Abb. 2: Thomas Roland.

Beitrag Flück / Mohr / Reitmaier:

Abb. 1 (Grafik): Ikonaut*.– Abb. 2 Fotos: A. Badrutt, Archäologischer Dienst Graubünden / Archaeological Service of the Canton of Grisons (ADG).– Abb. 3 (Grafik): ADG, IMDAS Pro*.– Abb. 4 (Grafik): ADG.– Abb. 5, 7, 10 (Grafiken): Bundesamt für Landestopografie / Federal Office of Topography.– Abb. 6, 8, 9: ADG.

Beitrag Fuchs / Fürnholzer:

Abb. 1–6: ARGIS.

BEZUGSPREISE:

Jahresabonnement (4 Nummern) € 39,-, Doppelheft € 20,-, Einzelheft € 10,-.

DIE GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN DENKMALPFLEGE IN 2 BÄNDEN



Martha Fingernagel-Grüll
**Zur Geschichte der
österreichischen Denkmalpflege**
Die Ära Helfert, Teil II: 1892 bis 1910

Studien zu Denkmalschutz und Denkmalpflege, Band 25/2.

Herausgegeben vom Bundesdenkmalamt Wien.

784 Seiten, mit 264 s/w-Abb., gebunden

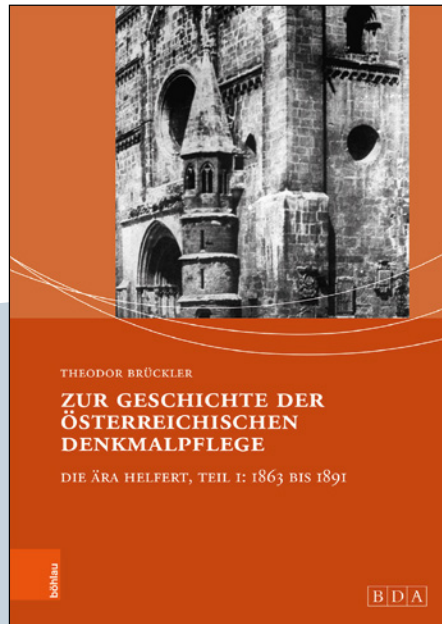
€ 93,00 A

ISBN 978-3-205-21015-3

Auch als E-Book erhältlich

Der 2. Teil der Publikation zeigt den durch Alois Riegl begründeten und von Max Dvorák konsolidierten Weg in eine moderne Denkmalpflege auf, deren Leitlinien noch heute gültig sind.

BEREITS ERSCIENEN



Theodor Brückler
**Zur Geschichte der
österreichischen Denkmalpflege**
Die Ära Helfert, Teil I: 1863 bis 1891

Die Publikation befasst sich mit der Geschichte der "Zentralkommission für Erforschung und Erhaltung der kunst- und historischen Denkmale" unter der Präsidentschaft Joseph Alexander Freiherr von Helferts in den Jahren 1863 bis 1910. Zuständig für die gesamte cisleithanische Reichshälfte der Österreichisch-ungarischen Monarchie hatte die Kommission mit Sitz in Wien die Aufgabe mit Unterstützung ehrenamtlicher Mitglieder vor Ort den Denkmalbestand der Kronländer zu erforschen und für dessen Schutz und Erhaltung zu sorgen.

Unter Heranziehung von umfassendem Archivmaterial und Sekundärquellen werden Aufbau und Organisation der nach den Sachgebieten Archäologie, Kunstgeschichte und Archivwesen in drei Sektionen gegliederten Kommission und ihr struktureller Wandel im Übergang vom Historismus zur Moderne aufgezeigt. Es werden bedeutende Persönlichkeiten und Objekte in den einzelnen Kronländern vorgestellt und anhand von Fallbeispielen die praktische Tätigkeit der Denkmalpflege erläutert. Die Bemühungen um ein Denkmalschutzgesetz werden nachvollzogen und die von der Kommission herausgegebenen Buchreihen, Einzelpublikationen und periodischen Schriften vorgestellt. Ein weiteres Kapitel ist der überregionalen Vernetzung und dem Wissensaustausch bei Kongressen und Tagungen gewidmet.

Der 1. Teil der Publikation behandelt den wesentlich von der Persönlichkeit Friedrich von Schmidts geprägten Zeitabschnitt bis 1891, als das Wirken der Kommission noch stark den Idealen der "Stilreinheit" verpflichtet war.

ERSCHEINT IM OKTOBER 2020:

Theodor Brückler
**Zur Geschichte der
österreichischen Denkmalpflege**
Die Ära Helfert, Teil I: 1863 bis 1891

Studien zu Denkmalschutz und Denkmalpflege,
Band 25/1.

Herausgegeben vom Bundesdenkmalamt Wien.

Ca. 712 Seiten, 292 s/w-Abb., gebunden

ca. € 93,00 A

ISBN 978-3-205-21016-0

Auch als E-Book erhältlich

Erscheint im Oktober 2020



Vandenhoeck & Ruprecht Verlage

www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

DEHIO OBERÖSTERREICH

Innviertel



Preis EUR 89,-
ISBN 978-3-85028-770-8
Herausgeber: Bundesdenkmalamt
11,6 × 17 cm,
Ganzleinenband mit
farbigem Schutzumschlag,
mit Orts- und Lageplänen
sowie zahlreichen Grundrissen

B VERLAG
BERGER

